

Protokoll des Bundeskongresses der Bürgerinitiativen gegen
Atomanlagen vom 14.-15. Mai in Hannover

14.15 h

(Die Initiative zu dem Kongreß) ist ausgegangen nach dem 19.02.77 von der BUU mit dem Ziel, die Erfahrungen, die mit dieser ersten und bisher einzigen bundesweit durchgeführten und beschlossenen Großkundgebung in Brokdorf gemacht worden sind und in deren Folge in allen BI's so wichtige Fragen wie warum ist es also in- zu zwei Demonstrationen, in Brokdorf und in Itzehoe gekommen. Wer hat gespalten, wie können wir in Zukunft also eine breite Bevölkerungsschicht erreichen um diese Fragen zu diskutieren. Dieser Vorschlag ist begrüßt worden in zahlreichen Initiativen und die Plenen der BI's in Hannover und Hameln haben gemeinsam beschlossen diesen Vorschlag mit in die Tat umzusetzen und haben dazu einen gemeinsamen Vorbereitungsausschuß gegründet, der zu dieser Konferenz eingeladen hat und dessen Einladung euch dann wohl auch zugegangen ist. Wir können feststellen, daß bis jetzt, beim bisherigen Stand des Tagungsbüros bereits 220 Initiativen sich hier zusammengefunden haben. (Beifall)

Ich glaube, daß zeigt sehr deutlich, welches Interesse die Notwendigkeit eine solche Konferenz durchzuführen, bundesweit gefunden hat. Wir müssen allerdings auch in sofern Selbstkritik an der Arbeit des Vorbereitungsausschusses üben, als das Verschicken der Einladungen sich aus verschiedenen Gründen sehr lange verschleppt hat, zunächst auch nur einen relativ kleinen Teil von Initiativen die Einladungen verschickt worden sind, sodaß also einige Initiativen sehr spät erst davon erfahren haben, sehr spät erst überhaupt eine Diskussion um diesen Bundeskongreß aufnehmen konnten. Dennoch können wir feststellen, daß also von nirgendwoher bisher ein Einspruch oder eine wesentliche Kritik an dieser Konferenz gekommen wäre. Außer von Herrn Wüstenhagen, der in einer Presseerklärung erklärt hat, dieses wäre also ein Kongreß des KB und damit - er selber würde also seinen Kongreß nächste Woche durchführen, und er würde nicht zulassen, daß wir seine Anti-AKW-Bewegung spalten. (Pfiffe)

Zur- wir haben zum Film, vielleicht ganz kurz - wir haben die Presse eingeladen, weil wir der Auffassung sind, daß diese Konferenz eine öffentliche Konferenz ist und daß es in unserem Interesse liegt auch eine breite Öffentlichkeit über die Beratung zu erstellen, die wir hier durchführen. (Beifall)

Zur Frage also der Schwierigkeiten mit den Einladungen - ich nehme an, daß wir zu dieser Frage noch genauere Diskussionen führen können, an dem Punkt wo es über die Verbesserung der Zusammenarbeit- das wird ja in jedem Fall auf der Tagesordnung stehen. Wir haben vom Vorbereitungsausschuß eine Tagesordnung vorgeschlagen, die euch auch vorliegt, dazu liegen verschiedene Änderungsanträge vor.

Das wird nachher im Anschluß beraten. Zunächst muß allerdings noch ein Problem angesprochen werden, was seitens der Hamburger Unorganisierten, oder des Koordinationskreises der Hamburger Unorganisierten hier eingebracht worden ist, nämlich den Vorschlag die - also bei Abstimmungen und Meinungsbildern nicht Delegierte abstimmen zu lassen, sondern insgesamt hier im Plenum abstimmen zu lassen. (Beifall, Pfiffe)

Wir müssen aber dabei darauf hinweisen, daß dieser Vorschlag so nur aus Hamburg gekommen ist während zum Beispiel gerade also süddeutsche BI's, die natürlich eine sehr viel weitere Anfahrt haben so einen Antrag nicht gestellt haben. (Beifall)

Wir haben in der Vorbereitung der Diskussion - in der Diskussionsleitung hier waren beide Auffassungen vertreten und wir haben dazu eine kurze Stellungnahme erarbeitet, die von der Mehrheit getragen wird und im Anschluß wird noch jemand Stellung nehmen also zu der von denjenigen die meinen das alle abstimmen sollten.

(Zwischenrufe)

Moment - in jedem Fall würden wir vorschlagen, daß ganz egal wer Abstimmungsberechtigt ist zur Kontrolle und zur Erweiterung der Diskussionsleitung von gerade also den Vertretern der Regionen, die bisher hier auf - in der Diskussionsleitung nicht vertreten sind, also NRW, Baden-Württemberg und Bayern vielleicht jeweils noch ein Vertreter vorgeschlagen wird, die also auch hier die Arbeit der Diskussionsleitung unterstützen. Das könntet ihr also vielleicht unter euch dann also beraten und dann Vorschläge machen das brauch man glaube ich nicht so kompliziert zu machen. Gut, unsere - unser Vorschlag der Diskussionsleitung zum Verfahren bei Abstimmung auf dem Bundeskongreß der BI's gegen AKW's. Zum Bundeskongreß wurden BI's aus der ganzen BRD eingeladen. Die BI's wurden aufgefordert zur Bundeskonferenz Delegierte zu entsenden. Um BI's, die nur mit 1 oder 2 Leuten hier anwesend sind nicht von den großen Blöcken, wie aus Hamburg und Hannover überfahren zu lassen und überhaupt ein Meinungsbild und politische Vereinheitlichung der anwesenden BI's feststellen zu können schlagen wir vor, daß bei Beschlüssen bzw. Abstimmungen und Meinungsbildern nur die Delegierten abstimmen und dazu haben sie ihre Stimmkarten heute morgen erhalten. (Beifall)

Diese Bundeskonferenz wurde schließlich mit der Absicht einberufen, herauszufinden wie die einzelnen BI's in der BRD über bestimmte Fragen des Anti-AKW-Kampfes denken, welche Probleme sie haben. Wenn wir zB. Abstimmungen von den gerade anwesenden Leuten machen lassen kann es passieren, daß wir ein völlig verfälschtes Bild über die Tendenzen in den BI's bekommen. (Beifall)

Gut - wir sollten jetzt kurz über die Frage der Abstimmungsberechtigung des Abstimmungsmodus beraten und anschließend dann in die Diskussion über die Tagesordnung einsteigen.

Ja - zunächst hatten wir gesagt sollte ein Mitglied des Vorbereitungsausschusses aus Hamburg da noch was zu sagen. Nur zu der Frage wie hier eingeladen worden ist und wie das angelegt worden ist - dieser Kongreß.

Mein Name ist Wibke Kaster, ich komme aus Hamburg aus der Stadtteilgruppe Schulterblatt. Ich wollt bin kurz bei den Vorbereitungssitzungen - habe ich regelmäßig dran teilgenommen und das also die Frage wie abgestimmt werden soll und in welcher Weise also nicht ausführlich und bis ins letzte hin diskutiert wurde. Vor allendingen dann nicht diskutiert worden, daß also heute sich für einzelne, die sich bestimmt darüber gewundert haben, daß sie hier einen Beitrag von - ich weiß nicht wieviel, weil wir (es selbst abgelehnt haben also diese Karte zu kaufen für 15.-- DM oder mehr. Das ist hier nicht diskutiert worden und da möchte ich wirklich, daß das hier nochmal besprochen wird. (Leichter Beifall)

Darf ich kurz was zu dem Geld sagen, Das ist wirklich sehr unglücklich hier durchgeführt worden. Es ist aber eine Tatsache, daß wir für die Verschickung der Kongreßmappen. Ja - für die - für den Druck - für das nachdrucken jetzt neu gekommenen Anträge. Für eine offensive Pressearbeit, ja - für Telefonkosten - für Autokosten, für Plakatdruck usw. , eine unmenge von Geld ausgelegt haben und das es meines Erachtens doch wohl Sache der nur der Bundeskonferenz und der BI's , die diese Konferenz tragen sein kann also auch für die Finanzierung zu sorgen. (Beifall)

Es kann überhaupt keine Rede davon sein, daß hier Stimmkarten erkauft worden sind denn - (Zwischenrufe) denn die Frage dabei ist die also wo Bürgerinitiativen arbeiten und die kriegen natürlich auch eine Stimmkarte allerdings sollte man dann auch dafür sorgen das diese Initiativen wenn sie zu dieser Konferenz kommen auch entsprechend die Vorbereitungen und die Unkosten tragen.

Ja - ich wollte jetzt dagegen die meine die Minderheitsmeinung hier in der Diskussionsleitung dagegenstellen, das ist im wesentlichen die Meinung der Unorganisierten in Hamburg. Die Bundeskonferenz versteht sich nicht als Delegiertenversammlung, die Stellvertretend für die Anti-Atom-Bewegung Einschätzung leisten und organisatorisch wirksame Beschlüsse fassen kann. (Leichter Beifall)

Die Bundeskonferenz hat den Zweck, die Auseinandersetzung über unsere bisherige Arbeit und unsere jetzige Situation und das weitere Vorgehen bundesweit zu führen und dadurch die Verein-zellung vieler Initiativen und regionaler Zusammenschlüsse zu unterbinden. Die Bundeskonferenz versteht sich nicht als Vorform eines einheitlichen hierarchisch durchstrukturierten Bundesverbandes. Also Regionalkonferenz, Landeskonzferenz, Bundeskonferenz. Sie ist ein Zusammentreffen sehr verschiedener politischer Strömungen die bestimmte gemeinsame Ziele und Erfahrungen haben und dadurch daß Sie gemeinsame Aktionen organisieren und durchführen zu einem festeren organisatorischen Zusammenhang und zu einer größeren politischen Einheit kommen. Und nicht dadurch, daß sie sich bundesweit gleichmäßig strukturieren und auf Bundesebene Organe herausbilden - also so ein Koordinationsbüro oder eine Bundestagung. Solche Organe werden zugleich Machtinstrumente, auch wenn sie nur proklamieren können und keine Weisungen geben. Auch dann sind sie Machtinstrumente. Das Bestehen der verschiedenen Strömungen über diese Machtinstrumente zu verfügen, bzw. darauf Einfluß zu nehmen, würde unsere verschiedenen Positionen zu Machtfragen werden lassen. Dies würde aber zu einer Polarisierung an allen möglichen Punkten, eher dazu also als zu einer Gemeinsamkeit führen. Wir würden mehr Kräfte nach innen als nach außen gegen die AKW-Betreiber wenden. (sehr schwacher Beifall)

Wir sehen in der Abstimmung durch Delegierte mit dem Anspruch größerer Repräsentation den An, die damit also den Anspruch verbinden als quasi Bundesorgan der Anti-AKW-Bewegung zu sprechen, einen ersten Schritt in diese falsche Richtung.

Kann man schon sehen hier - wir haben hier ein und eine viertel Stunde einfach verschenkt, um jetzt diese Stimmkarten da in die Hand zu kriegen. (Pfeifen)

Aber volle Pulle, kuck mal auf die Uhr. (Rufe, Pfeifen)

Ja, daß haben wir ja auch eben durchsagen müssen, daß wir noch nicht anfangen können, weil die Leute ihre Stimmkarten noch nicht haben. (Rufe)

Dann sind hier man gerade 1/3 der Initiativen die das gibt in Westdeutschland d.h. wir haben auch von daher nicht den Anspruch, für die AKW Gegner in Westdeutschland zu sprechen. (Schwacher Beifall)

Schließlich habe ich schon gehört, daß bei verschiedenen Initiativen das offenbar nicht klar ist, wer nun eigentlich delegiert ist hier und man sich das gegenseitig streitig macht. O.K. soviel nur zu der größeren Repräsentation, die das bringen würde. Der Zweite Schritt der ist dann gleich hier hinterher gekommen, und zwar von diesen Initiativen einen Beitrag zu erheben zu den Kosten, die hier entstanden sind. Das ist in seiner Höhe völlig richtig und korrekt, da hat keiner was gegen gesagt, sondern es geht darum, daß diese Kosten, etwa 3.000,-- DM, daß die natürlich, wenn man das hier so vorführt, von den BIs, die diesen Kongreß hier tragen und die hierherkommen und sich daran beteiligen auch ohne weiteres aufbringen können indem man ihn hier sammelt.

Was hier damit verbunden worden ist, ist doch tatsächlich, daß hier auch auf dieser Ebene, ein beiläufiger Punkt nur, ebenso eine Bundesorganisation schon installiert ist. (Einzelne klatschen, Zwischenrufe)

Eh, wir meinen also deswegen, es sollte keine Delegiertenabstimmung durchgeführt werden, Meinungsbilder sollten nur in dem Sinne gemacht werden:

So und so viele, d.h. diese bestimmten Initiativen und Leute, die hier in Hannover versammelt sind, kamen zu folgender Einschätzung, bzw. wollen sich am folgenden Vorschlag beteiligen. Auch das verhindert, was hier so befürchtet wird, von dem Gegenvorschlag, daß nämlich Leute überfahren werden. Wir meinen, diese Gefahr, überfahren zu werden, ist keineswegs gebannt, indem hier Delegierte sprechen, sondern die muß man insgesamt und direkt angehen, indem ~~man~~ hier nicht solche Abstimmungen laufen, indem dies hier nicht zu einer Abstimmungsmaschine gemacht wird. Ich seh also nicht (Beifall) Ich nehme an, daß die Mitglieder der Diskussionsleitung, die hier vorne sitzen, davon gehe ich mal aus, daß die in diesem Sinne - ich bin sofort fertig - gutwillig sind und das nicht wollen. Ich fürchte aber, daß es uns nicht gelingen wird, das zu vermeiden. Das wird sich zeigen. Das hängt natürlich auch von der Art ab, mit der ihr hier diskutiert. (Z-wischenrufe, schwacher Beifall) -Ende des Beitrags-

Ich will nochmal darauf aufmerksam machen, daß wir hier vorne eine Rednerliste führen und Wortmeldungen per Zettel entgegennehmen. Weil wir sonst die Übersicht verlieren.

Als nächste - diese Diskussion wollten wir allerdings nur kurz führen um dann zur Abstimmung zu kommen - wir haben noch eine Wortmeldung von Dietmer

Also ich hab nochmal eine Zwischenfrage: wann ist denn öffentlich bekannt gegeben worden, daß die Rednerliste eröffnet worden ist?

Ich hab das hiermit getan (Disk.-Leitg.)

(Zwischenrufe)

Hier sind inzwischen zwei Vorschläge eingegangen, wir hatten gesagt, bis zu 6 Diskussionsleitungsteilnehmer könnten vorgeschlagen werden. Wir warten noch auf weitere Vorschläge.

Dietmer, ich spreche für BfU Tübingen, ich bin hier als Delegierter hergesandt worden und zwar haben wir die Punkte, diese Mappe, die wir gekriegt haben, in der BfU Tübingen durchdiskutiert haben. Und ich habe zu jedem Punkt einen ganz konkreten Auftrag, wie ich abzustimmen habe. (Beifall) Und da könnt ihr euch drauf verlassen, daß die hundert Leute, die bei uns ständig aktiv sind, da mitziehen und das ist doch die Aufgabe, glaube ich, der Bundeskonferenz. (Rufe) Das ein einungsbild hergestellt wird, das man sagen kann, z.B. aus Tübingen stehen 100 Leute hinter der und der Aktionsform. Und dann kann man auch in etwa sagen, im Bundesgebiet sieht es hinterher so aus, und das können wir planen, und das ist jetzt wirklich Maßstab. (Beifall)

Heino: Zwei Sachen wollte ich sagen, 1. Bin ich der Meinung, daß man sehr vorsichtig sein sollte, wenn man Äußerungen darüber macht, welchen Teil der Anti-AKW-Bewegung wir hier vertreten. weil also das was der Rainer eben gesagt hat, hier wäre nur 1/3, das will er wahrscheinlich nicht, aber es hört sich in der Tat genauso an, wie das was Wüstenhagen darüber schreibt. Das muß man klar und deutlich sagen. (wüste Zwischenrufe) (Beifall) Ich finde auch, daß man das noch mal festhalten sollte, auf dem Wilster Bundeskongress, auf dem 2. also nachdem 35.000 Menschen eine Woche später nach Brckdorf gekommen sind und der immerhin diese Bedeutung gehabt hat dort waren 80 BIs und mehr nicht und wir haben uns auch nicht dessen geschämt und haben gesagt, also entschuldigt bitte, wir sind nur so wenig und wollen unsere Meinung aber trotzdem kundtun, sondern wir haben gesagt

hier ist der Bundeskongreß der BIs und wir haben auch 30.000 Menschen mobilisiert daraufhin und ich glaub, daß hier 220 sind das das eine erhebliche Stärkung darstellt und das man das begrüßen muß und unterstützen muß auch (starker Beifall)

Ich glaube nicht, das es darum geht also Vorstände zu wählen, oder Statute zu machen, oder sonst was zu machen, und das es auch nicht darum geht, eine einheitliche Bundesorganisation zu schaffen darum geht es nicht. Es geht darum, daß wir versuchen, ein Meinungsbild zu erstellen, von den anwesenden BIs und nicht irgendeine Veranstaltung durchzuführen, die man auch irgendwann anders durchführen könnte. (Beifall).

Als nächster Wolfgang. - Wir nehmen gleich den nächsten Thomas

Ich bin Wolfgang von der BI Hamburg Eimsbüttel, Mitglied der BUU. Ich wollte eigentlich verhindern, ich möchte verhindern, daß die Diskussion an falschen Fragen Polarisierungen aufwirft. (Beifall)

Ich bin auch der Meinung, daß es sehr wichtig ist daß hier ein grosser Teil der AKW-Bewegung seine Vorstellungen und seine Art ~~über~~ ~~die~~ darüber wie der Kampf zu führen ist, eben genau wie mit den Mitteln in Brokdorf, mit den Mitteln, für die Brokdorf und Grohnde stellvertretend sind, das der sich hier einigt und die Bilanz darüber ablegt, wo Erfolge gewesen sind und sich Gedanken darüber macht, wie das in Zukunft weitergehen wird und sich Gedanken darüber macht, welches Vorgehen die Bundesregierung demnächst an den Tag legen wird.

Ich bin aber nicht der Meinung, daß wir die Erfolge, die wir bisher erreicht haben, die darin bestehen, daß das Atomprogramm verzögert worden ist und u.a. das einige Bauvorhaben gestoppt werden mußten, aber auch auf der anderen Seite die Ziele die wir nicht erreicht haben daß Grohnde gestoppt werden kann, oder das Chu gestoppt wird oder die anderen Grafenreinfeld und die anderen kennt ihr alle.

Ich bin der Meinung, daß wir das gerade dadurch erreicht haben, das sehr viele autonome Gruppen in der Lage gewesen sind, ihre praktischen Vorbereitungen zu organisieren und zu koordinieren, Informationsstrukturen aufzubauen, die nicht dadurch zustande gekommen sind, das Mehrheiten da entschieden haben in Kampfabstimmungen, sondern darüber, das in der BRD zunächst für uns, ich kann hier für Norddeutschland sprechen, sehr viele Menschen Kontakte aufgenommen haben und die Demonstration vorbereitet haben, in den Verkehrsaus-schüssen, in den Sanitätsgruppen, in dem Ermittlungsausschuß, quer durch alle BIs hindurch und das das unsere Kraft darstellt das diese Vorhaben dann durchgeführt werden und von den Menschen getragen werden, die diese Vorhaben durchführen und das die sich nicht berufen auf irgendwelche Abstimmungsergebnisse, die über Kampfabstimmungen zustande gekommen sind. (Beifall)

Ich meine wir würden unseren Widerstand aufgeben, oder zumindestens sehr stark schwächen, wenn wir uns hier auf anonyme Abstimmungen verlassen würden und anonyme Abstimmungen wären meiner Meinung nach Abstimmungen die hier zwar von Delegierten vorgenommen werden, aber es werden hier viele Fragen auftreten, die nicht so wie der Kollege aus Tübingen es eben gesagt hatte, wie es da gut läuft, vorher diskutiert worden sind, weil sie nicht diskutiert werden konnten, und weil hier neue Aspekte kommen werden und weil hier bestimmte Fragen in den Mittelpunkt gerückt werden.

Ich meine, daß im Mittelpunkt dieses Kongresses stehen sollte eine inhaltliche Auseinandersetzung und das Herstellen von Meinungsbildern darüber wie diese inhaltlichen Vorstellungen mehrheitsmäßig getragen

werden, aber das wir nicht auftreten können, damit, daß der Bundeskongreß abgestimmt hat, am 19. 7. findet eine Besetzung in Grohnde statt da wird sich kein Mensch hinterstellen, sondern wir können hier diskutieren, was unsere notwendigen Aufgaben sind. (Beifall) Und ich habe den Verdacht, das unseren Erfahrungen in Hamburg und in Norddeutschland, daß einige Gruppen genau das vorhaben, nämlich hier per Mehrheiten Abstimmungen irgendwie zu erreichen, nicht in der Absicht eh, das einen praktischen Kampf zu verhindern, aber meiner Meinung nach von einer illusorischen und menschenfeindlichen Vorstellungen getragen, nämlich die Menschen zu funktionalisieren für den Widerstand. (Zwischenrufe, Pfeifen).

Ich bin der Meinung, das es sehr wichtig ist, daß hier zu sagen, weil ich sehr lange und sehr ernsthaft den Kampf gegen Atomkraftwerke führe und den auch weiterzuführen gedenke (Zwischenrufe) Und möchte einige Positionen dazu kurz verbinden. Einmal unsere Vorstellung, hier Bilanz zu ziehen über die Perspektiven und Vorstellungen für die Weiterarbeit zu gewinnen und das durch Gespräche und Diskussionen und nicht durch irgendwelche Zwischenrufe, die hier vorne sowieso nicht ankommen. (Rufe) Dann öffentlich zu Ausdruck bringen, die Punkte, in denen wir uns einig sind. Das sind z.B. die Fragen zur Kriminalisierung und zur Arbeit in den Gewerkschaften was uns allen klar sein dürfte, das wir innerhalb der bürgerlichen Bewegung langsam an einem Ende angekommen sind. Dann, daß wir in Punkten, wo Differenzen liegen eine gemeinsame Basis für gleichberechtigte Zusammenarbeit finden, und das wir Meinungen und Vorstellungen anderer Initiativen, die gewillt sind, an der Forderung "Keine Atomkraftwerke" mitzuarbeiten, nicht durch Abstimmungen unterdrücken und das wird genau passieren, wenn wir dann das hier machen würden. (schwacher Beifall, Pfiffe)

Das wir die Möglichkeiten des Bundeskongresses nutzen um Kontakte für praktische Zusammenarbeiten herzustellen ~~wirxxxzxxBxxxvorschla~~
~~mäßig kixxxxwix~~ über z.B. Vorschlagslisten, wie sie vorgeschlagen worden sind schon von Rainer. Das wir die Koordinierung der Arbeit der Ermittlungsausschüsse, Sanitätsausschüsse bei der Prozeßführung und bei weiteren Aktionen verbessern und das nicht das eintritt, wie z.B. die ersten Prozesse zu Brokdorf jetzt, die völlig unabhängig von der gesamten AKW-Bewegung in Itzehoe jetzt begonnen haben und wo wir vor der Schwierigkeit stehen, hier gegen Grundsatzurteile zu kämpfen.

Was wir nicht wollen ist, wie schon gesagt, einen bürokratischen Verwaltungsapparat a la Wüstenhagen aufzubauen weil wir der Meinung sind, das das den Widerstand schwächt und nicht stärkt. Gesagt worden sind die anderen Punkte (Zwischenrufe) Ich bin also der Meinung das wir die Frage über das Selbstverständnis dieses Bundeskongresses hier zu Anfang ausführlich diskutieren und das das wesentlich richtiger zunächst mal ist als das wir jetzt sofort in eine Diskussion über die weitere Tagesordnung einsteigen. (schwacher Beifall)

Als nächstes ist Michael aus Hambur dran. Wir schlagen von der Diskussionsleitung übereinstimmend vor, die Rednerliste zu beschließen. Es sind etwa noch 10 auf der Rednerliste (Pfiffe) Wir fordern jeden auf, sich jetzt kurz zu fassen und Positionen, die bereits erörtert wurden nicht noch zu wiederholen. Ansonsten sollten wir es auch dabei belassen, damit wir irgendwann auch mal in die Tagesordnung einsteigen können. Als nächster Michael. Oder zieht der zurück?(Rufe) Dann stell einen Antrag zur Geschäftsordnung. (Zwischenrufe, Lachen) Sei doch mal ruhig, damit wir das durchziehen können (Zwischenrufe)

(Zwischenruf: Kuck mal da winkt einer mit nem 50er).
(Viele Zwischenrufe)

Also der bezahlte Mann, der Mann der bezahlt hat, möchte was sagen, seid doch mal still.

(der Anfang ist nicht genau zu verstehen) ..wir haben einen Antrag gehabt und wir haben uns auf diese Arbeit vorbereitet. Und wir möchten, daß diese Arbeit programmgemäß abgestimmt wird. Und wir möchten darum bitten, daß die Diskussionsleitung dafür sorgt, daß jetzt eingestiegen wird in die Tagesordnung.... (Beifall)

Ich verstehe das als Antrag zur Geschäftsordnung. (Zwischenrufe)
Du, ist das als Antrag zu verstehen, die Diskussion darüber jetzt abubrechen und abzustimmen darüber?
(Beifall)
Dazu wird jetzt eine Gegenrede gehalten.

(aus dem Plenum) Gib dem Herrn die 15,-- DM zurück, daß er nach Hause gehen kann.

Wir lassen darüber abstimmen. Wer ist für Schluß der Diskussion?

Danke, wer ist dagegen?

Damit ist Schluß der Diskussion um diesen Tagesordnungspunkt (Beifall)

Jetzt haben wir trotzdem noch -- Zwischenruf -- Nimmt doch gar keiner an. Vorhin hat die Diskussionsleitung einen Antrag hier reingegeben und er neben mir hat auch einen Antrag gestellt. Und die müssen jetzt abgestimmt werden. Nicht, also das wir hier nicht völlig durcheinander kommen.

(Zwischenruf) Du, wenn ich das richtig verstanden habe, wenn ich das richtig beurteile - hast du mich - zuerst hast du mich aufgerufen, ich soll mal reden - oder der Mann mit den Locken - hat gesagt, Michael aus Hamburg soll jetzt mal reden und dann hat er den G. drangenommen. Und das sind etwas komische Sitten, wenn jemand aufgerufen ist, seinen Redebeitrag zu halten, dann sieht es so aus, daß der dann überhaupt erst mal dran ist, und danach, wenn derjenige der dran ist seinen Redebeitrag hat, dann werden neue Sachen aufgenommen. Oder nicht (Zwischenrufe) Ich bin der Ansicht, daß die Situation, die jetzt gerade eingetreten ist, schon sehr deutlich zeigt, daß diejenigen, die eine andere Position haben als die Mehrheit hier auf diesem Kongreß durch Geschreie, Gegröle und durch ~~Geheul~~ Gejohle, die nicht dazu kommen werden, ihre Position in aller Ruhe darzustellen, sodaß die gesamte Bewegung eine Einschätzung dessen stattfinden kann, eben anhand auch der verschiedenen Positionen der verschiedenen Strömungen der Bewegung und bin der Ansicht das das was hier gerade passiert ist, einige Leute aus der Bewegung entweder rausgeschmissen werden, weil sie gar nicht mehr zu Wort kommen, und jemand der hier nicht mehr zu Wort kommen kann, sich natürlich auch etwas überflüssig vor kommt und andere Leute versuchen diese Sache hier zu majorisieren. Meiner Ansicht nach und das ist die Ansicht derjenigen, die teilweise seit zwei Jahren in HH in der BUU arbeiten und auch hauptsächlich daran beteiligt waren, am 30. Okt. und 13. Nov. 76 die Besetzungen in Brokdorf vorzubereiten ist es eben hier alle Positionen zu Wort kommen zu lassen und keine anderen Positionen niederzustimmen, sondern lediglich Abstimmungs-~~xxxxxx~~Asbilder durchzuführen. Wir legen deshalb Kampfabstimmungen und Beschlüsse zu weittragenden Fragen grundsätzlich ab und sind hier der Ansicht, daß Meinungsbilder hergestellt werden, weil eben auch nicht alle Initiativen vorhanden sind.

Da hat zu Anfang einer gesagt, in Wilster waren wir 80 BIs oder nur 80 BIs anwesend und heute sind es 200, ein Fortschritt ohne weiteres, aber der Unterschied liegt darin, daß auf der Konferenz in Wilster, das es darum ging, eine praktische Aktion, nämlich unsere Bauplatzbesichtigung in Brokdorf vorzubereiten. Hier und heute geht es jedoch darum, daß Grundlegende Sachen beschlossen werden sollen und hier können keineswegs durch Kampfkationen bzw. Kampfabbstimmungen durchgesetzt werden. Sondern alle Strömungen müssen hier zu Wort kommen und sollten nicht niedergebrellt werden. (Beifall)

Disk.Ltg.: Also wir haben vorhin - bin noch nicht fertig du - Ach so.

Also zum Schluß möchte ich noch eins sagen: diese Sache mit den festgelegten Delegierten ist die Vorstufe von einem irgendwie neuen Bundesverband a la Wüstenhagen (Pfiffe) und dazu möchte ich nur noch eins sagen: Setzt den Radikanten und Entschiedensten von uns auf den Thron der Anti-AKW Bew. und spätestens nach einem Jahr werdet ihr merken, daß er ein schlimmerer Bürokrat geworden ist als Wüstenhagen. (Pfiffe, mäßiger Beifall)

Disk.Ltg.: Wir haben vorhin darüber abgestimmt, daß diese Disk. nicht weitergeführt wird. Wir haben vorhin den Vorschlag der Mehrheit der Disk-Leitg. hier vorgelesen. Ich weiß nicht, ob er noch bekannt ist, es ist explizit gesagt worden, daß dieser Bundeskongreß keineswegs verbindliche Beschlüsse fassen wird, das es aber notwendig ist, daß die Leute, die Delegierten aus der BRD hier ihre Meinung dokumentieren können. Und dazu müssen wir die Möglichkeit haben, daß wir unterscheiden können, daß denjenigen, die als Delegierte abstimmen und denjenigen, die hier als Troß usw. abstimmen. Ich hab jetzt nicht Lust, den Antrag nochmal vorzulesen, ich glaub auch, er ist den meisten bekannt. Ich würde jetzt vorschlagen das wir jetzt darüber abstimmen. Und dann gemäß diesem Antrag verfahren, - also dem dann beschlossenen Antrag - verfahren.

Das wesentliche dieses Antrages ist, daß eh, Abstimmungen, d.h. Meinungsbilder, die hier hergestellt werden nur von den Delegierten der BIs durchgeführt werden. Um es nochmal festzumachen: Es geht nicht darum, hier feste Termine festzumachen, wann z.B. eine Platzbesetzung passieren soll. Es werden Vorschläge und Empfehlungen zur Weiterarbeit hier vom Bundeskongreß gegeben. Mehr nicht. Aber auch nicht weniger. Ich bitte jetzt die Delegierten, die diese Karten haben, sich jetzt dazu zu äußern, und zwar per Abstimmung, ob sie jetzt das Verfahren der HH-Montagsgruppe hier vorziehen oder das Verfahren, daß wir hier vorschlagen.

Wer ist also für den Antrag der Mehrheit der Disk-Ltg.?
(starker Beifall)

Und jetzt Gegenprobe - Gelächter - Damit verfahren wir nach diesem Prinzip.

Ich möchte jetzt noch, bevor wir in die Tagesordnung reingehen, noch kurz was dazu sagen wie wir überhaupt an den Tisch kommen hier. Wir sind von den verschiedenen Städten hier - also Hameln, Hannover und HH - als, in die Disk-Ltg. gewählt worden, als die Gruppen, die diesen Bundeskongreß organisatorisch durchziehen. Wir sind also hier - ich bin der Jochen aus Hannover - hier neben mir sitzt Bernd, auch aus Hannover, eingerahmt bin ich von zwei HH - links Rainer und rechts ist auch Rainer - und ganz rechts sind die beiden Hamelner Vertreter - Peter und Siggli.

Jetzt - um jetzt hier die Disk.Ltg. die ja zwangsläufig nur von Norddeutschen BIs gewählt werden konnte, jetzt nicht also zu norddeutschlandlastig werden zu lassen, und um außerdem die Arbeit hier ein bisschen gerechter auch zu verteilen, haben wir vor, noch weitere Disk.Ltgs. Mitglieder aus dem Süddeutschen und Westdeutschen Raum noch hinzuzunehmen. Jetzt sind einige Vorschläge da, vielleicht kannst du mal kurz sagen was das ist und dann können wir durch Akklamation oder sonstwie --

Wenn wir dabei bleiben, das es auch aus dem Westdeutschen und Süddeutschen Raum ergänzt wird hier liegen drei Vorschläge vor das ist Michael aus Würzburg, Sepp aus Kassel, und für NRW ein Mitglied aus Hagen steht hier. Können die 3 sich mal kurz bekannt machen.

Das war also der Michael - ok, die drei können ja nach vorne zu uns kommen, dann disk. wir das mit der Ablösung hier.

- hier ist eine Wort-meldung (Zwischenruf aus Plenum) -

Wenn sich Mädchen aus den gen. Bereichen oder BIs dazu bereiterklären - also das liegt nicht an mir - Ja, zum weiteren Veffahren kurz zum technischen Verfahren es ist ausgesprochen problematisch Wortmeldungen entgegenzunehmen, die ~~xxx~~ also per Handzeichen aus dem Plenum kommen, verliert man sofort die Übersicht, wenn es mehrere sind. Wortmeldungen also bitte auf einem Zettel hier runtergeben und bitte vermerken, zu welchem Tagesordnungspunkt. (Zwischenrufe)

Die Tagesordnung wird gleich festgelegt. Vorher möchte ich jetzt noch kurz noch zwei Durchsagen machen, eh wir da einsteigen, weil es wichtig ist, die Sani-Ausschüsse treffen sich morgen um 10.00 im H örsaal 14 - ist in diesem Gebäude - und der Ermittlungsausschuß treffen sich um 9.00 morgen im Hörsaal 632.

So, jetzt ist hier eine Wortmeldung dort oben. - Und da kam eben konkret ein Widerspruch gegen einen, der hier unten steht, und der kommt wohl aus Hagen soweit ich das hier unten verstanden hab oder aus Münster und statt dessen wird eine Frau vorgeschlagen also wie machen wir das? (Beifall)

Ich meine, das ist hier von uns aus unmöglich jetzt zu beurteilen, wahrscheinlich auch vom Plenum aus unmöglich zu beurteilen, wie man das macht. Einigt euch da.

Wir gliedern das jetzt aus das Problem. Die vorgeschlagenen treffen sich hier vorn am Lautsprecher und machen das da unter sich aus.

Wo? So, jetzt wären diese Geshichten soweit geklärt und jetzt müßten wir in die Diskussion der Tagesordnung eintreten. Uns liegt vor in der Kongreßmappe, ach so, das macht mein Kollege nebenan.

Wir hatten 11 verschiedene Vorschläge zur Tagesordnung wir sind die Pkt. für Pkt. durchgegangen und meinen, das es möglich ist, diese 11 auf zwei alternative Vorschläge zu reduzieren, insbesondere, weil mehrere von denen nur Konkretisierungen der Tagesordnungspunkte beinhalteten, die wir dann so aufgenommen haben. Der eine Vorschlag ist der, der hier mit verschickt wurde als Seite 1 dieser Mappe vom Vorbereitungsausschuß. Wir waren der Meinung, daß mit diesem Tagesordnungsvorschlag entweder identisch oder ohne weiteres einzubauen die Anträge waren 2 dann aus Emden Nr. 4 dann der Antrag Nr. 5 von den Unorganisierten aus HH wobei man da Konkretisierungen mit einbauen müßte, 6, 7, 8, 9, 10 und 20 die haben wir alle darunter subsummiert und glauben das da cuh kaum Widerspruch kommen dürfte.

Demgegenüber erscheint uns hier der Antrag "Arbeitskreis gegen Atomenergie Braunschweig" der im wesentlichen die beiden Punkte vertauschen möchte und den ursprünglichen Vorschlag der mit der ersten Einladung verschickt worden ist, beinhaltet. Dort heißt es noch, daß man zunächst den Stand des Atomprogramms und dann den Stand der Anti-AKW-Bew. diskutieren will. (leichter Beifall)

Diesen Antrag scheint uns zu unterstützen bzw. zu modifizieren, der Antrag "BI für den Schutz vor Atomgefahren" in Celle. das ist der nachgereichte Antrag XI. Die einzelnen Initiativen werden sicher besonders diejenigen, die diese Anträge gestellt haben, werden sicher auch in der Lage sein, das nehme ich jedenfalls an, nochmal nachzuprüfen, ob sie sich tatsächlich mit diesem Vorschlag des Vorbereitungsausschusses überin.. in Übereinstimmung sehen, sonst müssen sie das jetzt sagen, wenn das nicht der Fall ist, würden wir jetzt diese beiden Vorschläge Braunschweig bzw. den Antrag des Vorbereitungsausschusses alternativ abstimmen lassen.

Ja dazu können jetzt Wortmeldungen kommen.

Wir haben schon 3 Wortmeldungen da, die erste kommt von Dieter K-der nächste wär Reinhard .

Also ich bin dafür, den Antrag des Vorbereitungsausschusses mit folgender Veränderung anzunehmen. Den Punkt 1 zu belassen und zu erweitern und den Punkt 2 Konsequenzen aus 1 hinter 3 zu stellen. Und zwar mit folgender Begründung: Der Punkt 2 wird doch wohl sicherlich so etwas wie ein Selbstverständnis formulieren, d.h. die Mindestvoraussetzungen die gegeben sein müssen, damit wir mit irgendjemand anders zusammenarbeiten können.

=in= Und ~~xxxx~~ diese Mindestvoraussetzungen muß meiner Ansicht nach eingehen nicht nur was wir bislang getan haben, sondern auch noch was wir positiv in der Zukunft tun wollen, wo ja auch neue Dinge auftreten werden. Und deswegen muß die Sache mit dem Selbstverständnis nach dem ~~Rkm~~ Punkt weitere Arbeit kommen.

Also ich bin kein Delegierter, ich hab nicht diese Mappe vorliegen und ich hab eben kein Wort verstanden. Deswegen schlage ich vor als Ergänzungsantrag unter IV Abs. 5 und ff. - ich bitte alle Delegierten aufzupassen, damit sie es auch mitkriegen - die anderen verstehen es wiederum nicht. so zu reden damit diejenigen Leute, die diese Mappe nicht vorliegen haben vielleicht auch etwas mehr verstehen, als irgendwelche Zahlen und Ziffern (Bravo-ruf, Beifall)

Reinhard war dran, und dann Jens. - Wir schreiben das an die Tafel -

Die nächsten Wortmeldungen. Karl dann. BI Kiel. (Zwischenrufe)

(Karl aus Kiel redet vom Plenum aus. Spricht zu Pkt. 1 der TO.)

Das ist doch der Pkt. 1 hier der TO. Die TO wird jetzt an die Tafel geschrieben, damit auch jeder weiß um was es geht, das sehen wir ein das muß passieren. Wir haben jetzt noch 2 Wortmeldungen, ich bitte auch hier nicht ständig Positionen zu wiederholen, sondern sie auf den Punkt zu bringen, damit die Abstimmung erfolgen kann.

Es kommen jetzt Achim und danach ein Volker.

Also ich möchte es nochmal begründen, warum ich es auf diesem Bundeskongreß für erforderlich halte, das an erster Stelle über den Stand des Atomprogramms von Seiten der Bundesregierung - dazu diskutiert wird. Wir müssen doch sehen, wir wollen uns heute hier nicht als erstes darein verlieren, jetzt in ein Beleuchten unserer Aktionen hineinzusteigen, ohne zu sehen, wie und welche Auswirkungen haben diese Aktionen auf das Atomprogramm gehabt, welche Abstriche sind in der Zwischenzeit gemacht worden, erst dann ist es doch möglich, den Stellenwert dieser Aktionen einzuschätzen, sonst wüßte ich also gar nicht, wie wir eine Einschätzung vornehmen wollen, wenn wir das nicht mit draufhaben. D.h. was hat (Beifall) es muß doch ne Bilanz gezogen werden - was hat die AKW-Bew. seit Whyl oder seit Brokdorf letzten Jahres überhaupt erreicht und von dieser Position hier können wir auch bewerten, wie sehen wir die letzten Aktionen in welcher Form und in welcher Weise muß unsere Arbeit auch in Zukunft ausgerichtet werden. Und jetzt wollte ich noch die Disk-Ltg. bitten, diese Störungen, die ständig vorgetragen werden von den ~~Un~~ Unorganisierten indem sie also auf bürokratische (Pfiffe) Ich bitte euch doch darum, laßt das, das wir hier zu einer ordnungsgemäßen Diskussion an politischen Inhalten kommen.

(Leichter Beifall)

Christine aus Glückstadt und danach Karin und Heidi in dieser Reihenfolge. Werden alle zurückgezogen. Wenn hier alle Leise sind dann geht es, daß sich einer auch ohne Mikrofon verständlich machen kann.

(Aus dem Plenum) Ich möchte nur mal darauf hinweisen, daß viele BI's nur den Tagesordnungspunkt I aus dem Vorbereitungsausschuß erhalten haben oder also ziemlich spät erhalten haben (die Konferenzmappe) und wir haben uns z.B. auf den ersten Tagesordnungspunkt vorbereitet (genauer Wortlaut unverständlich, sie spricht sich für den Vorschlag des Vorbereitungsausschuß aus.) (Beifall)

Ich möchte zur Tagesordnung sagen, ich komme aus Glückstadt, daß wir gerne den Punkt III der verschickten Tagesordnung dem Stand des Atomprogramms und auch den Stand der AKW-Prozesse und das wir - also man könnte sagen der informationsreiche Teil der Tagesordnung ist, während der andere hauptsächlich politische Einschätzungen und Diskussionen mit sich bringen wird und das wir diesen Punkt III an erster Stelle vorgezogen hätten, wollten wir auch noch unsere Erfahrungen in Wilster und so eigentlich sehr schlechte Erfahrungen gemacht haben und die anderen Diskussionen zeitmäßig so in Anspruch nehmen könnten, daß das andere nachher nicht mehr dran kommt und uns ist an sich Punkt III liegt uns am meisten dran. (Leichter Beifall)

Jetzt will Heidi noch sprechen und danach ist Peter noch dran, Peter Altenburg - vorher noch nicht. So jetzt Heidi.

Ich finde, daß eure Alternativen nicht ganz richtig sind und zwar können die Anträge Nummer II und 9 nicht unter die vorgeschlagene Tagesordnung subsommiert werden, weil da nämlich gerade gefordert wird, daß nach der alten Tagesordnung der Punkt III nach der neuen Tagesordnung der Punkt II nämlich die Selbstverständnis diskussion gestrichen wird.

Und zwar ist der Grund ganz einfach, weil wir es für schlicht falsch halten und unsinnlich halten eine abstrakte Diskussion über irgend ein Selbstverständnis ~~führen~~ zu führen. Wir meinen unser Selbstverständnis ist weck mit allen Atomanlagen und mehr brauchen wir nicht. Wir einigen uns aber nicht auf einer abstrakten Ebene mit allen möglichen Strömungen, die da sind auf Plattformen wie Wilster oder Grohnde oder ähnliche haben aber durchaus die Möglichkeit in konkreten Aktionen uns auf sowas zu einigen und ich meine das das eine vernünftige und ausreichende Basis ist für eine Aktionseinheit. Deshalb müssen die Sachen getrenn abgestimmt werden und können nicht unter dem Vorschlag der Tagesordnung, wie sie von der Disk.Ltg. gekommen ist, mit eingereicht werden.

~~Rück~~Ltg. Peter: Ich meine, daß die 2. Tagesordnung die jetzt vor- sieht Bericht der Demo-Leitung, Konsequenzen daraus, Entschlie- ßung zu Grundlagen unserer Arbeit richtig ist, wir haben eh, gemeinsam die Angriffe auf die Baustellen der KKW's organisiert und wenn hier eben der eine Kollege gesagt hat, man müsste jetzt den Stand den Atomprogramms diskutieren, dann hat er gesagt, wir müssen Bilanz ziehen, ich meine gerade, genau, wir müssen Bilanz ziehen Bilanz über die Kämpfe die wir geführt haben, denn in diesem Kämpfen sind Widersprüche deutlich geworden, die heute in der Be- wegung vorhanden sind. Die müssen hier auf den Tisch als erstes um dann gemeinsam sich darüber zu unterhalten, welche Grundlagen wir gemeinsam schaffen können für die gemeinsame Arbeit. Das ist der richtige Weg, und auf der Basis kommen wir hier auch voran. (mittlerer Beifall)

Gut und ich meine, wenn wir das, eh wenn wir diese beiden Punkte vernünftig durchgeführt haben, dann haben wir die Grundlage da- für um bestimmte Planungen und weitere Schritte einzuleiten, wie das eben hier unter Pkt. 3 steht. Aber ich meine, das das schon notwendig ist die auf der linken Seite vorgeschlagene Tagesord- nung so durchzuziehen. Wobei man sich noch überlegen müßte, daß die Stellungnahme der BIs ziemlich schwierig ist 200 hier zu Wort kommen zu lassen, weil wir dann noch nächste Woche hier sitzen das man da noch einen vernünftigen Modus findet.

Rüdiger Hartmann

Die Bürgerinitiative in Celle hat einen Antrag gestellt, den bisherigen Punkt 4 auch vorzuziehen und zwar mit folgender Begrün- dung. Das folgt also unter die Maßnahmen die wir jetzt zu treffen haben. Im Augenblick versucht die Bundesregierung ganz einseitig die Gewerkschaften auf ihre Seite zu ziehen, also müssen wir uns auch jetzt klar sein, was wir auf diesem Gebiete tun wollen um speziell die Auseinandersetzung mit den Gewerk- schaften zu führen und die Gewerkschaftler für uns zu ge- winnen, daß geht aber nicht wenn das ganz hinten am Schluß steht unter ferner liefen. Deshalb haben wir den Antrag ge- stellt diesen Punkt vorzuziehen. (Beifall)

Achim, Hannover hat sich noch gemeldet.

Ja, vorhin wurde etwas gesagt, was wir in Hannover, in unserer Gruppe, des Fachausschuß Initiative Mathe-Physik und in einigen anderen Gruppen ~~das~~, z.B. Stadtteilgruppe Linden, diskutiert haben, was expesiet auf dieser Konferenz nicht wollen.

WIV

=fort- Nämlich versuchen, über eine theoretische Einigung unsere Praxis vorzubringen. Das würde uns unwahrscheinlich zurückwerfen, wenn wir das versuchen wollen. Und wir haben deshalb den Antrag hier eingebracht der vorhin schon mal von der H-eidi erläutert wurde, daß wir versuchen, uns an praktischen Fragen zu einigen, keine Selbstverständnisdiskussion hier führen, als solche Selbstverständnisdiskussion, denn damit würden wir unsere unterschiedlichen Strömungen zwar zur Geltung bringen, aber praktische Einigung nur behindern. Und das scheint mir der wesentlichste Punkt für den Ablauf dieser Konferenz hier zu sein. Wir in Hannover haben es in den BIs nicht geschafft ihn inhaltlich vorzustrukturieren und zu allen Punkten Stellungnahmen zu machen. Ich gehe davon aus, daß das nicht nur ein isoliertes Hannoversches Problem ist, davon gehe ich mit ziemlicher Sicherheit aus. Und wenn wir dann hier den BI's anschließend - was hier etwa passiert ist - vorsetzen, dann kann das zu dem führen, was hier schon oft angekündigt worden ist, daß sie nämlich davor stehen und nicht wissen was sie damit anfangen sollen. Und wenn jetzt hier, obwohl wir das schon oft gesagt haben, nochmal wieder versucht wird, eine theoretische Vereinheitlichung durchzuführen, dann ist das Schwachsinn und führt zu wirklicher Spaltung der Bewegung. Deshalb bin ich dafür, diese Punkte aus der TO zu streichen, bzw. unseren Antrag, den wir hier vorgelegt haben - keine Selbstverständnisdiskussion zuzustimmen - (leichter Beifall).

Disk.Ltg.: Dann würde ich jetzt vorschlagen, versuchen wir uns nun auf was zu einigen. Im Verfahren würde ich jetzt vorschlagen, das wir zunächst mal grundsätzlich darüber abstimmen, nach welchem der beiden Vorschläge wir vorgehen wollen und anschließend über die Änderungsanträge abstimmen. Ich würd jetzt also fragen, Wer ist das wir nach der TO des Vorbereitungsausschusses verfahren? Die Delegierten jetzt bitte die rote Karte heben.

Gegenprobe. Wer ist - das ist die Mehrheit. Dann gehen wir danach zu diesem Antrag ne zu diesem TO-Vorschlag liegen jetzt Änderungsanträge vor. Und zwar, zu diesem Antrag steht also jetzt nur einer da aus Celle, der gesagt hat, daß eh, der Pkt. 2 dieser TO hier als Pkt. 1 behandelt werden soll. Oder habe ich das falsch verstanden? - Also ich hab das nicht ganz mitgekriegt, der Pkt. 4 soll statt dem Pkt. 3 behandelt werden.

Diesen Antrag, den hab ich so verstanden, daß zunächst die inhaltliche Arbeit, also in den Gewerkschaften usw. daß das vorgezogen werden soll vor dem hier in der ursprünglichen Einladung verschickten Pkt.3, der Grundlagen unseres Widerstandes beinhaltet. So hab ich den Antrag aus Celle verstanden. Ist der jetzt klar? Auch inhaltlich sowiet?

Also müssen wir jetzt fragen, wer ist für diese Änderung, der hebt jetzt die Karte? Wer ist dafür, daß es so bleibt wie es ist? Das ist die Mehrheit. Dann verfahren wir jetzt nach der ganz ursprünglichen Tagesordnung.

Zum Tagesordnungspunkt Stand des Atomprogramms ist ein Referat der BI Hannover angekündigt, - zwischendurch kommt noch zur Geschäftsordnung - aus dem Plenum: ungeklärt ist doch noch, bei welchem Pkt. der Bericht der Demo-Leitung Brokdorf behandelt wird. Ist das klar jetzt?

Disk.Ltg.: Stand der Anti-AKW-Bewe. (Pkt. 2) Da wird Brokdorf, Grohnde usw. auch behandelt. Ich schlage sogar vor, das an die erste Stelle dieses Punktes zu nehmen. Wenn sich nacher Widerspruch ergibt, ändern

wir das. Aus Hannover war ein Bericht angekündigt. Ein Referat zum Stand des Atomprogramms. Ist das vorbereitet worden? Ja. Dann bitte. Also wir können jetzt schon Wortmeldungen für die Diskussion danach entgegnehmen.

BI Hannover: Also kurz zur Entstehung dieses Referates. Das ist in einer Vorbereitungsgruppe vom Hann. BI-Plenum vorbereitet worden und ist dann auf dem letzten Plenum inhaltlich dargestellt worden, einige Fragen dazu, und dann ist das so verabschiedet worden.

Wir geben im folgenden einen Überblick über den Stand der Diskussion und Planung unserer Gegner. Der AKW-Betreiber in Industrie und Regierung. Dies erscheint uns wichtig, weil die gegenwärtige Phase, die Verwirrungsstrategie mit Bürgerdialog mit Gerichtsbeschlüssen und Denkpausen zu Ende geht und die Entscheidung für einfallseits abgesichertes sozusagen ungestörtes Durchziehen des Atomprogramms für den Herbst dieses Jahres ins Haus steht. Diese Entscheidungen beeinflussen nicht unerheblich unsere Taktik, beeinflussen nicht unerheblich die Möglichkeiten Menschen in den Kampf einzubeziehen. Die heute noch auf Gerichts- und Parlamentsvernunft vertrauen.

Andererseits wird auch die endgültige parlamentarisch-gesetzliche Entscheidung für das Atomprogramm eine staatliche Härte gegen die AKW-Gegner zur Folge haben, die das bisher bekannte in den Schatten stellt. Die Ereignisse von Chu am letzten Wochenende 7.000 Bullen gegen eine relativ kleine Demo von 2.000 AKW-Gegner zeigt die wilde Entschlossenheit diesbezüglich. Wir möchten darauf hinweisen, daß inzwischen in Hessen es einen Vorschlag gibt, unsere bisherige passive Bewaffnung, also Gasmasken, Gesichtsmasken Helme usw. zu Waffen erklärt werden sollen und in Zukunft unter- sagt werden sollen. Selbst den hartgesottensten AKW-Gegner ist klar, daß das ursprünglich ehrgeizige Ziel von 45.000 - 50.000 Megawatt AKW-Leistung im Jahre 1985 nicht mehr erreicht werden kann, wie es im Energieprogramm der Bundesregierung 1974 vorgesehen worden war. Im Nov. 76 schraubte Wirtschaftsminister Friedrichs die Atomstromleistung von 1985 auf 35.000 - 38.000 MW heruntern. Inzwischen ist die Bundesregierung offiziell bei 30.000 MW angelangt. Neben den betriebenen 13 KKW mit insgesamt 6.500 MW teils in Betrieb, teils in Probelauf, sind Werke mit 11.600 MW im Bau. Weitere 2.700 MW sind genehmigt. aber im Bau behindert. Das ist Whyl und Brokdorf. Sowohl der Bau des KKW Whyl als auch der in Brokdorf ist nach massiven Protesten der Anti-AKW-Bew. derzeit auch gerichtlich gestoppt. 6.100 MW schweben mit vielen Ungewissheiten in Genehmigungsverfahren. Einhelligkeit besteht in der Bundesregierung darüber, daß die im Baubefindlichen AKW's durchgezogen werden sollen. Klar ist auch, daß nach der Genehmigung des Baus des AKW Brokdorf durch die Schleswig-Holsteinische Landesregierung derzeit keine weiteren Genehmigungen erteilt werden. Großspurig behauptete Matthöfer dazu, daß ein Zitat "das ein Baustop für KKW's in der BRD bereits gegeben sei." Drei AKW's hatten nach Brokdorf für Dez. 76 bzw. Jan. 77 mit der ersten Teilgenehmigung gerechnet. Es stehen die Genehmigung der AKW's von Warnum, Philippsburg, Biblis C und Hamm an. Insgesamt sollen schon 7 AKW auf der Warteliste für die erste Teilerrichtungs-genehmigung stehen. Nach dem Brokdorfstop der Einstellung von Uranlieferung aus Kanda und der Verzögerung der Wiederaufbereitungsanlage, hatte sich die Regierungskoalition erst einmal eine Verschnaufpause

zugebilligt und erklärt das künftig die erste Teilerrichtungsgenehmigung nicht erteilt wird, solange die Kraftwerksunternehmen keine realistische Planung für die Entsorgung des giftigen Atom-
mülls vorlegen können. Bisher hatte es geheißen, daß die Bundes-
regierung werde keine weitere Betriebsgenehmigung erteilen, solange
die endgültige Lagerung des Atom-
mülls und die Aufbereitung der ab-
gebrannten Atomstäbe nicht sichergestellt sei. Soweit die bisheri-
gen Pläne. Ende März hat das Bundeskabinett getagt und Richtlinien
beschlossen, welche weitreichenden Entscheidungen im Herbst dieses
Jahres entgültig gefällt werden sollen. 1. Die sog. Entsorgungs-
frage soll für geklärt deklariert werden. 2. Mit den Vorarbeiten
für die Wiederaufbereitung soll begonnen werden. 3. Eine neue Geneh-
migung für den Bau von AKW soll erteilt werden und mit dem im Bau
begonnen werden. Das sind bis zu 8 AKW. dieses Jahr. 4. Die Gerichts-
urteile von Whyl und Brokdorf, sollen vom Tisch gefegt werden.
Grundlage dafür ist eine superoptimistische Einschätzung wie
sie der politische Chefdenker Engelmann aus dem Wirtschaftsminist-
erium ~~bekanntgegeben~~ vor der Presse bekannt gab. Er sagte, diese
Zeitungsmeldung. Im Bereich der Kernkraftwerke erwartet Engelmann
im Laufe der nächsten Monate eine deutliche Entspannung in der
Auseinandersetzung zwischen Befürwortern und Gegnern der Kernener-
gie. Englemann Wunschträume werden allerdings werden weder von
der SPD/FDP-Regierung vollständig mitgeträumt, die möchte
weitere Verzögerung der Anti-AKW-Bewegung auch nach dem Herbst
nicht ausschließen und die CDU/CSU mag auch nicht an Engelmanns
Vision vom abflauen unserer Kampfkraft glauben. Die CDU/CSU fordert
nämlich die gesetzliche Festschreibung des Atomprogramms und das
Durchpeitschen auf Teufel komm raus. Nach dem Atomgesetz haben die
Elektrizitätsfirmen für die Beiseitigung des Atom-
mülls zu sorgen. Bei Vergündung der neuen Richtlinien erklärte die Bundesregierung
sie bleibe bei ihrem Entschluß vom Juni vergangenen Jahres, Juni 76,
nach dem der Bau neuer Kernkraftwerke nur genehmigt wird, wenn
die Entsorgung hinreichend sicher gestellt wird. Allerdings ihre
Vorstellung von hinreichender Entsorgung wurde jetzt zum 3. mal
geändert. Und zwar für die Entsorgung soll nach neusten Vorstell-
ungen durch 3 höchstbanale Maßnahmen als sicher gestellt gelten.
1. Die Reaktorsicherheitskommission und die sogenannte Strahlen-
schutzkommission bestätigen die sicherheitstechnische Realisier-
barkeit der Entsorgungsanlage. Das ist natürlich kein Problem
zumal sich die AKW-Betreiber die Mühe gemacht haben die 100 %
ige Sicherheit auf 3000 Seiten zu belegen. 2. Es muß ein Antrag
auf Teilerrichtungsgenehmigung für die Wiederaufbereitungsanlage
gestellt sein. Dieser Antrag ist gestellt. 3. Es müsse die Vor-
auswahl eines oder mehrerer geeigneter Standorte für die Ent-
sorgungszentrum getroffen sein. Also Gorleben, Lichtenhorst,
Aschendorf oder Unterlüß ~~getroffen~~. Diese Entscheidung ist bisher
von der Landesregierung Niedersachsen gefällt, mit wird sehen
in wie weit sich die Landesregierung Niedersachsen hier gegenüber
der Bundesregierung durchsetzen kann ~~und~~ oder ob die Schmidt-
Regierung uns einen anderen Ort aufzotroiert. Das waren die
3 Punkte, die genannt werden um die Entsorgungsfrage als hin-
reichend sichergestellt werden zu lassen. Im Herbst also wird
die Atom-
mülllagerung als gesichert erklärt werden, und zusätzlich
eine gesicherte Wiederaufbereitungsanlage vorgestellt werden.
Dies ist der hintergrund der Tatsache das Friedrichs die Genehmi-
gung von 4 bis 5 weiteren AKW's für den Herbst vorsieht.

Dies ist auch der Hintergrund für die Verlagerung der Fortschreibung ~~für~~ des Energiepolitischen Programms auf die Zeit nach der parlamentarischen Sommerpause voraussichtlich Ende September. Die CDU/CSU steht in diesen Fragen der Planung des Atomprogramms voll hinter der Bundesregierung. Auch mit den Länderregierungen ist man sich weitgehendst einig, Der Kieler Regierungschef äußerte die Ansicht, daß sich Bund und Länder bis zur Sommerpause über die Einzelheiten des neuen Energieprogramms verständigen werden. Bis zum Herbst muß sich andererseits die Opposition von SPD und FDP auf Kurs gebracht werden., denn ganze Landesverbände der SPD und die Mehrheit des FDP-Parteitag im letzten Herbst forderten eine sogenannte Denkpause bis zur Klärung der Entsorgungsfrage in Sachen Kernenergie. Die SPD plant dazu eigens ~~dazu~~ einen Energiepolitischen Parteitag. Bundesjustizminister Vogel will die Zuständigkeit von Behörden auf die Parlamente verlagern. Er meint dazu allein die Parlamente sollen auch die Befugnis zur generellen Entscheidung erhalten und den Gerichten abgenommen werden. CDU-Stoltenberg ging noch einen Schritt weiter. Er forderte die Zielwerte für das Energieprogramm müssen auch politisch und administrativ durchgesetzt werden können. Die wesentliche Voraussetzung für das Energieprogramm sollten als Gesetzentwurf sollten von Bundestag und Bundesrat vorgelegt werden. Das heißt gesetzlich soll nicht nur festgeschrieben werden wie wieviel AKW's wann und wo gebaut werden sondern darüberhinaus sollen auch die Gerichte praktisch ausgeschaltet werden. Denn so Stoltenberg in dem Gesetz könnten auch die wichtigsten Normen für die Sicherheit und Umweltschutz und die Entsorgung erhalten sein. Gleichzeitig würde damit jeder Versuch die AKW-Bewegung durch die Illusion zu zersetzen aufgegeben und der große Knüppel hervorgezogen, wie es schon ansatzweise in Brokdorf von Stoltenberg vorexerziert wurde. Die Pläne der Bundesregierung laufen auf die gleiche Konfrontation hinaus allerdings möchte sie sich einen gewissen Spielraum zum taktieren bewahren. Einzelne Regierungsmitglieder fordern ebenfalls, wie Justizminister Vogel, daß künftig die Parlamente des Bundes und der Länder über Zahl, Art und Standorte für neue Kernkraftwerke entschieden werden sollte. Allein die Parlamente hätten die Befugnis zu generellen Entscheidungen, die jetzt in geordneter Weise und verbindlich für die Energiepolitik gefällt werden müssen. Verwaltungsgerichte hingegen seien immer nur für den Einzelfall zuständig. Damit würde immerhin das Brokdorfurteil aus den Angeln gehoben. Für das Whyl-Urteil und den Berstschutz hat man sich etwas anderes ausgedacht. Der für die Energiepolitik zuständige Abteilungsleiter im Bundeswirtschaftsministerium Engelmann will nicht den Gerichten dieses Thema entziehen, er baut stattdessen fest auf das Votum der Reaktorsicherheitskommission, die ~~dasxxhxxxxxx~~ ~~xinxsxDruckbehälterxxxxxx~~ Gefahr des bersten eines Druckbehälters als außerordentlich unwahrscheinlich bezeichnet hatte. Die möglichen Vorteile einer zusätzlichen Abkapslung des Druckgefäßes nach außen stünden in keinem Verhältnis zu den damit verbundenen Nachteilen die darin zu sehen seien, daß die Aussenhülle des Reaktorbehälters wesentlich schwieriger auf schadstellen überwacht werden könnte. Die Gefahr des berstens bestünde nicht soll die Kommission bezeugen, aber man dürfte das Reaktordruckgefäß nicht durch eine Betonschicht abschirmen, weil der Reaktor ständig leck schlägt und erst kontrolliert werden müsse mit dieser gerade bestechenden Unlogik soll das Whyl-Urteil gekippt werden.

Insgesamt hält sich die Bundesregierung die weitergehende gesetzliche Festschreibung die von der CDU gefordert, offen. So erklärte Fridrichs nach Erläuterung der Richtlinien der Bundesregierung vor der Presse, die Bundesregierung prüfe darüber hinaus die rechtliche Möglichkeit im Falle ernster Gefahren für die Gesamtwirtschaft eine Güteabwägung zwischen umweltpolitischen einerseits und energiepolitischen Erfordernissen andererseits bei der Anwendung des Umweltschutzgesetzes zu betreiben. Zusammenfassend stellen wir fest, daß zur Durchpeitschung des Atomprogramms bis zum Herbst Maßnahmen ergriffen werden, die klare Fronten zwischen Gegnern und Betreibern und Befürwortern des Atomprogramms schaffen. Illusionen und Bürgerdialog gehen dem Ende entgegen, falsche Freunde aus Regierungsparteien werden wir los, aber ein gesetzlich abgesichertes vereinheitlichtes Atomprogramm wird mit Sicherheit auch den staatlichen Terror gegen die Gegner seiner Menschenfeindlichen Politik erheblich steigern. In diesem Zusammenhang sollten wir die Aufgaben der Verbreitung der Bewegung diskutieren. Das wars.
(Längerer Beifall)

Ehe Fritz Storim sein Referat hält noch zwei Durchsagen
(Disk.-Ltg.)

..... (Brieftasche gefunden und mehr Materialien an die Ermittlungsausschüsse geben.)

Fritz wir stellen das zurück, weil weiterhin die Untergliederung hier nicht an die Wandtafel angeschrieben. Ich weiß nicht ob euch der erste Vorschlag des Vorbereitungsausschuß bekannt war zur Tagesordnung. Da ist - Stand des Atomprogramms und ann gibt es da den Unterpunkt - Stand der Prozesse gegen AKW's. Es ist ein Referat der BUU-Hamburg, das Fritz halten wollte, aber diesen Punkt sollten wir erst einmal zurückstellen und zum Atomprogramm weiter zu diskutieren würde ich vorschlagen. Dann wäre als nächstes BI-Bielefeld dran. Danach Frauke und danach der Spartakusbund. Vielleicht kann man auch Namen angeben. Bielefeld zieht zurück, danach Frauke. Mach mal ein bißchen zu sonst übergehen wir die. Frauke, danach Spartakusbund und danach Karl.

Frauke

Ich mein, daß wir die heutige Bundeskonferenz --

Unterbrechung der Disk.-Leitung. Vorschlag zu welcher Bürgerinitiative ~~am~~ man gehört.

Gut. BI-Arensburg. Wir haben auch einen Vorschlag gemacht zur Tagesordnung, wo wir hauptsächlich besprechen wollten, einmal die Politik der Bundesregierung, was sie jetzt vorhat - bezüglich der Kernenergie, und des Energieprogramms und andererseits die Politik International zum Energieprogramm also auch das Gipfeltreffen der "Industrienationen". Ich meine -, daß wir im weiteren Kampf - wir haben bisher viele Fehler gemacht, Fehler die auch daran liegen, daß sehr breite Spektrum von verschiedenen Auffassungen zur Kernenergie vorliegen, also einmal den Kampf z.B. gegen die Technik an sich schon zu kämpfen. Andererseits aber -, daß man sagt, daß das Energieprogramm überhaupt nicht also als ein ganzes gesehen werden muß- .

Das also sowohl die Kernenergie als auch verschiedene andere Energieformen direkt in ihren Auswirkungen feindlich sind, und in ihren Auswirkungen als Energieprogramm an sich bekämpft werden müssen. Dazu mein ich - da man also klären muß, die Frage allein schon, was hat die Bundesregierung vor. Die Bundesregierung führt jetzt massiv, also auch heute zB., einen sogenannten Bürgerdialog, damit will sie das Energieprogramm an sich schmackhaft machen. Tatsache aber ist, daß die Bundesregierung, die auch jetzt auf dem Gipfeltreffen dabei war, also eins vorhat, nämlich Expansion. Sie will auf den Rücken der Arbeiter hier durch einerseits mal durch Rationalisierung, bestes Beispiel ist auch die Hannoversche Messe wo der Schleyer ~~das~~ ganz klar gesagt hat, was hier gemacht werden soll, nämlich durch neue Technik, durch vermehrten Stromverbrauch und weniger Arbeitskräfte noch mehr zu schaffen. Das ist auf dem Innenmarkt die Tendenz der Bundesregierung und da muß sie auch ganz massiv einlenken und wir müssen dagegen auch genau den Kampf entfalten, das ist die eine Seite der Medaille. Also das einerseits ZB. also auch Kapitalexport betrieben werden soll, das direkte Unterdrückung und auch Druck auf die OPEC-Länder ausgeübt werden soll und die andere Seite eben ist eine verstärkte Arbeitshetze hier. Das man beim ganzen Energieprogramm insgesamt bedenken wenn man weiß wie massiv unserer Gegner ist, und dementsprechend muß sich auch unserer Kampf entfalten.

Zwischenruf aus dem Plenum. Das wissen wir doch alle schon.

Frau

Ja-gut. Daraus folgen aber andere Konsequenzen. Dann meine ich, daß jetzt im Mittelpunkt stehen müßte und das es nicht von der Hand zu weisen, einerseits ein Gipfeltreffen der Industrienationen stattgefunden hat, wo ~~wo~~ also zB. mm gesagt wurde in der Frankfurter Rundschau. In Mittelpunkt stünde die Kernenergie und also Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise. Das ist auch schon richtig, den die Kernenergie spielt sowohl beim Export von Kapitalanlagen und Export von Kernanlagen Wiederaufbereitungsanlagen im Brasiliengeschäft. Eine große Rolle, da geht s um Milliarden da gehts um mehr, da gehts sogar darum das ganze Stahlindustrien und soweit mit in die Länder, die Länder der Dritten Welt exportiert werden sollen damit man darüber Kontrolle ausüben kann. Das ist die eine Seite, die andere Seite ist das zur gleichen Zeit Natoratssitzungen stattfinden also quasi ein entscheidenes Gremium der Nato wo darüber gesprochen werden sollte, wie man zB. die Nato aufrüsten kann und wie man seine wirtschaftlichen Interessen direkt also auch militärisch möglicherweise durchsetzen kann. Auch dazu spielt das Kernenergieprogramm eine ganz wichtige Rolle, weil gerade die Wiederaufbereitungsanlagen, das zeigt doch die Hysterie Carters, direkt also dazu benutzt werden und nicht nur werden können, werden und zB a. ~~also~~ sich also in die Hand von Nuklearwaffen zu bringen und andererseits aber insgesamt eine Politik betrieben wird, die also auch militärisch auf Expansion ausgerichtet ist. Das beste Beispiel war Schmidt, der bei Blohm & Voss jetzt sein Fragattenprogramm also den Arbeitern schmackhaft machen wollte, indem er sagte damit sichern wir Arbeitsplätze.

Das alles meine ich ist unwahrscheinlich wichtig und das muß hier diskutiert werden wenn wir wissen wie umfangreich das ganze gesamte Energieprogramm ist. in der BRD, dann wissen wir, daß wir nen Kampf führen müssen, nicht nur gegen den Nordwind und 30 Millionen Tote, sondern, klar, sicherlich, einerseits sind Kernkraftwerke schädlich und wir wissen alle wie die biologischen Konsequenzen sind, doch dagegen den Kampf alleine zu führen reicht bei weitem nicht aus, denn dann kommt die Debatte der Alternativennergien, dann kommt die Debatte z.B. des Stromboykotts, aber das sind schlicht und ergreifend, wenn man das ganze Energieprogramm sieht, sind das falsche Maßnahmen. Richtige Maßnahmen sind, daß man sich auf ne Grundlage der Arbeit stellen muß, wo man insgesamt das ganze Energieprogramm in allen seinen Ausführungen, in allen seinen Zielsetzungen der Bundesregierung angreift und auch direkt die bürgerlichen Parteien, die SPD, FDP, CDU und so weiter, DKP, auf ihren Veranstaltungen besuchen muß auf ihren Veranstaltungen widerlegen muß, in den Gewerkschaften die Sozialdemokraten schlagen muß an diesem Punkt; daß müssen wir uns zu einem wichtigen Mittel machen, wenn wir das schaffen und da ne Vereinheitlichung gegen dieses Energieprogramm zustande kriegen, dann werden wir die Basis geschaffen haben, für ne breite Vereinheitlichung hin zu Angriffen, nämlich immer noch steht die Forderung "In Brokdorf muß der Bauplatz zur Wiese werden" - das haben wir nicht geschafft, konnten wir auch nicht schaffen. Das schaffen wir erst dann, wenn wir einerseits einheitlich vorgehen, wenn wir wissen, daß wir überall in den Betrieben und so weiter uns zusammenschließen müssen dagegen, wenn wir wissen...

Disk. Ltg.: Entschuldige mal, kannst Du Dich mal kurzfassen, es wollen auch noch andere Leute was dazu sagen; und Du solltest Deinen Beitrag auf die wesentlichen kontroversen Punkte bringen.

Beifall

...wenn wir wissen, daß wir nicht außerhalb sondern innerhalb der gewerkschaften arbeiten können, wenn wir wissen, daß der Staat selber brüchig ist und auf tönernen Füßen an diesem Punkt steht und also die Gefahr nicht ausgeht, von den Messern, die uns in Brokdorf gezeigt wurden, denn das waren keine Messer, sondern wir waren das Messer; nur dazu müssen wir ne breite Vereinheitlichung schaffen, Von daher mein ich, daß also letztendlich dann auch die Frage "Volksgewalt gegen Staatsgewalt" - wenn man das so ableitet - ne richtige Frage ist und dazu brauchen wir ne Plattform und dazu brauchen wir die inhaltliche Debatte, um dieses Energieprogramm insgesamt und nicht nur den Nordwind und 30 Millionen Tote.

Disk. Ltg.: Schluß jetzt?! Bist zu Ende gekommen? Spartacusbund will nur zu Punkt 3 der TOP was sagen. Karl ist dann dran.

(Unruhe im Plenum..)

Als nächster ist Joachim, Bergedorf..., und dann kommt Uschi B., Hamburg.

Spartacusbund: Ich meine, daß die Bundesregierung dabei ist, das Energieprogramm im zweiten Anlauf durchzusetzen und daß ihr das möglich geworden ist nach unseren letzten beiden Demonstrationen von Brokdorf und Grohnde, die wir durchgeführt haben, wo die Demonstrationen aber nicht ihr Ziel erreicht haben und somit die Bewegung in gewisser Weise ins Stocken geraten ist.

(Pfeifkonzert)

Die Bundesregierung hat nach diesen Demonstrationen systematisch damit begonnen über mehrere Linien ihr Kernenergieprogramm wieder durchzusetzen, über die Gerichte, was hier auch schon gesagt worden ist in Wyhl und wo also übern Gerichtsentscheid es durchgesetzt werden soll, und, was viel entscheidender ist, über die Gewerkschaften. Der DGB hat vor dem 1. Mai ein Beschluß gefaßt, in dem er dies Energieprogramm unterstützt und den Bau von Kernkraftwerken für richtig hält. Dieser Beschluß des DGB sollte auf den Maikundgebungen vorgetragen werden, und ich meine, daß wir der Vorbereitung des 1. Mai da einen Fortschritt gemacht haben und diesen Beschluß zurückgeschlagen haben, weils ihm nicht gelungen ist, auf irgendeiner Maidemonstration diese Meinung zu vertreten und dafür Zustimmung zu erhalten. Wir in Kiel von der BI "Kein KKW an der Eckernförderbucht" haben uns daraufhin zur Aufgabe gestellt, jetzt systematisch in den Gewerkschaften zu Arbeiten, dort Beschlüsse gegen das Energieprogramm zu fassen, und uns zum Ziel zu setzen, diesen DGB-Beschluß zu Fall zu bringen, was ein wichtiger Schritt ist in dieser Bewegung. Denn, wenn es gelingt, die Arbeiter von uns abzuspalten, werden wir die KKW's nicht verhindern können.

(Zwischenruf: Bauern auch!)

Bei uns in Schleswig-Holstein treten die Sozialdemokraten sehr linksradikal auf mit der Forderung nach Baustop. Sie haben bei uns Kongresse durchgeführt und wollen erreichen, daß nen Teil dieser Bewegung abgespalten wird. Und zwar machen sie es ganz geschickt über den Punkt...

Disk.Ltg.: Darf ich da mal was zwischenfragen: Wir haben den Tagesordnungspunkt "Stand des Atomprogramms" und wir haben noch nicht den Tagesordnungspunkt "Strategie gegen das Atomprogramm". Ich würde dich also bitten, jetzt zu dem Stand des Atomprogramms was zu sagen. (~~XXXXXXXXXX~~ Beifall)

...Es geht hier schon um die Frage der Durchsetzung des Programms mit denen wir uns beschäftigen müssen; denn wir äh.. Die Bundesregierung und die bürgerlichen Parteien versuchen dieses Programm durchzusetzen und versuchen es auf verschiedenen Wegen und damit müssen wir uns auseinandersetzen.- Gut also jetzt.. Die Sozialdemokraten versuchen es auf der Linie, daß sie sagen, die Technik dieser KKW's ist gefährlich und wir machen jetzt nen Baustop und beraten. Und danach wollen wir dann gemeinsam beschließen, ob wir sie bauen oder nicht, was darauf hinausläuft, daß sie durchgesetzt werden sollen. Einzig und allein, weil sie es beschränken auf die Frage der Technik und der Gefährlichkeit und ich meine daß wir damit nicht weiterkommen werden, sondern daß unsere Aufgaben, um tatsächlich ne Einheit herzustellen gegen das Ke.. Energieprogramm und um diesen Kampf weiterzuführen wir bestimmte Fragen vertiefen müssen, Forderungen vertiefen müssen, und zwar auf der Linie, daß wir nachweisen, daß dieses Energieprogramm nur der Rationalisierung dient und dem weiteren Einsatz von Maschinen in Betrieben und daß der Strom nicht von uns gebraucht wird sondern von den Kapitalisten hier, die damit Profite schinden wollen. Nur so...

(Unruhe, Buhrufe)

...Nur so werden wir die Arbeiter.. die Arbeiter...

(Aufhören!)

... für diesen Kampf gewinnen. Wer hier buht, soll sich mal überlegen (verstärkte Zwischenrufe) wer hier buht soll sich mal über-

legen, wie es den Studenten und Schülern alleine gelingen sollte (ständige Zwischenrufe) Kernkraftwerke zu verhindern. Dazu werden wir die Arbeiter schon brauchen. (Unruhe; etwas Beifall, Buhrufe) Weiterhin meine ich, daß wir aufdecken müssen, daß diess ganze Programm nur durch die Ausplünderung der Bevölkerung finanziert werden kann, über Steuer und Tarife und wir müssen dort Fortschritte machen in der Verankerung dieser Ansichten, sodaß wir uns einheitlich zusammenschließen können und gemeinsam diesen Kampf führen können; daß dieses Energieprogramm nur den Kapitalisten dient und sonst keinem (Starke Unruhe, Pfeifen)

Disk.Ltg.: Da ist ein Antrag zur Geschäftsordnung. Bring den Vor!

Antrag: Antrag auf Redezeitbeschränkung, damit die Konferenz nicht in die Länge gezogen wird (Beifall)

Disk.Ltg.: Wir bitten Dich, das zu beherzigen.

Karl:... Jaja. Ich bin ja auch gleich fertig.

15.45 Uhr

(Unruhe)

Disk.Ltg.: Sag mal, Du bist doch jetzt nicht bereit, Dich hier an die Tagesordnung zu haken. Und wir haben gesagt, daß wir darüber nachher diskutieren wollen. Wir kommen klarer jetzt durch und das wird auch deutlicher, wenn wir das jetzt abschließen (stärkerer Beifall) Du, das ist einhellige Meinung im Saal jetzt. Dann bitte ich Joachim aus Bergedorf.. Da kam eben noch kurz vorher dieser Antrag auf Redezeitbeschränkung, wollen wir den jetzt zeitlich irgendwie mal aussprechen... Wie lang wollen wir denn sagen (Zwischenrufe) Zehn Minuten? (Zwischenrufe fünf Minuten, drei Minuten) Du, wir können ja kurz abstimmen. Vorschläge sind drei und fünf Minuten. Wer ist für drei Minuten?... Gegenprope, wer ist für fünf Minuten?...Ja, fünf Minuten ist die Mehrheit. Nach Joachim aus Bergedorf kommt Uschi B. aus Hamburg und Efi.

Joachim: Ich machs ganz kurz, ich möcht mich nur auf einen Teilaspekt dieses Atomprogramms beschränken, und zwar auf die Einschätzung, die in dem Referat vorhanden gewesen ist über den Stand und über die Einschränkungen, die die Bundesregierung hat vornehmen müssen und ich möchte dabei ganz kurz zurückblicken auf die Auseinandersetzung, die wir geführt haben nach den Großaktionen in Brokdorf und Grohnde und möchte an diejenigen appellieren, sich die Ergebnisse, die, natürlich nicht zu bejubeln sind, es liegt noch viel vor uns, das weiß ich ganz genau, aber ich möchte diejenigen bitten, diese Aktionen nachträglich doch einmal selbstkritisch einzuschätzen, deren Erfolg- oder Mißerfolgschätzung daran gelegen hat, ob man auf den Bauplatz kommt oder nicht. Ich glaube daß das Referat insofern die Wirkung unserer Aktion an den Bauplätzen sehr deutlich gemacht hat.

Disk.Ltg.: Jetzt kommt Uschi B. aus Hamburg....fällt aus?! Wenn einer ausfällt, kommt der nächste dran... fallen alle aus?!... Danach ist Peter, Altenburg wieder dran.

Peter, Altenburg: Ich mein, wenn verschiedene Leute hier nichts zum Stand des Atomprogramms zu sagen haben, dann sollten sie wenigstens nicht stören. Was der Joachim aus Bergedorf eben z.B. zum Stand des Atoprogramms gesagt hat, das war so gut wie nichts.

Ich mein, der Redner aus Hannover, der gesprochen hat, hat zum Schluß gesagt, daß er glaubt, daß die Illusionen und der Bürgerdialog zu Ende sind, oder ihrem Ende entgegen gehen. Ich bin da ganz anderer Auffassung. Ich meine, daß sie erst anfangen. Tatsächlich wird im Moment gerade von seiten der Regierung versucht, in Vorbereitung der verschiedenen Landtagswahlen tatsächlich diesen Bürgerdialog wieder zu beginnen und zu beginnen mit verschiedenen Spaltungsmanövern, die die Bewegung vom Kampf gegen die Kernkraftwerke abhalten sollen. Das erste Spaltungsmanöver ist das, daß sie auf der einen Seite verschiedenen Genehmigungsverfahren anstrengen, die länger dauern, wie z.B. in Gorleben, auf der anderen Seite aber ganz klar da, wo der Widerstand noch nicht so stark ist, die Kernkraftwerke durchziehen. Jeweils dient das dann verschiedenen Fraktionen, wie z.B. der SPD, dazu so ne Art Gegnerschaft zum Kernenergieprogramm deutlich zu machen wie in Schleswig-Holstein, was ne reine Wahltaktik und Bauernfängerei ist und Stimmenfängerei, wogegen wir unbedingt auftreten müssen und enthüllen müssen, daß die Regierung tatsächlich festhält an diesem Programm. Das zweite ist, daß sie ne ganz massive Spaltung in die Bewegung hereintragen wollen durch die geplante Erhöhung von Tarifen für die Stromabnehmer. Es ist die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke, hat nen Antrag gestellt, daß die Strompreise um durchschnittlich 4 % erhöht werden sollen. Die bürgerliche Presse hat das gleich ziemlich gierig aufgegriffen und hat gesagt: Ja das kommt ja daher, weil diese Bürgerinitiativen gegen die Kernkraftwerke kämpfen und, weil das so lang dauert, weil jetzt der Bau verzögert wird entstehen enorme Kosten, darum müssen die Strompreise erhöht werden. Dieser Ideologie müssen wir unbedingt entgegentreten und wir müssen enthüllen, daß tatsächlich dieses Programm überhaupt nur durchgezogen werden konnte durch ne ungeheure Ausplünderung der Volksmassen. Wir haben mal ausgerechnet, daß das Geld, was die Letztverbraucher..also was die Haushalte bezahlen für ne Kilowattstunde an Strom, um den Kapitalisten den billigen Strom zu finanzieren, von dem der Friedrichs in der Bundestagsdebatte gesagt hat, daß er bei den großen Monopolen 3 bis 4 Pfennig pro Kilowatt beträgt - daß die Haushalte, d.h. die Familien der Lohnabhängigen von 1950 bis 1976 43 Milliarden Mark gezahlt haben, um den Kapitalisten den billigen Strom zu finanzieren, wo sie dann gleichzeitig noch den Vorteil hatten, aus den Betrieben rausrationalisiert zu werden durch den Einsatz von vermehrter Energie, gerade auch durch den Einsatz von Kernenergie. Ich meine, wenn wir diese Zusammenhänge enthüllen und enthüllen, daß tatsächlich die Ziele, und das ist von den Vorrednern richtig gesagt worden, die Ziele sind, insgesamt, auf dem Weltmarkt zu expandieren, was nichts anderes heißt, als die Arbeitsplätze hier aus der BRD rauszuexportieren in die Länder der 3. Welt, dann ist es möglich diesen Spaltungsmanövern entgegentzutreten und da meine ich, da können wir den Bürgerdialog knacken. Aber: das würde bedeuten, daß wir z.B. den bürgerlichen Politikern in den verschiedenen Landtagswahlkämpfen entgegentreten. ..Ich mein, der zweite, das ist ein weiterer Gesichtspunkt, das wollt ich noch sagen, es bestehen Pläne, nen Spaltungsmanöver zu starten von seiten der Regierung durch gesetzliche Maßnahmen zur Energiebeschränkung. Ich meine, wir werden das enthüllen müssen, Wir haben die Erfahrung gemacht bei der Ölkrise, bei der sogenannten, wo Sonntagsfahrverbot ausgesprochen worden ist, aber gleichzeitig die vollen Öltanker in der Elbmündung gelegen haben, wo also versucht worden ist, tatsächlich diese Machenschaften, die zu den Profiten der Erdölgesellschaften geführt haben, zu rechtfertigen. Und da, wenn z.B., es könnte ja sein, daß sie so anfangen, sowas wie ein Sonntagsbadeverbot auszusprechen usw. (Hinweis auf Redezeit) ja, ist gut, ich komm jetzt zum Schluß...mit dem Ziel tatsächlich

die Bewegung zu spalten und allen das den Bürgerinitiativen anzulasten. Enn werden wir enthöhlen müssen und dann erst werden die Illusionen zu Bruch gehen und dann erst wird der Bürgerdialog zu Ende gehen, weil sie sich dann nicht mehr auf die Straße trauen können wenn wir das angreifen. (Beifall)

Ich wollte jetzt noch mal kurz fragen wie lange das wir noch machen sollen. (Disk.-Ltg.) Wir würden hier vorschlagen diesen Punkt, die Diskussion über den Stand des Atomprogramms bis um 16.30 h zu machen um den also den Punkt Prozesse gegen Atomkraftwerke zu machen. Das wir also noch genügend Zeit haben also noch vor den Abendbrotessen und nach dem Abendbrot essen dann über den Tagesordnungspunkt II zu diskutieren. Währet ihr damit im großen und ganzen einverstanden? (Leichter Beifall, Z uspruch)

Dann ist jetzt Karin dran und anschließend Wolf und Thomas. Der Ermittlungsausschuß, der brauch unbedingt sein Materiall noch. Er hat's eben noch mal signalisiert. Also das ist jetzt die letzte Durchsage in der Beziehung §.

Ich weiß nicht Karin hat dann wohl zurückgezogen oder? Also der nächste ist dann Wolf, und Thomas dann.

Ich wollte noch einmal eingehen auf das Referat was vorhin gehalten worden ist von Hannover und ich meine - ja ich bin aus Hamburg BI-Bramfeld - ich meine das damit wirklich eine falsche Einschätzung gegeben worden ist, weil er hat ausgeführt zum Schluß der Redner, daß der Druck des Staates zunimmt was seine Polizei sein militärisches Eingreifen. Aber es ist ja gerade so, daß die Bewegung und die Volksmassen gegenüber den Ideologischen Druck gerade ausgesetzt sind. Wir können in Hamburg feststellen, daß zB am Donnerstag eine Veranstaltung stattgefunden hatte, mit einem Sprecher - mit einem Guido Brunner, der ist Sprecher von der EG-Kommission und der hat gesprochen zu der Frage der Energielücke. Und ihr wißt das in vielen Z eitungen, in den Zeitungen könnt ihr das ständig nachlesen, daß sie gerade so argumentieren , wir haben eine Energielücke. Diese Energielücke muß geschlossen werden und deshalb müssen Kernkraftwerke gebaut werden. Gegenüber dieser Argumentation müssen wir vorgehen, weil sonst werden sie sich mit dieser Meinung durchsetzen und Teile für ihr Programm gewinnen. Das bedeutet, wir können zB. mit der Argumentationslinie oder mit der Linie wie jetzt mit von den großen BIs gearbeitet wird, gegen das Atom an sich zu kämpfen nämlich gegen die Atomindustrie oder die Gefährlichkeit des Atoms werden wir nicht weiterkommen, weil die Leute werden überhaupt nicht einsehen wenn sie wissen das meinetwegen das Atom gefährlich ist, wenn sie überhaupt nicht einsehen warum deshalb die Kernkraftwerke, warum sie deshalb gegen Kernkraftwerke kämpfen müssen, weil was ihnen klar sein müßte, was, warum diese Kernkraftwerke gebaut werden, mit welchen Absichten die bürgerliche Klasse diese Kernkrafte baut, und das muß man ihnen gerade nachweisen. Wir müssen gerade auch auf diese Veranstaltungen gehen, die von den bürgerlichen Parteien und den bürgerlichen Vertretern gemacht werden.

(Unruhe im Plenum)

(Disk.-Ltg.)

Ich möchte jetzt die folgenden Redner bitten, zu versuchen neue Aspekte in die Diskussion zu bringen oder sie lieber zurückzuziehen. (Beifall)

Jetzt ist Wolf dran. Ich möchte die Leute doch bitten doch schon mal runter zu kommen, die ich vorher vorgelesen habe, sonst dauert es viel zu lange bis die Leute am Mikrofon sind.

Wolf

Also ich bemühe mich wirklich nicht nur was neues, sondern eine wesentliche Ergänzung zu sagen zudem was vorher schon über die Einschätzung des Atomprogramms gesagt worden ist. Kurz und gut, ich stimme nicht mit der Einschätzung überein, die der erste Sprecher ~~xxxxxx~~ der das Referat gemacht hat - Hannover - hier gegeben hat. Das Gegenteil ist richtig, die Bundesregierung setzt alles daran ohne Zögern und ohne Einschränkung das Atomprogramm durchzuführen. Und sie kann auch gar nicht anders, weil - es ist auch schon gesagt worden - ich will es nur noch in zwei Sachen verdeutlichen, einmal ist es für die Bundesregierung und für die Industrie hierzulande notwendig zu expandieren. Auf der anderen Seite ist es notwendig Marktanteile in der Welt zu erobern. Und jetzt muß man sich überlegen wie die Bourgeoisie, wie die Unternehmer wie die Atomlobie vorgeht. Als ehemaliger Partelle-Institut-Mitarbeiter möchte ich hier ganz kurz folgendes erklären. Es dürfte vielleicht ganz interessant sein. Das Partelle-Institut in Frankfurt hat wesentliche Untersuchungen, die darüber gehen welche Strömungen, welche Bedingungen, welche Kräfte und welche Motive und Motivationen in den Bürgerinitiativen selber vorhanden sind. Diese Untersuchungen sind Grundlage für die - diesen fairen Dialog den Matthöfer seit etwa jetzt einem halben, dreiviertel Jahr durchführt und der ganz im Gegenteil nicht eingestellt wird, sondern jetzt forciert durchgeführt wird. Nicht mehr über die Frage der Atomenergie allein, sondern über die Frage Atomenergie und ihre Alternativen. Dieser Trick, der hier zu Grunde liegt, liegt folgende Feststellung die Sozialwissenschaftler bei Partelle gemacht haben. Es ist sinnlos mit Atomkraftgegnern über Atomkraft zu reden, weil die Fronten verstärkt sind, weil die Fronten eindeutig sind, weil es hier nie eine Einigung geben kann. Deshalb folgende Taktik, man redet über Alternativen und läßt dann in diesem Zusammenhang irgendwo einfließen, daß es ohne die Alternative Atomenergie eben nicht geht. Und genau hier sind wir bei der politischen Seite, die man eben hier ansprechen muß. Es geht nicht - also ich bemühe wirklich ganz kurz zu fassen - ich glaube es sind wirklich Informationen auch die ich hier noch sagen will. Es geht nicht darum zu überprüfen, ob sich irgendwelche Fraktionen in der SPD Rückzieher gemacht haben, sondern man muß sich Klarheit darüber verschaffen, daß zB die Denkpausen, die etwa Epler - Baden Württemberg - propagiert, letztlich dazu geeignet sind und dafür vorgesehen sind. Eines zu bewerkstelligen, es ist klar und es ist klar geworden, daß die Atomkraftgegner mit Einsatz von Polizei, Militär, BGS auf die Dauer nicht zu bekämpfen ist ohne selbst das System in Frage zu stellen, was die bürgerlichen Politiker in der Form nicht wollen und ohne das zB die Arbeiterklasse wirklich anfängt sich dagegen zu wehren.

Denn die Arbeiterklasse ist so getrennt von der Bewegung gegen Atomkraftwerk nicht, wie es zB der DGB und ähnliche behaupten. Jetzt ist die Frage die, wenn man also militärisch mit polizeilichen Mitteln nicht kleinkriegt was muß dann her, denn muß die Zersetzung her, die Zersetzung der Bewegung selber, Unklarheiten, Verwirrung stiften und in unseren eignen Reihen Tendenzen Wüstenhagen, Jung wie sie alle heißen müssen gefördert werden was auch geschehen ist, und nicht nur das, selbst in unseren Reihen, die wir kritisch diesen bürgerlichen Positionen der Bewegung gegenüber stehen sind solche Tendenzen vorhanden. Deswegen meine ich - ich will auch nur noch eines sagen - im Januar hat eine Geheimkonferenz in Zürich stattgefunden, bei dieser Geheimkonferenz waren Vertreter der Norddeutschen Energieversorgungsunternehmen der Bundesregierung Badenwerk, alle KWU, alle Firmen die als Atomlobie und als Interessenten der Atomenergie bedrachtet werden können. Diese Konferenz ist abgehalten worden von amerikanischen Experten, die sich Verdienste erworben haben mit der Niederschlagung des Moratoriums in USA letztes Jahr. Und dort sind folgende vier Punkte genannt worden, die müssen zB dann auch in der Strategiedepatte, die wir hier zu führen haben einfließen. Der erste Punkt ist der, es muß deutlich gemacht werden ohne Atomenergie werden Arbeitsplätze gefährdet, das weiß hier jeder, wir müssen uns aber vergegenwärtigen das die Kampagne ganz stark in dieser Richtung läuft. Der 2. Punkt ist, den die Experten festgelegt haben ist, daß zur Gründung von Gegeninitiativen geschritten werden muß, also pro Initiativen mit Geld, Kaffeekranz und allen möglichen. Das ist auch im Zusammenhang mit dem fairen Dialog zu sehen. Der 3. Punkt ist der, das es darum geht, die Gewerkschaften von der Bewegung selber fern zu halten, dh. die Arbeiterklasse abzuhalten davon den Kampf zu unterstützen und als Mitglied der BI-Mannheim weiß ich, wie der Kampf schwierig geführt wird, wenn zB Arbeiter selber in der Atomindustrie arbeiten etwa bei BBC-Mannheim und hier bloß noch eines halte ich für ganz wichtig was debattiert werden muß. Es geht darum, und diese Konferenz ist eine Chance die wir haben, es geht darum, daß wir uns politisch Klarheit verschaffen über den Charakter des Atomprogramms der Bundesregierung. Wenn wir diese Chance hier nicht nützen uns politisch Klarheit zu verschaffen und dann nützt es überhaupt nichts irgendwie so locker rumzuschreiben oder sowas, wenn wir diese Chance vertun dann vergeben wir tatsächlich die Möglichkeit in nächster Zeit zu einer geschlossenen Kampffront zu kommen und diese Kampffront ist notwendig, weil der Staat eben keine Rückzieher gemacht hat im Gegenteil er macht Forcierung und hier müssen wir tatsächlich politisch diskutieren, deswegen war das richtig was die Vorredner gesagt haben. Wir können Strategie und Stand des Atomprogramms von einander trennen. (Beifall)

Als nächster ist der Thomas dran und dann der Jens, mh und dann Achim und Dieter aus Bremen. Also Thomas, Jens, Achim und Dieter aus Bremen. Und dann habe ich noch einmal eine Durchsage zu machen und zwar hat der Bremer und der Dortmunder Vertreter im Sprecherrat vom 19.02. in Brokdorf sollen dringend nach vorn kommen. (Disk.-Ltg.) OK, dann ist jetzt der Thomas dran. Kommt nicht, dann ist Jens jetzt dran.

(Beifall)

Jens

Ein großer Teil dessen, was ich sagen wollte ist von Vorrednern schon gesagt worden - ich kann es deswegen weglassen, will aber doch noch hervorheben, daß ich bei dem Referat richtig finde, die Ausführung wo er sagte, daß also die, eine weitere Verschärfung und Unterdrückung in gerade zu ~~Wen~~ faschistischer Manier uns schon ins Haus steht und das wir uns darauf vorbereiten müssen, daß aber auf der anderen Seite in der Tat sein Schlußsatz die falschen Freunde seien los und würden sie immer mehr los wohl wirklich zu obtemistisch ist, denn - und das war ja gesagt worden - ein großer Teil der Strategie der Regierung beruht eben darauf immer neue, falsche Freunde in unsere Reihen einzuschmuggeln bzw. die dort vorhandenen hochzupeppeln. Wüstenhagen waren genannt, die DKP und Spd-Ideologie der Denkpause, die Z eit zur weiteren Indoktrinationen liefern sollte und insbesondere die Ideologie der Mitbestimmung, die zu verbreiten, die Meinung das Atomkraftwerke wenn die Gewerkschaftsführer darüber mitbestimmen seien harmloser ist eine Ideologie, die uns ja ziemlich fremd ist natürlich, die aber in der Arbeiterklasse kräftig propagiert wird, sodaß man schon sehen muß, daß alle die Elemente, die in unserer Bewegung noch vorhanden sind und sich erneut nach Grohnde und Brokdorf wieder einzuschleichen beginnen. Die zu Itzeohoe aufgerufen haben, ihr wißt was ich meine, daß diese in der Tat ein wesentlicher Bestandteil des Atomprogramms ~~an~~ der Bundesregierung sind und als solche isoliert und bekämpft werden müssen, was natürlich nicht heißt das jeder der nach Itzeohoe gegangen ist zu diesen falschen Freunden gehört wohl aber das dieser Ideologischer Angriff in der Tat in unseren eigenen Reihen zu erkennen und zu isolieren eine der Hauptaufgaben auf diesen Kongreß sein muß.

- Fortsetzung der Rede von Jens -

Und dann wollte ich noch hinzufügen und bestärken, daß in der Tat auf der Mannheimer Reaktortagung von Seiten der Kraftwerkunion hervorgehoben wurde, daß die eigentliche Triebkraft für das Atomgeschäft eben der Export in die Länder der 3. Welt und eben nichts anderes ist. - Technologieexport wie es heißt - und das die Atomkraftwerke im eigenen Land im Grund nichts anderes als Schaufensterstücke sind und ich meine, es illustriert - Zwischenrufe - weil sie eben demonstrieren müssen, daß eine ganze Menge funktioniert - Zwischenrufe - Wie ja das Atomforum schon am ~~XXXX~~ Anfang der 70er Jahre, 72 und 73 schon geschrieben hat, was natürlich nicht für die Atomindustrie spricht, der Preis, denn er wird ja ohnehin manipuliert, und auch nicht spricht die absoluten Weltvorräte, denn sie wissen ja ganz genau das die äußerst beschränkt sind, allein 30 mal mehr konventionelle Energiequellen als Uran, sondern eben, das sie da sagten, das große Geschäft der 80er Jahre, und dem nähern wir uns jetzt nach ihren Plänen und zweitens eben die politische Zugänglichkeit und das dieses Wort der politischen Zugänglichkeit von Energiequellen illustriert meine ich, und das wollte ich sagen, einen Gedanken andererseits auf ganz ~~x~~ charakteristische Weise die Lage, in der der BRD-Imperialismus in der Tat steht, denn genau die angebliche Unabhängigkeit von den Erdöllieferanten, verbunden mit Hetze gegen die 3. Welt bedeutet ja nichts anderes als nahezu 100 % ige Abhängigkeit von der Lieferung angereicherten Urans. Und damit meine ich illustriert genau die Atompolitik überaus deutlich die Lage des BRD-Imperialismus allgemein, und das muß man sehen, um genau an diesem Punkt auch die Überzeugungsarbeit ansetzen zu können, das gedacht war als Speerspitze der imperialistischen Aggression gegen die Länder der 3. Welt machte sich unversehens und hintenherum in eine verstärkte Abhängigkeit von den beiden Supermächten. Und noch ein abschließender Satz, das muß man auch sehen, und richtig gewichten meine ich, der Zusammenhang von Atomenergie und Atomwaffen. Es ist ein Punkt der besonders vom Alzehn (nicht genau zu verstehen) und vom Stockholmer Friedensforschungsinstitut hervorgehoben wurde das die weltweite Bewegung gegen Atomenergie, verbinden muß und neu aufgreifen muß die Tradition der 50er und 60er Jahre gegen die Atomwaffen. Und gerade das Stockholmer Institut war es, (Beifall) Ich meine, man muß das mit den richtigen Schritten tun und die richtigen Gegner sehen. Gerade das Stockholmer Institut, also das Friedensforschungsinstitut warnt vor der Illusion auf die Dauer sich auf das Gleichgewicht des Schreckens der beiden Supermächte zu verlassen und deswegen meine ich, daß genau es falsch wäre sich im Kampf gegen die Atomwaffen ausschließlich ~~x~~ und auch nur überwiegend zu konzentrieren auf den Atomwaffensperrvertrag, der ja zum Ziel hat, das Atomwaffenmonopol der Supermächte zu durchbrechen, sondern gerade die Bewegung gegen Atomenergie aufgreifend die Bewegung gegen Atomwaffen allgemein muß sich meine ich, in erster Linie gegen die richten, die halt im aller größten Maße die Atomwaffen sich aufrüsten, sage ich gerade in diesen Tagen bewußt, und ein besonderer Angriff gilt der Bundesregierung deswegen, weil die die genau im Windschatten der einen Supermacht und mit der anderen Geschäfte machend genau diese Tendenz weiter entwickelt und fördert und deswegen ist das ein Bestandteil unseres Kampfes. (Beifall)

Disk. Ltg. : Der nächste wär Dieter aus Bremen und dann Volker. Ich les noch mal die Reihenfolge vor, Dieter aus Bremen, Volker, Axel , AKU Bremen, dann Juan, Barmbeck.

Dieter: Ich wollte an dem anknüpfen, was Jens gesagt, hat dann brauche ich nicht so lange zu reden. Ich bin der Meinung, das die Frage, die vorhin auch schon aufgeworfen ist für uns für die weitere Arbeit von entscheidender Bedeutung ist, gerade in der Argumentation in den Betrieben unter den Kollegen, denen es nicht ausreicht die Frage der Gefährlichkeit des Atoms, sondern die völlig berechtigt die Frage aufwerfen, das wir ja Strom brauchen und das wir mehr Strom brauchen, und das wir eine Antwort geben müssen. Ich bin der Meinung, das man klar aufzeigen muß, wie wir auch dafür kämpfen, für die Entwicklung von Alternativen Energieprogrammen zum einen, zum zweiten aber, das wir ganz klar auch propagieren und der Hetze entgegentreten müssen, das die Atomkraftwerke gebraucht werden,

um in unabhängigkeit von den Ölscheichs zu kommen. Und dem gegenüber halten müssen das die Bundesregierung einen Kurs verfolgt, gegen die Länder der 3. Welt, die das Öl fördern und anstatt dessen von den Urananreicherungsanlagen in Amerika und der Sowjetunion abhängig zu werden. Und das wir deswegen auch dieser Hetze der Bundesregierung gegen die 3. Welt entgegentreten müssen, gegen die Hetze, die BRD muß unabhängig von den Ölscheichs werden und diese Frage positiv aufgreifen müssen, den Kampf auch der 3. Welt, die das Rohöl als Waffe eingesetzt hat gegen die imperialistische Ausplünderung unterstützen und auch dafür eintreten, das es zu einem Dialog und zu gerechten Verträgen mit der 3. Welt in der Frage des Öls kommt. Ich bin der Meinung, das diese ganzen Fragen der Einordnung der Energie in die internationale Situation wichtig sind weil wir zu kurz greifen, wenn wir allein den wichtigen Aspekt der menschenfeindlichkeit dieser Atomkraftwerke aufgreifen und das wir uns diesen Fragen stellen müssen um nur so auch den verschiedenen Manövern, vor allem auch die Arbeiter gegen diese Bewegung auszuspielen, entgegentreten zu können. (Beifall)

Disk. Ltg. : Als nächster war Volker, dann Axel. Ich bitte euch jetzt euch kürzer zu fassen, weil wir unbedingt um 16.30 Uhr mit dieser Frage Schluß machen wollen.

Volker: Ich wollte zwei Sachen sagen - Ich bin Volker von der Lehrlingsinitiative gegen Atomanlagen aus HH - Das erste ist vorhin von mehreren Vertretern hier vorne gesagt worden, daß das Atomenergieprogramm nach wie vor mit unverminderter Härte durchgezogen wird, was im ersten Referat anhand von einer Reihe von Fakten schlichtweg widerlegt worden ist, sodaß diese Position schlichtweg falsch ist. Wenn es hier dennoch nach wie vor behauptet wird, zielt das m. E. nur darauf ab im Nachherein die erfolgreichen Aktionen in Grohnde und Brokdorf und anderswo insgesamt zu schmälern und einen Rückzieher des Atomenergieprogramms der Bundesregierung nicht darauf zurückzuführen, daß hier Menschen sich im Kampf erfolgreich zusammengeschlossen haben. Von denselben Leuten, - Zwischenruf - beispielsweise der Fakt, daß das Atomenergieprogramm von der zunächst angegebenen Zahl von 45.000 MW auf mittlerweile auf 25. - 30.000 zurückgenommen worden ist, offiziell, wer das nicht zur Kenntnis nimmt, ist entweder blind oder boswillig. - Zwischenrufe, Beifall - der zweite Punkt ist, und das wird von denselben Leuten hier drei- oder viermal hintereinander behauptet, ebenfalls vom KBW, das hier gesagt wird, und das ist auch eine wichtige Sache im Kampf gegen das Atomenergieprogramm, das gesagt wird, es ist nicht in erster Linie entscheidend und auch nicht wichtig gegen das Atom an sich zu kämpfen, so werden wir nicht weiterkommen, und so weiter. Fakt ist, das wir gerade unsere Aktionen, wie wir sie geführt haben und woraus wir auch entsprechende Konsequenzen für nachher diskutieren müssen, das wir diese überwiegende Masse von Menschen gewonnen haben an der unmittelbaren Bedrohung der von den Atomanlagen ausgeht und wer diese Bedrohung niederspielt - Beifall - ich bin selber an dieser Frage mit Kollegen aktiv und ich finde es ziemlich arrogant, wenn hier immer wieder von selbst ernannten Vertretern der Arbeiterklasse behauptet wird - Beifall - in Grund genommen könne man doch nur die Arbeiter an ihren unmittelbar sie betreffenden Interessen und bedürfnisse erklären, was sie zu tun und zu lassen hätten. Das bedeutet, das wir gerade an dieser Frage, und das will ich dem KBW hier auch vorhalten, das er das also absprechen will, daß seine Position letztlich darauf hinausläuft ebenfalls zu sagen, unser Kampf sei so was ähnliches wie Maschinenstürmerei weil wir uns an sich gegen die Gefährlichkeit richten. Ja allerdings, das tun wir auch, weil die AKWs gefährlich sind, kämpfen wir dagegen - starker Beifall - ja das wärs. - Beifall -

Disk. Ltg. : Axel, AKU Bremen und dann Jua, Barmbeck

Ich heiße Axel und bin Mitglied im Arbeitskreis Umweltschutz an der Universität Bremen. Gleich um meinen Vorredner anzusprechen. Ich meine man muß doch an den Beiträgen, die zuvor gekommen sind, eins als unbedingt richtig festhalten, wenn wir hier uns über den Stand des Atomenergieprogramms unterhalten, und die Perspektive und Schwerpunkte unseres Kampfes festlegen müssen, dann ist es zwar wichtig, auch in der Arbeit unter der Bevölkerung die Gefährlichkeit, die gesamte Menschenfeindlichkeit, und dazu gehören durchaus

10.000 oder 20.000 Tote beim Nordwind dazu, die sich vor Augen zu halten. Man muß aber weitergehen. Man muß genau und ganz klar sagen, daß die Frage, inwieweit wir erfolgreich sein werden damit zusammenhängt, inwieweit es gelingt, umfassend auch den ideologischen und politischen Einfluß Seitens der Bundesregierung und der Bourgeoisie auf die Volksmassen und auch innerhalb der Anti-AKW-Bewegung ~~hinein~~ hineingetragen wird zurückzuschlagen. Und da muß man sagen, daß das Einleitungsreferat, obwohl es ne ganze Reihe von richtigen Fakten aufgewiesen hat, in sich etwas objektivistisch gewesen ist, weil es nicht einen Wert darauf gelegt hat, zu sagen, ob solche Kräfte wie Wüstenhagen gehören nicht irgend jetzt zur Anti-AKW-Bewegung, sondern sie sind Bestandteil der Durchsetzung des Atomenergieprogramms der Bundesregierung. Man muß sich das vor Augen halten - Beifall - das die Bourgeoisie eben nicht nur einzig, praktisch in Reinkultur, durch Atomstrom Arbeitsplätze vernichten will, daß sie Aggressionen gegen die Länder der 3. Welt plant, sondern das ~~sind~~ solche Leute wie Wüstenhagen die im Munde führen ihren Widerstand gegen das Atomenergieprogramm in Wirklichkeit auf die Seite der Atomenergieanlagenbefürworter gehört und z. B. von der Bundesregierung 80.000, -- DM dafür kassiert, daß sie alternative Konzepte sich dafür ausdenkt, wie der Haushaltsstrom zu kürzen sei. Das sind doch Leute, die auf die andere Seite gehören und das sind Bestandteile des Atomenergieprogramms. - Beifall, Buh-Rufe - Und deshalb gibt es auch gar keinen Grund, sich gegen diese weitergehende Einschätzung zu wehren, und ich bin dafür, daß wir jetzt sehr rasch zu dem Punkt 2, Stand der Anti-AKW-Bewegung im folgenden dann kommen. - Danke.

Disk. Ltg. : Das war der Vorschlag von uns, in 5 Min. damit zu beginnen. Jetzt wär Juan Barmbeck dran, dann Diter, Hannover und Gerhard, Hannover. k

Also ich wollt mal kurz etwas zu einem sehr speziellen, aber sehr wichtigen Aspekt des Atomprogramms was sagen. Und zwar bezieht sich das auf die schnellen Brüter und Wiederaufbereitungsanlagen. Wie vorhin schon erwähnt wurde, hat der US-Präsident Carter ja einen Bann auf die Plutoniumanlagen, sprich Wiederaufbereitungsanlagen und die schnellen Brüter im eigenen Land gelegt und auch bekundet, daß er nicht bereit ist zu dulden daß z. B. die BRD derartige Anlage und z. B. auch Anreicherungsanlagen, exportiert. Und so muß man sich fragen, was hinter diesem Verzicht im eigenen Lande steckt und hinter diesem Verbot des Exportes. Die USA haben in Übereinstimmung mit der SU kein Interesse daran, daß weitere Staaten in den Besitz von Atomwaffen gelangen und außerdem ist es noch so, daß das schnelle Brüterprogramm technisch so kompliziert ist, und finanziell sehr aufwendig ist, daß es wahrscheinlich nicht wirtschaftlich arbeiten wird und das man eh das daher auch Interessen vorhanden sind, das aufzugeben. Der USA fällt der Verzicht auf Plutoniumtechnologie in diesem Fall ziemlich leicht weil sie ziemlich große Vorkommen an Uran haben mit dem sie ihre Leichtwasserreaktoren auch über Jahre hinaus noch betreiben können. Auf der anderen Seite haben die Staaten, die keine eignen Uranvorkommen haben, ein Interesse daran, diese schnelle Brüterprogramme schnell zu verwirklichen weil sie ja bisher abhängig sind auf die Lieferung angereicherten Urans aus den USA aber auch aus der Sowjetunion. Die USA haben auf der anderen Seite das Interesse, diese Staaten von ihren Lieferungen abhängig zu halten um weiterhin ihre Geschäfte damit zu machen. Und außerdem das Atomwaffenmonopol zu halten. Es ist zu erwarten, daß die USA die Lieferung von angereichertem Uran als Druckmittel verwenden werden, in dem Sinne, daß nur noch Länder angereichertes Uran bekommen, die auf den Export und den Betrieb von Plutoniumanlagen verzichten, sind dies also ganz klar Machtpolitische und Ökonomische Motive die die USA dazu bringen, einen Bann auf Plutoniumanlagen zu legen. Sind daher auch Auswirkungen auf die Atompolitik in der BRD zu erwarten? Ein erstes Indiz dafür ist das 122 Mio DM Forschungsgelder für das Brüterprojekt ~~vor~~ ~~erst~~ gesperrt wurden von Matthöfer, die Industrie hat darauf allerdings auch schon reagiert indem vor ein paar Tagen in Karlsruhe von drei großen Firmen ein Vertrag abgeschlossen wurde für eine engere Zusammenarbeit auf dem Brütersektor und somit die Industrie nochmal ihre Absichten, daran festzuhalten, dokumentiert hat. Sind also auf dieser Ebene harte Auseinandersetzungen zwischen USA-Regierung und USA-Industrie, die ja auch das Brüterprojekt nicht so schnell aufgeben wollen zu erwarten, andererseits wird die USA - Regierung und die BRD-Regierung und der BRD-Industrie zu erwarten.

Und es ist auch zu erwarten, daß sich die USA auch auf diesem Sektor durchsetzen werden in diesem Falle hätte das zumindest die Konsequenz für die BRD daß also ein Teil des Brasilien-geschäfts, nämlich die Anreicherungsanlagen und die Wiederaufbereitungsanlagen nicht von Stattegan gehen könnte. - Beifall -

Disk. Ltg. : Wir lassen jetzt keine Redebeiträge mehr zu, weil wir einmal selbst angeboten haben, 16.30 Uhr Schluß zu machen, weil wir außerdem also mehrere Anregungen während der Diskussion, also an uns herangegeben wurden, diese Zeit einzuhalten.

Ich will nur noch abschließend, das paßt zu diesem Thema, eine Information durchgeben, die eben durchgesagt wurde im Rundfunk: das faschistische Iran hat sich bereit erklärt, deutschen Atom-müll zu lagern - Empörung im Plenum -

Ich bin gebeten worden, noch eine Durchsage zu machen für Kulturschaffende, es wird gebeten, Adressen von Liedermachern, Theatergruppen, Plakatmalern, Literaten und Schriftsteller vorne beim Vorbereitungsausschuß an der Anmeldung abzugeben. Die Liste wird dem Protokoll beige-fügt, daß alle BIs erhalten.

Die Grete aus Bremen soll unten zum Lautsprecher kommen.

-aus dem Plenum wird kritisiert, daß die Disk-Ltg. den Schluß der Debatte einfach festlegt, worauf der Einwurf kommt, das es vorher beschlossen worden sei, der Redner aus dem plenum beantragt, daß die Diskussion weitergeführt wird, weil wichtige Fragen noch nicht ausdiskutiert worden sind -

Disk. -Ltg. : Du, das ist ein Antrag zur Geschäftsordnung, ich laß darüber abstimmen. Wer ist dafür, daß weiter an dieser Frage diskutiert wird? Wer ist dageg-en? - Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt 2, Stand der AKW - Bewegung.

Ach so, ich hab eins vergessen, der Tagesordnungspunkt 1 beinhaltete auch noch Stand der Prozesse gegen AKWs. Dazu ist die BUU aufgerufen worden, einen kurzen Beitrag zu halten. Allerdings liegt ein Geschäftsordnungsantrag vor, den Punkt wegzunehmen zugunsten des Tagesordnungspunktes 2. - Zwischenrufe - Ich kündige das nur an. Ich weiß nicht, ob der Antragsteller seinen Antrag aufrechterhalten will oder zurückziehen will. Ich frag ihn nochmal. Wie lange wird der Bericht dauern, Fritz? 10 Min. etwa. Gut, ist o.k. der Antrag wird zurückgezogen. Dann wird Fritz jetzt seinen Beitrag halten.

Ich muß sagen, das ich nicht vorgesehen war, hier den Bericht zu geben und auch keinen Gesamtbericht geben kann über den Stand der Prozeßsituation in der BRD. Es sind aber verschiedene Teilnehmer hier, die sehr gut Auskunft geben können über die Prozeßsituation in Wyl und in Esenshamm ich würd dann doch meinen, daß die hierzu noch was sagen sollen.

Ich möchte mich beschränken auf den Prozeß von Brokdorf. Und dazu vielleicht eine ganz kurze Chronologie, damit ihr wißt, also wie sich diese Situation entwickelt hat. Einmal gab es einen Atomrechtlichen und wasserrechtlichen Erörterungstermin. Beide Termine wurden abgebrochen. Es wurde die Atomrechtliche Genehmigung ausgesprochen am 25. 10. 76 mit der ersten Teilgenehmigung und der sofortigen Vollziehbarkeit und das war der Anlaß zum sofortigen Baubeginn. Geklagt haben gegen diese sofortige Vollziehbarkeit und der ersten Teilgenehmigung verschiedene Vertreter und zwar um das mal kurz zu benennen, ich lese mal kurz vor, welche Berufe sie hatten: Landwirt, Landwirt, Landwirt, Landwirtschaftsmeister, Landwirt, Bauingenieur, Lehrerin, Landwirtschaftsmeister, Schiffsbaumeister, zwei Bürgermeister im Namen ihrer Gemeinden, ein Bürgermeister privat, und noch ein stellvertretenden Bürgermeister privat, noch ein Bürgermeister für seine Gemeinde. Beklagt waren hier die NWK und die HEW, ach entschuldigung, die Klage geht gegen das Land und beige-ladene waren, weil das Land natürlich die Genehmigung ausgesprochen hat, Beigeladen sind die NWK, HEW, KKW-Brokdorf GmbH und die KWU. Es kam zu der vorläufigen Aufhebung der sofortigen Vollziehbarkeit d.h. der Bau mußte gestoppt werden. Die erste Teilgenehmigung ist noch nicht vollzogen, zwar der wichtigste Abschnitt zu dieser Zeit, nämlich die Aufspülung des Geländes.

Es war eine vorläufige Aufhebung der sofortigen Vollziehbarkeit, es kam zu einer mündlichen Verhandlung in Schleswig am 9. 2. 77, und dort wurde die sofortige Vollziehbarkeit erstmal endgültig aufgehoben, per Gerichtsbeschluß. Interessant ist da, die Begründungen zu kennen, die Begründungen waren einmal, daß die Atommüllagerungen bisher ungeklärt sind und die Wiederaufbereitung des Atommölls und zum anderen, daß mit dem Bau so vollendete Tatsachen geschaffen werden, sodaß die Gerichte später in Zugzwang kommen und nicht mehr frei entscheiden können über Bau oder Nichtbau des Atomkraftwerkes.

Das waren Argumente die wir immer genannt hatten. Interessant sind sie deshalb, weil diese Argumente natürlich überall in der BRD bei jedem Atomkraftwerk und jeder Klage bisher vorgebracht worden sind und in Brokdorf so akzeptiert worden sind und nicht deshalb, weil es neue wissenschaftliche Argumente waren, sondern deshalb, weil dahinter eine ziemlich starke Bewegung stand.

Die Beigeladenen also NWK und HEW usw. haben Berufung eh, Beschwerde eingelegt, es folgt jetzt demnächst in wenigen Monaten ein Urteil, das wird wahrscheinlich von Lüneburg kommen, wobei es nicht sicher ist, ob es überhaupt zur mündlichen Verhandlung kommt. Das Urteil kann auch so ausgesprochen werden. Stoltenberg hat angekündigt, daß er in dem Moment, wo der Baustop aufgehoben ist die nächste Teilgenehmigung aussprechen wird und damit den Weiterbau freigeben wird. Die Wasserrechtliche Teilgenehmigung, die noch nicht ausgesprochen worden ist, ist inzwischen bekannt und auch veröffentlicht worden, innerhalb der BIs. Wir können dieses Vorgehen dann dauernd wiederholen, bei jeder Teilgenehmigung können wir gegen die sofortige Vollziehbarkeit klagen. Es wird wahrscheinlich dann so ausgehen, daß mehrere Teilgenehmigungen zu einem Hauptsachenverfahren zusammengezogen werden und um dann grundsätzlich über Bau oder Nichtbau des AKWs zu entscheiden. Dies kann aber, wie das z. T. in Esenshamm geschehen ist, dann erst stattfinden, wenn das AKW schon den Probetrieb aufnimmt. Die Argumentation der Gerichte, sind wir sind frei in der Entscheidung, denn wenn wir entscheiden, daß das AKW nicht betrieben werden darf, dann muß der Urzustand wieder hergerichtet werden und das AKW wieder abgerissen werden. Kurz etwas dazu was dieses Urteil bewirkt hat, und wir meinen und haben erfahren, daß dieses Urteil bei vielen Menschen wieder Unsicherheit und Hoffnung über die Möglichkeit hervorgerufen hat, über die Gerichte Atomanlagen zu verhindern, und daß dieses Urteil auch genau diese Funktion gehabt hat, nämlich von der politischen Auseinandersetzung abzulenken, die Politiker aus dem Schußfeld zu nehmen, die Auseinandersetzung auf scheinbar neutrale Gerichte zu verlagern und dadurch vom praktischen Widerstand abzulenken.

Dieser Prozeß und dies Urteil haben auch dazu beigetragen, sicher sehr stark dazu beigetragen, daß am 19. 2. es zu zwei Kundgebungen gekommen ist, nämlich in Brokdorf und in Itzehoe.

Was tun jetzt, und ja es gibt da viele Ideen, und die Idee ist natürlich, den Prozeß zum Hebel, also zu einem der Hebel des praktischen Widerstandes zu machen und den Prozeß zu einem Prozeß der gesamten Wilster Marsch zu machen. Bisher sieht das noch so aus, daß die Kläger und auch die verschiedenen anderen Menschen in der Wilster Marsch den Prozeß hauptsächlich als einen Prozeß der Juristen und Gutachter ansehen. Wir müssen da einiges tun, um davon wegzukommen.

Folgende Vorschläge sind gefallen: ein Bürgermeister hat z. B. vorgeschlagen, auf einem Klägertreffen, eine Umfrage zu machen die durchgeführt wird diesmal nicht von Vertretern der BIs, sondern von Vertretern des Dorfrates in der Bevölkerung, um ihn als Bürgermeister für diesen Prozeß zu legitimieren weil das Argument der Behörden und auch der NWK sagt, die Bürgermeister sind nicht legitimiert für diesen Prozeß, die Bevölkerung ist ja eigentlich für KKWs. Ein anderer Vorschlag ist, der auch jetzt angegangen wird, eine Veranstaltung in Wilster durchzuführen, also in der Wilster Marsch, damit die Kläger über ihren Prozeß berichten, über die Situation und den Bau von Atomanlagen in der BRD, über die Prozesse in Whyll, Esenshamm und Brokdorf und über die praktischen Konsequenzen, die sich daraus ergeben.

Es gibt zur Zeit ein Treffen der Kläger, Anwälte und Gutachter, die bestimmten, verschiedenen Arbeitsgruppen, die gebildet worden sind, einmal eine Arbeitsgruppe, die sich hauptsächlich aus den örtlichen Klägern zusammenstellt, die beschäftigt sich hauptsächlich mit Standortfragen, z. B. Klima, Grundwasser, Viehzucht, Unfallgefahr usw. es gibt andere Prozeßgruppen, die sich speziell mit bestimmten wissenschaftlichen Aspekten abgeben und intensiv beschäftigen, es gibt im Ansatz eine Zusammenarbeit zwischen mehreren Universitäten, z. B. Bremen und HH, verschiedenen Instituten und BIs.

Zum anderen ist in HH von dieser Prozeßgruppe geplant, das wird ab nächste Woche durchgeführt, eine Art Seminar oder Volkshochschule, wie immer man das nennen will, da will die Prozeßgruppe über ihre Ergebnisse zu der Klagebegründung berichten und an diesen Ergebnissen so eine Art Schulung durchführen, zur Funktionsweise und Gefahren von Atomanlagen und von dem gesellschaftlichen Bezug solcher Anlagen.

Es ist weiter ein Vorschlag gekommen, daß die bestimmten, verschiedenen Prozeßgruppen, ihre Fragen formulieren, ihre Forderungen dranknüpfen und Aussagen, sodaß wir eine regelmäßige Serie in der Kommunalen Presse dort veröffentlichen um eben breit bekannt zu machen, wie wir gegen Atomkraftwerke ~~nachwirklich vorgehen wollen~~ auf diesem Weg vorgehen wollen.

Kurz nochmal, weshalb den Prozeß führen: ich hab schon gesagt, einen der Hebel des praktischen Widerstandes, d. h. wir müssen die Möglichkeit nutzen, vor den Gerichten verbindlich unsere Argumente, mit unseren Gegner auszutauschen und das in der großen Öffentlichkeit und wir müssen versuchen klar zu machen, welche Rolle die Gerichte in diesem Zusammenhang spielen und was für den einzelnen Bürger von den Gerichten zu erwarten ist.

--- Beifall ---

Disk. Ltg. : Ganz kurz eine Durchsage zu einem anderen Prozeß der läuft: der Haftbefehl gegen Bernd Löwe, der in Grohnde am 19. 3. verhaftet worden ist, wurde gestern aufgehoben - stürmischer Beifall - Wir können uns aber noch keinesweg auf unseren Lorbeeren ausruhen, denn die Anklage wegen versuchten Todschlages, Landfriedensbruch usw. wird weiterhin gegen ihn aufrechterhalten. -Piffe- - Zwischenruf - ... das ist mir eben so gesagt worden, ah ja.

Eh wir jetzt weitergehen, habe ich nochmal eine Frage an euch zu richten, eben war hier einer aus Freiburg, er sagte er hätte noch ziemlich viele unbekannte und neue Aspekte über das Whyler Urteil. Es wäre jetzt die Frage, habt ihr jetzt Interesse daran, euch das jetzt nochmal anzuhören? Oder wollen wir in der Tagesordnung wirklich weitergehen, wie wir es beschlossen hatten? - Also wer wäre denn dagegen, damit man mal ein bisschen Überblick hat?

Gut dann würde ich jetzt bitten die Freiburger, hier mal kurz runterzukommen und zu erzählen, was sie erzählen wollten. - Ja klappt das hier mit den Freiburgern? -

Ja, ich weiß nicht ob das soviel Neues ist, so hatte ich das eigentlich nicht ausgedrückt. Was vielleicht das wichtigste ist, wie das Urteil ausgegangen ist, wißt ihr sicher alle. -Ich bin hier für die BI Freiburg, AKU Freiburg, und dann ist noch jemand hier von der BI Umkirch, daß ist ein Dorf bei Freiburg, und für den rede ich hier auch mit. Also wie das Urteil ausgegangen ist, daß wißt ihr sicher alle. Die Baugenehmigung wurde nur nicht erteilt, weil aufgrund, eh weil kein Berstschutz bei dem KKW da ist und alle anderen Punkte wurden abgelehnt. Die Stimmung ist jetzt so, am Kaiserstuhl kann man sagen, daß eh, die Leute sagen, wir haben weiterhin kein Vertrauen auf die Gerichte weil die Frage des Berstschutzes nicht die Hauptfrage ist, ein KKW mit oder ohne Berstschutz, das ist genauso gefährlich, wichtig sind die Punkte, die wir immer hervorgehoben haben, Normalbetrieb und Unfälle und die sind völlig abgeschmettert worden vom Gericht. Was vielleicht noch wichtig ist zu sagen, ich will da jetzt nicht weiter darauf eingehen, vielleicht, wenn noch Fragen sind, kann sich jemand an uns persönlich an uns wenden. Was noch wichtig wäre, und in dem Punkt sprech ich nur für den Arbeitskreis Umweltschutz, wir würden alle BIs auffordern, wenn sie ihren Prozeß führen wollen, nicht unsere Rechtsanwälte zu nehmen, also Behrens und de Witt, wir haben sehr schlechte Erfahrungen mit denen gemacht, und das kann der Jens Scheer bestätigen, der war auch da, diese Rechtsanwälte

haben alles getan, um zu verhindern, daß dieser Prozeß ein politischer Prozeß wurde. Einzelheiten können wir wie gesagt in Einzelgesprächen noch klären oben.

Mein Name ist Bätjer und ich komme von der Uni Bremen. Ich gehöre dem Projekt Sajo an. Ich möchte ganz kurz einen Bericht geben über den Stand der rechtlichen Auseinandersetzung zum Kernkraftwerk Unterweser. Das KKW Unterweser wurde anfang der 70er Jahre gebaut, 1971, und da war der Widerstand gegen die Atomenergie in der Bevölkerung noch relativ schmal, so daß nur eine einzige Klägerin Einspruch gegen die erste Teilerrichtungsge-nehmigung erhoben hat, die zudem außerdem noch 70 km von dem Standort des KKW an der Weser, nämlich in Fischerhute, das ist hinter Bremen, wohnt. Von daher ist das relativ problematisch, die Fernwirkung der Radioaktivität, ausgehend von einem Atomkraftwerk, tatsächlich rechtlich auch zu würdigen. Anfang Mai hat es dann eine nicht öffentliche Auseinandersetzung vor dem Verwaltungsgericht in Oldenburg gegeben, vor einem sog. Berichter-statter, der nach dieser Erörterung zwischen der Beigeladenen, also das Sozialministerium in Hannover zwischen dem Angeklagten, das Sozialministerium in Hannover und der Beige-ladenen, das ist die KWU bzw. der NWK und den Gutschnern, die von der Uni-Bremen im wesentlichen gestellt wurden, gegeben sind. Und diese Erörterung wird dazu führen, daß drei Mögliche weitere Verfahrensweisen in diesem Prozeß stattfinden können. 1. eine nicht-öffentliche Verfahrensweise, das aus der Aktenlage schließlich geurteilt wird, 2. kann es möglich sein, daß im Sinne einer weiteren Beweiserhebung zusätzliche Gutachten angefor-der werden und der 3. dann wiederum nicht öffentlich aus der Aktenlage geurteilt wird und zum letzten kann es auch dazu führen, daß dieser Prozeß tatsächlich dann noch man in der Öffentlichkeit aufgerollt wird, sodaß große Teile der betroffenen Bevölkerung daran teilnehmen können.

das ist der eine Punkt. der andere Punkt ist die Tatsache, daß das Bundesministerium des Inneren und das Bundesministerium für Justiz Anfang diese Jahres, ich weiß nicht, wer das in der Zeitung verfolgt hat, angekündigt hat, daß sie Kurse machen wollen in der Richteraka-demie in Trier Kaiserslautern, in der Verwaltungsrichter ausgebildet werden sollen für diese speziellen Verfahren, Verwaltungsgerichtsverfahren für AKWs. Und es stand zumindest in der Andeutung drin, daß als vortragende vor diesen Richtern einzig Leute geladen werden, die bekannt sind als Progutachter, nämlich z. B. vom Institut für Reaktorsicherheit in Köln von den einzelnen TÜVs, die diese Anlagen begutachten, als auch von der Industrie, die die-se Anlagen errichten, beispielsweise BBC oder KWU.

Disk. Ltg. : Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 2. Da er hier an der Tafel nur mit dem Oberbegriff steht, will ich nochmal die Unterpunkte vorlesen, zu dem Tagesordnungspunkt "Stand der AKW-Bewegung" gehört Bilanz der zentralen Aktionen, dann Berichte aus den verschiedenen Regionen, Berichterstattung über die Kriminalisierung von AKW-Gegnern und Strafprozesse. Wir beginnen den Punkt "Bilanz der zentralen Aktionen" mit einer Stel-lungnahme der Demonstrationsleitung vom 19. 2. in Brokdorf, dazu gibt es drei Wortmeldun-gen, von drei Mitgliedern der Demo-Leitung. Der erste war Heino.

- Anfrage aus dem Plenum bezüglich der Pause -

Disk. Ltg. : Dazu kann ich was sagen. Wir haben das geprüft, weil mehrfach das Anliegen an uns gestellt wurde, wir kriegen das aber mit dem Essen nicht anders hin, sodaß wir die Pause ab 18.00 Uhr machen müssen. Sonst haben wir eine 2 - 3 Stündige Pause und zer-reißen das ganze Programm. Hopf spricht jetzt.

Also ich bin nicht Heino, ich bin Hopf, von der Stadtteilgruppe Harburg von der BUU HH. Ich möchte zu Beginn sagen, daß ich es sehr gut finde, daß wir hier auf diesem Bundeskongreß eine Aktion die auf dem letzten Bundeskongreß beschlossen wurde, dokumentieren und disku-tieren können. Ich meine, daß das ein Verfahren ist, das wir uns zu Eigen machen sollten. Der folgende Bericht ist von 6 der insgesamt 7 Sprechern des Sprecherkollektivs erarbeitet worden, einer der drei Sprecher aus HH hat an diesem Bericht nicht mitgearbeitet. Ursprüng-lich war einer der drei Sprecher nicht in der Lage, seine Aufgabe wahrzunehmen, da er durch

gerichtliche Schritte verhindert war, seine Aufgabe wahrzunehmen. Von seinen Freunden ist aber ein anderer benannt worden. Wir haben ihn eingeladen, an der Erstellung dieses Berichts teilzunehmen, er hat das abgelehnt, ich vermute, daß er die Einschätzung dieses Berichtes nicht teilt. Wir werden hier diesen Bericht zu viert vertreten, der Vertreter aus Kiel, der prinzipiell mit dieser Einschätzung einverstanden ist und uns das erklärt hat, ist heute leider nicht hier.

Ich beginnen mit dem 1. Teil: "Wie kam es zu der Demonstration am 19. 2."

(der genaue Wortlaut des Berichtes liegt abgedruckt vor, weswegen davon abgesehen wird, ihn hier nochmals zu tippen.) (Siehe Anlage)

Am Schluß - Beifall -

Disk. Ltg. : Heino.

Heino ist immer noch nicht dran, ich bin Axel. Ich bin Mitglied der Bremer BI gegen Atomanlagen und war der damalige Vertreter der BBA in der Demonstrationsleitung von Brokdorf. Ich will im folgenden auf die in diesem vorliegenden Papier folgende Chronologie eingehen, im Sinne der Kürzung unseres Vortrages will ich aber darauf verzichten, nochmal die Chronologie wie sie hier im einzelnen aufgeführt ist, vorlesen. Diese Chronologie selber legt also nochmal Zeugnis davon ab, wie die AKW-Betreiber und Befürworter der verschiedensten Schattierungen versucht haben, vor dem 19. 2. zu spalten und wie sie versucht haben mit solchen Forderungen wie "Stopp mit dem ATomprogramm", die Anti-AKW-Bewegung selbst auf dies Atomprogramm zu verpflichten. Ich meine also, das nochmal von denjenigen, also weil der Bericht selber vorliegt, diese Chronologie im einzelnen durchgelesen werden kann, ich will jetzt auf den 2. Abschnitt dieser Chronologie eingehen, die folgendermaßen überschrieben ist: "Wie sind wir dagegen vorgegangen und welche Fehler sind vorher deutlich geworden"

Diese Situation, also diese Situation der Spaltung, diese Situation kam für die meisten AKW-Gegner und BIs - Zwischeneruf der darauf abzielt, den Vortrag nicht zu halten, da man ja alles selbst nachlesen könne - Klatschen, Pfiffe, Buh-Rufe -

Wir sind aber der Meinung, das es richtig ist nochmal dieses vorliegende Papier, wenn auch gekürzt an mehreren Punkten vorzulesen. 1. weil es sehr viele vorher nicht erhalten haben, und hier noch nicht gründlich studieren konnten vor dem Kongreß und 2. weil wir der Meinung sind, daß hier wichtige Grundlagen der Anti-AKW-Bewegung wie sie sich am 19. 2. gezeigt haben festgehalten werden und für den weiteren Verl auf der Diskussion auch eine wichtige Rolle spielen - Beifall -

(auch dieser Teil des Berichtes Der Demo-Leitung liegt gedruckt vor. Siehe Anlage)

Also, ich hab noch mal einen Vorschlag. Es sieht so aus, wenn das weiter vorgelesen wird, dauerte das eine weitere halbe Stunde. Ich wunder mich vor allen Dingen, daß dieses Papier, jetzt ist also der 19. 2. fast drei Monate her, so frühzeitig auf den Markt gekommen ist, wo doch alle Delegierten hier so komische Mappen gekriegt haben und wo gerade diese 8 Seiten, die hier vorgetragen werden, in endloser langer Weile, wo der Vortragende auch immer noch Beifall mitklatscht. Wie im Kreml oder so ähnlich. - Lachen, Gejohle, Pfeifen -- anhaltend --

Das zumindest - Pfeifen und Gejohle hält an - Zwischenruf: geh lieber freiwillig, eh sie dich alle ausbuchen - auf jeden Fall, daß dieses Papier hier überhaupt gar nicht eine Basis in den verschiedenen BIs hat - Disk. Ltg. bittet um Ruhe -

Laßt mich mal was sagen. Entweder er hat einen konkreten Antrag und den formuliert er jetzt, oder wir machen hier in der Rednerliste weiter.

Der Antrag lautet folgendermaßen: Da dieses 8 seitige Papier in keiner einzigen BI diskutiert worden ist, ist es auch völlig sinnlos ihn hier in aller epischen Breite vorzulesen sondern es

viel wichtiger, die Aktion die in Brokdorf am 30. 10. und 13. 11. 76 und am 19. 2. 77 gelaufen sind und die Aktionen in Grohnde hier zu diskutieren und einzuschätzen, statt hier also wahnsinnig lange Papiere noch eine weitere halbe Stunde vorzulesen. Ich schlage vor, daß dieses Papier nicht mehr weiter vorgelesen wird und wir zu der Einschätzung der genannten Aktionen kommen. Weil vorlesen von Papieren können wir uns echt schenken. - Pfiffe, einzelnen klatschen-

Disk. Ltg. : So, jetzt kommt eine Gegenrede dazu, ja, ist klar, ne? Zu diesem Punkt kann er jetzt eine Gegenrede machen. Lass ihn doch mal.

Ich möchte zu diesem Antrag eine Gegenrede halten. Ich finde es bezeichnend, daß von denselben Kräften, von denen vorhin verlangt wurde, daß wir hier keine verbindlichen Beschlüsse fassen können, u. a. deshalb, weil noch keiner diese Papiere gelesen hat, von derselben Ecke her jetzt gesagt wird, wir sollen das ewige Vorlesen von solchen Papieren nachseinlassen. - Beifall - Das, was dahinter steckt ist in Wirklichkeit unausgesprochen die Einschätzung, dieser Kräfte, daß diese Position, die nämlich über den 19. 2. hier als einen Erfolg berichten - Zwischenrufe - das sie es darauf anlegen, dadurch das dieses Diskussion auf der Grundlage des Papiers nicht zustande kommt im Nachhinein diese Aktion zu diskreditieren und herunterzusabbeln. Ich stelle deswegen den Gegenantrag, daß wir weiter so verfahren wie bisher das wir anschließend in der Diskussion um die weitere Arbeit sehr günstig auf der Grundlage

(Ende des Tonbandes, Fortsetzung ab 17. 20 Uhr, Seite 37)

Protokoll der Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen ab 17.20 Uhr

... wir nicht eher zusammengetreten sind um das herzustellen, der zweite Punkt der dazu gesagt werden muß ist, daß es allerdings erforderlich ist, das hier vorzutragen, weil es eben nicht bekannt ist und das wir uns auf die wichtigsten Punkte davon konzentrieren wollen. Es ist soviel Kritik an der Aktion in Brokdorf vorgebracht worden, das es schon denjenigen, die im Vertrauensleutegremium und im Sprecherrat waren möglich sein muß, diese Zusammenfassung zu machen, um eine Grundlage für die nachfolgende Diskussion zu haben und das will ich jetzt machen.

(Beifall)

Um 18.00 machen wir Pause, ich bitte euch, daß ihr bis dahin noch ein bisschen ruhig seid sonst versteht man kein Wort mehr.

Ich bin der Peter aus Dortmund und habe auch damals am Sprecherrat teilgenommen. Ich werde den Teilen die jetzt folgen mich konzentrieren auf die Arbeit der Demo-Leitg. und davon den Unterpunkt 1 - Zusammensetzung und Arbeitsweise - dann hätten wir zu diesem Zeitpunkt die Demo absagen sollen als einen weiteren wichtigen Punkt und aus der konkreten Situation vom 19. Feb. euch die einzelnen Punkte zum Eigenstudium überlassen und erst bei Ablauf beginnend in Wilster einsetzen.

Zunächst also die Arbeit der Demo-Ltg. 1. Zusammensetzung und Arbeitsweise.

Auf dem Bundeskongreß vom 12. 2. in Wilster war festgelegt worden, daß die Demo-Ltg. gebildet wird von den Vertrauensleuten, aus den BIs, sowie denjenigen Gruppen die in der Durchführung der Kundgebung besondere Aufgaben übernommen haben - Sanitäer, Ermittlungsausschuß, Infodienst, sowie Gruppen die unmittelbar am Bauplatz arbeiten wollten.

Die Vertrauensleute sollten Entscheidungen über den Ablauf der Demo treffen. Daneben wurde ein Sprechergrremium gewählt, dem neben der Demo-Ltg. drei Hamburger und ein Vertreter aus Kiel, aus Bremen aus dem Ruhrgebiet und Whyl oder Umgebung angehören sollte. Die Sprecher hatten die Aufgabe, die Information zu koordinieren, den Vertrauensleuten Vorschläge zu machen, sowie auf Grundlage der Entscheidung der Vertrauensleute die Demonstrationsteilnehmer zu informieren und Entscheidungen durchzusetzen. Eine Bewertung dieser Konzeption wollen wir am Schluß vornehmen. Es folgt dann in dem Papier das weitere Vorgehen in der Vorbereitung der Demo bis hin zu dem Abend vor der Demo, als bekannt war, daß ein Demonstrationsverbot besteht und auch nicht gerichtlich aufgehoben wird. Es wurde teilweise gesagt, daß in dieser Situation die Demonstration hätte abgesagt werden sollen, einige AKW-Gegner sind jetzt nachträglich der Meinung, das dies richtiger gewesen wäre denn schon einige Tage früher, als klar war, das eine Besetzung nicht möglich ist und auch von vielen Teilnehmern nicht getragen werden würde, hätte das stattfinden sollen, damit nicht eine weitere zusätzliche Spaltung herbeigeführt würde, Diese Mitglieder der Anti-AKW-Bewegung meinen daß die Durchführung einer Kundgebung ohne Besetzungsversuch eine Kapitulation darstelle und der Einschüchterung damit nachgegeben worden sein solle. Wir halten dies für falsch, denn schon auf dem Bundeskongreß war klar, daß die Hautfrage in der Auseinandersetzung - Brokdorf oder Itzehöe - nicht die Form des Widerstandes war, sonder die Inhalte und Ziele unseres Widerstandes. Unter diesen Bedingungen mußte die Verteidigung der Einheit der Bewegung der Kampf gegen das Demonstrationsverbot und gegen die Pressehetze als wichtiger angesehen werden als ein Besetzungsversuch um jeden Preis zu diesem Termin. (Beifall) Dies hieß ja für die überwältigende Mehrheit der Teilnehmer, nicht prinzipiell auf Besetzungsversuche zu verzichten. z. B. Grohnde, aber auch in Brokdorf. Sondern die Bedingungen der Spaltung und des Verbots, die Bundesweite Verwirrung und die Pressekampagne realistisch einzuschätzen.

Ein Absagen der Demonstration wäre die Kapitulation vor dem Verbot und der Spaltung gewesen, wir hätten es den AKW-Befürwortern ermöglicht, die Itzehoe-Kundgebung als die Kundgebung der AKW-Gegner hinzustellen und wegen einer Differenz über die Formen des Widerstandes der Einheit der Bewegung schwer geschadet. Ein großer Rückschlag und große Resignation innerhalb der BIs wäre die Folge gewesen.

Ich komme jetzt zum Ablauf des 19. 2. selber wie gesagt will ich auf die Fragen der Anfahrt, des Sammelns und die Fahrt nach Itzehoe dann bis nach Wilster nicht näher eingehen. Ich will da beginnen, wo wir uns auf dem Marktplatz in Wilster gesammelt haben. Um 13. 30 Uhr traf die ~~Spx~~ Spitze des Konvois in Wilster ein. Für 14. 30 Uhr wurde die Vertrauensleutebesprechung angesagt. Sie begann ca. 14. 30 und dauerte bis 15. 15. Um ~~14. 35~~ 15. 35 Uhr verließ die Spitze des Demonstrationszuges Wilster. Die letzten ca. 1 Std. später Später wurde kritisiert, daß die Sammlung in Wilster zu lange gedauert habe bzw. überflüssig gewesen sei. Dies halten wir für falsch. Um 14. 15 Uhr, als die Vertrauensleute Besprechung angesagt wurde, befand sich das Ende des Konvios noch auf der Störbrücke. Also mehrere Kilometer vor Wilster. Mit den Vertrauensleuten von dort konnte keine Beratung durchgeführt werden. Weiter, die Polizei versuchte während der ganzen Zeit den Zug immer wieder zu unterbrechen, die Einfahrt nach Wilster abzuschneiden. Verschiedene Kontrollen wurden durchgeführt, zu Verhaftungen kam es jedoch nicht, da immer wieder viele Menschen zusammen waren. Sehr gefährlich wäre es jedoch gewesen, ohne Sammlung des gesamten Zuges weiterzuziehen. Eine weitere Verzögerung trat dadurch ein, daß viele tausend Menschen von Itzehoe zu Fuß gehen mußten, dies dauerte lange und außerdem waren die Straßen verstopft. Wir meinen, daß wir vorher bessere Abstellmöglichkeiten für die Fahrzeuge hätten erkunden sollen um eine schnellere Aufstellung hätten durchführen können. Kaum jemand hatte jedoch damit gerechnet, daß wir mit den Autos so weit kommen würden. Wenn davon gesprochen wird, wir hätten die Spitze des Zuges zurückgeholt, um den Weitermarsch zu verzögern, ist dies allerdings eine Verdrehung der Tatsachen.

Zur Vertrauensleutebesprechung in Wilster : Auf der Vertrauensleutebesprechung ~~xx~~ waren ca. 40 Vertreter anwesend, dort wurde ein Überblick über die Lage gegeben. Das Ergebnis wurde bisher als positiv eingeschätzt, die Meinung herrschte vor, daß nur durch die Geschlossenheit des Zuges bisher Provokationen vermieden werden konnten. Und dadurch das Demonstrationsverbot durchbrochen wurde. (Beifall, stark)

Die Beratung endete mit dem Ergebnis, daß der Vorschlag des Sprechers, die Sperre Damfleth zu umgehen und zunächst in Richtung St. Margareten, dann Richtung Bauplatz abzubiegen von der großen Mehrheit der Vertrauensleute gebilligt und dann entsprechend verfahren wurde.

Die Demonstration selbst verlief dann wie folgt: Nachdem durch den Sprecherrat die Entscheidung bekannt gegeben worden war, wurden die Blocks, Spitze, Mitte, Ende, wiederhergestellt weil einzelne versuchten, sich an die Spitze zu setzen um dadurch selbst die Entscheidungen fallen zu ~~lä~~ können, dabei denke ich besonders an den KBW. Der Zug erreichte eine Länge von 4 - 5 km und wurde von der Polizei wegen der Geschlossenheit und Stärke nicht angegriffen. Ca. 20. 000 Menschen hatten sich mit Schutzausrüstung, Helme, Schilder etc. versehen. Die Teilnehmerzahl der Demonstration wurde vom BGS auf 40. 000 geschätzt, die Demonstration hatte eine bisher nicht gekannte Geschlossenheit. Alle Teilnehmer hatten große Strapazen auf sich genommen, und waren sich bewußt, eine verbotene Demonstration durchzuführen.

Sie hatten sich deshalb auf eine Verteidigung gegenüber Polizeiprovokationen eingestellt. Die meisten Sprecher gingen an der Spitze des Zuges, ein Teil beim Lautsprecherwagen, zwischen den Sprechern und den Vertrauensleuten der Spitze wurde eine Beratung durchgeführt. Bei Neufeld Richtung Bauplatz abzubiegen, Zu diesem Zeitpunkt war uns bekannt daß dort eine Polizeisperre war. Als Alternative hätten wir nur durch St. Margareten bzw. kurz davor weitergehen können und das hätte einen erheblichen zusätzlichen Marsch gegeben deswegen haben wir uns so entschieden, dagegen gab es auch keinen Widerspruch. Wie bereits vorher bei den Vertrauensleuten entschieden worden war, wurde die Demonstration bei der Sperre Neufeld gesammelt. An dieser Stelle versuchte der KBW über längere Zeit die Aufforderung, die von der Demonstrationsleitung ergangen war sich auf der Wiese zu sammeln, zu unterlaufen und direkt auf die Polizeisperre loszugehen. Dies wurde durch Mitglieder aus BIs aus HH und anderen Städten vereitelt und zugleich der Lautsprecherwagen geschützt.

(stärkerer Beifall)

Wir unterstützten diese Maßnahme ~~am~~ ausdrücklich da dieses Vorgehen des KBW eine Provokation bedeutete. Ziel dieser Provokation war es offensichtlich allen Demonstrations-Teilnehmern einen Weitermarsch und die Konfrontation mit der Polizei und BGS auszuzwingen was in dieser Situation die sichere Niederlage bedeutet hätte. Der Eifer des KBW den Bauplatz über die Wiese zu erreichen legte sich übrigens nach ca. 100m von selbst als niemand ihm folgte obwohl dieser Zug keineswegs von uns irgendwie aufgehalten wurde. (starker Beifall) Außer dem KBW gab es auch dort niemanden, der dieser Entscheidung widersprochen hätte. Danach gab es keinen ausdrücklichen Beschluß der Vertrauensleute das die Abschlussskundgebung durchgeführt werden solle, auch nicht alle Sprecher konnten an der Beratung beteiligt werden. Es war den Sprechern der Vertrauensleute an der Spitze des Zuges bekannt, daß ca. 500 m hinter der Sperre starke Polizeikräfte massiert waren.

Es wäre zwar möglich gewesen, über die Wiesen bis zum Bauplatz zu gehen, dies hätte jedoch mit Sicherheit zur Folge gehabt daß der Zug auf dem Marsch oder bei Ankunft am Bauplatz unterbrochen worden wäre um einen Teil abzuspalten. Uns konzentriert von ~~Polizei~~ Polizei und BGS anzugreifen. Viele zu verletzen und zu verhaften. Die Polizei hatte mit ihrer Aufstellung einen regelrechten Schlauch für uns gelassen, in den wir hineingehen sollten und so von drei Seiten von der Polizei eingekesselt worden wären. Diese Informationen wurden ~~von~~ Kradmeldern aus dem Bauwagen und von Sanitätsstationen und dem Ermittlungsausschuß bestätigt.

Die Frage jetzt, wäre es richtig gewesen, weiterzugehen, warum keine Vertrauensleutebesprechung.

Wir halten dies für einen Fehler des Sprechergremiums, nicht vor Beginn der Rede für eine Vertrauensleutebesprechung gesorgt zu haben, die mit der Rede beauftragten BUU-Mitglieder kamen zum Lautsprecherwagen und begannen nach kurzer Zeit der Sammlung mit der Rede. Alle anwesenden Sprecher und Vertrauensleute waren sich einig, daß es richtig sei, nach dieser Kundgebung den Rückmarsch anzutreten. Dabei begründete sich dies nicht auf die Stärke der Polizeisperre Neufeld sondern vor allem auf die Tatsache, daß es galt die Einheit dieser Aktion auch weiter zu verteidigen. Ein weiteres Vorgehen hätte zu einer Spaltung der Demonstration geführt, da sehr viele BIs und Teilnehmer keinen Angriff auf den Bauplatz wollten und das Hauptziel unserer Aktion das Demonstrationsverbot zu durchbrechen und eine Kundgebung möglichst nah am Bauplatz durchzuführen mit der Kundgebung erreicht war. (starker Beifall)

Dazu kam, daß die Dunkelheit hereinbrach, Sonnenuntergang 17.44 Uhr, die Gefahr, das ein Teil der Demonstration von der Polizei abgeschnitten und konzentriert angegriffen worden wäre, war sehr groß. Dies hätte der Gegenseite die von ihr gewünschte Schlacht geliefert, die wir noch verloren hätten. Zusätzlich zur Spaltung der Demonstration wäre die entscheidende politische Konsequenz gewesen, daß viele Menschen, zu uns das Vertrauen verloren und an den Organisatoren von Itzehoe orientiert hätten.

Deshalb halten wir die Entscheidung an der Sperre Neufeld die Schlußkundgebung durchzuführen für vollständig richtig. (starker Beifall)

Von einigen Leuten wird weiter kritisiert, wir hätten die Polizei wenigstens auffordern sollen, zur Seite zu gehen, dies halten wir allerdings auch für falsch, ~~ich habe keine Aufforderung~~ da auf eine Aufforderung eben auch Taten folgen müssen. Wenn wir nicht weitergehen wollten, dann nicht wegen der kleinen Polizeisperre, sondern wegen der Gesamteinschätzung der Lage, wie ich sie schon dargestellt habe. Eine Aufforderung, der die Polizei nicht folgt, hätten wir durchsetzen müssen, sonst wäre dies nur Demonstration unserer Schwäche gewesen. Ein Weitergehen hatten wir aber schon erwogen und wegen der oben beschriebenen Konsequenzen abgelehnt.

Die Kundgebung selbst, um das ~~noch~~ noch zu sagen, war für viele Teilnehmer leider frustrierend, die Lautsprecheranlage war nur für ca. 8000 Menschen errichtet. Die Demonstrationsleitung muß insoweit Selbstkritik üben. Die Rede war 1. nicht ganz verständlich, 2. daß der Inhalt der Rede keine Zusammenfassung der Erfahrungen des Tages, sondern nur in sehr allgemeiner Weise die Grundlagen unseres Kampfes brachte.

Ein weiterer Mangel bei der Rede war, daß sie vorher nicht den Vertrauensleuten und Sprechern vorgelegt worden war. Dies muß auf jeden Fall für weitere Aktionen korrigiert werden. (Beifall)

Einzelheiten des Rückmarsches könnt ihr noch nachlesen. Ich will noch auf einen wichtigen Punkt beim Rückmarsch eingehen, weil wir der Auffassung sind, daß gerade aus den dort vorgekommenen Fehlern ganz besonders gelernt werden muß, das bestätigt uns auch, was der Ermittlungsausschuß zu dieser Frage sagt, trotz vieler Bemühungen kam nämlich eine ~~ganz geschlossene~~ geschlossene Organisation der Rückfahrt nicht mehr zustande. Wir halten dies für den größten Mangel in der Organisation der Demonstration, da dies der Polizei die Möglichkeit bot, noch zig Verhaftungen vorzunehmen, die allerdings vermeidbar waren. ~~Wir~~ Wir meinen, daß in Zukunft die Probleme des Rückmarsches ausführlicher vorher beraten werden müssen, da sie ebenso wichtig, meist noch schwieriger als die der Anfahrt sind. Dies war ~~noch~~ nicht geschehen, das ist auch später in Grohne ~~noch~~ nicht geschehen.

Die Mitnahme von PKWs entgegen der Abmachung über Wilster hinaus, die Mentalität, jeder jetzt so schnell wie möglich nach Hause, oder jetzt kann ja nichts mehr passieren, setzte sich z. T. durch und zeigt noch sehr geringe Erfahrungen mit den Bürgerkriegsmanövern der Polizei, die sich immer den Zeitpunkt der Schwäche der Demonstration auswählt, um ihre Angriffe zu starten. Ein Teil der Sprecher und Vertrauensleute hatte sich schon vor der endgültigen Abfahrt der letzten Teilnehmer entfernt, Einige hatten die übrigen informiert, andere nicht. Dies muß kritisiert werden. Eine gemeinsame Beratung der Vertrauensleute nach einer solchen Aktion ist unbedingt notwendig um den Rückzug und die Rückfahrt, die Aufreihung und neue Treffen der Auswertung festzulegen.

In Wilster bestand wieder guter Kontakt zum BUU Büro, Ermittlungsausschuß und Sanitäter. Zuletzt waren auf dem Marktplatz in Wilster noch die Kieler BI und die Hamburg-Eimsbütteler, die dann gemeinsam abführen, als der Abmarsch abgeschlossen war. Seit diesem Zeitpunkt hat die Demo-Ltg. nicht mehr gearbeitet und ist nicht mehr zusammengetreten. Insbesondere wurde keinerlei Presseerklärung erarbeitet, keine genauer Zusammenstellung der Demonstrationsvorkommnisse vorgenommen um für eine einheitliche Einschätzung in den BIs Sorge zu tragen und einen einheitlichen Informationsstand zu gewährleisten. Dafür müssen alle Sprecher und Vertrauensleute Selbstkritik leisten. Wir meinen, daß die nachträglich aufgetretenen Differenzen über die Einschätzung des 19. 2. dafür keine Rechtfertigung sind, und insbesondere nicht einzelne Sprecher und Vertrauensleute dazu legitimieren, sich der gemeinsamen Erstellung des Berichts der Demonstrationsleitung zu entziehen. Wir sehen darin ein Ausweichen der politischen Auseinandersetzung um die Lehren des 19. 2. und eine Gefährdung der Einheit der Anti-AKW-Bewegung. (Beifall)

Insgesamt hat sich jedoch das Grundkonzept der Demonstrationsleitung bewährt, es wurden fast nur einhellige Entscheidungen gefällt an denen sich alle BIs beteiligt fühlten und sie mit durchsetzten. Mangelhaft war, das bleibt festzuhalten, daß sich der Sprecherrat nicht vor dem 19. 2. über die politischen Ziele der Demonstration beriet und dadurch oft der Eindruck entstand, mehr den Manövern der Polizei und des BGS gemäß zu reagieren, als selbst den Verlauf der Demonstration zu bestimmen. Wir halten es für opportunistisch, daß innerhalb des Sprechergremiums und der Vertrauensleute die verschiedensten Möglichkeiten der Demonstration vollständig offen gehalten wurden und vor Ort entschieden werden sollten. Die hauptsächlich politischen Konstellationen, aus denen sich ergab, daß am 19. 2. keine Besetzung durchgeführt werden konnte, waren bereits vorher offenkundig und hätten realistisch eingeschätzt werden können. (Beifall)

Heino

~~Diskut.~~ : Wir schlagen vor, daß dieser Bericht der Demonstrationsleitung selbst und des Sprechergremiums diskutiert wird und schlagen vor, daß der letzte Abschnitt der sich in 7 Punkte gliedert vom Bundeskongreß verabschiedet wird, weil sich der andere Teil, die Rechenschaftslegung der Demonstrationsleitung; der letzte Teil ist eine Einschätzung des 19. 2. der Aktion und der Konsequenzen, über den der Bundeskongreß sein Meinungsbild herstellen sollte, was am Schluß der Diskussion stehen sollten.

Ich will jetzt kurz die 7 Punkte nochmal nennen. Also 1. Wir wollen darauf hinweisen, daß die Einschätzung der Demonstration am 19. 2. nicht ausreicht und den Ablauf der Aktion selbst zu diskutieren. Die Situation vor dem 19. 2. war gekennzeichnet von einer beispiellosen Hetzkampagne in den Medien durch Einschüchterung und Bedrohung durch den Staatlichen Bürgerkriegsapparat und durch die politische und organisatorische Spaltung die von außen in die Anti-AKW-Bewegung hineingetragen wurde. Der Erfolg des 19. 2. liegt darin, daß es gelungen ist, in dieser schwierigen und für die Anti-AKW-Bewegung neuen Situation unbeirrbar zu mobilisieren und an den richtigen Forderungen und Zielen festzuhalten. Und das Recht auf Demonstration am Bauplatz zu verteidigen ohne dabei das Recht auf Bauplatzbesetzung aufzugeben. Es ist der großen Koalition von Atomindustrie, Bundes- und Landesregierung, Parteiführung von SPD, CDU, FDP und DKP sowie der Hetze in der gesamten Presse, die von dem BBU Vorsitzenden Wüstenhagen und einigen Mitgliedern der BI Kremppe mit unterstützt wurde, nicht gelungen, die AKW-Gegner als ein paar tausend bundesweit zusammengekehrte Chaoten in eine Polizeifalle zu treiben. Mehr als 40.000 Menschen haben entschlossen in der Wilster Marsch demonstriert, die Pressekampagne Lügen gestraft und das Demonstrationsverbot durchbrochen. Dies war die größte Demonstration von AKW-Gegnern überhaupt und die größte verbotene Demonstration seit Bestehen der BRD. (starker Beifall)(Rhythmisches Klatschen, anhaltend)

2. Bundesweit ist in der Anti-AKW-Bewegung das Bewußtsein darüber gewachsen, wer unsere Feinde und wer unsere Freunde sind. Gegen die Verfälschung der Ziele der Anti-AKW-Bew. auf der Itzehoe-Kundgebung, maßgeblich durch SPD und DKP auf die Sackgasse über die Gerichte und Parlamente, zu Moratorien und mitbestimmten AKWs haben sich die allermeisten BIs auf die Grundlagen des Wilster Kongresses gestellt. Damit wurde zugleich die überparteilichkeit der BIs verteidigt, Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen Kommunisten abgewehrt, und an der Einheit aller ehrlichen AKW-Gegner festgehalten. (Beifall)

Die Demonstration vom 19. 2. hat zugleich bewiesen, daß unterschiedliche Auffassungen über die Formen des Widerstandes zwar bestehen, daß wir es jedoch nicht zulassen, dies zur Spaltung der AKW-Gegner auszunutzen. Diese politischen Grundlagen der Einheit der Anti-AKW-Bew. müssen festgehalten und möglichst in allen BIs verankert werden um für kommende Auseinandersetzungen besser vorbereitet zu sein. (Beifall)

3. Die BIs haben bewiesen, daß sie gegenüber der Kriminalisierung und den Verbotsdrohungen solidarisch zusammenstehen und praktisch ihre demokratischen Rechte verteidigen. Der 19. 2. hat auch bewiesen, daß wir Provokationen der Polizei in immer besserem Maße abwehren können, und uns wirksam dagegen schützen können. Umso mehr gilt unsere Solidarität all denjenigen, die jetzt exemplarisch herausgegriffen und kriminalisiert werden sollen. xds (starker Beifall)

4. Die BIs haben in der Vorbereitung und Durchführung der Demonstration am 19. 2. richtige Formen der selbständigen Organisation entwickelt, mit denen sie ihren Kampf weiterführen müssen. Gegenüber der ~~Gleich~~ Gleichschaltung der Medien wurde in Ansätzen ein Gegeninformationssystem entwickelt. Gegenüber den selbst ernannten Sprechern und ~~Vorsitzenden~~ Vorsitzenden wie Wüstenhagen & gegenüber von Spaltungsversuchen und Tarninitiativen, alles Mittel, mit denen die Spaltung und Verwirrung der Bewegung ermöglicht wird, haben wir mit der Durchsetzung der Bundeskongresse, sowie mit der Einrichtung von Landeskonferenzen im Bundesgebiet Möglichkeiten entwickelt, demokratische Strukturen innerhalb der Anti-AKW-Bew. zu schaffen die allen AKW-Gegner die Mitarbeit und Mitentscheidung ermöglichen. Damit konnte den Gerüchten die von Wüstenhagens ~~W~~ Erklärungen und die Briefe der BI Kremppe entstanden, schließlich wirksam entgegengearbeitet werden. Mit den Ermittlungsaussüssen und Sanitätsdiensten konnte erstmals eine bundesweite Zusammenarbeit entwickelt werden und ein Schutz der Demonstrationsteilnehmer gewährleistet werden. Erstmals konnte während einer solchen Massendemonstration ~~unter~~ unter schwierigsten Bedingungen ein einigermaßen funktionierendes Informationssystem, eine Verkehrslenkung und eine feste Einteilung der Demonstrationsblöcke durchgeführt werden, durch die der Zusammenhalt gegen Polizeiübergriffe zum großen Teil erfolgreich war. Ohne dies wäre an ein Durchbrechen des Demonstrationsverbotes und die Auflösung von 5 Polizeisperren vor Wilster nicht zu denken gewesen.

5. Erstmals konnte auf einer solchen Massendemonstration eine Demonstrationsleitung arbeiten, die zu fast ~~je~~ jedem Zeitpunkt einen relativ guten Überblick über die Lage hatte und ihren Beschlüssen Geltung verschaffen konnte. Eine entscheidende Voraussetzung für die Einheitlichkeit der gesamten Aktion war das Zustandekommen einer demokratisch gewählten Demonstrationsleitung die auf Grundlage der Beschlüsse der Landeskonferenzen der BUU und der Bundeskonferenzen arbeitete. Durch die Struktur der Demonstrationsleitung aus gewählten Vertrauensleuten der BIs besaß sie breiten Rückhalt und Unterstützung in den BIs sodaß die verschiedenen Vorstellungen der BIs ~~x~~ über die Aktion zusammengefaßt und ein einheitliches Vorgehen festgelegt werden konnte. Ohne eine solche Repräsentation der BIs in der D~~a~~monstrationsleitung hätte unserer Meinung nach der Erfolg am 19. 2. nicht erzielt werden können. Zumal dies auch schon in der Mobilisierung zum 19. 2. eine entscheidende Rolle für die BIs spielte. Zwar fand die Aktion am 19. 2. in einer extrem gespannten Situation statt, wir sind jedoch der Meinung, daß wir bei jeder großen Aktion bei solchen demokratischen Massenbewegungen nach solchen demokratischen Prinzipien verfahren müssen um die Leitung mit dem nötigen Rückhalt und Vertrauen auszustatten.

6. Durch die Demonstration vom 19. 2. ist die Anti-AKW-Bewegung gestärkt worden, ihr Selbstvertrauen gestiegen. Gerade in Teilen der Bevölkerung, die bisher noch nicht in größerem Umfang an unserem Kampf teilnehmen, wie besonders in Betrieben und Gewerkschaften oder auf dem Lande, ist durch unsere Aktion eine Diskussion über die Gefahren der Atomanlagen gefördert worden die sich in immer mehr Protesten zeigt. Neue Hetzkampagnen werden weniger Glauben finden, und Spaltungsmanöver treffen uns nicht mehr unvorbereitet. Es ist den AKW-Befürwortern nicht gelungen, durch eine Polizeischlacht uns zu isolieren, sondern im Gegenteil, ihr Atomprogramm ist in größere Schwierigkeiten gekommen und verzögert sich weiter. ~~x~~ Wir meinen daß es diesen Erfolgen gegenüber den Tatsachen daß es am 19. 2. nicht zu einer Besetzung des Bauplatzes kommen konnte keine negativen Einschätzungen über den 19. 2. rechtfertigt. (Beifall, stark) Unsere Aktion hat ihre Ziele weitestgehend erfüllt und uns für kommenden Aktionen und Besetzungsversuche bessere Bedingungen geschaffen. Alle BIs müssen daran festhalten, daß es ihr legitimes Recht und ihre Pflicht darstellt, praktischen Widerstand gegen den Bau von Atomanlagen zu leisten auch durch die Besetzung der Bauplätze der Atom-Kraftwerke.

Wir meinen, daß diese Resolution von dem Bundeskongreß verabschiedet werden sollte oder ein Meinungsbild darüber hergestellt werden sollte, um sehr vielen Gerüchten, die es um den 19. 2. selbst gibt, da Klarheit zu schaffen. Wir meinen auch, daß die Demonstrationsleitung entlastet werden sollte und insgesamt die Begründung bzw. der Bericht, den wir schriftlich vorgelegt haben, ~~veröffentlicht~~ veröffentlicht werden sollte vom Bundeskongreß zusammen mit den anderen Beschlüssen als Bericht des Sprechergremiums. (starker Beifall)

Disk. Ltg. : Ich mache jetzt noch ein paar Ansagen, und dann machen wir Pause und treten nach der Pause um 19. 00 Uhr in die Diskussion über diesen Bericht ein. Zunächst mal die Vertreter der Sani-Gruppen sollen in der Eingangshalle Kontaktadressen hinterlassen. Treffen Sonntag 10. 00 Uhr dort. Das haben die Sanis von HH durchgeben lassen. Dann Vertreter der OOA Dänemark bitte an den Plakatstand BI Heide Iberg am Eingang kommen. ~~18~~ 18. Uhr Fraueninitiativen treffen sich um 18. 00 Uhr ganz unten in der Eingangshalle links.

Ich habe an der Einschätzung zur Demonstration, die vorher hier vorgetragen worden ist, nicht deshalb nicht mitgearbeitet, weil ich mich ~~x~~ vor der Arbeit gedrückt habe, wie hier dargestellt worden ist, sondern ich habe deshalb nicht mitgearbeitet einmal weil ich erst davon Bescheid davon bekam, als es schon fertig war, ich machen niemanden einen Vorwurf sondern zum zweiten, weil bekannt war, daß ich zu dieser Einschätzung eine grundsätzlich andere Einschätzung habe und die Kritikpunkte ja auch bekannt waren und es dann auch nichts gebracht hätte, sich so zusammenzusetzen und zu versuchen, irgendwie so einen Einheitsbrei zu erzeugen, sondern wichtig ist sicher konträr und alternativ hier die verschiedenen Positionen darzustellen. Ich meine, daß das Ziel einer Kritik an der Demonstration ~~an~~ in Wilster am 19. 2. soll es sei n, nicht das Vorgehen der Demo-Ltg. oder des Vertrauensleutegremiums

oder das der vielen tausend Demonstranten nachträglich zu rechtfertigen oder die Geschichte so hinzubiegen, daß man nur noch die Erfolge sieht am Ende und alles perfekt im Ablauf aussieht wie das meiner Ansicht in der zuerst dargestellten Einschätzung hier der Fall ist, sondern man sollte sehr genau untersuchen, ob wir die Ziele, die wir uns vorher vorgenommen hatten erreicht haben und wodurch unser Verhalten bestimmt wurde. Es bringt auch nichts für die weitere Arbeit über Erfolge oder Mißerfolge der Demonstration abzustimmen. So ein Vorgehen versucht jede Kritik im Ansatz zu ersticken, sondern die Demonstration, das muß wohl klar sein, war ein wichtiger Versuch Widerstand gegen das AKW Brokdorf und das Atomprogramm zu leisten und die Fragen müssen dann sein, einmal, was hatten wir uns vorgenommen, waren die Ziele richtig, was haben wir erreicht, wodurch wurde unser Handeln bestimmt welche Fehler haben wir dabei gemacht, und welche praktischen Konsequenzen haben diese Einschätzungen für unser weiteres Vorgehen. Was haben wir erreicht? Erfolgreich war an der Kundgebung in Brokdorf die Zusammenarbeit der vielen BIs der ganzen BRD die Ausdruck fand in Landes- und Bundeskonferenzen, zweitens die fast reibungslose An- und Abreise, die Versorgung medizinischer und juristischer, die Disziplin und die ausgezeichnete Schutzausrüstung, mit der die Demonstranten ausgerüstet waren. All dies gelang ohne ~~gxp~~ große Bürokratie und technokratischer Vorbereitung. Weil die Demonstranten alle das gleiche Ziel hatten, und bereit waren, persönlich daran mitzuarbeiten die Forderungen gegen das AKW Brokdorf auch selbst praktisch durchzusetzen. Es ist uns gelungen, Übergriffe der Polizei bis auf wenige Ausnahmen abgesehen, entschieden abzuweisen. Die fast 40.000 Menschen, die nach Brokdorf wollten haben damit klar ihre Entschiedenheit zum Ausdruck gebracht, das AKW nicht hinzunehmen und auch eine klare Abgrenzung zur Kundgebung in Itzehoe gezogen. Eine Schwäche dabei war, daß die Demonstranten sich hauptsächlich aus der vereinigten Linken zusammensetzten, und zwar im Gegensatz zu den beiden Kundgebungen, die in Brokdorf 1 und 2 gelaufen waren. Davor dürfen wir die Augen nicht verschließen, besonders dann, wenn wir überlegen, wie wir weiter vorgehen wollen. Was hatten wir uns vorgenommen? Die politische Kraft die sich im Widerstand gegen Brokdorf entwickelt hat, besteht darin, daß viele tausend Menschen erkannt haben, daß ihre Forderungen nur durchgesetzt ~~xx~~ werden, wenn sie sie selbst praktisch durchsetzen. z. B. durch eine Bauplatzbesetzung. Die beiden Kundgebungen am 30. 10. und 13. 11. letzten Jahres haben gezeigt, daß hierzu viele Menschen auch bereit sind und sich öffentlich darauf vorbereiten. Diese Einstellung und Bereitschaft ist eine neue Qualität in der politischen Auseinandersetzung zwischen Atomindustrie und Regierung auf der einen Seite und der Bevölkerung auf der anderen. ~~x~~ Hier wird nicht mehr nur wissenschaftlich und verbal argumentiert, Resolutionen an die Politiker gerichtet, demonstriert und auf Erörterungsterminen und Gerichtsterminen verhandelt, sondern praktisch ~~h~~ gehandelt. Die BIs haben nach jahrelangem Kampf gegen Atomanlagen erklärt, daß sie erkannt haben, welche ungeheuerere Gefahr die Atomanlagen für unser Leben und das unserer Nachkommen darstellen, und es unser legitimes Recht ist und unsere Pflicht ist, den Bau solcher Anlagen auch praktisch zu verhindern. In diesem Sinne haben die BIs zu einer Großkundgebung am 19. 2. in Brokdorf am Bauplatz aufgerufen. Da die Atomindustrie und ~~xx~~ die Regierung erkannt haben welche ungeheuerere Gefahr und Kraft hinter dieser neuen politischen Einstellung steckt haben sie mit allen Mitteln versucht, die BIs zu diffamieren, zu kriminalisieren, politisch z. B. durch Berufsverbot zu verfolgen und mit militärischer Gewaltandrohung gedroht. Dies hat dazu geführt, daß wir bei der Vorbereitung der Demonstration unsere Kraft falsch eingeschätzt haben. Wir haben nicht erwartet, daß über 30.000 Menschen, weitere 10.000 wurden bei der Anfahrt aufgehalten, bereit waren, trotz psychologischer Kriegsführung der Regierungen und Gewaltandrohung und Demonstrationsverbot nach Brokdorf zu kommen. Infolgedesse wurden die Vorbereitungen für die Bauplatzbesetzung von vielen Gruppen ~~xx~~ nicht zu Ende geführt. Fast alle Gruppen haben ihr Vorhaben, den Bauplatz zu besetzen, kurzfristig aufgegeben. Unsere, auf fast allen Konferenzen von allen Gruppen verbal erklärten Prinzipien waren: Wir haben ein legitimes Recht und es ist notwendig, unsere Forderungen auch praktisch zu erfüllen, z. B. durch eine Bauplatzbesetzung. 2. wir bereiten den praktischen Widerstand vor. 3. Wir werden dann jeweils in einer konkreten Situation einschätzen, wie wir unsere Kräfte einsetzen. Vertrauen in unser Vorgehen werden wir dadurch erreichen, wenn viele Menschen miterleben, daß wir in der Lage sind, den praktischen Widerstand zu organisieren und unsere Kräfte erfolgreich einzusetzen.

Und Verletzungen und Festnahmen weitgehend zu verhindern. Falsch ist es, von vornherein vor der Stärke der Staatsschutzorgane zu resignieren und auf die Vorbereitungen für den praktischen Widerstand zu verzichten. Da möchte ich nur das Beispiel ansetzen Grohnde und Ohu.

Diese Prinzipien waren die politische Konsequenz, aus den beiden vorher gelaufenen Versuchen, den Bauplatz zu besetzen. Mit dieser Orientierung haben wir überall in der BRD und im Ausland mobilisiert. Wir machen jetzt niemandem einen Vorwurf, der vorher diese Prinzipien nicht akzeptierte, der z. B. für eine gewaltfreie Demonstration eintrat und dies auch öffentlich vertrat. Wir hatten alle AKW-Gegner aufgerufen, ~~an~~ nach Brokdorf zu kommen, unabhängig von ihren Methoden des Widerstandes. Wir kritisieren aber diejenigen Gruppen und Einzelpersonen, die bis zur Kundgebung verbal diese Prinzipien vertraten, von militant redeten, von Abräumen von Polizeisperren usw. und die, wie sich dann herausstellte, nichts praktisch für diesen Widerstand vorbereitet hatten, die wohl auch nie daran gedacht hatten, diesen Widerstand praktisch zu leisten, und nicht nur zu propagieren und zu erwarten, daß andere ihn leisten.

(Beifall, Pfiffe)

der

Um diesen Sachverhalt zu verschleiern müssen diese Gruppen, wie mit vorhergehenden Einschätzung getan wurde, jetzt davon sprechen, das Hauptziel der Kundgebung am 19. 2. ist der entschiedene Zusammenschluß aller AKW Gegner, diesem Hauptziel muß eine Besetzung untergeordnet werden, Hauptziel ist eine einheitliche Kundgebung oder das Demonstrationsverbot zu durchbrechen oder den Spaltern in Itzehoe eine Abfuhr zu erteilen.

Hier wird Ursache und Wirkung vertauscht und es werden die Erfahrungen der beiden vorhergehenden Kundgebungen in Brokdorf ignoriert. Denn die Einheit und das ~~Erreichen~~ Brechen des Demonstrationsverbotes kann nie Ziel, also Selbstzweck sein, sondern ist notwendig um unseren praktischen Widerstand möglich zu machen. (Beifall)

Wenn wir auf das eigentliche Ziel, den praktischen Widerstand verzichten, und nicht jede Arbeit darauf ausrichten, werden wir auch keine neuen Menschen für unseren Kampf gewinnen. Das kann man aus Brokdorf 1 und 2 und Grohnde studieren.

Viele Gruppen hatten schon im Voraus, ohne es öffentlich auszusprechen, für sich entschieden, auf den ganz praktischen Widerstand zu verzichten, und dadurch wurden andere jetzt in verstärkter Gefahr gebracht, isoliert und kriminalisiert ~~was~~ zu werden. Die weit über 30.000 Menschen aus allen Teilen der BRD und aus dem Ausland erlebten ein Programm, auf dem immer wieder von der Notwendigkeit unseres ~~politischen~~ Widerstandes geredet wurde, die Konsequenzen hieraus jedoch nicht mehr gezogen wurden. (praktischen)

Unser Ziel, für das wir im Gegensatz zur Itzehoe-Veranstaltung mobilisiert hatten, war in Brokdorf am Bauplatz eine Kundgebung durchzuführen. Dies wurde verbal auch noch auf der Kundgebung am 19. 2. ~~n~~ vertreten. In der Demonstrationsleitung waren starke Kräfte vorhanden, die dieses Ziel nie ernsthaft vor Augen hatten. (Pfiffe, einzelne klatschen)

Andere gaben sich auf Grund der wochenlangen Einschüchterungskampagne mit dem Erreichten allzu schnell zufrieden. (Zwischenrufe) Ich komme darauf noch zuzusprechen.

Bitte laßt doch den Fritz jetzt mal seine Ausführungen weitermachen.

Andere gaben sich auf Grund der wochenlangen Einschüchterungskampagne mit dem Erreichten allzu schnell zufrieden. Die Angst war stärker als die politische Einsicht und bestimmte unser Handeln. So wurde der Demonstrationzug in Wilster aufgehalten, die Demonstrationsspitze sogar wieder zurückgeholt und durch Zeitverzögerung eine Kundgebung am Bauplatz fast unmöglich gemacht. (Pfiffe, Beifall, schwach)

Nur dem entschiedenen Auftreten einzelner Vertrauensleute und dem entschiedenen Willen der Demonstranten war es zu verdanken, daß der Demonstrationzug bis zum Bauplatz weiterzog. (Tumulte, Zwischenrufe, Pfiffe, leichtes Klatschen) Das willst du gern wissen was?

Unser ausgesprochenes Ziel war es solange weiterzugehen, bis wir von der Polizei aufgehalten werden um uns dort zu sammeln und weitere Möglichkeiten, zum Bauplatz zu kommen, zu beraten. Die erste Sperre wurde aber dann von der Leitung zum Vorwand genommen, mit einem

(Rhythmisches Klatschen)

Disk. -Ltg. : Nach dem Peter wird dran sein die Karin, dann der Karl, Karl aus Quickborn, dann Dietmar, Detlef.

- Antrag zur Geschäftsordnung aus dem Plenum: daß die Diskussionsleitung bei jedem Redebeitrag darauf achtet, das nichts wiederholt wird und - sinngemäß - nicht immer Stellungnahmen vom KB oder anderen K-Gruppen kommen, sondern Beiträge aus den BIs.

Also ich bin auch Mitglied der BI Harburg und ich war auch auf den Demonstrationen. Ich bin auch Mitglied im KBW, allerdings.

Disk. -Leitg. : Moment mal. Wolltest du, daß über deinen Antrag abgestimmt wird, oder bist du damit einverstanden, das wir das so machen. - Gut, o.k.

Gut, worum ist es am 19. 2. gegangen? Ist es darum gegangen, das Recht auf Demonstration zu verteidigen ohne das Recht auf Bauplatzbesetzung aufzugeben, wie es in der Stellungnahme wesentlich des KB-Nord heißt, oder war das wesentliche daß sich über 30.000 Menschen auf den Weg gemacht haben um, wie es im Wilster-Aufruf heißt, der von der Bundeskonferenz, der letzten, bestätigt worden ist, Zitat "Für die Erfüllung der Forderungen zu kämpfen - Kein AKW in Brokdorf, Räumung des Bauplatzes". Warum sonst haben wir uns auf diesen Konferenzen für Brokdorf entschieden? Weil dort das KKW steht und nicht in Itzehoe oder irgendwo in der Wilster Marsch herum. Tatsächlich war es so, daß den meisten Leuten klar war, daß die Räumung des Bauplatzes ein entscheidender Schlag gegen das Atomenergieprogramm der Bundesregierung sein muß und dazu angetan ist, einen Schritt voranzukommen, dieses Energieprogramm zu Fall zu bringen, wenn wir diese Baustelle räumen. Deshalb war dieser Kampf von großer Bedeutung für die ganze BRD. In dem Mehrheitsrechenschaftsbericht der Demo-Leitung ist ein denkwürdiger Widerspruch und ist es nicht zufällig, daß der Hopfenmüller diesen Widerspruch hier vorgestragen hat, weil es nämlich schon vorher im Arbeiterkampf gestanden hat, was hier in diesem Rechenschaftsbericht wieder auftaucht. Auf Seite 1 dieses Rechenschaftsberichtes wird der Wilster-Aufruf zitiert daß wir praktisch für die Erfüllung der Forderungen kämpfen wollen und dann wird im nächsten Satz die Sache völlig umgebogen daß der Bundeskongreß angeblich nur noch die Beseitigung des Demonstrationsverbotes zum Ziel gehabt hätte. Das ist eine glatte Lüge, aber im Arbeiterkampf hat es auch schon so gestanden "Zitat: das für die Bewegung in Brokdorf nichts zu holen ist, außer das sich dort die Polizeikräfte massieren werden und das das reicht." Ich bitte, euch, jeder, der an dieser Aktion teilgenommen hat, der an den Landes- und Bundeskonferenzen und an den Diskussionen der BIs teilgenommen hat, weiß daß das nicht stimmt, sondern daß die Leute sich in Bewegung gesetzt haben, um diese Baustelle zu räumen. Es ist tatsächlich so gewesen, - Zwischenrufe - es ist tatsächlich so gewesen, daß sich diese Leute, dazu zähle ich besonders Vertreter des KB-Nord und die Vertreter der Gruppe "Rote Fahne" scheinheilig in die Demonstrationsleitung eingeschlichen haben - Pfiffe, Buh-Rufe- weil die behauptet haben, auf dem Wilster-Aufruf zu stehen. Und das war von vornherein nicht der Fall. - Pfiffe, rhythmisches Klatschen mit "aufhören, aufhören" - Ich komm gleich zu Ende. Diese Position, die Demonstration am 19. 2. umzufunktionieren, die war vorher vom ZK der Gruppe "Rote Fahne" beschlossen worden und sie war vorher vom KB-Nord festgelegt worden. Das war aber nicht das Ziel der Demonstranten, der 40.000 Menschen, die in die Wilster Marsch gekommen sind. Deshalb ist es richtig, wenn im Rechenschaftsbericht steht, daß das Auftreten der Mehrheit der Demonstrationsleitung opportunistisch gewesen ist. Das kann man bestätigen und das ist das wesentliche - Pfiffe, Zwischenrufe -

Disk. Leitg. : Wir haben ohnehin eine Redezeitbeschränkung von 3 Min. die Sache ist gleich zu Ende.

Den letzten Satz will ich doch sagen. Zum Eingreifen des KBW. Dem KBW ist zum Vorwurf gemacht worden - Pfiffe, Zwischenrufe- Ja, wenn die Leute nicht immer stören würden. Ich komm jetzt zum Schluß. Dem KBW ist zum Vorwurf gemacht worden, daß er am Wilster Aufruf festgehalten hat. Darauf sind wir stolz - Gelächter -

Disk-Leitg. : Da oben ist noch ein Geschäftsordnungsantrag.

Ich habe den Eindruck, als wenn einige Leute die Wahrheit nicht abkönnnten (aus dem Plenum) Pfeifen.

Disk-Leitg. : Du hör mal, du bist im Moment nicht dran, da oben ist nämlich noch ein Geschäftsordnungsantrag. Jetzt da oben der linke. - Es versteht dich hier kein Mensch.

(Antrag nicht zu verstehen, -Pfiffe, Gelächter, Klatschen-)

Disk-Leitg. : Gut, vielleicht ist das ja ein Geschäftsordnungsantrag.

(der genaue Wortlaut ist nicht zu verstehen, der Antrag richtet sich dahin, daß jeder sein Rederecht wahrnehmen kann)

Disk-Leitg. : Jetzt macht mal bitte keine Zwiegespräche, es auch überhaupt nicht möglich, daß wir von hier aus dafür sorgen, daß oben niemand buht oder pfeift oder Beifall klatscht oder sonstwas. Das ist nicht möglich von hier. Da oben ist jetzt noch ein Geschäftsordnungsantrag. Ziehst du zurück? - Wunderbar. Es kommt also der nächste Redner jetzt dran. Ach immer noch einer. Bitte Ruhe, da oben gibt es noch einen.

(Antrag unverständlich. Ein Apell zur Ruhe)

Gut, seid ihr jetzt damit einverstanden, daß wir in der Rednerliste weitermachen.

Ich möchte gerne ein Zitat bringen aus dem Rundbrief des KB-Nord. Die Organisation war in dieser Demonstrationsleitung um direkt nachzuweisen daß diese Organisation bevor die Aktion in Brokdorf stattgefunden hat, schon vorher beschlossen hatte, den Bauplatz nicht zu besetzen. Zitat "hier ist ein Punkt erreicht, und das kommende Wochenende wird es mit aller Brutalität zeigen, wo die Bewegung der KKW-Gegner unserer Einschätzung nach nicht mehr in der Lage ist, in dieser Konfrontation mit dem staatlichen Gewaltapparat ihr erklärtes Ziel, nämlich den Bauplatz zu besetzen erreichen kann!" Damit war also schon von vornherein klar, daß dieser Bauplatz nicht angegriffen wird und es ist auch klar das es sich in diesem Rechenschaftsbericht widerspiegelt, was schon von Fritz Storim ausgeführt worden ist. Ich meine, daß diese Einschätzung deshalb zustande gekommen ist, weil diese Organisation mit der Gruppe "Rote Fahne" die eben in dieser Demonstrationsleitung drin war, ^{nicht} davon ausging, daß die Arbeiter und Volksmassen gegenüber diesem (Gelächter) das sie das Energieprogramm bekämpfen müssen, weil das Energieprogramm a. die Arbeitshetze in den Betrieben verstärkt und dadurch die Rationalisierung weiter forciert wird - Pfiffe, Gelächter- hört mal zu ich bin der Bramfelder Initiative und bei uns ist ein Otto-Versand, das ist ein Betrieb. Beim Otto-Versand ist ein Beschluß gefaßt worden, die Kollegen haben beschlossen, gegenüber dem Energieprogramm am 1. Mai diese Forderung zu erheben. Warum haben sie es getan? Weil in diesem Betrieb werden jetzt neue Lesepistolen eingerichtet. Dazu braucht man Strom. Diese neue technische Einrichtung wird jetzt ausgeweitet auf den ganzen Betrieb. Die Otto-Kapitalisten brauchen diesen Strom, damit sie ihren Höchstprofit erreichen können. Das geht auf Kosten der Arbeiter. Deshalb sind diese Arbeiter aufgetreten am 1. Mai mit der Forderung "Kein AKW in Brokdorf und auch nicht anderswo" und "Weg mit dem Energieprogramm."

Disk-Leitg. : Kannst du jetzt bitte zum Schluß kommen. - Hör mal, kannst du jetzt zum Schluß kommen, deine Redezeit ist um.

Disk-Leitg. : Als nächstes ist der Karl dran, dann der Dietmar. Detlef

Ich möchte jetzt mal als Mitglied des Podiums eine Stellungnahme abgeben, wie das hier abläuft und zur Diskussion stellen.

Ich bin der Meinung, daß ist ein Bundeskongreß, der u. a. die Aufgabe hat, auf der Grundlage daß die Bewegung bundesweit und sehr vielfältig ist, genau diesen Charakter auch zum Ausdruck zu bringen. Und ich vermisse nämlich ganz genau die Tatsache, daß heute abend hier sämtliche Initiativen anwesend sind, daß das irgendwie zum Ausdruck kommt. D. h. also, ich appelliere wirklich daran, daß die Leute, die Interesse hier haben, dieser Aufgabe des Bundeskongresses gerecht zu werden, hier ihre eigenen Stellungnahmen und die Fragestellungen, die sie hier hineinbringen, daraufhin zu überprüfen, ob hier wirklich eine Diskussion läuft, die allen Initiativen, die hier heute abend anwesend sind, die Möglichkeit geben, sich in die Diskussion einzubringen und so wie die Diskussion im Augenblick läuft ist das meiner Ansicht nach nicht möglich. (Beifall) Wenn wir so fortfahren, wird der ganzen Bundeskongreß nicht ein Schritt sein, die Bewegung zu stärken, sondern wird sich gegen uns selbst wenden, weil wir nämlich nicht einen einzigen Schritt leisten können, wenn wir so weiter machen uns über die bestehenden Widersprüche die es gibt, zu verständigen. (Beifall)

Disk-Leitg. : Wir fordern noch mal alle künftigen Redner auf wirklich darauf zu achten, daß sie zu dem Papier, das hier vorgelegt worden ist von der Demonstrationsleitung unmittelbar Stellung nehmen und dort dran die Fragen entwickeln und nicht daneben diskutieren. Hier ein Geschäftsordnungsantrag.

Und zwar bin ich der Meinung, das das was der Siggie eben gesagt hat, also das wir versuchen sollten, die Diskussion so zu führen, daß tatsächlich die Rednerliste nochmal darauf überprüft wird, das tatsächlich Vertreter der BIs von den Diskussionen, die dort geführt worden sind, berichten. Weil vorhin auch gar nicht bekannt war, daß die Rednerliste eröffnet ist. Als das gesagt war, standen schon 38 oder 35 drauf und von daher ich der Meinung bin, daß man gerade Initiativen die Möglichkeit geben sollte, jetzt ihre Diskussion zu berichten, die bisher noch gar nichts ~~a~~ gesagt haben und das man das von daher nochmal überprüfen sollte. Das ist mein Antrag, weil das so gar nichts bringt für die Diskussion.

Disk-Leitg. : Ist das ein Antrag, diese Rednerliste ganz fallen zu lassen und eine neue zu eröffnen? - da sind Gegenreden. (aus dem Plenum)

Gut, das ist der Antrag, die Rednerliste auf Delegierte hin durchzugehen. Spricht jemand gegen diesen Antrag? - Also dein Antrag ist, die Rednerliste total zu vergessen und eine neue zu eröffnen? -- sag doch noch mal deinen Antrag - Also die Alternativen sind - jetzt bitte, vielleicht können wir das schneller durchziehen, wenn wir hier verhandeln können. Kannst du jetzt bitte nochmal deinen Antrag formulieren?

Heino: Ich bin der Meinung, daß wir versuchen sollten, die Rednerliste jetzt so zu machen, daß die BIs von ihren Diskussionen berichten. Ich bin dagegen, daß man jetzt sagt, nur Delegierte sollen sprechen, weil das ist so ein allgemeines Prinzip, was wir zu Beginn gesagt haben, daß jeder Rederecht hat, aber wir sollten dafür Sorgen, daß jetzt BIS von ihren Diskussionen berichten. Und das sollte man so durchgehen. Das haben wir auch auf anderem Bundeskongreß so gemacht, daß die Frankfurter berichten, die Braunschweiger, das Hannover berichtet was weiß ich. Das man das tatsächlich so gestaltet, das ist meiner Meinung nach die einzige Möglichkeit, wie wir hier einen Überblick bekommen können, darüber, was da diskutiert worden ist, auch wenn das jetzt vielleicht 2 Min, dauert, bis man so eine Liste zusammen hat.

Disk-Leitg. : d. h. also, eine neue Rednerliste zu eröffnen. - Gut. also hier ist der Antrag und der ist weitergehend, die Rednerliste völlig neu zu eröffnen, nach Delegierten eh, nicht nach Delegierten, sondern das Vertreter von den BIs hier sprechen, da oben gibt es noch einen GO-Antrag, da noch einen - ja Moment - Gegenrede gibt es dazu. Die Gegenrede

dazu ist gehalten worden, wir stimmen jetzt über diesen Antrag ab. - Das ist der weitestgehende Antrag, wir stimmen jetzt über diesen Antrag ab, damit wir mal zu Pötte kommen hier. Wer ist dafür, daß diese Rednerliste jetzt beschlossen wird, nicht nur beschlossen, sonder vergessen, weggelegt wird, und das eine neue Rednerliste mit Vertretern der BIs eröffnet wird. Den bitte ich um das Handzeichen. - Gut, Gegenprobe. Kann ich bitte nochmal die Ja-Stimmen sehen? Es wird noch gezählt. Gut, jetzt die Nein-Stimmen bitte. Es hat mittlerweile sich zur Mehrheit gewandelt, wartet noch ein bisschen, es wird noch gezählt. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Kannst du nochmal deinen Antrag formulieren? - Seid doch mal ein bisschen still, man kann hier vorne sein eigenes Wort nicht verstehen, geschweige denn die Anträge, deswegen verzögert sich das so.

Mein Antrag war folgender, daß die Rednerliste gelassen wird, daß aber für eine Stunde Delegierte von BIs vorgezogen werden damit sie zunächst mal zu Wort kommen. (aus dem Plenum)

Disk-Leitg. : Dazu ist eine Gegenrede vom Fritz.

Ich möchte dagegen sprechen. Ein sehr gutes Prinzip aller bisherigen Kongresse war, daß jeder sprechen durfte und jeder Anträge stellen durfte. Wenn jetzt so verfahren wird, daß jetzt zeitweise nur Delegierte sprechen dürfen und die Delegierten darüber entscheiden, dann ist in diesem Punkt der Willkür Tor und Tür geöffnet (Gelächter, Klatschen) Dann führt das zu guter Letzt dazu, daß die Delegierten zum Schluß nur noch in geschlossenen Räumen tagen.

Disk-Leitg. : Gut, damit ist die Gegenrede gemacht, wir stimmen über diesen Antrag ab. Wer ist für diesen Antrag, daß jetzt eine Stunde Delegierte vorgezogen werden? Gegenstimmen? Damit ist dieser Antrag angenommen.

Ich werde jetzt die Rednerliste durchgehen, und werde fragen, inwieweit die einzelnen Redner, die sich hier gemeldet haben, als Delegierte von BIs zu dieser Diskussion Stellung nehmen wollen. Gut ich mach dann die nächsten 5 jeweils. Da ist der Karl, der steht neben mir von? Quickborn - das ist der Delegierte von Quickborn. Dann kommt Dietmar - bleibt es dabei? Gut. Detlef - auch klar, Achim - gut. Also es sieht so aus, als würde sich an der Rednerliste kaum was ändern. Jetzt bitte laßt uns inhaltlich weitermachen. Jetzt ist der Karl dran.

Karl: Also ich wollte noch mal was zu diesem Bericht der Demonstrationsleitung sagen. Und zwar steht hier, die Demo-Leitg. hält es für opportunistisch, daß innerhalb des Sprechergremiums und der Vertrauensleute die verschiedenen Möglichkeiten der Demonstration vollständig offen gehalten wurden und vor Ort entschieden werden sollten. Ich meine, das stimmt so nicht. Es sieht so aus, in Wilster war beschlossen worden, den Bauplatz wieder zur Wiese zu machen und am Bauplatz eine Kundgebung stattfinden zu lassen. Auf dem Vertrauensleute-treffen am Dienstag vor der Demonstration in HH war es so, daß die verschiedenen Gruppen gefragt worden sind, wie sie den 19. 2. vorbereiten. Da hat sich am heldenhaftesten der KB-Nord hervor getan, der also nichts anderes zu sagen wußte, als das er dort den Rücken schützen will und den auch vorbereitet. Das war alles was er gesagt hat und ich meine, daß ~~ka~~ dann auch der Bericht der Demo-Leitg. nicht stimmt, wenn hier steht, es sollte so alles vor Ort entschieden werden. Das war gar nicht der Fall daß man in Brokdorf zurückgeht, war schon eine Woche vorher klar. Ebenso war es ja bei der Gruppe "Rote Fahne", von der KPD, die also schon in einem Flugblatt eine Woche vor der Demo bekanntgab, daß das ZK den Beschluß gefaßt hatte, das man also wegen der starken Polizeikräfte den Bauplatz nicht besetzen kann. Das war alles also schon eine Woche vorher klar, bevor überhaupt vor Ort etwas entschieden werden konnte. Und ich mein das daher auch dieser Demonstrationsbericht nicht richtig ist und das diese Gruppen schon vorher geplant haben, dort eine Niederlage herbeizuführen (Pfiffe, Gelächter, Zwischenrufe) Und das es von vornherein klar war, daß die Demonstration dort in Neufeld auf der Wiese enden wird. Und zwar deshalb,

weil diese Gruppen nicht davon ausgehen, daß die Arbeiter und Bauern in der Lage sind, zusammen mit den Studenten (Tumulte, Protestrufe, Pfliffe) den Bauplatz wieder zur Wiese zu machen. (weitere Zwischenrufe und Pfliffe)

Disk-Leitg.: Hör mal. Wir müssen nochmal diejenigen Redner, die auf der Rednerliste stehen, ~~das~~ auffordern, die Diskussionsstandpunkte ihrer Gruppen widerzugeben und nicht ihre persönliche Meinung darzustellen. (Beifall) Dietmar.

Ist das von allen verstanden worden, daß die Redner wirklich aufgefordert werden, hier über die Diskussion in ihren BIs zu berichten und nicht ihre eigenen Standpunkte darzustellen? Da oben ist ein GO-Antrag, wir ziehen ihn kurz vor. Moment bitte, sonst ist das nicht zu verstehen.

Ich möchte mich dagegen verwehren, daß hier Unwahrheiten verbreitet werden (aus dem Plenum)

Disk-Leitg.: Gut. Da ist noch ein Antrag.

Die Diskussionsleitung soll die Frage beantworten, wie die Delegierten den Stand der Diskussion in den BIs darstellen sollen, wenn der Bericht der Demo-Leitung nicht vorgelegen hat. (Gelächter)

Disk-Leitung: Hör mal, pass mal auf. Das ist kein Antrag zur Geschäftsordnung, das ist eine inhaltliche Frage im übrigen ist klar die Demonstration ist lange her, auch wenn der Bericht nicht vorlag, konnte man sich in den BIs ein Meinungsbild verschaffen über die Ergebnisse von Brokdorf. (Beifall)

Wir sind fest entschlossen, die Rednerliste jetzt erst mal weiterzumachen.

Ich darf mich kurz vorstellen, ich komme aus Nordenhamm. Unsere BI heißt Umweltschutz an der Unterweser. Ich bin außerdem auch noch Mitglied eines Gesangsvereins. Ich möchte hier zu dem Stellung nehmen, was vorgetragen worden ist. Im Zusammenhang mit der Demo in Brokdorf am 19. 2., als gleichzeitig die Demo in Itzehoe lief, das was hier als Spaltung angesprochen wurde und auch ja in der Tat eine Spaltung, eine Teilung, eine Trennung der Bewegung dargestellt hat. Ihr werdet nicht anderes erwarten, daß nicht alle anwesenden hier die bisher vorgetragenen Punkte der Einschätzung teilen können. Zumindest diejenigen nicht der Anwesenden, die sich selbst seinerzeit für ihr Erscheinen in Itzehoe entschieden haben, von denen werdet ihr nicht erwarten, daß sie dafür nicht auch ihre Gründe hatten, wie ich allerdings eingestehe, daß ich auch eure Gründe als Gründe akzeptiere, und ich denke nicht daran, irgendjemandem hier abzusprechen, daß der ein ehrlicher Atomkraftwerksgegener sei. (Zwischenrufe) Ich sagte schon, ich komme aus Nordenhamm, Nordenhamm ist eine Kleinstadt. Wenn diese Stadt trotzdem einen Namen hat, der über die Grenzen der engeren Umgebung hinaus bekannt ist dann liegt das an der Preussag mit ihrer Bleiproduktion --- Disk-Leitg.: hör mal, ich bin aufgefordert worden, dir zu sagen, du mögest hier über die Diskussion in deiner BI zu berichten, zu diesem Punkt und nicht darüber, wie Nordenhamm in der Welt dasteht (Gelächter, Beifall) (Zwischenrufe - der ist von Anfang an angemacht worden, weil es einer von der DKP ist -)

Darf ich weitermachen. Ich meine, jede Kritik ist berechtigt, aber sie muß ja auch an irgendwas festgemacht werden, und wenn ihr meint ihr wollt meinen Beitrag kritisieren, dann laßt ihn mich doch auch erst mal bringen. Wenn ich von meiner Stadt k spreche, dann weil ich aus dieser Stadt komme. Ich bin nicht als Mitglied einer Partei auf die Welt gekommen. Ich bin Bürger in diesem Land und wenn mich im Umweltschutz betätige, dann hat das seine Ursache vor allem darin, daß ich aus einer Stadt komme, die unter Umweltverschmutzung in einem (Zwischenrufe)

Disk-Leitg.: Hör mal, deine Redezeit ist jetzt zu Ende. (Zwischenruf- abbrechen-) Also vorher haben wir abgestimmt über die Redezeit, was denn nun? Deine Redezeit ist jetzt offiziell zu Ende. (Zwischenrufe, Pfliffe, Aufhören)

(Zwischenruf - da kommt der erste Bürger und willst Redezeitbegrenzung)

Disk-Leitg. : Also ob das jetzt der erste Bürger ist oder nicht, das ist gar nicht die Frage hier (Zwischenruf - ausreden lassen -)

Verehrte Anwesende ich bin nicht bereit, Stellung zu nehmen, die Aufgaben z. B. des Parteivorstandes der DKP zu übernehmen, wenn ihr die hören wollt, müßt ihr ihn einladen. Vielleicht kommt er ja. Ich bin hier Sprecher einer BI, die hierher erschienen ist, die eine Einladung erhalten hat, delegiert wurde, und ich bin dieser Aufforderung gefolgt. Wenn ihr das hören wollt, was wir bei uns machen, dann bin ich bereit, euch das vorzutragen. Darüberhinaus kann ich natürlich nichts dazu, wenn die 3 Min. versabbert worden sind, tut mir das leid. Ich bin bereit aufzuhören. Ich bin auch bereit, weiterzureden. (Zwischenrufe)

Disk-Leitg. : Moment, hier ist der Antrag gestellt worden, daß er einen Nachschlag von 3 Min. kriegt. Gegenrede? Wer ist dafür, daß er Redezeitverlängerung von 3 Min. kriegt, wer ist dagegen? Die Minderheit, also darf er weitermachen.

Dankeschön. Ich will auch versuchen, mich sehr kurz zu fassen. Ich ~~sprech~~ sprach von den Bleikühen, um deutlich zu machen, daß wir Erfahrungen kennen in unserer BI, die nicht erst im Kampf um AKWs, oder besser im Kampf um die Verhinderung dieser Werke, gesammelt wurden, sondern schon vorher. Wir leben tatsächlich in unserer Stadt mit dem Problem der Bleiherstellung (Zwischenrufe - aufhören -) seit 50 Jahren. Und wir haben die Erfahrung gemacht, daß ~~an~~ auch in diesem Jahr das Viehsterben in unserer Stadt weitergeht, weil es nach wie vor gelingt, die Arbeiter und Bauern gegeneinander auszuspielen. Das es nicht zu einem einheitlichen Handeln kommt, daß die einen vorschieben können, das man den Bauern vorwirft, wollt ihr den Arbeitern 1.000 Arbeitsplätze wegnehmen (Pfiiffe) das man den Arbeitern vorwirft, sie würden die Menschen in der Umgebung praktisch mit auf dem Gewissen haben, wegen ihrer Arbeitsplätze. Dieses Auseinanderdividieren ist das eigentliche Problem, die eigentliche Schwächung unserer Bewegung. Wir haben die Erfahrung gemacht, durchsetzen können wir uns nur, wenn wir die Mitarbeit breiter Kreise der Bevölkerung gewinnen können. Und dabei kann es nicht darum gehen, daß nur die Vertreter einer besonders reinen Lehre, besonders aufrichtige und überaufrichtige oder ähnliches Umweltschützer sich einsetzen dürfen dafür, daß der Kampf um eine saubere Umwelt geführt wird. Der gegner, mit dem wir es zu tun haben, ist so stark, verfügt über so große Mittel, daß wir alle Kräfte zusammennehmen müssen, die auf unserer Seite bereit sind mitzumachen. Wir müssen alles tun, um eine breite Bewegung zu schaffen, und wir müssen alles lassen, was geeignet ist diese Breite zu behindern. (Zwischenrufe) Aus diesem Grunde haben wir uns in Nordenhamm entschlossen nach Itzehoe zu gehen und nicht nach Brokdorf, weil wir eingeschätzt haben, das mag ja von euch anders beurteilt werden, nicht das der Kampf gegen AKWs unwichtig ist, sondern daß wir ihn nur gewinnen können wenn wir mehr werden als wir jetzt sind. D. h. es ist nicht nur die Frage, welche Aktion wir machen, sondern auch wie diese Aktion in der Öffentlichkeit wirkt. Ob es ein Schuß nach vorne oder nach hinten wird. (Zwischenrufe) Wir dürfen nicht selbst Vorwände schaffen

Disk-Leitg. : hör mal, deine Redezeit ist jetzt zum zweiten Mal abgelaufen. (Beifall) der Detlef.

Ich komme aus Lüneburg und zu der vorgelegten ~~nach~~ ^{nicht} Sache von der Demo-Leitung muß ich sagen, daß man sich in Lüneburg erst in der ~~letzten~~ ^{letzten} Woche entschieden hat, auch nach Brokdorf zu gehen, auch in der letzten Woche wurde noch versucht, von Leuten, die nach Itzehoe wollten diese Sache zu unterbinden, daß man nach Brokdorf geht. Aus diesen Personen, die sich entschlossen hatten, nach Itzehoe zu gehen, hat sich inzwischen ein eigener Verein gebildet. Aber die Auseinandersetzung von uns ist eben geführt worden nicht unter der Stoßrichtung, wir müssen eine breite Einheit haben, wir müssen den entschiedenen Zusammenschluß in Brokdorf demonstrieren, daß wir gegen Spaltung und Pressehetze sind,

und gegen Verfälschung unserer Ziele d.h. das letzte, das war, weshalb wir nach Brokdorf gefahren sind, wegen Verfälschung unserer Ziele entsprechend nämlich der Antwort der BUU auf die Leute, die nach Itzehoe gehen wollten, wo nämlich wörtlich drinsteht, wir müssen zum Bauplatz gehen, um damit zu zeigen, daß wir unsere Forderungen selbst verwirklichen wollen. (Beifall) Und das selbst verwirklichen ist keine Sache der Gedanken, sondern eine Sache der Hände. (Beifall) In Lüneburg war es so, daß eine gesamte Belegschaft eines Kinderheims entlassen wurde. Sämtliche Entlassenen haben in einer Resolution zu der Auseinandersetzung Brokdorf oder Itzehoe, verabschiedet, daß man nach Brokdorf gehen soll, um dort den Bau weiter zu verhindern. Das ein Krankenpflegeschüler in der Abteilung im Krankenhaus, in der er zu der Zeit war, mit Ausnahme von drei Leuten aus dieser Abteilung - auf Zwischenruf: - eh ihr wolltet doch hören, was da passiert ist, ja das ist in dieser BI passiert. Ich bin drin. derjenige war auch drin. Hat also eine Resolution hineingebracht in diese Auseinandersetzung wo alle Leute dieser Abteilung mit Ausnahme von drei sich dafür ausgesprochen haben, daß die Lüneburger Initiative nach Brokdorf mobilisieren soll, das bis auf diejenigen, die gerade Dienst hatten, sie auch gesagt haben, daß sie da mit hinkommen, vorher haben noch 2 Baurbeiter 70, -- DM gespendet, die selber nicht mit hinkommen konnten. Das war so, daß wir in dieser Auseinandersetzung über 80 Leute von Lüneburg mit nach Brokdorf hinkommen haben, mit dem Ziel, dort in Brokdorf praktisch den Bau zu verhindern (Beifall) und nicht mit dem Ziel, mal zu zeigen das man sich das Demonstrationsrecht nicht nehmen läßt. (Zwischenruf) (Zwischenruf: Das war eine kleine Minderheit in der Lüneburger BI, das ist eindeutig erwiesen)

Mathias Fünzel, es gab weiterhin eine Auseinandersetzung zwischen den Itzehoe-Fahrern und den Brokdorf-Fahrern, wo es auch der Fall war, das ähnlich wie hier plötzlich diese Itzehoe-Fahrer auf die Idee kamen, daß nur noch die alten Leuten, die ganz lange in der BI waren abstimmen dürfen, die neuen noch nicht, denn die hätten noch nicht die Erfahrungen usw. und damit verhindern werden sollte, das ein Flugblatt rauskam, was aufgrund dieses Modus auch herauskam, wobei ein groß Teil weggegangen ist, der Vertreter des KB-Nord mit ihnen aber noch weiter gekunkelt hat, ob man denn, wenn man das Flugblatt einstampft, zumindest noch die Kosten trägt. Das war die Mobilisierung des KB-Nords in Lüneburg für Brokdorf. Es war weiterhin so, daß wir noch Flugblätter der BUU besorgt haben, die wir dann verteilt haben auf eine Veranstaltung hin, und das auch erst nach einer halben Stunde

Disk-Leitg.: Kommst du zum Ende?

Ja ihr wolltet doch die Berichte aus den Orten haben Liebe Leute. Scheint ja einigen nicht zu passen, was hier passiert ist, aber das sind Fakten, über die läßt sich nicht diskutieren. Ja wenn ihr die Berichte vom Ort haben wollt dann könnt ihr euch nicht auf 3 Min. beschränken, dann müßt ihr euch anhören, was hier alles passiert ist.

Weiter meine ich, daß man nicht nur deswegen, weil hier in diesem Bericht Ziele der Demonstration verfälscht wurden, was sich an den Dokumenten belegen läßt, es ablehnen muß, sondern weil außerdem die falsche Linie drin ist, (Zwischenrufe) Paß auf, wir hatten es doch wohl so 1. die Berichte und 2. sollten wir doch die Resolution hier diskutieren, denn hier ist ein Antrag auf Abstimmung gestellt worden und es ist doch wohl so, daß auch die BIs dazu was sagen können und gesagt werden muß wenn wir hier zur Meinungsbildung kommen wollen. Und dazu müssen wir neben den Berichten aus den Orten aber auch die Stellungen zu der Resolution hören.

Disk-Leitg.: hör mal, die anderen wollen auch was sagen, deine Redezeit ist jetzt zu Ende. wirklich.

Jetzt ist der Achim dran.

Ach Moment, da oben ist ein Geschäftsordnungsantrag. - Gut, den Geschäftsordnungsantrag werden wir gleich behandeln. Da ist noch einer -

aus dem Plenum: Es ist unmöglich, daß Leute sich als Vertreter von Bürgerinitiativen hinstellen und sich dann herausstellt, daß sie die Meinung und die Politik des KBW vertreten. Ich bin der Meinung, daß man den BIs die Gelegenheit geben sollte, diese Sachen auch noch mal richtig zu stellen. (Beifall)

Disk-Leitung. : Moment, du das ist kein Geschäftsordnungsantrag (Tumult, Rufo,)
Moment, ich hab jetzt nicht zugehört. Moment bitte. Also wer haben hier zwei Geschäfts-
ordnungsanträge, der erste ist Erweiterung der Redezeit bzw. Zurücknahme dieses 3 Min.
Beschlusses, spricht jemand da dagegen, da oben spricht einer dagegen, hier auch, formal,
stimmen wir darüber ab. Wer ist dagegen? Wer ist für diesen Antrag? Die Mehrheit ist
für weiteraufrechterhalten des Beschlusses der 3 Min. Moment, moment, jetzt erst der an-
dere Antrag, das die anderen Lüneburger hier jetzt darauf erwidern dürfen. Wer ist dafür?
Wer ist dagegen? Das ist die Minderheit, gut, dann werden wir einen Lüneburger auch im
Rahmen der Redezeit mit dahinter ziehen. Kannst du dann bitte jemand von Lüneburg erst
reden lassen?

Es muß wirklich, ich will mich auch ganz kurz fassen. Es ist also eindeutig, das von Lüne-
burg ungefähr 100 Leute nach Brokdorf mit hingefahren waren und das eindeutig von der Lüne-
burger BI massiert wurde. Und das Eindeutig die Delegiertenwahl so ablief, das eindeutig eine
Mehrheit von Leuten die absolut gegen eine KBW Politik sind, sich leider aufgesplittert hatten,
und das eine Minderheit Stimmen für Detlef A. gegeben hatte, der jetzt hier dadurch vertreten
ist. So sieht das aus und vor allem war genau nach Brokdorf unmittelbar nach Brokdorf, in
den Bussen usw. waren es einzig und alleine KBWler, die versucht hatten dadurch Stimmung
gegen alle aufzuheizen, die da der Meinung waren, daß

--- Bandende -----

Diskussionsleiter: ... (unverständlich) nicht ständig immer hin und hergeworfen zu werden. Wir fahren in der Rednerliste weiter. Achim.

Achim: Ich bin Achim aus der Initiative Chemiekollegen gegen AKW's aus Hamburg. Ich wollte zu dem was sagen, was der Fritz ausgeführt hat.

- bisschen leise so - und zwar sagte Fritz, 'ne Abstimmung des Demoberichts bringe nichts, durch eine Abstimmung darüber, durch eine Auseinandersetzung darüber werde die Kritik schon im Keim erstickt, ich kann das keineswegs feststellen sondern ich stelle im Gegenteil fest, das gerade dadurch, das schon die KBW-Positionen zum zifsten Male hintereinander wiederholt werden und das ganze nämlich zu einer Chaotisierung des Bundeskongresses führen soll. (Beifall) Denn es ist von dir, Fritz, gesagt worden, in der Demoleitung waren Leute oder auch Menschen unter den Vertrauensleuten waren Menschen die eine Brokdorf-Demonstration organisiert haben, die bewußt die Menschen, die sie organisiert haben, in die Irre geführt haben und sie getäuscht haben, es wären Menschen, denen garnichts an der praktischen Verhinderung des Bauplatzes gelegen wäre. Woher nimmst du ~~WIKKAWK~~ dieses Recht? wenn du andererseits sagst, du beziehst dich in diese Selbstkritik ein? Wie kann man nach scheinheiliger sein, das sollst du mir mal vormachen. (Beifall) Dann ist von euch vorher aus der gleichen Ecke heraus verhindert worden (du dann emlede dich hier an, dann kannst du hier auch was sagen!) - das der Bericht von der Demonstrationsleitung hier überhaupt verlesen wurde, und die Fakten noch mal dargestellt werden. Ich will euch auch mal sagen, warum. Weil euch nämlich, obwohl ihr die ganze Aktion mitgetragen habt, daran gelegen hat, hinterher die entsprechenden Dolchstoßlegenden zu stricken, um auf der Grundlage nämlich das was ihr selber gemacht habt, praktisch am Abend vorher zu beraten, daß ihr eure Sachen zu Hause laßt, ander Leuten in die Schuhe schieben, nichts anderes ist das gewesen. (Beifall) Ihr tretet immerso militant auf und dann hör ich hier mit einmal Töne, in Brokdorf, na ja, da war ja so die vereinigte Linke versammelt, und auf der anderen Seite, das müßten wir jetzt mal sehen, als jetzt wird von euch argumentiert Brokdorf ist kein Erfolg gewesen, weil man nicht den Bauplatz besetzt hat, sonder mit einmal ist Brokdorf kein Erfolg mehr gewesen, weil dort die vereinigte Linke war. Mit dieser Argumentation begeben ihr euch in die direkte Nähe derjenigen, die nach Itzehoe aufgerufen haben. Und ich will jetzt nicht den Vertreter aus Nordenham (DKP'ler - Anmerkung des Tippers) persönlich treffen, aber der ja gesagt hat, aufgrund und vielleicht er selber bestimmt durch die ganze Hetze die vorher durch die bürgerliche Presse gelaufen ist, daß sie nach Itzehoe mobilisiert haben, weil sie sich gesagt haben, nach Itzehoe da gehen die Bürger und nach Brokdorf die Chaoten, genau in diese Nähe bewegst du dich jetzt hinein (Beifall)

Disk.-Leiter: Jetzt kommt erstens der Thies, ist das Delegierter? Wer ist das? Thies aus aus ~~Waldheim~~ Steilsheim oder weiß der Teufel - (Zwischenruf - Steilshoop) Thomas - verzichtet. Hopf - kein Delegierter. Jürgen - aus Kiel. (Zwischenruf: Hopfenmüller heißt der doch! Gelächter) Jürgen aus Kiel - kein Delegierter. Eddy - kein Delegierter. Strapmann - nee, ich mein den Jürgen aus Kiel, ganz genau. Strapmann - nicht da. Karl - aus Kiel. Bist du Delegierter, ja? - Moment, Zwischenbemerkung, roter VW-Bus aus Berlin hat Licht brennen lassen, und Heidi möchte mal bitte zum Info-Stand kommen um die Schlafplätze zu klären. Bitte Ruhe. Wirklich - sehr ungemütlich. Nach dem Karl kommt der Jürgen aus Neumünster. Dann die Evi, dann der Klaus, dann der Michel aus Oster..., Osterdings, können wir jetzt bitte weitermachen.

Karl aus Kiel (KBW - Anmerkung des Tippers) Ich meine, daß der Fritz hier Recht hat, wenn er gesagt hat, daß Teile der Demonstrationsleitung das Ziel aufgegeben haben, den Bauplatz zu besetzen. Ich meine, daß es nachgewiesen worden ist, daß diese Leute schon vorher erklärt haben, daß sie das Ziel nicht erreichen wollten. (Wird kurz durch Pfeifen und Händeklatschen unterbrochen) Das läßt sich hier auf dieser Versammlung auch nicht unterdrücken. Die Gruppe Rote Fahne und der KBNord haben das schriftlich dokumentiert. Bei uns - in Kiel - in der BI, hat ein Vertrauensmann (ständige Zwischenrufe, Karl muß sehr laut werden, um überhaupt durchzukommen) ein Bericht abgegeben, über den ...

Disk-Leiter: Es hat überhaupt kein Zweck, wenn jetzt jeder Redner, totge-

klatsch oder ausgebuht wird, wir müssen uns irgendwie darauf einigen, das durchzuführen oder einen anderen Vorgehensmodus finden.

And. Disk-Leiter: Also so kommen wir nicht ~~was~~ nicht weiter, was soll das? Also oben ist ein Antrag gestellt worden von jemandem aus Kiel, eh, der ebenfalls für Kiel sprechen will, weil gesagt wird, der Karl vertritt Kiel nicht mehr, die Mehrheit ist ausgetreten aus der BI, darüber können wir im Anschluß an den Redebeitrag von ihm dann abstimmen. Aber ich bin der Meinung, er ist jetzt in seinem Redebeitrag, wir lassen ihn jetzt sprechen, dann ist das nämlich nach 3 Minuten vorbei,

Karl: Der Kieler Vertrauensmann bei der Demonstration am 19.2. hat in Kiel einen Bericht abgegeben, der gebilligt worden ist, wo nachgewiesen worden ist, daß eindeutig eine Beratung in Neuenfels verhindert worden ist. dort steht genau drin, daß Hopfenmüller, auf die Frage, was zu tun ist, ihm gesagt hat, er solle seinen Leuten berichten, daß Eddy im Cafe sitzt. und nichts anderes. An einer Beratung war ihm nicht gelegen, denn ihr hattet vorher beschlossen, daß der Bauplatz nicht besetzt werden sollte, und wenn ihr jetzt sagt, Grohnde hats bewiesen - wo ist denn der Unterschied zwischen Grohnde und Brokdorf? (Zwischenrufe und Gepfeife) Der Lastwagen, der uns in Grohnde den Weg versperrt hat, der war noch größer als die Sandkästen in Brokdorf, da auf einmal gings, ihn wegzuräumen. Woran liegt denn das? Wenn die Leute, die in Brokdorf aufgetreten sind, gegen eine Bauplatzbesetzung (waren) und sie verhindert haben, in Grohnde plötzlich dafür eingetreten sind, denn doch nur, weil sie was wettmachen mussten, weil sie in Brokdorf verhindert haben, obwohl mans in Grohnde nicht nachholen kann. (Pffiffe) Das war doch nur der Versuch, den roten Lack wieder aufzupolieren und nichts anderes. Denn die politische Lage in Brokdorf war eindeutig reif, den Bauplatz zu besetzen.

- Disk-Leiter: Die Rednerzeit ist gleich zu Ende, was soll das denn, ihr verzögert den gesamten Ablauf (greift ein, aufgrund vieler Zwischenrufe und Gepfeife)

Disk-Leitung: Ich möchte jetzt mal kurz um eine Aufmerksamkeit bitten. Die Disk. Leitung hat jederzeit das Recht, in den Ablauf der Versammlung einzugreifen und das tun wir, in Zukunft häufiger, wenn das so weitergeht wie bisher. Es ist ein Fakt, daß hier politische Differenzen vorliegen, die keiner vertuschen kann, die sind schon aufgebrochen, nur Fakt ist zusätzlich, wenn tatsächlich die Disk. Redner nichts anderes vorbringen können, ~~hierum und da herum~~ als das sie es trotzdem geschafft haben, hier und da einen Mülleagen und sonstwas wegzuräumen, und das einen Erfolg für ihre Aktion auszugeben, statt für den Vorschlag der Demonstrationsleitung inhaltlich zu sprechen, statt zu dem Vorschlag der hier von der Demonstartionsleitung vorhin vorgelesen worden ist inhaltlich zu sprechen, dann hat die ganze weitere Versammlung irgendwo keinen Zweck. Ich möchte von daher eindringlich die Aufforderung an alle Redner stellen daß gilt für den KBW wie für alle anderen auch, hier eindeutig zu der Frage Erfolg oder Nichterfolg Stellung zu nehmen und die Einzelheiten wegzulassen, ich habe persönlich den Eindruck, daß hier versucht wird, eine politische Rechenschaft abzulegen von bestimmten Gruppierungen, die am 19.2. nicht erfüllt werden konnte, und das letztendlich nicht den Sinn, das hier auf der Versammlung zu machen.

Karl: Wenn ich zu dem Papier dem Demo-Leitung stellung ~~nahann~~ nehmen soll, dann bin ich der Meinung, das es nicht unser Ziel ist,

Disk-Leiter: Paß mal auf, du hast jetzt noch ne halbe Minute Redezeit.

Demonstrationsverbote zu durchbrechen, sondern Kernkraftwerke zu verhindern. Und um diese Ziele zu erreichen, müssen wir eine politische Einheit herstellen und müssen uns von Leuten trennen, die sich hier als Führer eingeschlichen haben und uns während der Demo verraten haben. Ich meine, das diese Demonstartionsleitung (Pffiffe u. Zwischenrufe) ganz offensichtlich daran gearbeitet hat, ihren Beschluß durchzusetzen, den Bauplatz nicht zu erreichen. Man muß ihr das Mißtrauen aussprechen und sie dürfen keine Funktionen mehr wahrnehmen. Das muß hier beschlossen werden.

Disk. Leiter.: Die Disk-Leitung unterbricht jetzt die Vernastaltung für 2 - 3 Minuten um noch mal zu beraten, wie wir hier mal bischen mehr Ruhe

rinkriegern können. und in der Diskussion vorwärtskommen können. Aber bitte ich fordere euch auf, bleibt bitte hier, weil es sonst zu ner Unterbrechung von einerhalben Stunde wird.

----- Stück fehlt -----

nach der Unterbrechung.....

Disk.Leiter: ...inhaltlich weiterzudiskutieren, und das falscheste wäre, jetzt hier die Diskussion irgendwie abzubrechen. Bezüglich des konkreten Vorgehen sind wir der Meinung, daß wir äußerst streb darauf achten werden, daß die einzelnen Redner tatsächlich über die Diskussion, wie sie in ihren BI nach Brokdorf gelaufen sind, berichten, und nicht, also wie das, ich nenn jetzt das Kind halt mal beim Namen jetzt konkret von verschiedenen KBW-Rednern der Fall gewesen ist, daß immer wieder dasselbe hier vorgebracht wird, was sättem bekannt ist, was keinem hier im Saal weiterhilft, was wir wissen müssen, das ist, wie läuft wirklich die Diskussion in den einzelnen BI, wir wollen auch wissen, wie läuft die Diskussion in den einzelnen Regionen und werden von daher unter Umständen auch Vertreter anderer Regionen vorziehen, das muß man konkret noch mal sehen, und wir werden wirklich strikt eingreifen, und die Rednerzeit einfach nicht zu Ende führen lassen, wenn unsere Anregungen in diesem Sinne nicht befolgt werden. Im übrigen ist es notwendig, daß, wenn wir hier die politische Diskussion weiterführen wollen, daß wir alle angesichts der fortgeschrittenen Zeit uns zusammenreißen und die Redner ausreden lassen, wie gesagt, die Disk-Leitung wird entsprechend eingreifen und dadurch werden wir noch die Möglichkeit habrn, viele verschiedene Stellungnahmen zu hören und die Rednerliste noch zum Tel fortzufahren. Also, nein, eh, es gab jetzt ne Reihe von GO-Anträgen, ich bin der Meinung, daß wir jetzt nicht wieder in die GO-Debatte einsteigen sollten, sondern, daß wir in der Rednerliste weitermachen., wenn jemand auf einen GO-Antrag besteht, gut, ... das ist keiner. Dann machen wir jetzt in der Rednerliste weiter. Jetzt kommt der Jürgen.

Zwischenruf: Ich bin der Meinung, daß alle, die da vorne rumstehen, verschwinden, ausser der Disk.Leitung. Damit die Disk. kontrolliert durchgeführt werden kann. (Beifall)

Disk-Leiter: Es gibt im Präsidium verschiedene unterschiedliche Positionen, natürlich, deswegen sagte ich, wir sind der Meinung daß die Lage kompliziert ist. Wir können jetzt aber auch nicht anfangen und jede einzelne Position lange hier noch mal darlegen.

And. Disk-Leitung: Ja, ich habe hier ne andere Position. Ich glaube, daß es ne Illusion ist, was er eben hier gesagt hat. Ich gehe nicht davon aus, daß hier nie politisch fruchtbare Disk. weitergeführt werden könnte, meiner Meinung nach war das vorn Arsch/ was hief heute abend. Und ich bin hierher gekommen, das haben wir auch am Anfang gesagt, mit dem Ziel, mit den Punkten wo Differenzen liegen, eine gemeinsame Basis für gleichberechtigte Zusammenarbeit finden, die die Meinung anderer BI nicht unterdrückt. Kontakte herstellen und sich gegenseitig besser kennen und einschätzen lernen, Info-Netz aufbauen und mehr Leute für die Praktische Mitarbeit gewinnen, das läuft hier nicht, das soll auch nicht laufen, ich habe deswegen keine Lust mehr hier weiter die Disk.Leitung zu machen, der Kollege Hopfmüller ist als Vertretung hier für mich gewählt worden, der kann das denn ja machen

Anderer Disk.Leiter: Bishang ist hier überhaupt kein anderer Vertreter gewählt worden, gläubich.

Zwischenrufen: Wer hat ihn denn gewählt?

Disk.Leitung: Es wird gesagt, das Hamburger Plenum, da kann ich jetzt nichts zu sagen, -- ich bitte jetzt um Ruhe, wir machen jetzt in der Rednerliste weiter. Und dann bitte ich die Leute hier sich hinzusetzen, es ist hier wirklich viel Platz, damit wir jetzt zu Potte kommen, es ist ein unheimliches Durcheinander, jeder spricht hier irgendwo rein und auf die Weise kommen wir nicht weiter. Ich lese noch mal die nächsten Redner vor und frage gleichzeitig, inwieweit sie Vertreter einer BI sind. Und aus welcher Region. Jürgen - Neumünster. Bist du. Evi - wo? Woher? Delegierter? Hamburg. Klaus - fünf. Delegierter? Deine Karte. Keine - gut. Ja Leute. Michel - Osterstraße. Okay - in der Redberliste weiter.

Jürgen, Neumünster: Die BI aus Neumünster hat zur Demo in Brokdorf am 19.2. aufgerufen, um die Forderung, kein KKW in Brokdorf, ~~KKW~~ sofortige Räumung des Bauplatzes - und - der Bauplatz muß zur Wiese werden, praktisch durchzusetzen. Die Disk. in der Vorbereitung ging um die Frage ob man trotz des Polizeiaugebotes den Bauplatz besetzen konnte. Um dieses Ziel zu erreichen haben wir die Mobilisierung in der Öffentlichkeit durchgeführt und uns für die Demo entsprechend ausgerüstet. Der Staat setzt zur Durchsetzung des Kernenergieprogramms auf nackte Gewalt, das Volk muß ebenfalls Gewalt anwenden um das Kernenergieprogramm zu Fall zu bringen. Diese Gewalt besteht im politischen Zusammenschluß des Volkes. Das Demoverbot der Landesregierung war ein Mittel den Bauplatz zu schützen. die Aufgabe der Bewegung ist es, den Bauplatz anzugreifen, die BI Neumünster hat nach der Demo vom 19. 2. festgestellt, daß die Verwirklichung unserer Forderungen durch den Ausgang der Demo vom 19.2. nicht vorangebracht haben. Das es deshalb als Niederlage einzuschätzen ist. Um diese Frage gibt es heute abend eine scharfe politische Auseinandersetzung - das ist für jeden offensichtlich, einige Leute reagieren mit Unwillen darauf, diese Auseinandersetzung muß aber geführt werden.

Disk.Leiter: Kannst du mal über die Disk. in eurer BI reden.

Jürgen: Ja, Mensch ich habe dir doch gerade eben den Beschluß gesagt, den wir dazu gefasst haben, was willst du denn mehr. Und ich gehe jetzt ~~weiter~~ weiter, die Grundlage für diesen Beschluß zu erläutern. Wir haben nämlich diesen Beschluß deshalb gefasst, weil die Bewegung gegen die KKW weitere Angriffe, weil tere Bauplatzbesetzungen durchführen muß, wenn sie das Kernenergieprogramm zu Fall bringen will. Diese weiteren Angriffe können wir nur durchführen, wenn wir Demos schaffen, auf denen eine Einheitliche politische Grundlage und der feste Wille, eben durch praktische Maßnahmen das Kernenergieprogramm zu Fall zu bringen, von vorn herein gesichert ist. Das ist auch die Schwierigkeit in der Vorbereitung neuer Demos, das ist z.b. auch der Grund, warum die Demo in Grohn de, die a durchaus militant geführt worden ist, nicht zum Erfolg geführt hat, weil nämlich dort dieser politische Zusammenschluß noch nicht weit genug war. In Brokdorf lag die Lage aber anders. Dort war der politische Zusammenschluß aufgrund von 2 Demos vorher schon ziemlich weit vorangetrieben, allerdings, wie das Ergebnis gezeigt hat,

Disk.Leiter: Deine Zeit läuft zu Ende noch nicht weit genug, Ich bitte, daß ich zu Ende reden darf, es handelt sich nämlich darum das ich auch noch einen Gegenantrag gegen den Rechenschaftsbericht der Demo-Leitung vorlegen werde. Dieser Gegenantrag hat den Vorteil, daß er ~~kurz~~ eben kurz 1. kurz und 2. richtig ist. (Gelächter) Die Anstrengung die diese Bewegung gegen das Energieprogramm in der Vorbereitung der Demo gemacht hat, haben mehr zum Ziel gehabt, als eine Verbotene Demo zwischen Heidezäunen und Kühen.

Disk.Leiter: Ist das dein Gegenantrag dazu?
nein, das ist noch nicht der Gegenantrag dazu.

Disk-Leiter: Dann komm doch jetzt bittenzum Antrag.
Die Hauptschuld an dieser Niederlage trägt die Demo-Leitung. Schon durch die langwierige und schleppende Anfahrt sowie durch die unnötigen Reden in Wilster ist viel Zeit vertan worden.

Disk.Leiter: Kannst du jetzt bitte mal zu deinem Antrag kommen, sonst ist jetzt Schluß mit deiner Redezeit.
Junge, das dauert ne halbe Minute. Das wirst du ertragen.

Disk.Leiter: Komm jetzt bitte zu deinem Antrag, den kannst du noch hier vortragen, da bin ich dafür. Deine Redezeit/ ist zuende und es gilt für dich genaudoasselbe wie für die anderen. Der KBW hat hier keine Extrawürste.
(Beifall)

Jürgen: Also es geht nicht darum, daß der KBW hier nen Antrga vorbringt, sonder daß hier der Delegierte der BI neumünster ~~nen~~ einen Antrag vorbringt.

Disk.Leiter: Wie dem auch sei, formulier jetzt den Antrag.
// ... du wirst es ertragen müssen, das ich noch ne halbe Minute lang die Grundlage erklär, auf der dieser Beschluß der BI Neumünster gefaßt worden ist

Disk.leiter: Könnt ihr mal bitte wieder das Mikro anstellen.
(Zwischenrufe: Antrag formulieren!)

Disk.leiter: Es gilt für dich nichts anderes als für die anderen Redner auch. Du stellst jetzt deinen Antrag.

Jürgen.: Gut, ich lese den Antrag vor. 3 Angriffe hat die Bewegung gegen das KKW Brokdorf geführt. Jedesmal ist die Bewegung gewachsen. Am 19.2. war die Lage reif für die Besetzung des Bauplatzes. Über 30.000 haben sich in Bewegung gesetzt, um praktisch die Forderung zu verwirklichen, kein

KKW in Brokdorf oder anderswo, Räumung des Bauplatzes. Das ist nicht gelungen, weil in Itzehoe eine Spaltungsveranstaltung organisiert wurde, und in der Führung der Demonstration nach Brokdorf sich Kraft durchgesetzt haben, die unter Umgehung des Beschlusses der Bundeskonferenz in Wilster und der Wilster Erklärung auf Rückzug drängten, weil sie von vornherein den Angriff auf die Baustelle nicht führen wollten. Die Bundeskonferenz verurteilt dieses Vorgehen und erklärt, daß es der Bewegung gegen Kernanlagen geschadet hat. Beschließt diesen Antrag und damit werden wir die Einheit voranbringen (Zwischenrufe und Gepfeife).

Disk.leiter: Gut wir bitten dich, diesen Antrag hier abzugeben, als nächster Redner ist die Evi dran.

Evi: Ich bin von der BI KKK Hoheluft in der BUU Hamburg. Ich meine, ich finde es hier ein bisschen verwunderlich und also auch traurig, daß hier so viele drankommen, obwohl nach dem 19.2. klar war, daß das ein großer Erfolg war. M (Beifall) ~~MIKAKKAKK~~ In den allermeisten BI gibt es Stellungnahmen dazu, daß ist der 19.2. so eingeschätzt worden. Ich erinnere an Hannover, an Bremen. Und ich finde es auch ein bisschen verwunderlich, wie sich in Hamburg von den Leuten, den sogenannten Unorganisierten um Fritz Storim und also auch andere verhalten haben, die vor dem 19.2., wo wir die Auseinandersetzung in Eimsbüttel geführt haben, gesagt haben, daß wird ein unheimlicher Erfolg, wenn da überhaupt Leute hinkommen, wenn wir das schaffen, eine illegale Demo durchzuführen. Dieselben Leute, die sich heute hinstellen und mit einer üblen Miesmacherei hier also begründen wollen, daß der 19.2. die Bewegung nicht entscheidend weitergeführt hat. Meines Erachtens hat der 19.2. zur Verbreiterung der Bewegung entscheidend beigetragen und diejenigen (Beifall) Und man kann auch ganz klar sagen, daß diejenigen, die den 19.2. als Erfolg einschätzen, auch diejenigen waren, die am 19.3. ~~MIKAKKAKK~~ in Grohnde militant vorgegangen sind und keine Sprüche geklopft haben. (Großer Beifall) Ja, Fritz, allerdings.

Disk.leitung: (Aufgrund des langanhaltenden Klatschens) Wir haben jetzt nicht so viel Zeit, laßt uns bitte in der Rednerliste weitermachen.

Disk.leitung: Wir haben gesehen, man kann auch kurz und knackig. Der nächste ist der Klaus. Bist du nun Delegierter oder keiner? Widerspricht jemand daß er Delegierter ist? Niemand. --- Der Antrag hat nie gelaute, daß nur 1 Stunde diskutiert wird (Auf Zwischenrufe) Wann denn. Ach so, von dir. Also die Stunde ist sowieso rum, es wird nicht mehr nach Delegierten, es gilt wieder das alte, der Antrag ist abgelaufen. Du bist jetzt dran, Wir machen weiter.

Klaus: Mein Name ist Klaus, ich bin Mitglied einer der HH autonomen Gruppen. Ich möchte hier nur zu 2 Punkten Stellung nehmen des Rechenschaftsberichtes ganz kurz und sagen wie das bei uns diskutiert wird und auch schon welche praktischen Konsequenzen wir daraus bei uns gezogen haben. Der eine Punkt ist, daß wir es für einen Fehler halten, daß wir bereits vor dem Bauplatz ~~entxxx~~ uns entschlossen hatten, die Materialien zu Hause zu lassen, weil das der Grund unserer Angst gewesen ist und die Ursache dafür, daß wir von zahlreichen Gruppen isoliert waren, kein Kommunikationssystem hatten und das wir dieses Kommunikationssystem jetzt versuchen zu verbessern und auch bundesweit auszuweiten und das hier auch einzusetzen. Wir haben gelernt daß die Argumente wie -Die Polizei ist sowieso übermächtig- oder -Die Bewegung muß erst breiter werden-, daß das Argumente sind, die immer wieder von den Abwiegern gebracht werden, die auch für Grohnde zugetroffen hätten

wo wir aber anders vorgegangen sind und diesen Punkt begriffen haben. Einen zweiten Punkt, den ich kritisieren möchte an dem Papier, ist der, daß gesagt worden ist, wir hätten uns zu wenig um die politische Auseinandersetzung gekümmert. Richtig vielmehr ist unserer Meinung nach, daß wir zu sehr in Gremien uns mit Leuten abgegeben haben, die zwar verbal gegen AKW und militär. aufgetreten sind in Wirklichkeit aber andere Sachen vorhaben, dadurch unsere Arbeitskraft erschöpft wurde und unsere Zeit gelähmt wurde. Deshalb haben wir uns in Hamburg zu einem Koordinationstreffen zusammgefunden, das wir die autonomen Gruppen nennen und in dem wir versuchen unsere Arbeit besser zu koordinieren. Auch solche Konferenzen wie diese hier beispielsweise halten wir angesichts der Besetzung offenbar und des Verlaufes nicht so sehr für geeignet und einige von uns haben deshalb auch die Konsequenz gezogen, und sind nach HH gefahren um die Leute, die das Curio-Haus bestzt halten, zu unterstützen.

Disk. Leiter: Wir wollten um halb 10 Schluß machen. Wir werden aber, ich bin der Meinung, daß wir den Nächsten Redner noch kurz drannehmen., daß wir dann spätestens um 5 vor halb hier über die beiden Anträge abstimmen, und dann noch für morgen die restlichen Fragen klären. Jetzt ist der Michel dran. ist nicht da. Heiß. Michel ist da.

Michael: Ich bin der Michael. Ich bin aus der Stadtteilgruppe Bimsbüttel/Osterstr. und ich wollt mal was dazu sagen, wie wir so überhaupt allgemein an solche Sachen rangehen, an solche Großkundgebungen. Es betrifft nicht nur den 19.2. Wir haben das bisher immer so gehalten, daß ~~xxxxxx~~ wir an solche Sachen so rangehen, wir beurteilen sie danach, ob sie uns in unserer praktischen Arbeit weitergebracht haben, das ist doch ein klarer Fall. Und wir können zur Aktion am 19.2. in Brokdorf sagen, daß ~~wirxx~~ sie unsere Arbeit im Stadtteil weitergebracht hat. Und daß sie unseren Zielen dienlich gewesen ist. Warum ist denn das Atomprogramm zusammengeknirscht worden von 50.000 auf 25.000? Ist das ein Zufall gewesen, Fritz, oder wie? das kann ich nicht verstehen., vielleicht erklärst Du das nachher noch mal. (Beifall) Fritz ist auf diese Frage mit keinem einzigen Wort eingegangen. Das einzige was Fritz hier gesagt hatte, waren alles Sprüche, aneinandergereiht und mehr ist das nicht gewesen. Da ist nicht ein Wort davon gewesen, was für einen großen Erfolg wir gehabt haben nach dem 19. im Stadtteil, wie wir unsere Arbeit dadurch weiterbringen konnten. Ja, ihr könnt nachher dazu was sagen, ist ja gut! Was man weiter dazu feststellen muß, ist, daß der Arbeitskreis Ökologie in dem Fritz mitarbeitet und in dem Fritz einer der Sprecher ist, daß dieser Arbeitskreis diese Stadtteilarbeit nämlich nicht betreibt, daß dieser Arbeitskreis nämlich nicht öffentlich tagt, und niemanden da rein läßt der Referenzen vorweist. Und daß überhaupt keinen Bezug mehr habt zu Realität im Stadtteil. So scheint mir das auszusehen. (Beifall).

Disk. Leiter: Ich habe hier einen GO-Antrag auf Schluß der Rednerliste und Abstimmung über die beiden Anträge, die hier vorliegen. Schluß der Debatte nicht Schluß der Rednerliste, sonst säßen wir morgen früh noch da. Ein Antrag auf Schluß der Debatte. Spricht jemand dagegen? Grobgeschätzt 40 (gemeint ist die Länge der Rednerliste) Hier ist eine Gegenrede. Jens.

Jens: Ich bin unbedingt für eine Gegenrede und zwar aus dem einen einzigen Grund, daß hier auf dieser Konferenz die wesentliche Aussage des Papiers daß die Scheidungslinie der ~~xxx-Bewegung~~ Anti-AKW-Bewegung sein muß zwischen Befürwortern und Gegnern und daß dieses sich auch ausdrückt, in den Fragen der Gegendemonstration in Itzehoe der Drahtzieher dieser Demonstration, vor allem der SPD und der DKP, daß diese Fragen überhaupt nicht angesprochen worden sind, und die Frage der Einheit von verschiedenen Kräften hier leichtfertig aufs Spiel gesetzt worden sind, sich gegenseitig Vorwürfe gemacht werden anstatt sich Klarheit darüber zu verschaffen auf welcher Grundlage die Einheit weiterbestehen bleiben kann und muß, und daß die Einheit bisher einzig und allein gefährdet worden ist durch die Spalter in Itzehoe und daß wir darüber Klarheit haben müssen, daß darüber weiter diskutiert werden muß, deshalb bin ich unbedingt dagegen, hier an dem Punkt die Debatte zu beschließen, ~~unx~~ wo die Auseinandersetzung bisher an völlig falschen Fronten geführt worden ist. (Beifall)

Disk-Leiter: Hier ist ein GO-Antrag gestellt, es gibt einen Gegenantrag dagegen und wir stimmen jetzt ab über die Frage, ob jetzt hier die Debatte beendet wird, ob wir weiter diskutieren, wie das aussieht. Ich möchte nur

noch darauf hinweisen, daß also sich die Möglichkeit bietet, das ganze noch auf morgen zu verlagern. Laß man jetzt einschätzen. Also wer ist für diesen Antrag? auf Schluß der Debatte? (Abstimmung) Wer ~~ist~~ ist dagegen? das ist die Minderheit.

Zwischenruf: Ich möchte nur eins dazu sagen, ich ~~morgen~~ möchte morgen auch noch über konkrete Aktionen diskutieren und hier nicht nur über Selbstverständnis und über Grundsatzfragen diskutieren. Von daher finde ich diesen Antrag falsch.

Die Sache ist jetzt erst mal gelaufen. Wir kommen jetzt über die Abstimmung der beiden Anträge. Gut. Der erste Antrag, der Antrag der Demo-Leitung. Gibt es noch weitere Anträge? Wir kommen jetzt zur Abstimmung... Hier kommt noch ein weiterer Antrag, da oben ist ein GO-Antrag. Jetzt bitte ich Euch, haltet doch noch dieses Stückchen durch. Ich versteh hier nicht mehr. Da oben wird noch ein dritter Antrag gestellt.

Antrag wird gestellt ist aber nicht verständlich. Geht dahin, daß die Demo-Leitung nicht entlastet werden soll.

Hier eine Rede zur GO bezüglich des Einbringens weiterer Anträge.

GO-Antrag (wer ist nicht klar: ~~fr~~, wahrscheinlich Heuler:)

Es ist jetzt eine Diskussion geführt worden, der hat ein Antrag zugrunde gelegen, in dieser Disk. sind aber wesentliche Fragen dieses Antrags aber überhaupt noch nicht diskutiert worden. Es geht aber auf keinen Fall an, jetzt am Ende der Disk. noch weitere Anträge einzubringen. Wenn sich das jetzt als notwendig erweist, dann zeigt sich ganz klar, daß die Disk. hier noch nicht über die entscheidenden Fragen geführt ist, und daß unbedingt diese Disk. fortgesetzt werden muß. Dann muß man noch mal erneut über diese Frage abstimmen. (Beifall)

Disk. Leiter: Im übrigen ist es auch üblich, daß es bei neuen Anträgen auch neue Disk. gibt. Es ist also jetzt der Antrag gestellt worden, erneut, in die Disk. einzusteigen, wenn neue Anträge vorliegen. Spricht jemand gegen diesen Antrag? Du, formal oder inhaltlich? Gut. Dann müssen wir ~~also~~ also erneut über diesen Antrag abstimmen, in die Disk. einzusteigen auf Grundlage der neuen Anträge. Moment. die Generede dazu hat es gegeben. Ich kann nur einen GO-Antrag nach dem Anderen behandeln. Also., es steht der GO-Antrag, ob wir erneut in die Disk. einsteigen auf Grundlage neuer Anträge. Hier ist noch ein vierter Antrag. Wer ist dafür & die Disk. erneut aufzunehmen. Den bitte ich um Handzeichen. Wer ist dagegen? Das ist die Mehrheit. Noch ein weiterer GO-Antrag. Also überlegt Euch jetzt bitte, ob ihr noch einen GO-Antrag nach dem andern stellt, ob das sinnvoll ist.

- ~~kleines Stück fehlt~~ -

BI Hameln: Ich möchte im Namen der Stadtteilgruppen der BI Hameln den Antrag stellen, über diese beiden Anträge nicht abzustimmen, da nach einer Disk. wie sie jetzt gelaufen ist, wir darin keinen Sinn sehen. (Beifall) Das könnte nur eine Kampf abstimmung geben und das ist wirklich nicht der Sinn dieser Debatte. Ich glaube, daß innerhalb dieser Debatte tatsächlich ein Meinungsbild dieser verschiedenen Strömungen gekommen ist, was zwar nicht widerspiegelt die wirklichen Probleme in den BIs aber das kann man .. (Beifall).. Dieses Manko ist durch eine Abstimmung darüber nicht zu ändern., und ich finde, wir sollte n die Diskussion abbrechen darüber ohne eine Abstimmung.

Disk. Leiter: Gut. Spricht jemand gegen diesen Antrag? Bitte Schön. Wenn die anderen ruhig sind, kannst Du auch von da reden.

Antrag: Ich möchte gegen diesen Antrag sprechen und zwar deshalb, ich finde es notwendig und sinnvoll, hier ein Meinungsbild herzustellen. Über den 19.2. ist bereits in den BIs diskutiert worden. Obwohl ich auch der Meinung bin, daß man sagt, die stellen hier ein Meinungsbild her, und in den BI wird diese Resolution dann nochmal diskutiert (unverständlich) aber ein Meinungsbild, das sollten wir uns auf keinen Fall nehmen lassen, das hier herzustellen. (Beifall)

Disk. Leiter: Also der GO-Antrag heißt, es soll jetzt abgestimmt werden über diese beiden Anträge. Wer ist dafür? Das nicht abgestimmt wird.

--- Wer ist dagegen. Das ist die Mehrheit. Also es wird abgestimmt.

Gut. Wir kommen zur Abstimmung über diese beiden Anträge. Ich habe jetzt hier keinen mehr vorliegen. Wir haben jetzt hier zwei Anträge vorliegen, es liegt kein weiterer Antrag hier vor. --- Ja, dann lasst mich doch auch abstimmen Leute, Chaoten. So, wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer ist für den Antrag der Demo-Leitung, diesen Absatz, war der 19.2. ein Erfolg und diese 7 Punkte anzunehmen und gleichzeitig diese Demo-Leitung zu entlasten. Wer ist für diesen Antrag? (Beifall) Die Gegenstimmen bitte. Das erste war eindeutig die Mehrheit. (langanhaltender Beifall) Moment, wir sind noch nicht fertig. Wer enthält sich der Stimme? Es ist der Antrag gestellt worden auf Auszählung, ich bitte also nochmals um die Ja-Stimmen für diesen Antrag. Ich bitte mal ein paar Leute zu zählen. (es wird ausgezählt) Also es sind ungefähr 125 Ja-Stimmen gewesen. Das heißt, wir sind noch nicht vereinheitlicht. Gut, die Gegenstimmen bitte. 25 Gegenstimmen - die Enthaltungen bitte. Das sind mehr geworden als vorher, nicht? 20. Enthaltungen. Gut, ist es notwendig, das wir jetzt auch noch über den anderen Antrag abstimmen? Ich glaub, die standen alternativ, die Sache ist klar, gut, damit ist dieser TOP, bzw. dieser Unterpunkt für heute abgeschlossen. Wir haben jetzt noch eine Reihe von Durchsagen und müssen noch mal sagen wie es morgen weitergeht.

Schluß des 1. Tages der Bundeskonferenz

2, Tag der Bundeskonferenz Beginn 9.55 Uhr

Kurzes Stück fehlt.....

Disk.-Leitung: ... wir wollen zum Beginn eine Resolutionserklärung unserer australischen Kollegen mal hören. (Beifall)

BI Umkirch: Okay, also ich bin von der BI Umkirch, und zwar liegt das unten bei Whyl und Fessenheim und wir haben Kontakt nach Australien und die Leute da drüben haben uns gebeten, daß wir hier die Sache, ihren Kampf da drüben hier einbringen sollen und eventuell auch eine Resolution verabschieden sollen. Und zwar ist das in Australien so, viele wissen ~~xxxx~~ sicher, daß da drüben keine KKW gebaut werden, aber, eben, da drüben gibt es wahnsinnig viel Uranerz, Bergwerke, und die sind auch nicht gerade unschädlich, und da ist jetzt eine ziemlich starke Bewegung drüben in Australien in Gange, das ist glaub die die stärkste Bewegung seit den Vietnam Protesten gegen den Vietnam-Krieg und jetzt haben uns also die Leute da drüben gebeten, daß wir doch hier eine Resolution verabschieden sollen, weil dadurch halt die KKW-Gegner da drüben einen gewissen ausländischen Druck haben um dann die Regierung und die Atom-Industrie da drüben ein bisschen zu drücken, und diese Resolution, die kann ich mal kurz vorlesen, die ist übrigens auch in der Konferenz-Mappe,

.... 6 (~~ResolutionxxxxxxxKernenergiexxxxxxxKonferenz-Mappe~~)

"In der letzten Zeit ist der Widerstand gegen die Kernenergie auch in Australien laut geworden, zwar gibt es in A. keine KKW aber der Uranerzabbau ist sehr weit verbreitet. Abgesehen davon, daß auch beim Uranerzabbau gefährliche Abfallprodukte freigesetzt werden, und die Arbeiter in einem unzumutbaren Maße gefährdet werden, ist das australische Uran die Grundlage für die friedliche und militärische Nutzung der Kernenergie. Der austr. Uranabbau und Export unterstützt somit den forcierten Ausbau der Kernenergie in der ganzen Welt, obwohl in der letzten Zeit immer deutlicher wird, daß viele Probleme der Kernenergie noch nicht einmal gelöst sind. z.B. das Problem des Atommüll. Die austr. Regierung muß sich ernsthaft fragen, ob sie das Leben und die Gesundheit der Weltbevölkerung hinter wirtschaftliche und politische Interessen stellen will. Wir fordern die australische Regierung auf, den Abbau und den Export von australischem Uran solange zu stoppen, bis alle Probleme der Kernenergie vollständig gelöst sind, und bis keine Gefährdung der jetzigen und zukünftigen Bevölkerung durch die Kernenergie mehr besteht. Wir erklären uns solidarisch mit dem Kampf der australischen Umweltschützer gegen die Kernenergie. Euer Kampf ist auch unser Kampf." .. Die Forderung die darin aufgestellt werden, die sind identisch mit den Forderungen der australischen Kernenergiegegner. Und ich stelle den Antrag, daß die verabschiedet wird. (Beifall)

Disk.Leter: Dann würde ich vorschlagen und fragen, ob hier Gegenstimmen zu dieser Resolution da sind. Dann bitte die Handheben. Ich sehe eine Gegenstimme. Wer ist dafür, das wir das hier verabschieden? Ich würde sagen, das sind nahezu alle. Na gut, Enthaltungen, . Sind noch mehr Resolutionen aus dem Ausland da? Dann würde ich sagen, dann nehmen wir dieses auch noch mit rein.

Antragsteller für Resolutionen: Bevor wir zu der Resolution kommen, wollte ich kurz einen Bericht darüber geben, was in Seabroke gelaufen ist. S., liegt in Newhampshire in den USA. Ich lese mal kurz vor:

"Wie schon Wochen zuvor bekannt gegeben worden ist, besetzten am 30. April über 1800 gewaltfreie Demonstranten den AKW-Bauplatz in S., New-Hampshire in den USA. (Beifall) Die Besetzer, die sich in kleinen Bezugsgruppen organisiert haben, und sich durch intensives Training in gewaltfreiem Handeln auf die Besetzung und Verhaftung vorbereitet haben, drängten aus vier Richtungen auf das riedige Gelände und trafen dabei kaum auf Polizei. Sie verlangten einen endgültigen Baustopp des AKW's. Zur Zeit liegt die Baustelle vorübergehend still, da die Baugenehmigung für die Kühlanlage angefochten wird, da es Samstag war und nicht gearbeitet wurde (Instandhaltungsarbeiten an der Baustelle sind noch erlaubt) bauten die Demonstranten ihr Lager auf Gelände, das außerhalb des Zaunes lag, der um ~~xxx~~ die Bauarbeiter gelegt war. (Ein einfacher Maschendrahtzaun) Am Tag zuvor hatten die Gerichte die einstweilige Verfügung gegen eine Demo auf dem Gelände der Public Service Company (PSC), das Elektrizitätsunternehmen, abgeändert. Jetzt war lediglich das Demonstrieren in dem umzäunten Teil des Geländes gerichtlich untersagt. Dabei hat die Polizei auch nicht gleich eingegriffen. Die Demonstranten bereiteten sich auf eine längerer Besetzung vor, und machten Pläne für eine eventuelle Besetzung des umzäunten Bauplatzes für den Fall, daß die PSC am Montag Arbeiter hinschicken würde. Aber soweit kam es nicht. Am Sonntag, dem 1. Mai, um 15.30, fing die Polizei an, die Besetzer zu verhaften. Die Demonstranten waren darauf gefaßt und ließen sich von den Polizisten abschleppen, Viele blieben auf dem Boden sitzen und mussten von der Polizei weggetragen werden. Die rund 300 Polizisten aus 5 Staaten (der Staat Massachussetts) weigerte sich, seine Polizisten dort einzusetzen (Beifall) hatten über 14 Stunden zu tun, bis sie die ca. 1600 Besetzer festgenommen, erkennungsdienstlich behandelt und in provisorische Gefängnisse abtransportiert hatten, Ca. 200 Besetzer sind der Polizei ohne verhaftet zu werden, entwichen. Die zahlenmäßig stark unterlegenen Polizisten haben sich während des Einsatzes sehr zurückgehalten. In der Nähe des Geländes fand am Sonntag eine Großkundgebung mit über 5000 Teilnehmern statt. Sie ermöglichte vielen, die nicht mitbesetzen wollten oder konnten wegen der hohen Wahrscheinlichkeit einer Verhaftung auch ihre Meinung gegen AKW zum Ausdruck zu bringen. An diesem Wochenende sind gleichzeitig in verschiedenen Städten Solidaritätsveranstaltungen durchgeführt worden. Die Verhafteten sind wegen unbefugten Betretens des privaten Baugeländes angeklagt. Die meisten müssen für ihre Freilassung 100 - 200 Dollar Kautions hinterlegen. Einige haben auch schon wegen Mißachtung des Gerichtsspruchs 15 - 20 Tage Gefängnisstrafe angeordnet bekommen. Die Demonstranten blieben solidarisch, und wollen alle in Haft bleiben, bis alle ohne Kautions freigelassen werden. (Beifall) Die (Clemshire Alliance)? Organisator der Aktion, haben jetzt einen Prozeß gegen den Staat angefangen und fordern, daß alle Besetzer ohne Kautions freigelassen werden. Die C.A. hat schon am 1.8.1976 mit 18 Leuten eine symbolische Besetzung desselben AKW-Bauplatzes durchgeführt. Drei Wochen danach haben sie es wieder mit 180 Leuten versucht. In beiden Fällen wurden sie innerhalb weniger Stunden verhaftet und wegen unbefugten Betretens und teilweise wegen Mißachtung des Gerichtes angeklagt. Für fast alle Demonstranten hat es Gerichtsverhandlungen und Gefängnisstrafen und/oder Bußgeld gegeben. Die Aktionen haben aber auch die Auswirkungen gehabt, daß der Kampf gegen AKW bekannter wird. Ziel der (C.A.)? ist es, immer größere Zahlen von Demonstranten zu gewinnen, jedesmal das 10-fache, bis entweder der Bauplatz ständig besetzt ist, oder die PSC das AKW aufgibt. Diesmal waren es über 1800, nächstesmal - wer weiß wieviel." Dazu noch einen kurzen Bericht aus FR vom letzten Montag (9.5.) Dort stand, daß der Gouverneur die Bevölkerung um Spenden gebeten hat, weil er nicht in der Lage ist, die Demonstranten weiterhin zu verpflegen, die alle in-

haftiert sind.

und jetzt kurz die Solidaritätsresolution: Brokdorf ist überall, auch in Seabroke. Wir sind mit euch solidarisch und fordern euch auf, euren gewaltfreien Widerstand fortzusetzen, denn eure Bewegung unterstützt uns und den internationalen Widerstand gegen Atomanlagen. Und dann Unterschrift .. soundsoviele westdeutsche BI gegen Atomanlagen vom 15.5. Ich stelle den Antrag, daß die Solidaritätsresolution abgestimmt wird.
Disk.Leiter.: Jetzt sind hier zwei Anträge zu TO, die GO-Anträge und auf der anderen Seite die Anträge zur Abstimmung. Willst du was dazu sagen. Dazu - dann sag das.

Zwischenruf: Der soll mal das Wort gewaltlos da rausstreichen (Beifall)

Disk-Leiter: Hier ist jetzt von dahinten der Zusatzabtrag gestellt, aus dem Resolutionstext den Begriff gewaltlos rauszustreichen.

Antragsteller: Warum? In der Resolution kommt doch nur zum Ausdruck, daß wir den Widerstand, den die dort führen in der Art unterstützen und das ist doch ein gewaltfreier Widerstand, deshalb brauch man das nicht zu sagen. Das heißt ja nicht, daß an anderen Orten anderer Widerstand möglich ist. Wird ja dabei nicht ausgeschlossen.

And.Redner: Ich meine, daß eine wichtige Grundlage dieser Bewegung des Kampfes gegen AKW ist, daß wir Platzbesetzungen gegen AKW für ein legitimes Mittel halten, und wie die Situation so ist, werden Platzbesetzungen kaum möglich sein, ohne nicht Gewalt z.B. gegen Sachen auszuüben. Es ist ein weiteres Prinzip keine Gewalt gegen Personen, aber Gewalt gegen Sachen mit als ein Mittel des Kampfes - laß mich das sagen hier - und von der Seite meine ich, so ist es zu verstehen, daß eine Stellungnahme dazu kommt, den Begriff gewaltfrei rauszustreichen.

Disk/Leiter: Okay, ich les die Resolution mal in veränderter Fassung vor.

Antragsteller: Ich les noch mal vor, damit ihr alle wißt wie das klingt. "Brokdorf ist überall auch in Seabroke. Wir sind mit euch solidarisch und fordern euch auf, euren Widerstand fortzusetzen. Denn eure Bewegung unterstützt uns und den internationalen Widerstand gegen Atomanlagen.

Das wars. (Beifall)

Disk-Leiter: Ich glaub, da brauchen wir kaum noch drüber abstimmen, das ist glaub ich eindeutig, wir können höchstens fragen, gibts da noch Gegenstimmen gegen diese Resolution. Keine Einzige. Gibts Enthaltungen? Doch, eine Gegenstimme und ... moment, wir können sagen einstimmig angenommen. Jetzt, ehe wir zu einer Erklärung der Disk.Leitung kommen, haben wir noch eine Erklärung über die Vorfälle die gestern in HH passiert sind in dem Curio-Haus. Ich bitte, daß das jetzt auch hierher eingebracht wird. Wer macht denn das?

Antragsteller (Curio-Haus): Ich habe also die Presseerklärung, die von 400-500 gestern verabschiedet wurde, die möchte ich mal kurz vorlesen. - Am Sonntag will der Faschist Rudel, höchstausgezeichneter Nazi-General, hier eine HH eine Provokation starten. Unter dem Motto: An's Ruder für Deutschland. Der Faschist Rudel, der in diesem Lande von einem SS-Kameradentreffen angereist war, der in Jugendlagern und der Bundeswehr sein ganzesrevanchistisches und chauvinistisches Gedankengut ungehindert zur Schau stellt ist heutzutage das Idol der Faschisten in der BRD. Auch der Faschist Frey, Herausgeber der Nationalzeitung ist der Organisator der morgigen Kundgebung, und gehört zum gleichen Kaliber. In seinem braunen Blatt verherrlicht er den Nazi-Terror und vertritt die militante und terroristische Faschistenbewegung. Besonders in Anbetracht der Tatsache davon, daß ~~vor~~ 1 Woche vorher der 32. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus gefeiert wurde und hierzu von seiten des Senats Überlegungen angestellt wurden, eine Anti-Repressionsveranstaltung zu verbieten, erhält diese Nazi-Kundgebung eine besondere Provokation. Eine bezeichnende Haltung hat die HH'er Justiz sich ~~geleistet~~. erst auf Proteste der HH'er Antifaschisten, z.b. hat der VVN eine Kundgebung in Harburg organisiert und da ist auch eine Demo gewesen, ~~sah~~ sah der Senat und die Justiz den öfftl. Frieden nicht sichergestellt. Um den antifaschistischen Widerstand zu verunsichern und zu zersplittern, gaben sie widersprüchliche Meldungen

heraus und zögerten eine endgültige Entscheidung bis zum jetzigen Augenblick hinaus. Wir sind nicht bereit, noch in allerletzter Minute zu hören, daß die Justiz den Faschisten doch wieder einen Raum zur Verfügung stellt. Wir haben gerade hier in HH die Erfahrung machen müssen, daß --- da bricht das jetzt ab. Jetzt habe ich hier die Forderungen, die sie verabschiedet haben. Und zwar haben sie in HH das Curio-Haus besetzt, das ist so (Beifall) das fing also an gestern morgen mit 200 Leuten, die mit Transparenten hingezogen sind und das dann besetzt haben und das hat sich dann auf 400 - 500 Leute aufgefüllt (Beifall) und die Forderungen der Besetzer sind folgende:

Verbot aller faschistischen Veranstaltungen in HH und anderswo! (Beifall)

Offenlegung aller Verhandlungen zwischen allen an der Vorbereitung dieser vernünftigen Personen und Organisationen, d.h. der Senat, denn die GEW, die über das Curio-Haus verfügt, und die konkreten Veranstalter.

Erscheinen eines Vertreters des Senats und Bekanntgabe des Verbots dieser Veranstaltung

Sofortige Bekanntgabe des Verbots in Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Wir wollen eine friedliche Besetzung und keine Auseinandersetzung mit der Polizei. (Beifall)

Dazu ist zu sagen, daß das Curio-Haus auch heute noch besetzt ist von ungefähr 700 Leuten. (Beifall)

Disk. Leiter: Jetzt haben wir noch eine Stellungnahme, kannst du die mal kurz äußern jetzt.

Zwischenruf: Es ist vergessen worden, daß Frey ein Kernenergie-Befürworter ist.

Disk. Leiter: Noch dazu,

Zwischenruf: Es ist bekannt geworden, daß der Senat den Faschisten die Friedrich-Ebert-Halle, bzw. das Verwaltungsgericht HH ~~xxxx~~ hat das gemacht, als Ausweichmöglichkeit zur zur Verfügung gestellt hat.

(Buh-Rufe, Pfiffe, "Besetzen!")

Disk. Leiter: Ich meine, daß die Zustimmung zu den Forderungen einstimmig war, oder gibts Gegenstimmen? Wenn das einstimmig ist, können wir vielleicht vorschlagen, den Besetzern in HH das als Stellungnahme oder Grußbotschaft des Bundeskongresses zukommen zu lassen heute. (Beifall) Zur Ergänzung scheint hier noch was neues zu kommen.

Beitrag einer Delegierten: Ich wollte dazu sagen, daß das keine Ergänzung ist, aber das ich es echt problematische finde, sich jetzt als Bundeskonferenz dazu zu äußern. Weil ich meine, mein, ich meine ich bin sehr dankbar über diesen Information und ich finde persönlich auch unheimlich duffe und ich würds persönlich auch unterstützen, ich weiß bloß nicht, ob es die Aufgabe ist, einer BK gegen Atomenergie sich jetzt (Pfiffe), nun hört doch mal bitte zu, ich meine, daß das also echt eine grundsätzliche Frage ist, weil wir ~~hbb~~ bei in der BI auch darüber diskutiert haben, zu was für Fragen die BI Stellung nehmen kann. Und ich mein wir sind also in der Diskussion noch nicht so weit gelangt aber hatte an und für sich schon festgehalten, daß es also nicht möglich ist, als BI tatsächlich zu allen allgemeinpolitischen Tagesfragen Stellung zu nehmen, und ich finde, daß wir also, bevor wir darüber abstimmen, aber auch gerade über so einen Punkt noch mal reden müssen. Persönlich betrifft einen so was natürlich, persönlich kann man sich da auch hinterstellen, glaub ich, aber es ist ja auch die Frage, wozu man dieses Instrument BK benutzt. Und wozu man es in Zukunft auch benutzen kann.

Disk. Leiter: Dann würde ich folgendes vorschlagen, um das jetzt hier nicht in Einzelheiten weiter ausdiskutieren zu müssen. Das wird TOP Grundlagen des Widerstandes sein, das wir sagen, aus aktuellem Anlaß die Delegierten der BI auf dem BK in Hannover unterstützen das. Dann kann hier jeder seine persönliche Meinung zu sagen, und kann das dann

hier einbringen. Aber ich würde sagen, daß wir jetzt darüber hier nicht weiter diskutieren. Jetzt steht hier die Forderung, ob darüber diskutiert werden soll oder nicht. Ich habe meine Meinung gesagt, und bitte jetzt das Plenum auch seine Meinung dazu zu sagen. Da stimmen wir darüber ab, wer ist dafür, daß Ist doch völlig klar, das es notwendig ist, sowas diskutieren müssen, aber wir müssen auch irgendwann mal Prioritäten setzen und sagen, wann diskutieren wir was. Wenn wir jetzt sagen, Laßt uns darüber abstimmen, soll jetzt an dieser Stelle noch darüber diskutiert werden oder lieber ein andermal. Ich bitte jetzt also ~~abzustimmen~~ weil es alle Anwesenden angeht, alle jetzt auch darüber abzustimmen. Wer ist dafür, daß jetzt darüber weiterdiskutiert wird? Bitte die Hand heben. ... Die Alternative dazu ist, daß dieser Punkt diskutiert werden muß an einem anderen TOP der in der TO unter 3 steht. Und dann können wir das reinbringen. Jetzt haben wir noch von der Disk. Leitung zum gestrigen Tag noch paar Anmerkungen zu machen. ... Ach so, ich habe die als angenommen angesehen, also gut, wer ist jetzt für diese Forderungen der Hausbesetzer in HH, da ist ein Antrag gestellt worden darüber abzustimmen und ich bitte jetzt zu fragen, wer ist dafür daß die Mitglieder des BK ~~in~~ in Hannover den also jetzt eine Solidaritäts erklärung schicken. Okay, die Forderung wird also.... gibt es Gegenstimmen? Dann möchte ich die doch jetzt auch noch mal haben. Also das ist mit überwältigender Mehrheit angenommen. Jetzt möchte ich gerne noch zu den paar Erklärungen kommen, die wir glauben, daß sie notwendig sind, einmal muß die Disk. Leitung selbstkritisch anmerken, daß gehört dazu ... es geht darum, das wir über die Frage kommen, wie es weitergehen soll. Erstens, sind organisatorische Fehler gemacht worden, nämlich z.B. daß während Referate gehalten wurden oder TOP begonnen wurden, bereits die Rednerliste eröffnet wurde, ohne daß es allen Delegierten der BI klar war, und auf diese Weise die BI nicht zu ihren vorbereiteten Stellungnahmen kamen.

Heute schlagen wir folgendes Verfahren vor, das die Rednerliste nach Abschluß von Referaten hier die Eröffnung angekündigt wird und die Rednerliste an der Tafel geführt wird, damit die von dem Plenum kontrolliert werden kann (Beifall)

Wir werten das als Zustimmung. Außerdem muß die Diskussionsleitung selbstkritisch anmerken, das es am zweiten Teil des Tages gestern nicht gelungen ist, die Diskussion auch inhaltlich zu strukturieren und zu steuern. Es ist der Diskussionsleitung nicht gelungen, den eigentlichen Tagesordnungspunkt, nämlich Diskussion über die Einschätzung der bisherigen Großaktion gestern im speziellen Fall Brokdorf eine inhaltliche Diskussion zu führen, Unsere Meinung dazu ist, das dies das Hauptproblem und der Hauptwiderspruch dieser Demonstration nicht der gewesen ist, daß eine Einschätzung einer politischen Gruppe gegen die Einschätzung der Demonstrationsleitung als selbsternannte Führer einer Bewegung als Widerspruch bestanden hat, sondern der Hauptwiderspruch, oder das, was hier politisch diskutiert werden muß, Die Frage ist, warum 30000 Leute nach Wilster gefahren sind, und von diesen 30 000 Leuten die absolute Mehrheit tatsächlich, und da hatte Fritz Störin recht, mit der Absicht dahin gefahren sind, nicht den Platz zu stürmen wer in Wilster war, weiß das, wer die Abstimmungen in den Plena der einzelnen BIs in Städten miterlebt hat, konkret hier in Hannover wars auch so, ist es einfach Tatsache, daß die Mehrheit der Leute, die dahingefahren sind nicht die Absicht hatten, eine Konfrontation mit der Polizei in Wilster zu machen. Das war die Grundlage, auf der die Mehrheit dahingefahren ist. Die Diskussion darüber hätte laufen müssen, warum hat dieses Bewußtsein vorgeherrscht und warum hat sich diese Grundlage durchgesetzt und das ist nicht passiert. Ich meine, daß wir erhofft hatten, und das es auch Ziel des Bundeskongresses gewesen ist, herauszufinden, wie die Diskussion in den BIs genau über diesen Punkt geführt worden ist und wen hier also die Einschätzungen jetzt sind, es könnte ja sein das die BIs nach dieser Demonstration

nstration über ihre Beschlüsse anders denken als vorher, und das wäre interessant gewesen zu hören und nicht, dies sektiererische Einstellung, die da von einer Gruppe vorgebracht worden ist. (Beifall) (Zwischenruf) Das war also, das ist die Geschichte, das also das organisatorisch Fehler der Diskussionsleitung plus inhaltliche Fehler die sie gemacht hat in der Steuerung der Diskussion dazu geführt haben, daß hier Stellungnahmen ständig wiederholt wurden, die hinlänglich bekannt waren und die in sich ~~diskutierbar~~ nicht diskutierbar sind. Von daher haben wir auch beschlossen, zu versuchen in der heutigen Diskussion stärker auch inhaltlich einzugreifen, stärker den Stellungnahmen der BIS aus den Regionen zu ihrer Arbeit Raum einzuräumen. Dazu soll jetzt auch dienen, diese Rednerliste an der Tafel, Jetzt besteht das Problem, wie verfahren wir mit der Tagesordnung weiter. Wir haben folgenden Vorschlag: wir hatten gestern die Erklärung der Demonstrationsleitung von Brokdorf mit überwiegender Mehrheit akzeptiert, Wir betrachten damit die Diskussion über Brokdorf als gestern abgeschlossen. Wir betrachten nicht die notwendige politische Auseinandersetzung über das, was da passiert ist und was in Zukunft laufen muß als abgeschlossen. Wir betrachten sie hier und heute für abgeschlossen. ~~xxx~~

Als zweiter Punkt, oder der Tagesordnungspunkt 2) steht jetzt der Punkt "Berichte aus den verschiedenen Regionen" und als Unterpunkt 3) "Berichterstattung über Kriminalisierung von AKW-Gegnern, Strafprozessen," da ist ein Referat der Ermittlungsausschüsse auf dem Programm. Wir wollten jetzt auf der anderen Seite so schnell wie möglich zu dem Tagesordnungspunkt kommen, wo es darum geht, welche Projekte und welche Interessenprobleme und Konflikte in den BIS bestehen und die hier diskutiert werden sollen. Wir haben jetzt den Vorschlag, entweder jetzt den Bericht der Ermittlungsausschüsse sofort hier entgegen zu nehmen, darüber zu diskutieren kurz und den Punkt "Berichte aus den verschiedenen Regionen" oder den Tagesordnungspunkt 3) zu packen, der überschrieben ist mit "Grundlagen unseres Widerstandes." Wir haben hier also bereits angekündigt bekommen, mehrere Berichte unter anderem ein z. B. aus Freiburg und wyl. Ich meine daß das also ziemlich interessant ist und auch ziemlich wichtig, daß wir den Leuten da zuhören und dazu Stellung nehmen. Es stünde jetzt also einmal zur Debatte oder noch mal zur Abstimmung, nix Abstimmung, daß gestern diese Tagesordnung mit Mehrheit angenommen worden ist, und wir gehen jetzt davon aus, daß diese Tagesordnung so weiter gefahren wird. Und daß der einzige Vorschlag zur Änderung der Tagesordnung von uns kommt ist zu fragen, ob der Bericht aus den verschiedenen Regionen jetzt nach den Bericht über die Ermittlungsausschüsse gestellt wird. ~~xxxxxxx~~ Es wird gesagt, das eine Debatte über die Frage der Kriminalisierung geführt werden muß. Ist die Frage, wieviel Zeit wir heute haben, bis 18 Uhr und was tatsächlich so die Probleme der BIS sind, ob das alles heute zu leisten ist. Da ist ein Geschäftsordnungsantrag:

Ja, ich würde vorschlagen das wir den Bericht aus der Region vorziehen, und zwar, daß das so strukturiert wird, daß man z. B. sagt, daß die Leute aus Freiburg, aus Nordrhein-Westfalen aus, ja was gibt es noch, also Bayern, Hessen, das die gerade die Vertreter, die von weit hierhergekommen sind und in dem Maße gerade gestern noch nicht so zu Wort gekommen sind., also hier Berichte über den Stand ihrer Arbeit und Schwierigkeiten bringen. Das das also von der Diskussionsleitung soweit aufgerufen wird und dann sagt einer aus Nordrhein-Westfalen, vielleicht können ja dann zwei, wenn da gegensätzliche Standpunkte dazu sind, aber auf jeden Fall, daß das so also in der Weise hier abgeht, daß man Informationen mitkriegt. (Beifall)

Disk.-Ltg.

Jetzt haben wir noch eine 2. Stellungnahme dazu. Ich hoffe das sie also ergänzend ist, und nicht also - scheiße - gegensätzlich (

Gleiche Rednerin

Nein ich finde man muß hier noch einmal kurz darüber diskutieren, -tut mir leid. Aber hier ist vorher aber - echt - also eine Provokation wieder von den Leuten gestartet worden, die gestern die ganze Zeit versucht haben, das zu chaotisieren. Ich finde, das kann man nicht übergehen. Also wenn hier von Seiten der Ekolokie - also Stimmkarten- ausgeteilt werden, ins Plenum geschmissen. Also - Ja natürlich hat doch der Lerium, gesehen, wie er die Ausgeteilt hat. (Leichtes Gelächter) Ich meine, daß kann man nicht umgehen und im Interesse (Zwischenrufe aus dem Plenum)(Ja, ja) Im Interesse der Durchführung eines sinnvollen Kogresses heute meine ich das man das jet.. (Rednerin ist nicht mehr zu hören. Wahrscheinlich Mikro abgestellt)

Disk.-Ltg.

Ich bitte jetzt hier also das nicht wieder einzuführen, daß noch 100.000 Leute an den Tisch rumstehen und hier uns dann vollreden. Dann verliert man die Übersicht. Die Frage mit den Stimmkarten, die Frage mit den Stimmkarten wollen wir jetzt kurz ansprechen. Gestern ist eindeutig abgestimmt worden über diese Frage und wir wis ... äh (Unruhe im Plenum). Es ist abgestimmt worden von den Delegierten und das war auch ganz korrekt. Und jetzt wird~~xx~~ dann hinterhergegangen und werden neue Stimmkarten ausgegeben. Wir gehen hier davon aus, daß an dem gestrigen Beschluß die Mehrheit nichts ändern will und dann behalten wir den bei und wieviel ich gehört habe sind dann eben die nächsten Abstimmungskarten in der blauen Farbe. (Leichter Beifall) Ja - ich mein darüber können wir abstimmen lassen, aber wir haben gestern (Unruhe im Plenum)Also es wird hier gesagt, also ähm - es ist eine Hektik hier entstanden, daß wir 2, 3 Stellungnahmen dazu zulassen, aber ich sehe nicht ein, daß wir hierüber noch einmal eine Diskussion eintreten wenn das gestern passiert ist und abgestimmt worden ist. (Langer Beifall, Bravo-Rufe) (Na also) Ist da Zustimmung jetzt dazu 2,3 Stellungnahmen? (Weinrufe)Ok, wird dazu keine Stellungnahme abgegeben. (Unruhe) Wenn.... (Rufe, um Abstimmung) Es wird darüber auch nicht mehr abgestimmt jetzt, ist doch eindeutig . (Unruhe) (Disk.-Ltg. untereinander: Sei mal ruhig, dazu muß eine Gegenrede zu gehalten werden)(Wieso denn - wir haben doch eine Abstimmung gehabt - gestern. Ja dazu zu den) (Unruhe im Plenum). (Laß doch mal .-Disk.-Ltg. unter sich) Jetzt kommen hier zahlreiche GO-Anträge, wenn hier jetzt - entgegen meiner Einschätzung der Lage hier jemand meint, also äh, daß begründen zu können und meint eine Mehrheit zu finden, dann sollte er das tun. Und dann bitte ich - dann bitte ich dafür 2 Stellungnahmen und das das Mikrofon wieder eingeschaltet wird hier. Und es jetzt hier unmöglich, wenn jetzt jeder hier die Hände hochreißt zum Go-Antrag, also darauf einzugehen dann soll er das bitte angeben hier mit Zettel oder so. Also bitte 2. Stellungnahmen dazu und Mikrofon wieder einschalten.

Ja- ich will dazu folgende Stellungnahme abgeben und das möchte ich auch als Antrag einbringen, allerdings können wir den wohl nur abstimmen erst wenn diejenigen, die das hier chaotisiert haben

- wenn das hier wieder rückgängig gemacht ist durch den Austausch der Stimmkarten. (Beifall) Der Bundeskongreß der BI's gegen AKW's am 14./15.05. in Hannover verurteilt den Versuch von Mitgliedern (Unruhe im Plenum). Der Bundeskongreß der BI's gegen AKW's am 14./15.05. in Hannover verurteilt den Versuch von Mitgliedern des Hamburger Montagsplenums, den ordnungsgemäßen Ablauf der Bundeskonferenz zu torpedieren. (Längerer Beifall). Nachdem - (Beifall) Nachdem am ersten Konferenztag der Versuch, die Bundeskonferenz zu einem bloß zufälligen, für die Anwesenden - über 200 Initiativen- nicht repräsentativen Treffen herabzumindern, indem das Delegiertenprinzip der BI's durchbrochen wurde fehlschlug und sich die Delegierten mit wenigen Gegenstimmen für einen demokratischen, repräsentativen Kongreßverlauf aussprachen (Beifall) Erleben (Beifall) Erleben wir am 2. Konferenztag (Unruhe) Erleben wir am 2. Konferenztag am 15.05. einen massiven Sabotageversuch gegen den Willen der Delegierten (Beifall, gleichzeitig Unruhe im Plenum) Mitglieder des Montagsplenums verteilen Duplikate der Stimmkarten. Die Delegierten (Unruhe im Plenum) (Zwischenrufe) verurteilen diese undemokratischen Machenschaften, die unserem Ziel entgegenstehen, bundesweit demokratische Strukturen der Akw-Gegnerschaft aufzubauen. Wir verstehen diesen Kongreß als ersten, kleinen Schritt dort hin. Die Sabotage dieses demokratischen Aufbaus nach Delegiertenprinzip dient denjenigen, die weiter als selbsternannte Repräsentanten Einfluß auf die Bewegung nehmen wollen und damit letztendlich den Betreibern von AKW's und ihren Handlangern. (Längerer Beifall) (Klatschen im Rittmus, wie wenn einer weiterspielen soll)

Disk.-Ltg.

Wir hatten äh - wir hatten vorhin ein Antrag zur Veränderung der Geschäftsordnung. Und dieser Antrag zur Geschäft.... - es sollten nur Aussagen dazu gemacht werden. Es war hier nicht angestrebt - der Stellungnahme politischer Gruppen jetzt zu dieser Frage zu kriegen - zu einer Frage die gestern bereits abgestimmt war. (Zwischenrufe aus dem Plenum) Ähm, ähm-ähm der, also der Antrag ist doch gestellt hier- wenn ich das richtig verstehe - von dieser Gruppe, das ähm dieses Prinzip, das gestern vom Kongreß beschlossen worden ist- das Abstimmungsprinzip aufzuheben. Und ich bitte jetzt nur noch Aussagen zu diesem Antrag zu machen und wir haben vorhin gesagt nur 2. dazu, daß wir dann noch mal - von mir aus -, über diesen Antrag abstimmen.

(Zwischenruf, geht doch nicht) (Unruhe im Plenum) Na klar geht das. (Unruhe) Wenn jetzt keine Stellungnahmen mehr da (Unruhe im Plenum) Ja Gott, es war doch noch keine Fürrede hier, verdammt Pest. (Disk.-Ltg.)

(Redner aus dem Plenum)

Ich glaube, wir müssen uns über folgendes im Klaren sein. Wir dürfen uns jetzt nicht auf einer Art und Weise auf Diskussionen hier einlassen, die wie gestern versucht. Inhaltliche Diskussionen, über wesentliche Fragen abzuschneiden und satt dessen und in Geschäftsordnungsdebatten hier Anträge einzubringen, die tatsächlich zentrale inhaltliche Fragen unserer Auseinandersetzung betreffen. Die Frage mit den Stimmkarten ist doch ganz einfach gelöst, nämlich gestern durch Beschluß und darüber gibt es hier keine weitere Diskussion. (Längerer Beifall) Und ich bin der Meinung, ich bin der Meinung, daß wir ausdrücklich zurückweisen müssen, daß eben hier ein Vertreter hier eine Resolution einbringt in der Geschäftsordnungsdebatte.

Die versucht, die inhaltliche Diskussion über die Aufgaben, die wir stellen müssen abzuschneiden und hier über eine Abstimmung zu kommen. (Pffiffe, Beifall)

Ich stelle - ich stelle jetzt - ich stelle jetzt den Antrag - ich stelle den Antrag, daß die Frage der Stimmkarten, wie gestern beschlossen, gehandhabt wird, und das wir jetzt in die inhaltliche Diskussion einsteigen. (Bravo-Rufe, Längerer Beifall)

Ich möchte das -

Disk.-Ltg.

Also äh- wenn wa- wenn wir jetzt formall weitergehen wollen müssen wir jetzt über der Antrag der Gruppe abstimmen, ob das Verfahren, was gestern beschlossen worden ist aufgehoben wird. (Unruhe im Plenum)

Redner aus dem Plenum

Also es wird doch hier versucht hier - um das kurz einzuwerfen- (Zwischenrufe aus dem Plenum)

Disk.-Ltg.

Also ich seh- äh wir sind doch hier echt - ... wir können doch nicht davon ausgehen, daß die Leute, die hier herkommen als Delegierte von BI's. Und Leute, die aktiv in der Anti-AKW-Arbeit drin stecken, daß die zu blöd sind sich für 2 Tage eine Go selbst zu geben, daß am nächsten Tag, die umschmeißen müssen. Wenn gestern die Diskussion .. (Unruhe im Plenum) Wenn gestern die Diskussion nicht gelaufen ist, wie hätte es laufen sollen dann lag es doch nicht daran, das wir einen bestimmten Abstimmungsmodus festgelegt haben. - Das ist doch quatsch.

(Pause in der Rede) (Leichte Unruhe im Plenum)

(Disk.-Ltg. unter sich. Sag doch kurz wie das jetzt läuft)

Also gut - jetzt wird ja gesagt, jetzt soll der Antrag näher begründet werden und ich bitte, daß das nur einmal gemacht wird.

(Unruhe im Plenum) (Neinrufe) Ja - natürlich, Mensch das redet - man jetzt redet nicht alle hier rum - verdammte Scheiße.

(Ziemliche Unruhe)

Redner aus dem Plenum

Also ich halte es für äußerstschädlich - auf dieser Weise äh (Zwischenrufe) es - halt ok sag du ... -

Anderer Redner aus dem Plenum

Liebe Freunde, wir kommen

(Zwischenruf: Halt die Schnauze)

(Ziemliche Unruhe im Plenum)

Disk.-Ltg.

Also Leute ... - des ... äh des ist äh ...

(Zwischenruf aus dem Plenum: Halt die Schnauze das wird überhaupt nicht diskutiert.)

~~Disk.-Ltg.~~ Redner aus dem Plenum

Es ist völllich unmöglich hier vorne also überhaupt - äh eine Überblick zu behalten, was hier überhaupt los ist. Also dann- äh - (Zwischenrufe aus dem Plenum) Also - ich finde jeder hier ist in der Lage jetzt inzwischen

Anderer Sprecher der Disk.-Ltg.

Also jetzt behaltet doch ein bißchen Ruhe, sonst kommen wir in dieser Frage überhaupt nicht voran. Wir müssen das Problem jetzt lösen, was vor steht, da führt kein Weg dran vorbei, gleich-

zeitig ist klar, daß das was hier passiert, politisch unterschiedliche Auffassungen sind. Das kann nur in der politischen Diskussion ausgeräumt werden und überhaupt nicht mit Geschäftsordnungsdebatten. Es hat auch nichts damit zu tun - (Beifall) das hat auch nichts damit zu tun ob hier Delegierte abstimmen oder Andere abstimmen. Wenn gestern abend im Kronenmals (unverständlich) zum Beispiel Leute getroffen haben, die unzufrieden sind, damit wie die Diskussion bislang hier gelaufen ist. Dann müssen diese Leute in der weiteren Diskussion nachher ihre Standpunkte einbringen, und müssen - und müssen darstellen, was sie zu kritisieren haben und wie sie zu einzelnen politischen Aussagen, die hier zur Debatte stehen, welche Positionen sie dazu haben. Alles andere läuft jetzt auf eine chaotisierung hinaus - läuft darauf hinaus, daß wir einen Widerspruch an einer Stelle kriegen, wo wir ihn überhaupt nicht haben wollen, wo er uns überhaupt nichts nutzt - nämlich an organisatorischen Fragen im Vorfeld der politischen Diskussion. (Beifall)

Wenn es hier Erklärungen gibt von einzelnen, von einzelnen Gruppen, dann müssen die eben als Klärungen angemeldet werden und dann besteht die Möglichkeit darüber zu diskutieren. Das ist die einzige Möglichkeit, wie wir hier vorgehen können.

Disk.-Ltg.

Also dann äh -

Redner aus dem Plenum

Ansonsten bitte ich drum, daß die Leute die jetzt noch vorne stehen, wieder auf ihre Plätze gehen, weil das hier sonst nicht weiter gemacht werden kann. (Leichter Beifall)

Disk.-Ltg.

Der Fritz sagt jetzt was.-

(Disk.-Ltg.)

Ich bin jetzt dafür (Leichter Beifall, noch aus der Vorrede) ähm, da wir auch davon ausgehen können, das die Leute, - das die Leute, die heute so gehandelt haben Gründe dafür haben, daß wir jetzt den Fritz da vorne ans Mikrofon rufen und das er eine Stellungnahme dazu abgibt. (Buh-Rufe, Pfiffen, Etwas Klatschen)

~~Redner aus dem Plenum~~ Disk.-Ltg.

Das hat doch überhaupt - das hat doch überhaupt nichts mit dem Fritz zu tun. (Unruhe im Plenum) Wir haben hier inhaltliche Punkte und wir machen in der Verfolgung dieser Punkte weiter und es hat jeder die Möglichkeit, das haben wir gestern beschlossen, daß nicht nur die Delegierten hier sprechen können, sonder jeder Rederecht hat, insofern hat - wenn es hier Gruppen gibt, egal wie die jetzt aussehen mögen, da brauchen wir uns nicht auf den Fritz festzulegen. Dann hat jede, dann hat jeder die Möglichkeit hier inhaltliche Beiträge zu den einzelnen Punkten zu leisten. Ihr dürft doch nicht die Tagesordnung, die wir haben nicht im Gegensatz stellen zu der Anti-AKW-Bewegung. Die Tagesordnung, die hier vorliegt, die gestern abgestimmt worden ist, ist doch nichts anderes als ein Ausdruck davon, welche Frage innerhalb der Bewegung zu diskutieren sind (Äh-Rufe) - und in sofern kann es von uns auch nicht anders gehen, als das wir die Tagesordnung im wesentlichen folgen. Wenn es Fragen gibt, die uns davon abhalten, dann werden die im Vorfeld diskutiert, aber nicht mit GO-Anträgen und anderem.

Wir machen jetzt so weiter, daß wir wie gestern beschlossen weiter machen hier.

Ich glaube das die absolute Mehrheit hier im Saal, also hinter dem Beschluß von gestern noch steht. (Leichter Beifall) Und wenn - und wenn es so ist, dann bitte ich also, die Gruppe, die hier nicht die Mehrheit hat, sich also (Zwischenrufe aus dem Plenum und was wir wollen ist Terror, mein Lieber) äh - das die Gruppe also - das wir ver suchen hier - das wir --- (Zwischenrufe aus dem Plenum) (Rufe Pfiffe) (Leichte Beifall)

Jetzt geht doch mal auf eure Plätze - und hört mal auf, hier auf dieser weise hier zu chaotisieren. Das entspricht

Ich finde äh... --

StB

Disk.-Ltg.

Es ist folgendes, alle - Delegierten werden gebeten in - am besten, wenn 2 Vertreter Einer BI da sind, wenn einer von beiden im Saal bleibt, und der Zweite - vorne zum Tagungsbüro geht, mit - mit seiner Stimmlarte und dort - und dort seine - und dort die Stimmkarte austauscht. Wir machen das deswegen, weil wir dieses Verfahren gestern beschlossen haben und das die einzige Möglichkeit jetzt, - das jetzt - und das jetzt - (... bist du verrückt geworden, das jetzt...-Disk.-Ltg zu irgend jemand) und das jetzt so durchzuführen.

(ziemliche Unruhe im Plenum)

Diskltg.

Wartet doch mal - wartet mal bitte, wir werden die Stimmkarten- ausgabe von hier vorn ---- (... nicht zu verstehen. Anmerkung vom Tipper)

Diskltg.

Es ist der Vorschlag gekommen, die Stimmkarten hier vorn auszugeben, damit ihr euch nicht erst in den Fluren anstellen müßt. Also Leute ich - ich - ich finde beide Vorschläge beschissen, äh ich finde, wir machen dann, da die Klarheit hier nicht herzustellen ist, in der gestrigen, beschlossenen Tagesordnung weiter, und bitten jetzt - also den Bericht aus den Regionen, daß die Leute aus Wyhl jetzt zB von ihrer Arbeit berichten. Und - über, und das mit den Stimmkarten wird in der Mittagspause erledigt.

Hm - ja, jetzt ist die Frage, ob die Vertreter aus Wyhl, die sich vorhin angekündigt haben, ob die jetzt auch da sind, und auch bereit sind den jetzt zu halten den Beitrag. Nein jetzt hör ich überhaupt nicht mehr z.

(Ruf aus dem Plenum, ist aber leider nicht zu verstehen was der Redner sagt. Anmerkung vom Tipper)

Disk.-Leiter

Wir haben eine beschlossene Tagesordnung - ja, und an die halten - halte ich mich hier. Was kann ich denn dafür ... (Disk.-Leiter lacht) .. wenn die sich nicht daran halten.

Disk.-Ltg.

Weil es ja absoluter Unsinn ist, jetzt hier äh,- hier ein großes Chaos, mit den Stimmkarten hier zu machen, was uns bloß abhält bis zur Mittagspause - das ist nämlich nur noch 1 Stunde hin vernünftig hier zu diskutieren. Und dann kann man das nämlich damit verbinden -(Leichter Beifall)

Disk.-Leiter

Disk.-Leiter

Also der Vertreter aus Wyhl ist jetzt da, und ich finde - und er wird jetzt mit seinem Bericht beginnen und ich bin dafür daß wir das endlich machen. (Beifall)

Redner

Also nun mal ganz kurz, ich bin nicht aus Wyhl, sondern aus Freiburg und ich bin Delegierter von der BI-Freiburg. Die badisch-elsässischen BI's haben beschlossen nicht an dem Kongreß teilzunehmen und ich kann - - äh, die äh - , die inhaltliche Begründung auf dem Arbeitsausschuß war, daß würde sich gegen Wüstenhagen richten und da machen die nicht mit.

Ich möchte jetzt versuchen aus Freiburg, -

Disk.-Leiter

Bevor jetzt die Rede losgeht, wir werden jetzt die Rednerliste zu diesem Punkt eröffnen.

(Längere Pause)

Redner aus dem Plenum

Wir sind zu zweit hier und wir haben das aufgeteilt, einen Bericht aus Freiburg. Wie die Situation im Moment in Freiburg läuft und einen Bericht über die Aktivitäten in der Region. Ich berichte zunächst mal über Freiburg. In Freiburg

Disk.-Leiter

Ähm - Einen Augenblick noch mal kurz zum vorgehen hier - rennt nicht alle vor hier ähm-, sondern - ähm sondern stellt euch doch mal bitte davorne rechts, die Leute - nur ein Vertreter aus jeder Region, bitte. Stellt euch da mal hin, oder aus den verschiedenen, verschiedenen Städten. Das das also hier vernünftig vonstatten geht und das das hier die Leute an die Tafel geschrieben werden können. Und rennt - rennt hier jetzt nicht vorne rum. Ja - ist klar? Ähm- .. und das hier, die Sache hier nicht so wild abläuft. Alt .. äh - als erster Redner - ähm als erster redet der Vertreter aus Freiburg. Bitte mal ein bißchen Ruhe - hört euch das an.

Redner aus Freiburg

Also - (Unruhe im Plenum) Also bis zum -- bis zum Januar war es so, das in Freiburg, in der Hauptsache getragen haben, in der Hauptsache 3 Gruppen die Anti-KKW-Arbeit getragen haben, die auch Mitglieder sind in der badisch-elsässischen BI, auch jetzt noch - also ich bin auch noch Mitglied der badisch-elsässischen BI, spreche aber für Freiburg. Diese 3 Gruppen waren - , die gewaltfrei Aktionen, - die KKW-Nein-Gruppe Freiburg, die hier beide nicht vertreten sind und der Arbeitskreis Umweltschutz, für den ich rede - und ich rede auch noch für die BI-Freiburg. Dann im Januar ist auf Initiative des Arbeitskreis-Umweltschutz versucht worden eine BI in Freiburg zu gründen. Wir haben eine - ähm Gründungsver.. äh - eine Initiativ-Veranstaltung gemacht, auf der über 300 Leute anwesend waren und in der die Notwendigkeit breit diskutiert wurde und auch eingesehen wurde.

Inzwischen hat also die Entwicklung seit Januar ... (Unruhe)
 Seid doch mal ruhig Herr Gott Sapa... . Inzwischen - Inzwischen
 hat die BI über 108 - über 180 Mitglieder - aktive Mitglieder,
 die sich auch aktiv an der Arbeit beteiligen (Beifall) und die
 hauptarbeit läuft nicht im Plenum, sondern die läuft in Unter-
 gruppen statt. Ich möchte nur ein paar Beispiele nennen:
 Es gibt eine Kulturgruppe, eine Gewerkschaftsgruppe, eine
 Wissenschaftlergruppe, verschiedene Stadtteilgruppen, Informations-
 gruppe und soweit und sofort. Vor einigen Wochen wurde dann
 diskutiert, daß wir unsere Arbeit inhaltlich auf die Erfahrung
 stützen, die wir im Kampf um Markholzheim, Wyhl, Fessenheim und so-
 weiter gemacht haben. Und das wir die in einer Plattform festlegen.
 Die Plattform aber nicht zur Akitation verwendet wird, sondern
 nur damit wir im Hinterkopf haben auf welcher Grundlage wir arbeiten.
 Ich möchte die Hauptpunkte dieser Plattform mal nennen:
 Der 1. Punkt ist, ~~xxx~~ der Zusammenschluß aller AKW-Gegner in
 Freiburg unabhängig von ihrer politischen Stellung und unabhängig
 von den Formen, zu denen sie sich entschlossen haben, gegen KKW's
 zu kämpfen. (Beifall) Ein 2. wichtiger Punkt, kein Vertrauen
 in Parlamente und Gerichte. Und (Beifall) Und um diesen Punkt
 gab es ziemlich lange Diskussionen, weil einige Leute meinten,
 wir wollten damit Leute ausschließen, die sagen "Ich bin mir
 nicht sicher, ob ich nicht doch dem Parlament vertrauen soll
 usw und sofort, daß ist nicht der Fall, sondern der Punkt ist
 reingenommen worden, weil es eigentlich die wichtigste Erfahrung
 war, die wir in der Region gemacht haben im Kampf um Wyhl.
 Nur ein Beispiel dazu, damals als das Freiburger Verwaltungsgericht
 beschlossen hatte, daß das KKW in Wyhl zunächst nicht gebaut wer-
 den dürfte, daß der Platz also nicht geräumt werden dürfte,
 da haben die badischen-elsäßischen BI's zusammen mit uns ein
 Flugblatt rausgegeben, indem sie gesagt haben, wir bleiben
 trotzdem auf dem Platz, weil wir den Gerichten nicht vertrauen,
 und die nächste Instanz ist das Verwaltungsgericht Mannheim und
 da werden wir schon sehen, was da kommt. Und wir haben auch recht
 behalten, darin. Und aus dieser Erfahrung heraus sind diese -
 ist dieser Punkt aufgenommen worden, in die Plattform. Ein
 3. Punkt ist grundsätzlich, das Atomenergieprogramm abzulehnen.
 Ich gehe da nachher noch mal kurz drauf ein. (Beifall)

Nächster Punkt, der - nach meiner Einschätzung hier etwas
 unterschiedlich ist, zu Positionen, die hier zum Teil ver-
 treten werden. (Zwischenrufe) (Unruhe)

Ein weiterer Punkt ist, daß sich die ganze Freiburger BI,
 daß für die ganze Freiburger BI ein wichtiger Punkt ist, den
 sich auch in der Plattform niedergelegt hat, daß sie es für
 unerlässlich hält, daß die örtliche Bevölkerung den Kampf gegen
 die KKW's unterstützt. Wir halten einen Kampf, der sich nicht
 auf die örtliche Bevölkerung stützt für falsch. (Beifall)

Ein weiterer Punkt, der ~~xxx~~ aufgenommen wurde, ist, daß wir
 uns dagegen wenden - oder gegen einen Angriff auf unsere demo-
 kratischen Rechte wenden, also gegen die Kriminalisierung
 von BI-Mitgliedern. Das waren die wichtigsten Punkte aus der
 Plattform, die zZ wichtigste Aufgabe in unserer Arbeit, sehen
 wir darin, die Spaltung zwischen KKW-Gegnern und Arbeitern
 in Angriff zu nehmen. Also das ist im Moment der Hauptpunkt
 unserer Gegner, daß sie sagen Kernenergie schafft Arbeits-
 plätze und diesen Punkt wollen wir in Freiburg aufgreifen.

Wir haben zB deshalb Beiträge zum ersten Mai Kungebungen

geleistet. Und die Gewerkschaftsgruppe arbeitet an diesem Punkt und wir werden auf einer Versammlung am 4. Juni das als Hauptpunkt unserer Arbeit haben und haben dazu Gewerkschaftsvertreter aus Frankreich und den Heinz Brandt eingeladen. (Beifall) Jetzt noch etwas das ein bißchen den Bezug zu der Diskussion hier darstellt. Wir haben das in Freiburg auch diskutiert und unserer Meinung nach verläuft die Front nicht so wie es gestern und heute hier zum Teil zum Ausdruck kam oder größtenteils zum Ausdruck kam, sondern unserer Meinung nach verläuft die Front zwischen Leuten, die sich als AKW-Gegner ausgeben, aber im Grunde das Atom-Programm schon akzeptiert haben. Und so ist auch die reale Auseinandersetzung bei uns in der Region. Ich möchte das mal am Beispiel bringen: Schon während im Wyhl-Prozeß haben BI-Führer wie der Apotheker Schött immer darauf hingearbeitet und haben gesagt ok. wir müssen uns aufs Gericht verlassen, wir müssen uns auf die Parlamente verlassen - er ist ja selber Landtagsabgeordneter - und wenn wir auch das KKW nicht wegstreichen, vielleicht kriegen wir ein sicheres KKW oder so. Und diese Leute das sind auf jedenfall die Großkopferten in den ~~EX~~ badisch-elsässisch BIs, zwischen denen und zwischen uns, da verläuft unserer Meinung nach die Trennungslinie. und nicht wie das hier heute verläuft in den Diskussionen. (Beifall)

Dieser Standpunkt ist auch in Freiburg, zumindest in unserer BI breit akzeptiert, daß zeigt sich darin, das sich erst einmal sämtliche Anti-KKW-Gruppen, die in Freiburg existieren, in der BI mitmachen, und sich unter Umständen, wenn die BI sich richtig konstituiert hat, auflösen wollen. Außerdem arbeiten sämtliche K-Gruppen, in der BI konstruktiv mit, das muß mal gesagt werden und es verlaufen keine Diskussionen in der Art, wie sie heute hier verlaufen sind und gestern. (Beifall)

Noch ein Punkt, der mich gestern ziemlich verblüfft hat und der uns alle ziemlich verunsichert, ist, daß Leute als Delegierte auftreten - ich will denen nicht absprechen, daß sie gewählt sind - aber die treten als Delegierte auf und wenn sie geredet haben kommt jemand anders und sagt, der hat aber nicht die Mehrheit. Es ist nur so, der gehört zu einer K-Gruppe und ist deshalb gewählt worden und wir Unorganisierten sind miteinander zerstritten, haben deshalb keine Mehrheit gekriegt. Bei uns ist es so, daß sich die ganze BI auf uns geeinigt hat und daß wir auch auf grund einer inhaltlichen Diskussion das Vertrauen bekommen haben. Und deshalb glaube ich nicht, daß - bei uns ist es jedenfalls so, daß kein großes Vertrauen in Äußerungen, die aus Norddeutschland kommen von Delegierten da ist. (schwacher Beifall) Das hierzu; wir wollen jetzt noch kurz Stellung nehmen zu den Auseinandersetzungen, die im Moment bei uns in der Region laufen, das ist Heiterem bei Fessenheim und Gerstheim. Das macht der Richard. (Beifall)

Ja also das brennendste Problem bei uns momentan ist das AKW-Fessenheim, das ca. 20km Luftlinie von Freiburg steht. Das trotz Proteste und Protestkundgebungen etc. gebaut wurde und ist jetzt Mitte März in Betrieb gegangen. Und die AKW-Gegner aus dem Elsaß haben jetzt eine Leitung, die die EDF für den Strom aus dem Reaktor Fessenheim bringt, haben die die Leitung - die ist fast fertiggebaut - da beim vorletzten Mast der steht also jetzt halb und da ist der Mast besetzt worden. (Beifall) Und das lief also so ab, daß die Leute aus dem Elsaß ja, das waren also zum größten Teil am Anfang Leute, die nicht direkt aus der Gegend kamen, sondern aus 40/50km Umkreis kamen, daß sie hingegangen sind und die Bauarbeiter aufgefordert haben, den Bau bleiben zu

lassen und nach Hause zu gehen, was sie dann auch gemacht haben. (Beifall) Und es gab anfangs recht große Schwierigkeiten mit der ortsansässigen Bevölkerung, weil so von Heiterem selber, die Leute alle sehr resigniert waren. Sie haben gesagt, also das KKW das steht, da können wir sowieso nichts mehr machen. Aber durch die breite Unterstützung aus dem ganzen Elsaß, vom Kaiserstuhl und von Freiburg, sind diese Bedenken bei der Bevölkerung ausgeräumt worden, die sind echt zum mitmachen motiviert worden. Und das Beispiel Heiterem hat jetzt ganz deutlich gezeigt, daß eine Platzbesetzung nurlaufen kann, wenn die ortsansässige Bevölkerung mitmacht und dahintersteht. Da unserer Meinung nach, oder was heißt unserer Meinung, also es ist ganz klar rausgekommen, daß mit 2/3 Dauerplatzbesetzern, paar Besetzertouristen, die halt mal kommen und eine Nacht dableiben, ist eine Besetzung unmöglich durchzuführen für längere Zeit. (Beifall)

Das zeigt auch das Beispiel Gerstheim ca. 60km von Heiterem entfernt, auch im Elsaß, wo ein Gelände, das als KKW-Baugelände ausgegeben ist, seit ca. 3 Monaten besetzt ist und wo anfangs sogar der Bürgermeister voll da mitgemacht hat. Und jetzt zu Heiterem, in der Zwischenzeit sind von der Stromleitung, die den Strom vom Reaktor nach Paris bringen soll, sind 2 Masten geknickt worden. (Beifall)

Unserer Meinung nach ist dies, und die Besetzung in Heidorn, beispielweisende Aktion im Kampf gegen schon bestehende KKW's, sie zeigen ganz deutlich, daß wir auch bei schon gebauten KKW's die Hände nicht in den Schoß legen dürfen, sondern jetzt erst recht den Kampf weiterführen. (Beifall)

Jetzt habe ich vielleicht noch eine Bitte also auf morgen, auf den 16.05. sind für Heiterem, sind die Baumaschinen bestellt, die sollen dort ankommen und es wird damit gerechnet, daß morgen früh der Platz geräumt werden sollte, - ich würde es toll finden, wenn von hier - wenn's möglich wäre eine Grußbotschaft zu schicken, daß bei denen morgen alles hinhaut. (Beifall)

Disk.-Leiter

Wenn - wir möchten jetzt bitten, daß neue Berichte die da sind, auf neue Punkte vielleicht eingehen und solchen sich nach Möglichkeit ein bißchen zeitlich beschränken, weil wir unheimlich viele Anmeldungen hier haben und daß schaffen wir sonst bis um 12.00 Uhr nicht. Geht das? - Ja. - ich dachte diese Grußbotschaft nach Wyhl ist also mit Applaus angenommen und akzeptiert. Ich glaube nicht, daß wir da noch mal extra abstimmen müssen. (Beifall)

Und ich bitte jetzt, das - der Mensch aus dem Kaiserstuhl also jetzt das Wort ergreift. Sonst kriegt es der Ulf.

Disk.-Ltg.

Die steht vorne dran, die Rednerliste, daß der nächste der Ulf aus Kaiserstuhl - vom Kaiserstuhl dran ist.

Disk.-Leiter

Es gibt eine Rednerliste, da ist BI-Kassel jetzt drauf. Moment- und da sieht es -- doch - BI-Kassel steht hier drauf, als erstes. Und wir gehen jetzt auch der Rednerliste nach vor. Da gibt es nur folgendes Problem - sofort nach Eröffnung der Rednerliste hat sich ein Vertreter der BI angemeldet, der jetzt hinter mir steht und gleichzeitig versucht jetzt jemand anders von der BI Kassel muss jetzt in diesem Falle, dazu zu sagen KBW, weil er sich so störrisch hier anstellt - also diesen Bericht - dort jetzt vorzunehmen.

Er hat sich auch angemeldet, aber später und die Disk.-Ltg. ist der Meinung, daß wir den erstrigen hier vornehmen. (Beifall)

Disk.-Leiter

Es ist eindeutig - und ich würd sagen, das es so verfahren wird. Mach es nicht so lang - ge?
(Gejohle, Pfiffe)

Redner

Also Leute - ich bin auch Kommunist, ich schäme mich manchmal das gewisse Leute, den guten Namen Kommunismus in den Dreck ziehen. (Beifall)

Weiterhin bitte ich zu entschuldigen - ich bin ziemlich nervös. Es ist so ziemlich das erste mal, daß ich vor so einer großen Menge spreche - ich bin das nicht gewohnt. Ja ich kann auch noch lauter sprechen. .

So ich möchte gleich dazu über gehen aus der BI-Kassel zu berichten. Ich will ganz einfach mal darlegen welche Probleme, welche Nöte wir gehabt haben, bisweilen noch haben. Ich will nicht unbedingt zu den Punkten meine Meinung darlegen ich, sondern ich will auch darlegen wo die verschiedenen Positionen verlaufen, wo die Abgrenzungen sind bisweilen ~~was~~ auch wo sie nicht sein sollten. Die erste Frage - das war vor ein paar Wochen - da haben - naja zwei Monate ist das jetzt her, da haben jetzt also eine Gruppe - eine Gruppe von gewaltfreien, den Vorschlag gemacht für ein neues Statut. Also es war so allgemein der konsens, daß das alte Statut nicht so ok ist, weil da so viel Punkte nicht geregelt waren, aber es war halt ein Minimalstatut, wo halt jeder drauf mitarbeiten konnte, obwohl es bestimmte Schwächen hatte, aber die wollten unbedingt in das Statut die Frage der Gewalt reinhaben. Dies wurde von der Mehrheit knapp-ganz knapp abgelehnt. Wie ich aus verschiedenen Diskussionen gehört habe ist das auch in verschiedenen Städten gelaufen diese Diskussion, in manchen Städten haben auch die gewaltfreien die Mehrheit gefunden. Die Mehrheit von uns war, also diese knappe Mehrheit von uns war der Meinung, daß die Gewaltfrage für uns, als AKW-Gegner nicht die Scheidelinie sein kann, niemals. (Beifall)

Bei uns kann jeder mitkämpfen, auf seiner Art, der ehrlich gegen KKW's kämpfen will, daß haben wir ganz eindeutig festgestellt. (Beifall)

Wir haben auch festgestellt, das wir nichts gegen Gewaltfreie haben, gar nichts. Weiterhin haben wir aber festgestellt, daß wenn die Gewaltfreien versuchen, anderen Leuten ihre Meinung zu dem Punkt aufzudrängen, und daß im Statut abzusichern, daß das eine Scheiße ist. (Beifall)

Es war noch ein weiteres Statut da, von daher ein weiterer Statutvorschlag, Es hat sich bei uns oft gezeigt, daß bestimmte Gruppen ~~xxx~~ im Namen der BI auftreten zB eine Gruppe, so eine Osterspaziergangsgruppe, auch Papiere im Namen der BI rausgeben. Und das wurde also auch versucht zu ändern, dieser Statutvorschlag hat zwar eine knappe Mehrheit gefunden, aber auf Grund dieser knappen Mehrheit - das war 16 zu 15 - wurde er also nicht eingeführt.

Sondern das alte Statut ist noch in Kraft. ~~KKW~~ Jetzt möchte ich zur Frage des 1. Mai gehen - wir haben also den 1. Mai eine große Wichtigkeit beigemessen. Wir haben uns - also eine große Mehrheit in der BI gefunden, für 2 Lösungen: Kein KKW in Borken, Brokdorf oder anderswo und Nieder mit dem Energieprogramm der Konzerne und der Bundesregierung. Auch wenn das nach KBW klingt, dieses Ding, das ist gut. (Leichter Beifall)
Ja - entschuldigt, daß ich zu lange mach, ich kann halt nicht so besonders gut reden.

Es sollte weiterhin noch ein Flugblatt erstellt werden, das hat nicht geklappt, warum hat das nicht geklappt, an dieser Frage kann man so mal so die grundlegende Situation in unserer BI darlegen. Die eben so aussieht, es gibt Kommunisten, es gibt den KBW, es gibt den KB, und dann gibt es eine relativ große, mittlere Schicht, dann gab es eine rechte Fraktion, kann man sagen, so WSL und so Leute. Und es gibt dann zwischen diesen bestimmten Gruppen auch bestimmte Reizwörter, wenn die rechte Fraktion, oder der WSL, bestimmtes Reizwort bringt, legt der KBW das kommunistische Manifest dar, wenn der KBW das dann dargelegt hat, legt dann der WSL irgend welche anderen Sachen dar. Und das hält einen dann ganz schön auf, bisweilen verhindert sogar, das man wirklich praktisch tätig wird. Ich weiß nicht, ob das wo anders auch so ist, das würd mich also echt interessieren. (Zwischenrufe)

Hör mal - ich finds schlecht, wenn ihr mich unterbrecht, ich komm dann immer aus dem Redefluß raus. Und dann dauert es halt nur noch länger, ich kann das halt nicht so gut, entschuldigt. Also, in dem Flugblatt - wir haben eine Info-Gruppe, das ist so eine Untergruppe, da wurde endlich mal ein, man kann sagen tragbarer Kompromiß zwischen allen Fraktionen ausgearbeitet, also zwischen fast allen Fraktionen, das wurde dann vorgelegt zur Abstimmung. Daraufhin, und das muß man hier mal leider charakterisieren. Daraufhin hat es eine Gruppe geschafft, die dort am 1. Mai alleine, als politische Gruppe auftreten wollte unter der Fahne der AKW-Bewegung, die hat es also geschafft das zu verhindern dort ein Teil hinter sich zu bringen. Dadurch wurde die BI an dem Punkt arbeitsunfähig. Weiterhin war es so, daß sich daraus dann wieder mal endlose Diskussionen ergeben haben, das lief so bei uns wie gestern Nachmittag hier. Und - ja ja, das kann man wirklich sagen, - und da sieht man, das ist ganz verständlich, daß viele Leute dann Unwillen haben. Ganz verdammt Unwillen - , den habe ich auch - und - naja, wir habens dann trotzdem noch geschafft auf dem 1. Mai aufzutreten unter den 2 Lösungen. Und viele Gewerkschaftler - ja, die haben sich also hinter uns gestellt, sind bei uns mitgegangen beim Block. (Beifall)

Haben auch unsere Parolen mitgerufen, und diese politische Gruppe, die da ihr Extrawürstchen gebraten hat~~en~~, die wurde also von allen Gewerkschaftler, aus vielen Gewerkschaften, ausgebuht. Das war der KB-Nord. Ja, ich sollt es sagen, obwohl ich da nicht so wild drauf bin, so was zu sagen.

Also, die - man muß jetzt sagen ... -

Disk.-Leiter

Moment - Moment mal, hier vorne gibt es Unruhe, könntet ihr da mal einen Augenblick ruhig sein. Und ich würd dir sagen bitte faß dich kurz, noch eine Minute, weil da sind noch so viele drauf, bitte nicht so die ganze Genesis da eurer Entwicklung, sondern die wichtigen Punkte, Lehren die du~~x~~ daraus gezogen hast.

Vielleicht noch eine Minute.

Redner

Tja -Lehren kann also höchstens im negativen draus ziehen, denn bei uns gab es ein Ergebnis, was also gar nicht so schön ist. Die BI hat sich nämlich gespalten. Es gab also eine Gruppe, in der BI, wie ich schon sagte, so eine große, mittlere Schicht, die es also leid war dort ständig so rumzudiskutieren, auf dieser Art und Weise. Die dann gesagt haben, nee machen wir nicht mehr mit, gehen jetzt raus. Haben wir scheiße gefunden, aber man muß es halt verstehen. Wir haben jetzt also weiterhin vor, und das muß für uns die Lehre sein, das wir in einer solidarischen Diskussion, in einer Diskussion um Sachfragen, in einer Diskussion um der Sache willen, nicht einer Diskussion jetzt um bestimmte ideologischer Grundlagen Willen, das wir daran weiter diskutieren. Auch mit den anderen Gruppen, die noch existieren, mit den weiter diskutieren, und uns zusammen auf bestimmte Aktionen einigen. Das ist eine unheimlich wichtige Sache, es werden dort immer wieder Spaltungsversuche gemacht, jetzt gewaltfreie, oder die anderen, die also eine bestimmte Diskussionsform schlecht finden, die sich darum davon abspalten. Das ist also eine Kernspaltung in der BI-Bewegung, ne, und das geht also nicht. Das war eigentlich alles, was ich ich dazu zu sagen haben, das wollte ich mal kurz darlegen. Danke! (Beifall)

(Disk.-Leitg.)

Wir möchten jetzt nochmal kurz zum Verfahren, zum weiteren Verlauf diesen Tagungsordnungspunktes was fragen. Wir haben 1. ein Antrag der TU-Initiativen aus Hannover, der besagt, daß dieser ~~Tagungs~~ TOP abgeschlossen wird bis zum Mittagessen, das ist um 12.00 Uhr. Und das nach der Mittagspause, das ist ein technisches Problem, weil das Essen um 12.00 kommt und nicht um 13.00 Uhr, wie es ursprünglich ausgedruckt ist. Und der Antrag geht weiter, und fordert, daß sofort nach der Mittagspause der TOP 4, nämlich die weitere Arbeit behandelt werden soll. die TU-Initiativen schreiben ihren Antrag weiter rein, daß keine von Punkt 3, Grundlagen uns³res Widerstandes in diesen Punkt 4 eingebracht werden können. Außerdem, ... das ist ein GO-Antrag, das muß man ja rein bringen. Und außerdem liegt ein Gegenantrag vor, genau schon zu diesem Antrag, ... wo ist denn der jetzt? ... Da war eben jemand vom Ermittlungsausschuß da und der wollte jetzt dagegen sprechen, das soll er jetzt machen und dann stimmen wir darüber ab, denn es ist insofern wichtig das wir das jetzt tun weil hier unheimlich viele Meldungen sind von BI, die jeder das Bedürfnis haben, sich hier zu äußern, und dann werden wir nur noch eine 3/4 Stunde Zeit haben, geht es eben nicht, daß alle hier reden. Und deswegen ist es wichtig, daß wir jetzt darüber entscheiden.

(Ermittlungsausschuß):

Den Punkt, Grundlagen des Widerstandes mit einer technischen Begründung so einfach abubrechen, einfach deswegen machen wir es am Punkt der Kriminalisierung ~~klar~~ z.B. klar, das ist nicht nur eine frage der weiteren Arbeit. Wir von den EA's sind der Meinung, daß dieser Punkt eine wichtige Grundlage unseres Widerstandes ist, und in diesem Rahmen auch diskutiert werden soll und eingebracht wird, darauf bereiten wir uns gerade vor und es gehören sicher lich noch weitere Fragen dazu, deswegen schlage ich vor, diesen GO-Antrag so abzulehnen und in der vorgeschlagenen Weise weiterzufahren, wobei klar sein muß, daß man zugespitzt auf solche Punkte - ich nehme es jetzt mal an der Kriminalisierung -

wie man dagegen vorgeht, diskutieren muß und damit hat man natürlich die wichtigen Fragen der weiteren Arbeit da mit drin, das ist doch klar (Beifall).

(Disk-Leiter): Darüber müssen wir jetzt also echt abstimmen, das Problem ist mit den Stimmkarten jetzt, ich finde, da müssen wir halt -(Unruhe) nach der Mittagspause ist das Problem, daß wir nicht wissen, wie lange die Leute brauchen, 1/4 Stunde bis 20 Minuten, bis sie wieder hier sind. Ich bin dafür, daß wir jetzt hier so abstimmen und zwar so, daß wir echt mal ein bisschen Solidarität zwischen uns hier mal einführen, damit die Sache hier mal korrekt weiterläuft. Wer ist jetzt für den Antrag der TU-Initiativen, der möchte jetzt mal die Hand heben. (Unruhe) Ich wiederhole den Antrag nochmal. Die TU-Initiativen haben den GO-Antrag gestellt, nach der Mittagspause nur ~~noch~~ noch den TOP 4, die weitere Arbeit zu behandeln. (Unruhe, Zwischenrufe) Das Problem ist jetzt, und deswegen bestehe ich darauf, daß da jetzt eine Einigung hergestellt wird, weil davon abhängig ist, wie lange und welche BI hier noch reden können. Es hat einen unmittelbaren Zweck, weswegen das jetzt ran kommt. Nun stimmt doch mal ab darüber, es ist doch jetzt Scheißegal, jetzt alle jetzt. So, jetzt stimmt jeder darüber ab, was gemacht wird. (Beifall) Wird jetzt der TU Antrag abgelehnt oder angenommen? Wer ist für den TU-Antrag, ... die Hand heben. Wer ist gegen den Antrag? ... das ist die Mehrheit. (Beifall) Ich meine dann können wir in der Rednerliste weiterfahren. (Unruhe) Ulf ist dran. Kaiserstuhl. Wir machen jetzt weiter in der Rednerliste (Unruhe) Es gibt von anderen BI auch mehrere Delegierte von daher kann jetzt auch jeder herkommen und kann sagen, ich will aber eine Gegengrede halten zudem was der da vorne von meiner BI gesagt hat (Unruhe) auf diese Weise können wir jetzt aber nicht vorgehen, deswegen bin ich der Meinung, daß wir den GO-Antrag der hier jetzt ~~da~~ kommt, ~~mit~~ daß wir uns mit dem jetzt nicht befassen,

(Zwischenruf): Du weißt doch gar nicht, was ich sagen will.

~~Sagt~~ Seid doch mal ruhig jetzt (Unruhe)

(Disk-Leiter) Wir gehen jetzt weiter in der Rednerliste. Es ist jetzt der Ulf vom Kaiserstuhl dran. Seid ihr damit einverstanden?

(Unruhe - Beifall)

Ulf: Kollegen, Freunde, es ist hier schon gesagt worden vorhin von dem Freiburger Vertreter, daß kein Vertreter des BI des Kaiserstuhls hier sind, das ist Ausdruck der Tatsache, daß die politische Strömung, die Wüstenhagen vertritt und die von der DKP vertreten wird die Oberhand hat, insofern, daß keine Delegierten hier sind. Ich bin hier, um die inhaltlichen Ergebnisse dieses Kongresses an den Kaiserstuhl zu tragen und die der Bevölkerung vom Kaiserstuhl bekannt zu machen. Deswegen (Beifall) muß man sagen, ist die gestrige Diskussion, ist die Diskussion gestern Abend am Ende vor allen Dingen eine Niederlage gewesen, weil die inhaltliche Diskussion vom KBW und KB hier verhindert wurde und weil (Beifall, Pfiffe) ...man muß sich die Frage stellen, ich will dazu keine Ausführungen weiter machen. Man muss sich die Frage stellen, wie kommen wir weiter im Kampf gegen das Atomprogramm der Schmidt-Regierung (Unruhe). Ich will dazu verschiedene Punkte berichten, ihr wißt, daß der Kampf der Kaiserstuhler nicht nur die Funktion hatte, vor mehr als 2 Jahren durch die Besetzungsaktion, den Kampf gegen das Atomprogramm wesentlich voranzubringen, sodaß der Kampf am Kaiserstuhl immer noch heute derjenige Kampf ist, der am weitestgehenden die Bevölkerung in dem Gebiet, in dem das AKW gebaut werden soll, in diesem Kampf mit einbezieht. Auch wenn - wie ich gerade schon gesagt habe, die politischen Strömungen heute, was ich gleich kurz berichten werden, politische Strömungen heute versuchen den Kampf nicht nur zu spalten, sondern der Bevölkerung zu sagen, nach diesem Gerichtsurteil, ihr könnt aufhören, wir haben gesiegt.

Damit ist eine Aufgabe formuliert. Weiterhin - und das setzt natürlich eine politische Klarheit voraus, es unmöglich zu machen, und das heißt, sich nicht auf eine Kampfform zu fixieren, sondern dafür zu sorgen, daß die politisch, mobilisierte und bewußte Bevölkerung jede Aktion, ~~ein Schritt hin~~ die ein Schritt hin bedeutet zum Bau des AKW's verhindert, indem, als die maßgebliche Kraft. Zum zweiten, ein wichtiger Punkt, der vermerkt wurde, als Bauernverband und Weinbauverband Abkommen geschlossen haben mit der Landesregierung, ist gesagt worden, daß sind nicht unsere Vertreter, die Vertreten nicht die Bauern. Nachdem jetzt der DGB Stellungnahmen abgegeben hat für das Atomprogramm, ist klar, und muß weiter klar gemacht werden, daß die DGB-Führung nicht die Arbeiterklasse vertritt, und daß das bedeutet ... tatsächlich in richtiger Weise ZB die Arbeiter in den Dörfern dafür ~~zu mobilisieren~~ zu mobilisieren in den Gewerkschaften, gegen die Stellungnahme der Gewerkschaftsführung ~~aufzunehmen~~ den Kampf aufzunehmen. Und es gibt Ansätze dafür, daß auch in den Betrieben am Kaiserstuhl tatsächlich, in einem, in dem ich selber arbeite, dieser Kampf aufgenommen wird. (Beifall)

Wichtig ist jetzt zur Frage der politischen Inhalte, daß wir feststellen, und das ist die zentrale erste Feststellung, auf der Demo-Leitung von Brokdorf, diese politischen Strömungen, diese Fragen, spiegeln sich natürlich am Kaiserstuhl wieder. In dem die Hetze gegen die Demo in Brokdorf, die Darstellung der konsequenten Atomkraftwerksgegner als Chaoten und als kriminelle Gewalttäter und die Spaltungsversuche von Landesregierung SPD/DKP, durch die Demo in Itzehoe, daß das natürlich auch niederschlägt am Kaiserstuhl, daß das diese Fragen aufwirft und gleichzeitig bedeutet, auch ~~da~~ an den Orten ansässigen Vertreter, dieser politischen Richtung zum Entlarven das heißt konkret bei der DKP, das gerade nach dem Gerichtsurteil dieser Partei, sich in die Brust geworfen hat und gesagt hat. Seht ihr die Linie auf die Gerichte vertrauen, das hat der Freiburger schon gesagt, die Linie auf die Gerichte vertrauen muß weiter verfolgt werden, wir gehen notfalls durch alle Instanzen, da gehen wir nach Mannheim, dann gehen wir mal nach Berlin, dann gehen wir zum Bundesverfassungsgericht und notfalls zur Menschenrechtskommission in der UNO, diese Strömung, vertreten durch die DKP, hat ja gerade zum Ziel, dieses Bewußtsein, daß die Bevölkerung am Kaiserstuhl gewonnen hat, durch ihre Kampfaction, durch ihre Besetzungsaktion, das zu zerstören und zu sagen, ihr könnt ruhig zu Hause bleiben, ihr könnt ruhig zu Hause bleiben, wir machen das schon für euch, bzw die Gerichte werden das machen. DH positiv - das auch natürlich alle Bestrebungen, zur Kriminialisierung der AKW-Gegner und Bestrebungen zB wie Berufsverbote von Firtz Storim und Jens Scheer, daß die nicht nur bekannt gemacht werden, ~~es~~ es ist so, das im Zusammenhang mit dem Wuhl-Prozeß, die Frage der Verhinderung des Jens Scheer auftritt einerseits die Bevölkerung auf einer Versammlung von 600 Menschen, selber dafür gesorgt hat, das Jens Scheer auftritt was in diesem Prozeß verhindert werden sollte, was ein Hinweis darauf ist, das sie bereit ist, und das passiert auch in anderen Fragen von Berufsverboten, die sich in der Region auf tun, den Kampf dagegen aufzunehmen. Ganz zum Schluß noch, ich habe das schon in einzelnen Punkten angedeutet, die zentrale Frage, die auch hier steht, ist Klarheit zu verschaffen, wie geht es positiv im Kampf gegen das Atomprogramm weiter dh auch die Frage damit zu klären, wer sind die Feinde in den eigenen Reihen - ich habe einzelne

Punkte genannt, wie das bei uns aussieht. Und das heißt tatsächlich, daß die Diskussion anders verlaufen muß, in der Tat wie gestern abend und das sie laufen muß, meiner Ansicht nach, an der positiven Darstellung ~~an~~ der Demo-Ltg. von Brokdorf am 19.02., die ja selber in den 7 Punkten, und das ist das, was man bekannt machen muß, die verschiedenen politischen Strömungen, die verschiedenen Manöver tatsächlich bekannt zu machen. (Beifall)

(Disk.-Leiter)

Ich hab einmal ein GO-Antrag hier, der besagt, daß wir also eine Redezeitbeschränkung einführen sollen, für die Vertreter. Und 2., hab ich hier eine Aufforderung, ein Appell, die Beiträge und die Berichte der BI's etwas berichten, was in Regionen wirklich los ist. Das wir etwas erfahren darüber, wie die Menschen da arbeiten und was da für Probleme bestehen. Und - zur Sache eben noch. Mir fällt jetzt nichts weiter ein. Vielleicht zu versuchen nicht länger als 4-5 Minuten zu reden.

(Jens)

In Bremen gab es seit 71 ein Arbeitskreis gegen radioaktive Verseuchung, der im wesentlichen von Jusos beherrscht wurde und der, die ganze Zeit, seit dem Bau des AKW 3-Untweser mit Prozeßen begleitete darüberhinaus aber nicht wesentlich nicht viel tat, als sich ~~über~~ um über Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegenüber Kommunisten zu bemühen. Frischer Wind kam nach Bremen durch die, nachdem in Lichten-Moor besetzt wurde und sich Unterstützungsgruppen spontan fanden, die die Besetzung in Lichtenmoor unterstützten. Ein Sprunghaften Aufschwung gewann die Bewegung in Bremen durch die Kämpfe in Brokdorf, seit Brokdorf 1 haben ~~die~~ Bremen die Demonstrationen dort mit einem beachtlichen Kontingenten unterstützt, die sich zwischen 1000-2000 Menschen bewegten. (Beifall)

Das Bedürfnis, es nicht bei Reiserollkommandos bewegen zu lassen führte dafür eine zunächst lockere und dann etwas strukturiertere Organisationsform in Bremen selber gebildet wurde. Es gibt inzwischen ungefähr 40 einzelne Stadtteilgruppen, die sich als autonome BI's verstehen und im durchschnitt 20-30 Mitglieder haben. Es gibt einen Delegierten-Rat, der wöchentlich oder jetzt 14 ~~tags~~ tagt und es gibt in lockerer Folge Plena in denen 500-1000 Menschen teilnehmen und es gibt seit der vorigen Woche einen 7köpfigen Koordinationsausschuß, der die Aussenvertretung und die... eine Verbesserung der Zusammenarbeit der einzelnen Gruppen bewirken sollte es wurde als Mangel angesehen, daß die Gruppen in den einzelnen Stadtteilen zuwenig voneinander wußten so groß ist das kleine Bremen immerhin auch schon. Die politische Diskussion brach auf, in der Vorbereitung zu Brokdorf 3, wobei es drei Strömungen gab, die eine künstlich erzeugt, indem eine großer Trupp von der DKP plötzlich im Plenum erschien und für Itzehoe mobilisieren wollte, die aber abgeschmettert wurden, in dem auch die, die nicht nach Brokdorf gehen wollten, die sich in der Frage Brokdorf also mit der DKP übereinstimmten, sich deren Einmischung verbaten, indem sie ihre Resolution, die dazu aufforderte in

Bremen zu bleiben und nicht nach Brokdorf zu gehen- Itzehoe stand nicht zur Debatte - indem sie auf diese Resolution ~~XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX~~ die Losung Kein AKW in Magdeburg setzten Um auf diese ~~XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX~~ Weisung Zustimmung der DKP zu ihrer Meinung zu verhindern (Beifall) die ,... wesentlich war also ... waren zwei Gruppierungen, die einen sagten, man könne Angesichts der ungeklärten Situation nicht sich für Brokdorf oder Itzehoe entscheiden und deswegen in Bremen selber mobilisieren und die andere, die die Mehrheit hatte, meinte daß man nach Brokdorf gehen müßte aufgrund der Einschätzung, die ja auch schon im wesentlichen vom .. von der Demo-Leitung vorgetragen wurde daß ist nämlich, und das ist unsere Meinung durchweg, das politische Ziel, das Atomprogramm zum Fall zu bringen, einschließt praktisch Widerstand zu leisten einschließt, die Notwendigkeit, militanter Aktionen, ohne sich...ohne die...ich möchte die Freund vom KB vorne bitten, mich nicht dauernd zu unterbrechen, sonst kann ich in der kurzen Zeit nicht soviel bringen (Beifall) Das man aber Erfolg und Mißerfolg einer Bewegung und einer Aktion nicht messen kann an der Frage, ob eine Besetzung gelingt oder nicht, denn dann gerät man in Resignation, wie es viele nach Grohnde vertreten haben. Vielmehr ist es notwendig, daß man die Besetzungsaktionen, daß man die Kampfaktionen im Zusammenhang sieht, wie weit sie Wirkung auf den Gegner ausüben und wie weit sie die Bewegung selber stärken und voranbringen und in diesem Sinne haben wir durchweg in Bremen die Sachen als einen großen Erfolg angesehen, sowohl die Aktionen in Grohnde als auch in Brokdorf (Beifall). Dabei die Anmerkung, daß gestern ~~xxxx~~ in der Tat sich eine falsche Fronten sich abgebildet haben, in dem alle die, die eben genannte Einschätzung teilten, sich in einer Zwangseinheit mit dem KB sich sahen, der die Besetzung von Brokdorf, wie aus dem Arbeiterkampf hervorgeht, niemals gewollt hat und auf der anderen Seite alle die, die sich mit uns in ~~Brokdorfsüßereinstimmung~~ Grundsatz übereinstimmen aber in der Frage 'Neufeld' taktische Differenzen haben, sich in eine Einheit gebracht sahen mit dem KBW, der ebenfalls nie diese Besetzung ernsthaft gewollt hat. (Beifall) Ich (Pffiffe, Zwischenrufe) Ich komme zum Schluß. Wir haben ganz wesentlich außer der Beteiligung an den Demos in der eigenen Stadt die Bewegung zu verbreitern versucht, wobei wir als Großstädter die Aufgabe sehen, die Bewegung in die Arbeiterklasse hineinzutragen, insbesondere haben wir an mehreren Stadtteilen durchweg proletarische BI's, die sich deutlich von vielen an anderen Orten unterscheiden, wie man sagen muß. Schwerpunkt weiter ist der Kampf gegen die Kriminalisierung. Ihr wißt, daß in unserer Stadt die Freunde Bernd und Werner als Anarchisten verhaftet und lange inhaftiert wurden, die ~~xxx~~ wir auf ähnliche Weise zur Meldung begleiten wie die Hamburger mit ihrem Fall (Beifall) und ebenfalls werden sie gegen mich versucht, die Kriminalisierung mich als Rädelsführer und Hausfriedensbrecher gegen Brokdorf ~~xxxxxx~~ inzwischen verfolgen in ähnlicher Weise organisiert. Abschließend, Schwerpunkt, meinen wir, muß sein, erstens die Region um alle AKW's zum Feindesland zu machen 2. die Arbeiterklasse einzubeziehen . 3. Auf zentrale Aktionen alle Kräfte zusammenzuschließen gegen das schwächste Kettenglied und wir haben von dieser BK im wesentlichen erwartet, dieses zu organisieren und dieses zu diskutieren, und draus Konsequenzen schließen, ohne aber hier nichtgemäße Organisationsformen aufzuzwingen und insbesondere aus der Sorge nicht in einen Wüstenhagenverband zu verfallen sich ~~gar nichts zu organisieren~~ jetzt gar nichts zu organisieren und auf diese Weise dem Wüstenhagen den besten Gefallen zu tun. Dankeschön. (Beifall)(längerer)

(nächster Redner): Ja, ich bin von der BI Landshut, ich möchte was zu der Demo in Ohu sagen und erstmal von dem Stand der Bewegung in Bayern von dem wir ausgingen, vor dieser ersten zentralen Aktion. Wir müssen also sagen, daß die Bewegung in Bayern im Vergleich zu Norddeutschland sowohl politisch als auch personell relativ schwach war und auch noch immer ist, so daß uns also hier die Vorbereitung der Aktion ein erhebliches Stück weitergebracht hat. Die meisten Initiativen wurden in Bayern meines Wissens erst nach der 2. Brokdorf-Aktion gegründet und auch die 3. Demo in Brokdorf oder Grohnde hat uns einiges gebracht an neuen Aktivitäten. ... Im Verlauf der Diskussion um die Demo in Ohu und eine Mobilisierung dafür wurden bei uns einige neue Initiativen gegründet in Bayern, es wurden neue Kontakte geschlossen, weiterhin muß man sagen, daß eben auch politisch die Sache dadurch vorangekommen ist, daß einige Widersprüche, die vorher zwar schon da waren aber jetzt anhand dieser Aktionen offen auf den Tisch gebracht wurden, ..es gab also besonders in München recht starke Auseinandersetzungen drüber, wo also einige Leute, die sich ~~xxxx~~ also irgendwie als Spontis begreifen aber m.E. nicht unbedingt sind, ziemlich massiv gegen die Ohu-Demo gehetzt haben. Es kommt aber da heute nachmittag noch ein Bericht von einer Münchener Initiative dazu. ... Besonders traurig ~~sind, daß sie sich~~ ~~xxxxxxx~~ Kapitel sollte man noch erwähnen, war das also das zwei Zeitungen der Alternativ Presse, das 'Münchener Blatt' und das 'ID' sich also in die Hetze gegen die Ohu-Demo einreichten und insbesondere der ID sich also nurmehr stilistisch von der bürgerlichen Presse unterschieden hat. Er hat also z.Teil mit offenen g. fälschten Sachen gearbeitet, so wurde behauptet, daß eben da eine zweite regionale Konferenz gegen Ohu entschieden hätte obwohl also eine Mehrheit der BI die dort waren, dies überhaupt nicht als Regional-Konferenz anerkannt haben und auch nur Beobachter entsandt haben und da keine Abstimmung gemacht wurde. Dann zur Demo selber, es ist also vorher eine ziemlich Pressekampagne dagegen gelaufen mit den üblichen Sachen von Gewalttätigkeiten und so, weiterhin, was eine Besonderheit ist, haben sie, obwohl sie also wussten, daß diese Demo auch vom Stand der Bewegung her relativ klein sein wird, ein riesiges Bullenaufgebot dort zusammengezogen, es waren also 8000 Bullen in Ohu und 4000 in Bereitschaft die in Landshut lagen und bestens ~~wurden~~ ausgerüstet worden sind. Sie haben ja in einigen Punkten eine neue Taktik eingeschlagen, und zwar daß sie versuchten schon im weiten Vorfeld von Ohu die Demonstarnten abzufangen und zu stoppen, daß sie versuchten durch Auflagen, durch demo-Auflagen quasi ein Demo-Verbot durchzusetzen, so war also verboten, Helme zutragen, sich zu verummnen, wie es also da drin steht, sich zu schminken und so. Es wurde also beschlossen, es wurde also zur Auflage gemacht, daß wir in 100-Blocks marschieren, was aber dann nicht eingehalten wurde, also in dem Sinn muß man also sagen, daß vermutlich auch die Demon in Ohu für die Taktik der Bullen so ein Modellfall war, was sie wahrscheinlich versuchen, öfter durchzuführen. Für uns war dann diese Teilnahme von 2000 Menschen, also zumindest für mich ist es ein Erfolg, weil ~~xx~~ wir eben auch gegen diese Pressekampagne ~~xxxx~~ verdammt wenig entgegenzusetzen hatten, weil die Bewegung dadurch sehr unkoordiniert ist und es lief doch schon erheblich anders wie in Brokdorf oder so, wo ^{diese} die Hetze vorher auch eine massive Gegenpropaganda entgegengesetzt werden konnte. Bei uns kam also am letzten Tag nur ein einziges Flugblatt raus, was natürlich eben sich dann so ausgewirkt hat, daß viele Leute einfach Schieß hatten dahin zu kommen oder von dieser Hetze sich einfangen ließen. Insbesondere in Landshut war das ~~nxxx~~ ein Erfolg, weil wir gegenüber der ersten Demo unsere Mobilisierung ausdehnen konnten, es haben also mehr Leute dagegen demonstriert wie auf der ersten Demo die wir in der Stadt Landshut machten, wo hauptseitig also, was heißt hauptseitig, wo mit dem Schwerpunkt in der Stoßrichtung das sie echt sagten, wir lassen uns das von den Bullen nicht gefallen, daß die die Demo so

kaputt machen wollen. Und im Endeffekt ~~xxxxxxx~~ keine Demo mehr zulassen wollen, sondern nur noch einen schwerbewachten Gefangenen-transport. An sich wollt ich euch jetzt noch kurz bitten, daß eine Vertreterin der Nürnberger Initiative reden darf, weil nach der Rednerliste kommt ja wohl vor 12 Uhr nichts mehr dran und die wollt auch noch einiges von Bayern dazu sagen, ich glaube das ist ... das wir sowieso sehr ~~unterrepräsentiert~~ unterrepräsentiert sind (Beifall).

Disk-Leiter: Ich halte Gegenrede dagegen, weil ich meine, inwieweit die ~~Einschätzungen~~ ~~da~~ übereinstimmen können sie ja hier gebracht werden von den Bayern, aber wenn wir hier anfangen, wieder Leute vorzuziehen oder Regionen vorzuziehen, es sind Leute aus Biblis da und sind sonst was für Leute da, gibt es hier wieder das große Chaos, Ich bin der Meinung sie sollen auch die Gelegenheit nach der Mittagspause hier auch ihre Fragen noch mit reinzubringen, wir sollten jetzt in der Rednerliste hier fortzufahren (Pffiffe) (Beifall) Könnt wir jetzt hier mal darüber abstimmen. Also, ich mein Nürnberg liegt ja auch in Bayern, nee, also in der selben Region, können wir kurz mal abstimmen? Wre ist der Meinung, das wir hier eine Ausnahme machen sollen, jemand vorziehen sollen, Wer ist dagegen? ... Okay, die Nürnberger Kollegin also. (Beifall)

(Nürnberg Vertreterin)

Also ich möchte jetzt erst mal kurz was von Nürnberg erzählen. Nur mal zudem was gestern in hier abgelaufen ist. Also ich bin der Meinung, daß hier ziemlich Scheingefechte geführt werden, um Sachen, die eigentlich nicht an der Tagesordnung stehen. Ich glaub, daß wir hier vielmehr ~~in~~ die Auseinandersetzung um Inhalte führen muß u m einen praktischen ~~Kampf~~ Kampf. (Beifall)

Nochmal zu Nürnberg, ich denk, daß auch die bayrische Bewegung gestern ziemlich vergessen worden ist. Für Bayern hat das so ausgeschaut, das Brokdorf,3 für uns eigentlich ein großer Erfolg war und ~~war~~ deswegen, weil erst dadurch überhaupt Leute also aktiv geworden sind, weil sie gemerkt haben, daß wir gemeinsam durch geschlossenheit einen gemeinsamen Aktion überhaupt einen Kampf führen kann. (Beifall)

Auf das hin hat sich ... also nach Brokdorf hat sich dann eine Nürnberger-Initiative gegründet, bei der Gründungsveranstaltung 500 Leute da waren. (Beifall)

Wobei auch also eine Plattform veranschiedet worden ist, die von allen angenommen worden ist. Wo hauptsächlich begründet worden ist, das alle AKW-Gegner, die den Kampf gegen AKW's führen wollen, daß die unabhängig von ihrer politischen Einschätzung den führen können und das die Zusammenarbeit aller AKW-Gegner notwendig ist, um nicht also - wie schon vorhin gesagt - Scheingefechte hochzuziehen an denen sich politische Gruppen, an denen sie Kapital schlagen, sondern um Gemeinsamkeiten zu finden, also und gemeinsam gegen den echten Feind angehen können. (Beifall)

Dann möchte ich noch kurz was zur Organisierung in Nürnberg sagen. Bei uns schaut es so aus, daß es 5 Arbeitsgruppen gibt, wobei 1 Arbeitsgruppe hauptsächlich von Gewerkschaftlern getragen wird, die sich mit dem Problem Rationalisierung und Bau von AKW's beschäftigt.

Und die auch massiv also in der Gewerkschaft die Arbeit inhaltlich vorantreiben. (Beifall)

Da gibts noch, ich zähl das jetzt bloß auf, da gibts noch eine Ökologiearbeitsgruppe, Arbeitsgruppe, die sich hauptsächlich mit Kontakten und Informationen von anderen BIs auseinandersetzen. Und da gibt es noch Untersuchungsarbeit, was in Bayern speziell so läuft. Und was geplant wird. Die Arbeit wird so koordiniert, daß die Arbeitsgruppen ihre Berichte auf Vollversammlungen vorlegen und das dann auf Vollversammlungen gemeinsame Aktionen weiterhin beschlossen werden. Was ich hier noch einmal zu dem BK sagen möchte. Also ich finde es wichtig, daß wir hier feststellen welche Gemeinsamkeiten wir haben. Und daß die hier auch auf den Tisch kommen. Und das wir uns auch überlegen, wie können wir die Arbeit praktisch weiterführen und wie können wir in nächster Zukunft Aktionen oder sonst welche Aktionsformen gemeinsam tragen. (Beifall)

Also, ich sprech für die BI-Köln. Wir haben uns gegründet seit ~~xxxx~~ 1/2 Jahr, seit Brokdorf 2. Haben ungefähr so in Spitzenzeiten 100 Mitglieder und 50-60 ~~M~~ Aktive. Wir haben uns jetzt durch diese ganzen Diskussionen, Brokdorf - ja od. nein - Itzehoe, sind wir also - haben wir festgestellt, daß unsere praktische Arbeit also sehr drunter gelitten hat. wir sind also zu keiner Agitationsarbeit in der Stadt mehr gekommen .. eh .. wir waren also nicht mal fähig, vor Brokdorf oder nach Brokdorf irgendein Flugblatt rauszugeben, was also der Hetze in der Presse was ~~xxxx~~ entgegengesetzt hätte, und deswegen haben wir uns aufgeteilt in Stadtteilgruppen, unsere Hauptarbeit liegt im Moment darin, eine Agitationsarbeit, eine Propagandaarbeit zu machen. Wobei wir natürlich nationale Sachen nicht ablehnen, weil wir der Ansicht sind, daß das nur sehr langfristig geschehen kann, daß man in den Stadtteilen in der Stadt sehr gut vorbereitet sein muß. (Beifall) Zur nationalen und regionalen Sachen gibts jetzt eine Landeskongferenz in NRW, die hat sich erst einmal ~~xxxxxxxxxxxxxxxxxxxx~~ getroffen ~~xxxxxxxxxxxxxxxxxxxx~~ trifft sich am nächsten Wochenende nochmal wobei wir den Hauptschwerpunkt unserer Arbeit auf den schnellen Brüter in Kalkar gelegt haben. (Beifall) und wir wollen noch vorschlagen aber da muß halt nachher beim TOP 4 diskutieren, für September ne größere Sache in Kalkar zu machen, wo also auch die holländischen Initiativen schon für mobilisieren. (Beifall) Ja, ich weiß nicht ob ich nicht noch was vergessen habe, ansonsten schließen wir uns also inhaltlich, was den Konferenz-Verlauf gestern betrifft und auch was... ach ja, moment, noch was.... unsere Schwierigkeit liegt also darin daß also in der Initiative wie in allen größeren Städten wahrscheinlich vorwiegend Linke sind, d.h. das wir uns also wirklich überlegen müssen, Aktionen überlegen müssen, wie wir besser an die Bevölkerung herankommen, wir also die Bewegung verbreitern können, besser als das bisher gelaufen ist. (Beifall) Wir haben jetzt also auch im Stadtteil gesehen, daß ~~xxxxxx~~ also so die traditionellen Sachen der Linken, wie ~~xxxx~~ Flugblätter, Stände oder so, ne, das die also nur noch sehr wenig bringen. Wir überlegen uns halt, jetzt Sachen zu machen wie Musik, mit den Kölner Stadtmusikanten, ich weiß nicht ob ihr die kennt, und würden da auch gern mit anderen Initiativen zusammenarbeiten auch praktische Erfahrungen austauschen. (Beifall) Und ansonsten schließen wir uns inhaltlich was den Konferenzverlauf betrifft voll dem an, was die Freiburger gesagt haben. (leichter Beifall)

Disk-Leiter: Mainz-Wiesbaden!

Mainz-Wiesbaden: Ich bin der Gerd von der BI ~~M~~ M.-W., ich wollte ^{haben} zunächst mal was sagen, wir gestern abend über den Ablauf des Kongresses diskutiert, was wir daraus für Folgerungen ziehen

dabei hat sich herausgestellt, daß die Leute, die von uns da waren, ziemliche Angst haben, hier am Mikrofon zu reden und ~~sich~~ durch den Ablauf, wie das passiert ist, daß z.B. DKP-Leute hier niedergebrüllt werden nur weil sie für Itzehoe mobilisiert haben oder in Itzehoe waren und hinterher das zum Teil noch als einen Fehler angesehen oder eingeschätzt haben, dadurch die Angst nicht geringer geworden ist, und wir meinen, daß es hier einigen Leuten genauso geht (Beifall) .. Grundsätzlich zum Verlauf wie das jetzt läuft, das finden wir gut, wir sind hierher gekommen, es war nicht mehr möglich wegen der Kürze der Zeit, den, die Kongressvorbereitung ausführlich zu diskutieren. Wir sind hierher gekommen mit dem Teilauftrag der BI M.W. zu verhindern, daß ein linker Gegenverband zur BBU gegründet wird und anstatt dessen ein Kommunikationsnetz zwischen autonomen oder zwischen selbständigen Gruppen herzustellen (beifall). Ich persönlich finde es sehr gut, daß jetzt die Gelegenheit da ist, denn um die Grundlage zu dem Info-Netz zu legen ist es nicht ausreichend, einfach eine Adressenliste zu erstellen, ~~sie~~ sondern dazu ist es auch notwendig, daß die einzelnen Gruppen sich hier darstellen können. Jetzt kurz nur zur Einschätzung zum bisherigen Kongressverlauf, gestern hat sich ja herausgestellt, exemplarisch halt an der Diskussion um die Demo-Leitung Brokdorf 3, daß abgesehen von der Selbstkritik der Demo-Leitung selbst auf keinen anderen Punkt von anderen Gruppen inhaltlich eingegangen wurde. Mit dem falschen Vorwand, hier würde eine kleine Minderheit die großartigen Erfolge herunterzuspielen versuchen, welche Erfolge, bzw. strategischen Ziele erreicht wurden, wurde von dieser sogenannten Minderheit wurde von dieser Minderheit nämlich ebenfalls benannt, wurden die einzelnen Kritikpunkte vom Tisch gefegt bzw. man hielt es nicht für nötig ~~auf~~ darauf einzugehen. (beifall)

Was gestern hier passiert war, ~~das war~~ war der Versuch mit den Mitteln des Partei Hickhacks unter Mißachtung von Minderheiten, eine Kampfabstimmung über die globale Frage (beifall), eine Kampfabstimmung über die globale Frage über Erfolg od. Mißerfolg durchzuführen. Dies trägt nicht zur politischen Klärung bei, da weder klar wird welche politischen Ziele erreicht und welche nicht erreicht wurden noch welche Fehler gemacht wurden und was für welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind. (Beifall)

Ich begründe das mit dem Kongressverlauf gestern, daß wir hier da sind, jetzt darauf, ich - darauf, daß ich dafür eintrete, daß die Gruppen möglichst breiten Raum kriegen werden. (Zwischenrufe)

Und ausserdem haben wir diskutiert das die süddeutschen Gruppen hier ziemlich unterrepräsentiert sind, und das deshalb auch notwendig ist, daß sie sich möglichst breit darstellen können.

(Zwischenrufe)

Ich komm sofort dazu. In M.-W. gibt es eine BI, gegen - eine BI-Umweltschutz seit ca. 2 Jahren, vorher bestand das Radioaktiv, daß waren, daß ist, die besteht jetzt auch noch. Das ist eine Gruppe von Studenten an der Uni und aus diesem Radioaktiv sind Leute rausgegangen, die mit der Diskussion im Radioaktiv, mit den, mit der Arbeit, die dort geleistet wurde nicht zufrieden waren, die haben eine BI-Umweltschutz gegründet, die - wie ich meine, zu Anfang zunächst so eine Art Diskussionszirkel war, wo Referate gehalten wurden usw..

Und, ja die politische Diskussion, die eben auch im Zusammenhang mit Brokdorf 3 ging und was ich - also es gab eine Fraktion praktisch, die hauptsächlich aus dem Vorstand, 3-4 Leute aus dem Vorstand bestand, die nach Itzehoe wollten. Die überwiegende Zahl der Leute wollte nach Brokdorf, es waren also insgesamt 5 Busse, die nach Brokdorf gefahren sind. (Beifall)

Ja-die BI Mainz-Wiesbaden hat zur Zeit 40-50 Mitglieder, die permanent was machen. Es hat Probleme gegeben mit der hierarchischen Struktur, daß ist ein eingetragener Verein. Ist auch Mitglied im BBU. Die Frage der Mitgliedschaft in der BBU ist zur Zeit offen, wobei man nicht weiß, ob man drin bleibt, raus geht oder sonst macht. Und BBU - und es gibt ausserdem in Mainz noch die Gruppe Radioaktiv - was ich eben gesagt hatte, da gibt es einen AK Umweltschutz, in Wiesbaden, das sind ca. 20-30 Leute. Dann gibt es eine kleine Gruppe, die am besten als ~~XX~~ ~~xx~~ autonome Gruppe zu bezeichnen ist, unter sich auch erst mal bleiben will, ein Hessenkollek, das ist eine Einrichtung des 2. Bildungsweg. Insgesamt kann man sagen 120 Leute, die aktiv sind. Wir haben jetzt die BI so organisiert, daß verschiedene Arbeitsgruppen gibt, daß der Vorstand nur noch eine Repräsentative Funktion hat. Die Arbeitsgruppen zähl ich mal kurz auf. Es gibt also eine Arbeitsgruppe Biblis, eine lokale Atomgruppe, eine Lokalgruppe, die sich mit sonstigen Problemen auseinandersetzt, also Luftverschmutzung durch Kalle zB Kalle ist ein chemischer Betrieb, der ziemlich stinkt in Mainz und Wiesbaden. Und dann gibt es eine Gruppe Wiederaufbereitungsalternativen, die Wiederaufbereitungsgruppe kümmert sich hauptsächlich um die Gewerkschaftsarbeit. Und die anderen Gruppen versuchen eben lokal und im Raum um Biblis rum die Bevölkerung anzusprechen. Was -, ja dann gibts in der Region eine regionale Zusammenfassung von ca. 28 BI's, einen regionalen Koordinations-treff, ~~damit~~ damit gibt es einige Schwierigkeiten, ich will das einmal schildern am Beispiel des Osterspaziergangs, den wir gemacht haben, der von der Teilnehmerzahl recht beeindruckend obwohl es geschneit hat usw. Es waren ca. 5000 Leute da, und es nur so gewesen, daß in der Vorbereitung ziemlich viele Sachen gelaufen sind, die eben den Stand der Bewegung ziemlich exemplarisch darstellen dort. Es ist so gewesen, das ein Redner zB von der KPD/ML organisiert ist, der hat einen Beitrag übernommen, zu dem auch der KO-Treff zugestimmt hat, und zwar ging es in dem Beitrag um wirtschaftliche Verflechtungen, also relativ harmlos. Und im letzten Moment hat eine BI, die die Anmeldung für die Demo gemacht hat, damit gedroht, die Anmeldung zurückzuziehen wenn der seinen Beitrag hält. Er mußte also auf die Erpreßung hin seinen Beitrag zurückziehen. Andere Sachen sind gelaufen, daß sich ~~xxx~~ 3 od. 4 BI's zusammengetan haben und eine Satzung machen wollten, die nur eingetragene Vereine als Mitglieder des regionalen KO-Treffs zuläßt und praktisch sol~~che~~che Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen K-Gruppen sangsionieren sollte. Das ist aber verhindert worden und im Moment ist das so die Unvereinbarkeitsbeschlüsse erst einmal vom Tisch sind. (Beifall)

Dann ~~zum~~ der Situation

Disk.-Leiter

Kannst du langsam zum Schluß kommen, weil noch sehr viele BI's draufstehen.

Ja, ich komm gleich zum Schluß.
 Ich wollt nur noch was sagen zu der Situation in Biblis direkt.
 Es ist so, daß also der Osterspaziergang, daß sich gezeigt hat
 das der -, daß sehr unwahrscheinlich ist, daß dort in nächster
 Zeit großartige, militante Aktionen laufen. Die Situation in Biblis
 ist so, daß zwei Bloecke schon stehen, und das der beste Vorwand
 für den Staatsapparat ist, massiv Polizei einzusetzen, drauf
 los zu knüppeln, weil sie sich es nicht leisten können, daß da
 der Platz für Block C besetzt wird. Deswegen muß man überlegen,
 welche alternativen Aktionsformen man hat und es gibt Leute, die
 überlegen wir befürchten allerdings, daß es relativ wenige sind,
 wir sind im Moment im Aufbau. Versuchen mit den anderen Gruppen
 Kontakt aufzunehmen und werden deswegen auch darauf angewiesen,
 daß wir auch ein bundesweites Informationsnetz haben, wo eben
 nicht nur die Möglichkeit ist, daß man, wenn was läuft, daß man
 dann auch sehr schnell bundesweit mobilisieren kann, sondern wo
 man sich in anderen Gruppen austauschen kann, über Strategie und
 Taktik im Raum Biblis.
 (leichter Beifall)

Disk-Leitung: Es ist so, es ist 12 Uhr, Können wir noch einen
 drannehmen? Wer hat noch, daß er sich kurz faßt und das wir dann
 Mittagessen machen. Und wir treffen uns dann hier um 1/4 nach
 wieder. Könnte der Bernd noch reden? Okay, Bernd aus Bochum.
 Oben steht das mit den Filmen, wer also Interesse hat, kann in der
 Mittagspause dahin gehen, das ist unten, wenn man die erste Treppe
 hochkommt, geradeaus rein. Mit den Stimmkarten, das soll jetzt auch
 in der Mittagspause abgehandelt werden. Aber hört erst mal zu
 was der Bernd zu sagen hat.

Bernd: Ja, als erstes will ich sagen, daß wir in NRW beschlossen
 haben am nächsten Wochenende die Landeskonferenz NRW zu gründen
 und hoffen daß hier gute Beschlüsse gefasst werden, die uns dann auch
 weiterhelfen in NRW. (Beifall) Um noch mal kurz zu sagen, in NRW
 gibt es vor allen Dingen gegenwärtige Bauprojekte in Hamm-Üntropp
 und in ... ? (2. Ort unverständlich, ca. Tehateerp?) und in Kalkar
 ein Schneller Brüter, wo die beiden Konzentrationspunkte des Kampfes
 gegenwärtig sind. Wir haben vor allen Dingen in der Auseinandersetzung
 um die Vorbereitung um Brokdorf die Bewegung in ganz NRW stärken
 können und ich kenne keine Initiative, die außer einigen Wüstenhagen-
 Anhängern, die die Brokdorf demo als einen Mißerfolg charakterisiert
 hat. (Beifall) Wir können aber sagen, daß aber unmittelbare nach
 Brokdorf die Anstrengungen der Wüstenhagen-Anhänger ungeheuer verschärft
 haben, die Spaltung in NRW zu vertiefen, die bestehenden Zusammensch-
 lüsse aufzulösen, bzw. nur noch ihnen genehme Leute einzulotsen.
 Wir müssen uns darüber im Klaren sein, daß diese Kräfte grundsätzlich
 mit Geheim-Treffen ihre Absprachen treffen während wir, das sehen wir
 hier, in aller Offenheit unsere Diskussionen führen, und das ist
 unsere Stärke und darin müssen wir sehen, daß wir uns durch solche
 Kräfte nicht einschläfern lassen, bzw. hinhalten lassen (beifall).
 Konkret wurde bei uns zB beim Osterspaziergang in Hamm-Üntropp
 durchgeführt, angemeldet von dem Vorsitzenden der BI Hamm, Klaus
 Meyer, Wüstenhagen Anhänger bis zum letzten, , folgenden Trick
 gemacht hat, erstens hat er natürlich alles bestimmt, was dort
 überhaupt alles passiert, d.h. jede oppositionelle Regung gegen-
 über seinem Klamauk, wir müssen uns selbst einschränken, wurde
 verboten, wurde zu unterdrücken versucht, aber was ich bezweifle ist,
 das entscheidende ist, daß dieses Element noch nicht mal schmutzig
 genug vorgekommen ist, die Polizei zu rufen, um
 die Ordnung der Demo zu sichern, denn dazu sei er nicht in der Lage.
 Und das muß man sich vorstellen (Pfiffe), daß diese Kräfte sich als
 AKW-Gegner aufspielen, und ich meine, daß das eine wichtige Erfahrung

auch in NRW ist, war, die weiter diskutiert werden muß und die den Inhalt eben hat, die entschiedenen AKW-Gegner fernzuhalten, sie abzuspalten und vor allen Dingen noch Kräfte, die nach Itzehoe mit-~~gegangen~~ gegangen sind, weiter an den Wüstenhagen-Verein zu binden und darum müssen wir ringen, dieses zu gewinnen. (Beifall) Es ist auch nicht zufällig, daß jener Mann ausgerechnet ein Propagandist der guten Zusammenarbeit mit der ~~XXX~~ SDAJ, der Jugendorganisation der DKP, ist, wo einige Leute eben mit seiner Initiative eben mitarbeiten, die bis zu der Tatsachen gehen, daß sie eben, ohne Erklärungen abzugeben, wie in DO aus den Initiativen ausziehen, Spalterinitiativen gründen und sich als die wahren Initiativen hinstellen, und daß alles unter dem Namen der Gewaltfreiheit, im Grunde genommen aber gleichzeitig eben bereit, die Polizei gegen die Demonstranten gegen die AKW-Gegner einzusetzen, daß ist die entscheidende Schweinerei, die man bekämpfen muß. (Beifall) Ich will zum Abschluß sagen, daß wir mit der Vorbereitung der Landeskonzferenz jetzt zum nächsten Wochenende, wo ich alle, die noch nicht aus NRW hier sind und noch nicht genau Bescheid wissen, die sich vielleicht an mich wenden sollen, daß wir dort die Diskussion führen, über unsere Schwerpunkte in NRW, wo unbedingt der Kampf geführt werden muß eben Demonstration und der Aktion gegen den Schnellen Brüter, wo vor allen Dingen die Diskussion geführt werden muß, die relativ junge Bewegung in NRW auf solidere Füße zu stellen und mehr Arbeiter und Werktätige da wirklich zu gewinnen und in Kalkar selbst die Diskussion jetzt eben steht und Ende September eine größere Aktion vorzubereiten und durchzuführen und das will ich euch nur noch zum Abschluß bekannt geben, was ~~jetzt~~ ihr sicherlich dann noch hören werden. (Beifall)

Disk-Leitung: Eine kurze Durchsage, und zwar betrifft das die Delegierten von Alt-Eimsbüttel, Öko-Kontor, Atom-Info-Zentrum Mainz-Wiesbaden, In. Daniel?, die Nürnberger Initiative, die Hameln-Gruppe, Hameln-EA, Dörverden, Pol. Ökologie, HH, EA-BUU, HH-Eppendorf, BI, Kassel, HM, Flensburg, Blankenese, BUU-AK Brokdorf, Segeler Initiative Umweltschutz, die BI HM, Mthe-Physik, ach da sind noch mehr, Münchner, die Berliner, na ja, alle möglichen Leute, die gestern abend in der Kornstraße waren, die treffen sich heute um 12 Uhr an der Zeltstadt, daß sind übrigens 47 Gruppen, die da vertreten waren, die BaWi - BI's treffen sich jetzt unten in dem Foyer. Jetzt ist Mittagspause bis 1/4 nach 1, und ich bin der Meinung, wir sollten hier pünktlich auch wieder anfangen und nicht irgendwie Extrageschichten machen. Stimmkarten werden in einer halben Stunde im Konferenzbüro ausgegeben. Das Konferenzbüro ist hier oben, hinter den Rängen, zwischen den beiden Treppenhäusern da.

M i t t a g s p a u s e

nach der Mittagspause:

Disk.-Leitung: ... ~~wiederhergestellt~~ heute vormittag, durch diesen letzten Abschnitt, Bericht aus den Regionen, wieder eine gewisse Ruhe in unsere Diskussion reingekriegt, es sind aus verschiedenen Beiträgen auch tatsächlich wichtige Informationen gegeben worden über die Arbeit innerhalb der Regionen. Wir sind aber der Meinung, daß wir jetzt nicht endlos, d.h. bis alle BI berichtet haben, diesen TOP fortführen können, sondern wir haben den Auftrag, die TOP, Grundlagen unseres Widerstandes, den TOP, weitere Arbeit der BI, und zuvor noch den TOP, Kriminalisierung der Bewegung hier ebenfalls noch heute zu behandeln. Von daher schlagen wir vor, daß wir zunächst noch kurz weitermachen in den Berichten aus den Regionen, bis wir sagen können, wir haben einen ungefähren Überblick darüber, was in den einzelnen Regionen läuft, und daß wir dann übergehen zu dem Punkt Kriminalisierung, wir haben jetzt 1/2 X 2, ich würde vorschlagen, daß in einer 1/2, spätestens in einer 3/4 Stunde wir zu dem Punkt Kriminalisierung

kommen. Dabei bin ich mir darüber bewußt, daß nicht alle, die sich hier vorne angemeldet haben noch dran kommen. Vielleicht kommen nicht mal alle durch. Das richtet sich gegen niemanden, um daß mal klipp und klar zu sagen. Es kann auch, es ist verschiedentlich von einigen Leuten hier davon gesprochen worden, Hier werden Minderheiten terrorisiert oder majorisiert, oder sonst was. Ich bin der Meinung das das nicht der Fall ist. Wir haben aus der gestrigen Diskussion eher die Einschätzung gewinnen können, daß Mehrheiten hier tyrannisiert^{werden}. (Pfiffe, Beifall)

Gut. Was die Frage der , des Treffens verschiedener Gruppen jetzt in der Mittagspause betreffen bzw. gestern abend angeht. Schlage ich vor, das ein Sprecher dieser Gruppierung jetzt hier 3 Minuten, wie alle anderen auch kurz darstellen kann, daß Unbehagen oder was auch immer an der bisherigen Diskussion und die Vorstellung, die von diesen Gruppen erarbeitet worden sind. Und das wir dann, tatsächlich in der Rednerliste weitergehen und damit also gewährleisten ist, daß sich diese Gruppe wiederum, also mit dem Argument, sie werde majorisiert, genau das selbe in der anderen Richtung tut. Wir haben gestern morgen zu Beginn unserer Tagung klar, klare ~~Entscheidungen~~ Beschlüsse darüber gefaßt, was diese Konferenz bringen soll, dort ist klar gemacht worden, daß diese Konferenz nicht einfach ein unverbindlicher Plausch darstellen soll. Entschuldigung - nicht Plausch, sondern ein~~e~~ unverbindlicher Austausch von Informationen, sondern das es auch darum geht, hier die weitere Arbeit der KKW-Gegner im Bundesgebiet ein bißchen Zusammen zu fassen, auch hier Mehrheitsmeinungen zu finden, nach den man sich auch richten kann, ~~da~~ hier ein Meinungsbild wirklich herzustellen. Ich bin der Meinung, daß ~~xxx~~ wir daran festhalten und ich frage euch jetzt, wir müssen das wahrscheinlich abstimmen, weil wir jetzt nicht in Einzeldiskussionen über die weitere TO eingehen können. Deswegen stimmen wir jetzt ab, ob ihr damit einverstanden seit mit dem Vorschlag, den ich bislang gemacht hab, zur Verfolgung der TO. Ich möchte noch kurz was ergänzen, und zwar sieht die Sache so aus, daß wir die Leute in der Rednerliste hier, auffordern möchten bitte genauer auf die Fragen, die da noch anstehen, nämlich Grundlagen der Arbeit, im wesentlichen haben wir auch Leute von dem BI darüber auch schon gesprochen. Das wir dann so machen können, daß wir dann nach dieser 1/2 oder 3/4 Stunde die Anträge, die dafür vorliegen, daß die sich mal hinter der Bühne, im H interraum mal besprechen, inwieweit also überhaupt noch aufrecht erhalten bzw. in anderem, größeren Anträgen schon mit drin sind, daß wir währenddessen halt mit der Kriminalisierung hier machen können, das ist ein ziemlich kurzer Punkt und dann sehr schnell nach diesen Anträgen zur weiteren Arbeit kommen. Also ich bitte euch jetzt darum, darüber abzustimmen ob ihr damit in der Verfolgung der TO so einverstanden seit. Ich bitte um die Ja- Stimmen. So - die Gegenstimmen, bitte. Das ist eine Minderheit. Dann fahren wir jetzt fort. Damit haben wir auch beschlossen, daß zunächst 3 Minuten ein Vertreter dieser Konferenz, oder ich weiß nicht wie ich das hier bezeichnen soll,- (Zwischenruf: Es gibt keine Gegenkonferenz) Natürlich gibt es ~~keine~~ Gegenkonferenz, das meine ich auch nicht.

(Redner)

Ja, ich wollte nur kurz was zu sagen. Wir hatten uns gestern getroffen und heute noch einmal ne. Wir haben den gestrigen Tag ziemlich beschissen gefunden wie er gelaufen ist, aus verschiedenen Gründen, und das es uns nicht weitergebracht hat.

Wir haben uns aber überlegt, daß es heute darauf ankommt also noch was aus der Konferenz zu machen und das es da vor allen Dingen wichtig ist, konkret die Arbeit zu besprechen, die wir machen wollen (Beifall)(Bravorufe)

Das heißt konkret für uns, daß wir uns nicht wieder in eine Wahnsinnsideologische Diskussion einlassen, wie gestern, sondern das wir konkrete Punkte besprechen, allerdings nicht losgelöst, natürlich mit einem Inhaltgefühl. Aber der Inhalt immer in Bezug auf das was gemacht werden soll. (Beifall)

Dazu haben wir jetzt einen konkreten Vorschlag zu machen. Das Für das weitere Vorgehen in der TO, und zwar, zunächst einmal soll ~~hieroglyphenartige Rednerliste~~ hier diese Rednerliste zu Ende geführt werden. Und zwar so, daß die Redner möglichst bei den Beiträgen hier vorbringen, was sie als Initiative oder als Regionen in der nächsten Zeit vorhaben und was sie hier der Konferenz vorschlagen, damit wir auch alle was davon haben. (Beifall)

Wenn die Sache hier abgeschlossen ist, dann können wir zu den anderen Punkten kommen, aber müssen wir wirklich aufpassen, daß wir wirklich nicht wieder in die Diskussion von gestern einsteigen. Deswegen machen wir einen konkreten Vorschlag, das wir spätestens um 16.00 Uhr mit dem Punkt weitere Arbeit beginnen, und daß das auch ~~st~~ ganz strikt eingehalten wird, damit wir ~~noch~~ von der Konferenz auch was mit nach Hause nehmen können, womit wir dann in den Initiativen weiterarbeiten können. (Beifall)

Dietmar vom Bund für Umweltschutz Tübingen:

(Zwischenrufe)

Disk-Leitung: Paßt mal auf, die Disk-Leitung hat ihre Vorstellungen vom weiteren Ablauf hier präzisiert und es gab auch eine Abstimmung die mehrheitlich ganz klar für die Vorstellung der Disk-Leitung aufgefallen ist (Zwischenrufe, Unruhe) Hört mal zu, die Sache mit 16.00 Uhr ist völlig korrekt, ja,

Redner: Also paß mal auf, ne kurze Sache, das war als Antrag verstanden ...

Disk-Leitung: 16.00 Uhr weitere Arbeit, ist doch völlig klar.

Redner: Wir können das so machen, daß wir kurz also und das halte ich auch für wichtig, damit eine Diskussion auch diszipliniert abläuft, damit sich Leute, ~~diskutieren~~ dann nicht sagen, hier was nicht beschlossen und so weiter usf., ne. Das wir jetzt ganz ~~klar~~ klar feststellen, ^{haben} wir einen Vorschlag gemacht erstens, Beiträge sollen die konkrete weitere Arbeit der Initiativen darstellen, zweitens, dann können wir auf die anderen Punkte kommen, wir sollten nicht wieder auf die Diskussion von gestern einsteigen und drittens spätestens um 16.00 Uhr wird die praktische weitere Arbeit diskutiert. Das sollten wir/ vielleicht hier mal bestätigen lassen, damit wir auch ganz sicher davon ausgehen können, daß es so läuft. (Beifall)

Disk-Leiter: Wir machen so, ich mein das spricht sich ja garnicht ... wir machen das so, wie wir das hier besprochen haben, machen hier weiter mit den Schwerpunkten der Arbeit und aus den einzelnen Regionen bis 1/4 nach 2, steigen dann ein in die , einerseits die Anträge dazu zu strukturieren, ~~wie~~ werden dann am Schluß

kurz vorgestellt und abgestimmt, und zwischendrin die Sachen mit der Kriminalisierung und dann sind wir 16.00 Uhr ziemlich sicher fertig und dann fangen wir dann, ... ich meine, die Leute, die hier dann noch reden, werden selbstverständlich was zur weiteren Arbeit und zu ihren Vorstellungen auch sagen und wir werden dann 1400 Uhr zur Frage der weiteren Arbeit, werden wir dann dazu kommen. 16.00 Uhr.

Redner: Der Antrag lautete auf Schluß der Rednerliste

(Zwischenrufe) ...(unverständlich)

Disk-Leiter: Das ist doch eure, hier steht doch Biblis, das seid ihr doch, Junge.

Redner: Hör mal, das kann ich garnicht klären, ja. Aber wir bezogen uns hier (Zwischenrufe), wir bezogen uns hier auf diese Rednerliste.

Disk-Leiter: Also der Antrag ist jetzt gestellt, daß die Rednerliste ganz durchgezogen wird. Ich kann unter Umständen diese Rednerliste noch mal vorlesen, wird das gewünscht. Gut, da stehen nicht alle, wir haben noch außer dieser Rednerliste 1, 2, 3, 4,15. Gut, ich les die vor. Vlotho, Lehrlingsinitiative KKW, Köln, Umweltschutz Delmenhorst, Jens, Mannheim, AKU-Bremen, Bremen-Dieter, BI Bergzabern, Sthet schon drauf, Dörverden, BBA

Ende des Bandes

(): (Zwischenruf)

Du ihr steht unter, ihr seid mit Biblis gemeint (Zwischenruf) die sind mit Biblis gemeint (Zwischenrufe); ich möchte das mal ganz einfach erklären, er ist mit Biblis, wo hier steht Biblis-Darmstadt, da ist er mit gemeint (Zwischenrufe). Ich werde doch wissen, was ich damit gemeint hab, als ich das dahingeschrieben hab; (Zwischenruf) Ich erklär das jetzt noch mal, - wir lassen jetzt auch nicht zu, daß der KBW hier die Geschichte terrorisiert. (Klatschen) Wir stimmen jetzt ab auf Durchführung dieser Rednerliste; wer ist dafür, daß diese Rednerliste, wie wir sie bis jetzt haben, abgeschlossen wird und bis zum Ende durchgegangen wird? Wer ist dagegen? Das ist die Mehrheit. So.

(Ein anderer am Podium: Wir müssen noch mal abstimmen. Hört doch mal zu. Der Antrag ist modifiziert worden auf die Rednerliste, die an der Wandtafel steht. Stimmen wir das noch ab. ~~Ww~~ (Beifall))

Wer ist dafür, daß die Rednerliste voll durchgezogen wird, so wie sie auf der Wandtafel steht? Wer ist dagegen? So kommen wir jetzt nicht weiter. Ich bitte jetzt noch mal (Zwischenrufe)

Ich bitte jetzt noch mal um Ruhe, verdammt noch mal, ihr müßt doch einsehen, daß wir so nicht weiterkommen. Deswegen.. deswegen geht es nicht ~~anyday~~ anders, als daß jetzt noch mal in aller Ruhe Anträge hier formuliert werden, über die wir dann abstimmen. So.

(Zwischenruf) Du bist jetzt nicht dran. (Pfeifen, Zwischenrufe) Du bist jetzt nicht dran. Der KBW hat sich genauso da dran zu halten wie jeder andere auch. (Beifall). Ich erinnere an verschiedene Diskussionen in Landeskongressen der BUU und so weiter, wo wir dieses Verfahren schon mal gehabt haben. Es werden jetzt in aller Ruhe, und darum bitte ich hier, Anträge gestellt, zur Geschäftsordnung erst mal, und darüber stimmen wir ab in aller Ruhe, und dann sind wir auch in der Lage, relativ schnell in die Diskussion einzusteigen. So. Jetzt ist hier der erste Geschäftsordnungsantrag.. kannst du jetzt mal bitte sagen, deinen Geschäftsordnungsantrag, wir notieren das, wir gehen die der Reihe nach dann durch.

(Im Saal: der Antrag ist nicht zu verstehen)

Am Podium: Was hat er für einen Antrag gestellt? Das untersucht wird, wie die Rednerliste aufgestellt wurde. (Tumult, Zwischenrufe) Stell deinen Antrag; komm mal runter und stell deinen Antrag, nein... bist du verrückt..)

Ich versteh das nicht als einen Geschäftsordnungsantrag, wir gehen jetzt weiter in der nächsten, in der Reihenfolge der Geschäftsordnungsanträge. (Beifall).

Mädchen am Podium: Ich möchte den Antrag zur sofortigen Abstimmung stellen, daß jetzt in der Rednerliste, so wie sie an der Tafel steht, weitergegangen wird, daß also ne Stunde, die, also wie die Diskussionsleitung das vorgeschlagen hat, die Bürgerinitiativen ihre Arbeit berichten, verbunden mit Vorschlägen mit weiteren Aktionen. Daß man das jetzt auf ne Stunde begrenzt und dann sieht, wie weit man gekommen ist; daß wir jetzt darin einsteigen und weitere Chaotisierungen hier nicht hinnehmen. (Beifall)

(): Gut. Das ist ein klarer Antrag und wir können über diesen Antrag auch sofort abstimmen, ich hab nur ne Frage ... ja, Gegenrede laß ich noch zu... ich hab ne Frage, ob es noch einen weiteren Geschäftsordnungsantrag gibt ... das ist nicht der Fall (Tumulte) .. einen weitergehenden! Er hat sich als Gegenrede angemeldet, und nicht als weitergehenden Geschäftsordnungsantrag. (Tumult) Moment.. (Zwischenruf) Gut, das ist der weitere Antrag, ich glaub, du übernimmst den, ja. Das ist.. das ist also ein Antrag, daß jetzt eine Stunde lang, bzw. bis zum Ende der Rednerliste, wie sie auf der Tafel steht, die Berichte vorgenommen werden, spätestens um vier Uhr über die weitere Arbeit gesprochen wird. Hier ist jetzt ne Gegenrede zu diesem Antrag, die

lassen wir jetzt noch zu und dann stimmen wir darüber ab und dann gehts weiter. Bitte Ruhe für die Gegenrede. (Zwischenrufe) Leute, jetzt seid doch mal diese zwei Minuten ruhig, laßt den doch sprechen, dann sind.. dann können wir weitermachen. (Zwischenrufe) (Ein anderer am Podium: Die Spontis einigen sich auch auf eine Stunde)

(Im Saal: Rednerliste, die hier an der Tafel steht, so nicht fortfahren können, weil, ganz offensichtlich ne ganze Menge Redebeiträge, die nach vorne gegeben worden sind, einfach auf dem Podium gestrichen worden sind.-Zwischenruf: Bravo. - Tumulte)
(): Nein, wir lassen uns jetzt nicht da drauf ein, was alles gestrichen worden ist, ich könnt's vorlegen, es stimmt nicht, hier stehen sie drauf. (Zwischenrufe) Kannst du mal bitte deinen, deine Gegenrede beenden. (Im Saal redet Gegenredner unverständlich weiter, Zwischenrufe und Tumult) Kannst du mal bitte deinen Antrag .. (Zwischenrufe) .. Hör mal, laß den doch bitte jetzt zu Ende reden, sonst kommen wir doch nicht weiter. Es ist doch viel einfacher den zu Ende reden zu lassen, als.. sonst kommen wir eben nicht weiter, das ist die Alternative, also laßt den zu Ende reden.

(Im Saal: ... die Bürgerinitiativen, die sich hier gemeldet haben, daß die auch zu Wort kommen .. (Zwischenruf: Du hast doch gestern schon fünf mal geredet !)

(): Über diesen Geschäftsordnungsantrag haben wir bereits befunden. Du hast ne Gegenrede zu diesem Antrag, der hier gestellt worden ist, wenn du damit fertig bist, diskutieren wir jetzt darüber ab. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist für den Antrag, daß die Rednerliste, wie sie auf der Tafel steht, weiter geht und anschließend um vier Uhr die Diskussion. (Beifall) Gut. Die Gegenstimmen bitte. (Beifall) Bitte die Gegenstimmen. (Beifall) . Keine Gegenstimmen, wunderbar. Jetzt ist der nächste Redner dran. (Beifall) Ich nehme jetzt bis zum Ende dieses Punktes keine Geschäftsordnungsanträge mehr an, es sei denn solche, auf Beschränkung der Rednerliste. (Beifall). Ich bitte jetzt um Ruhe für Dieter aus Tübingen. (Zwischenrufe) Ich bitte jetzt um Ruhe für Dieter aus Tübingen.

Dieter aus Tübingen: Ich möchte das jetzt folgendermaßen gestalten, daß ich einfach die Erfahrungen, die wir gesammelt haben und wo wir gemerkt haben, das kommt an, so können wir gut arbeiten, euch hier erzähle, und ich euch bitte, um .. zu überlegen, ob das für euch vielleicht auch möglich ist. Wir haben bei uns beschlossen, daß wir auf zwei Ebenen arbeiten müssen, die eine Ebene, das ist eine Art Machtdemonstrationsebene mit Demonstrationen wie Grohnde und Brokdorf; die andere Ebene, das ist die sogenannte Kleinarbeit, wie das bei uns heißt. Die Kleinarbeit, die wir im Moment machen, sieht so aus, daß wir Gewerkschaftsschulungen durchführen in der IG Metall - daß wir mit dem Touristenverein Naturfreunde, das ist auch ne Arbeiterbewegung, Vorträge halten - daß wir in jede Veranstaltung reingehen, die zum Thema Atom in irgendeiner Form Stellung nimmt und dort auch unsere Position vertreten. Weiter machen wir, haben wir ein Netz ausgearbeitet in der Umgebung um Tübingen und Reutlingen- Mittelsstadt - dort ist ein Atomkraftwerk vorgesehen - das wir systematisch abklappern mit Vorträgen. Jetzt hat sich das zu einer Lawine entwickelt, wir werden in der Woche etwa zu sieben bis acht Vorträgen eingeladen und wußten nicht mehr, wie wir das bewältigen können; dann haben wir gesagt daß jeder von den hundert Aktiven bei uns eigentlich in der Lage sein müßte, so, aus dem Stegreif ein Referat zu halten. Und dafür haben wir eine Rednerschulung eingerichtet. (Beifall) Und diese Rednerschulung .. hat sich in der Form bewährt, daß wir eine Art Pro und Contra- Situation schaffen - das sieht so aus, etwa fünf Leute nehmen die Atom-Befürworter-Position ein - die Argumente kennen wir ja - fünf Leute nehmen die BFU-Position ein und argumentieren dagegen, der Rest ist Publikum. Und dann lernt man sehr gut, gegen die Argumente der Atom- Befürworter dagegen zu

argumentieren, und man hat die Möglichkeit, wenn einer ins Stocken kommt, sofort ihm zu sagen, hier, da kannst du was besser machen, hier hast du dich ungeschickt ausgedrückt, und so kann man ne konstruktive Kritik üben, in der ganzen Sache. (Beifall) Weiter ist, im September in Mittelstadt auf dem geplanten Bauplatzgelände eine Großveranstaltung geplant, da diese Situation bei uns noch nicht so drastisch wie in Brokdorf oder in Grohnde ist, daß dort gebuddelt und gebaut wird, sondern erst eine Platzbegehung stattgefunden hat, wollen wir es noch fröhlich und lustig machen - wir machen ein Volksfest und um erst einmal, noch einmal auf diesen Bauplatz hinzuweisen, dort sind verschiedene Aktionen geplant - daß wir z.B. Naturführung machen, daß wir mit den Leuten in den Wald gehen, (Kichern) daß wir zum Schluß ne Abschlußkundgebung machen, da beteiligen sich schon, im Moment haben sich schon angemeldet über 100 Vereine aus der Umgebung - da wird sternförmig ne Wanderung hingeführt auf das Bauplatzgelände und anschließend machen wir dann diese Großkundgebung. So, das waren die Anregungen, die ich euch mal geben wollte und damit haben wir an sich ganz guten Erfolg gehabt. (Beifall) Wenn ihr euch erinnert, ich war auch in Wilster auf der Bundeskonferenz, damals hab ich gesagt, wir haben 250 Mitglieder, jetzt kann ich euch ~~es~~ sagen, ich hab eben noch mal durchgerufen - wir haben 351. (Beifall)

(): Berlin. (...) Nur kurz was dazwischen: Anträge, die die weitere Arbeit betreffen und die jetzt innerhalb dieser Vorträge vielleicht gestellt werden, da bitten wir, die noch mal schriftlich zu machen, damit die unter dem Tagesordnungspunkt 'Weitere Arbeit' auch noch behandelt werden können. Zusätzlich werden die Redner aufgefordert, auch, wenn möglich, Vorstellungen zu entwickeln zur Grundlage unserer weiteren Arbeit, ich hab den Beschluß eben nicht so verstanden, daß dieser TOP 'Grundlagen' vollständig untern Tisch fällt; ich hoffe, ihr seid darin mit mir einig. Gut.

Redner aus Berlin: Also, ich bin aus Berlin. In Berlin sind wir eine Bürgerinitiative, die seit ungefähr anderthalb Jahren arbeitet ich habe unten, oder vielmehr, die Gruppe die hier aus Berlin ist hat unten einen Informationstisch; dort sind also unsere letzten Flugblätter, Plakate und Aufrufe, die könnt ihr euch da alle abholen, da sind also ungefähr noch 300, oder 400 Stück pro Exemplar da. Ich finde, daß ihr das mit nach Hause nehmen sollt, daß ihr euch unsre Argumente dann da durchlesen sollt, daß ich die jetzt im Einzelnen hier nicht aufführe, sondern versuche, Sachen, die ja heute hier auch positiv angeleiert worden sind im Gegensatz zu gestern, versuchen, hiermit auszuführen. Was ich schon mal ganz wichtig finde, daß wir nicht den Kampf unmittelbar gegen ein KKW führen, ein KKW ist in Berlin erst in Planung, wahrscheinlich, also nach Aussage eines Richters beim Obergerverwaltungsgericht möglicherweise erst in 10 Jahren in Zusammenhang ist diese Aussage getroffen worden mit einem Prozeß, den wir geführt haben. Für uns ist aber deswegen auch wichtig gewesen, hier zu sprechen, um einen Beitrag mitzugeben, das Spektrum der ganzen Diskussion etwas zu erweitern. Und aus unseren eigenen Erfahrungen müssen wir sagen, daß es besonders wichtig ist - ich komm jetzt drauf. Zu Anfang, als sich die Bürgerinitiative gebildet hat, herrschte hauptsächlich das Problem des Umweltschutzes vor. Über 36 000 Bäume ist gesprochen worden, die fallen sollten, das war also das erste und hauptsächlichste, daß man in Zukunft keine Möglichkeit mehr hat, (weil die geopolitische Situation in Berlin eben eine besondere ist) entsprechend seine Freizeit zu verbringen. Außerdem auch die damit verbundene Umweltverschmutzung für Luft und Wasser etc. hat da auch noch einen besonderen Stellenwert. Das Problem war dabei, daß die einzige Orientierung darauf, daß die Probleme des Umweltschutzes die Hauptfrage bildeten, erst mal nicht drauf eingegangen werden konnte, inwieweit energiepolitische Fragen, inwieweit Interessensfragen - also: wer und warum eigentlich dieses Kraftwerk gebaut wird - erst mal in die Diskussion aufgenommen worden ist.

Dieses entwickelte sich auch etwas organisch, weil man nicht etwa an die Grenzen dieser Umweltfragen gestoßen ist, sondern weil man zwangsläufig auf Fragen, die aus der Bevölkerung kamen, eben diese Fragen mit aufnehmen mußte. Der Senat hat also ne irre Horror-Abteilung, in der also Gerüchte verbreitet werden, wie: 1980 gehen die Lichter aus - was ja auch ne ähnliche Argumentation in Bezug auf die KKW's ist und wir haben in Berlin, und das ist eine ganz wichtige Argumentation dann von uns gewesen, nachgewiesen, daß eben die Energiekapazitäten z. Zt. so groß sind, daß ne Stadt wie Hannover einfach mitversorgt werden kann; und dieses Argument zieht einfach. Nicht nur sagen: die Energielücke wird herbeigeredet, sondern auch zu sagen, diese Energielücke ist gar nicht da, hier sind die Zahlen, bitte schön, der Senat lügt. (Beifall) Außerdem ist es in diesem Zusammenhang auch notwendig gewesen, einer Argumentation zu begegnen, daß, daß Energie und damit also Stromerzeugung, Arbeitsplätze schafft. In Berlin sind in den letzten Jahren 60 000 Arbeitsplätze verloren gegangen, das ist einerseits ne besondere Situation, andererseits aber in Zusammenhang mit der Krise zu sehen, die eben durch Rationalisierung und Maschinen, die einfach mehr Strom fressen zwangsläufig Arbeitsplätze einfach weggeschafft werden, indem Maschinen eben hingestellt werden, die dann jeweils nur noch eine Person anstatt drei oder vier beschäftigen. Wir haben nicht versucht, etwa in einer Richtung zu argumentieren, daß es falsch ist, irgendwelche Maschinen anzuschaffen, die möglicherweise Arbeit einsparen, sondern hauptsächlich darauf hingewiesen, daß die Arbeitshetze und die damit verbundene Unsicherheit, überhaupt keine Arbeit mehr zu haben in Zukunft, eben das Entscheidende ist. Das wir nichts gegen einen Fortschritt haben, sondern einen Fortschritt, der uns überhaupt nichts bringt, außer eben, daß wir noch mehr ausgelaugt werden. (Beifall) Ich glaube auch, daß es unheimlich wichtig ist hier auch weiter anzusetzen, weil zentrale Punkte auch der Argumentation, wie sie von Seiten des Staates und von seinen Institutionen geführt werden hauptsächlich mit einer ungeheuren Fortschrittsgläubigkeit verbunden ist. Diese Fortschrittsgläubigkeit geht eben so weit, daß man sagt, unter allen Mitteln, allen Umständen ist eine technische Weiterentwicklung einfach durchzuführen. Und gerade das ist also ein Punkt, an dem wir also sagen: wir wollen keine Kohlekraftwerke in Berlin, keine weiteren, wir wollen auch keine KKW - aus dem einfachen Grund, weil wir eben dieser Fortschrittsgläubigkeit nicht aufsitzen, sondern fragen, wie und zu welchem Zweck ist dieser Fortschritt eigentlich da und wem nützt er anschließend. (Beifall) Was ich noch dazu sagen. .. vielleicht drei Punkte unserer Öffentlichkeitsarbeit, weil das da noch mit zukommt: wir haben im Herbst Waldspaziergänge organisiert, um Leute an dieses Waldgebiet einfach heranzuführen - und das liegt auf dieser Ebene von Umweltschutzargumentation und die finde ich nach wie vor auch ungeheuer wichtig, daß das also nicht irgendwo rausfällt und man sagt, : na ja, das ist ja eh klar, daß wir das in der Tasche haben, aber konkret dazu nichts macht. Diese Waldspaziergänge wurden vom Förster und anderen Leuten angeführt, die sich ungeheuer gut in diesem Wald auskannten, da haben also bis zu 2 000 Leute dran teilgenommen und die waren ein riesiger Erfolg für uns. (Beifall) Wir haben ferner in der BI ein Straßentheater, eine Singetruppe, die ungeheuer wichtig sind, wenn die Stadtteilgruppen Veranstaltungen machen oder wir zentrale Veranstaltungen machen, einfach um das Problem näher zu bringen. Vielleicht ein ganz kurzer Gag: von dieser Theatergruppe wird vorgetragen ein Banküberfall und der Kassierer sagt: Sie haben ja da ne Wasserpistole, dann sagt der: na, da ist ja Havelwasser drin - das wird also von allen Verstanden, warum der dann fluchtartig den Raum verläßt. (Beifall) Ich finde sowas sehr wichtig, weil es das Problem einfach näher bringt, was man im Grunde genommen damit hat und daß es nicht so verbissen vorgetragen wird. Wir haben auf der Grünen Woche z.B. ein Transparent hochgelassen, was an Luftballons in die Höhe ging, weil uns klar war, daß man dort, wenn wir ein Transparent irgendwo aufhängen, daß man es ganz schnell abreißen wird. Also haben wir

Luftballons mit Gas gefüllt und ein 10 oder 15 m langes Transparent gemacht, auf dem stand: Kein weiteres Kraftwerk in Berlin. Und das hing dann an dieser Ausstellungsdecke und war dann mehrere Stunden lang zu sehen. (Beifall) Wir haben auch ein Transparent gegen den KKW-Bau am Funkturm hochgelassen, das hatte leider eben den Nachteil, daß es in ganz kurzer Zeit eben abgemacht worden ist, obwohl es noch mal herrlich fotografiert wurde und dann wenigstens in unseren Publikationen verbreitet werden konnte. Vielleicht noch so ein paar andere Sachen, die wir diskutiert haben im Hinblick, was man einfach machen soll an öffentlichkeitswirksamer Arbeit: wir haben Flugblätter verteilt, die auf farbigem Papier gedruckt waren, wir mußten feststellen, daß gerade Flugblätter, die nicht so (...) trist sind, daß die einfach auch einen besseren Anklang finden, als wenn sie einfach nur ne Balkenüberschrift haben und dann zwei Seiten vollgeknalltes Gasschriftel kommt und man sich da unheimlich schwer durchkauen muß; also kurze, knappe Informationen inhaltlich zu bestimmten Punkten mit einiger Aufmachung finde ich auch ungeheuer wichtig. Klar ist, diese anderen Geschichten, wie in Kinos gehen, weil man dort Leute hat, also dort anzukündigen, daß man irgendwelche Termine hat, ins Theater zu gehen, die Leute zu bitten, daß am Ende ihrer Vorstellung oder in ihrer Vorstellung einzubauen, das dieses oder jenes läuft - das sind alles Sachen, wo man Leute am Ort erreichen kann, wo man also nicht nen irren Fez machen muß, um die zu einer ganz kurzen Information irgendwie zusammenzukriegen. Ich glaube, es wird sonst ein bißchen lang. Ich möchte jetzt noch ein bißchen Innerorganisatorisches erzählen, weil wir meines Erachtens das ganze Spektrum der Kernkraftwerksbewegung mit verarbeitet haben. Nen großen Spielraum nahm die Frage der Gewalt ein. Zu Anfang in der BI hat das ganz klare Aussagen darüber gegeben, daß die BI auf dem Grundsatz der Gewaltfreiheit arbeiten wird. Im Laufe der Auseinandersetzung hat es viele Fragestellungen daran gegeben. Die Fragestellung z.B., wenn man gewaltfrei vorgeht, ob man sich dann irgendwie an einen Baum setzen lassen soll - und die Berliner Polizisten sind nicht verwöhnt mit Situationen und wir auch nicht mit Situationen, wo mit dem Knüppel umgegangen worden ist von Seiten der Polizei aus - deswegen haben viele Leute gesagt, wir können uns einfach nicht hinsetzen und die Frage der Gewaltfreiheit so behandeln, daß wir ohne Helm und ohne irgendwelchen Schutz eine Aktion machen, die in dieser Richtung liegt, irgendwas zu besetzen oder uns einfach nur hinzusetzen und damit zu dokumentieren, daß wir das besetzt haben. (Beifall) Als erstes hat es ne leichte Auseinandersetzung gegeben schon mal an der Frage, ob wir ne Hütte bauen sollen - wir haben ne Hütte gebaut und diese Schutzhütte steht seit ungefähr über einem halben Jahr und ist Tag und Nacht rund um die Uhr besetzt. (Beifall) Dann ist die Frage vor allen Dingen an den Probebohrungen gewesen - Probebohrungen zu verhindern ist eben ne Geschichte, wo man sich hinsetzen soll - die BI hat genau an dieser Frage ihren Knackpunkt gekriegt, nämlich weil von Teilen der BI gefürchtet worden ist, daß es in Zukunft nach ihrem Sinne eben nicht mehr gewaltfrei vorgeht. Dort hat auch die BI meines Erachtens eine entscheidende Wendung getan, daß man sich nicht auf eine Art und Weise der Selbstverteidigung oder der Verteidigung bestimmter Interessen beschränken kann, d.h. nicht nur ausschließlich die Frage der Gewaltfreiheit, der Gewalt, oder der Gewaltanwendung steht dann zur Debatte, sondern vor allen Dingen die Frage, welche Möglichkeiten und welches Spektrum können wir überhaupt entwickeln, um einen Bau von solchem Kraftwerk zu verhindern. (Beifall) Diese Leute, die ihre Position erstmal in Frage gestellt sahen, so wie sie zu Anfang da war, sind ausgezogen und haben einen Verein gegründet. Da wurde es für die anderen Leute, die in der BI mitarbeiten, unheimlich schwierig, vorher waren es 50 oder 100 Leute, die in der BI gearbeitet haben, danach war das Problem in allen Stadtteilen auf der Tagesordnung - da hatten sich Stadtteilgruppen gebildet und diese Stadtteilgruppen haben dann gesagt: wir wollen nicht die Vereinsgründung haben, weil die, an der

Vereinsgründung uns beteiligen, weil son Verein bestimmte Strukturen hat. Wir wollen aber an der Frage, wie sich Leute versuchen zu organisieren, nicht die Inhalte beiseite schieben, sondern sind der Meinung, daß auch ein Verein die Möglichkeit haben muß, innerhalb solcher Bewegung mitzuarbeiten. Und er hat dann Sitz und Stimme innerhalb eines Koordinationsausschusses wie die anderen Stadtteilgruppen bekommen. Das hat uns z.B. auch davor bewahrt, wie es z.B. in anderen Städten in Westdeutschland passiert ist, einfach zwei verschiedene Organsitaionen dazu aufrufen, irgendwelche Sachen zu machen oder zu lassen. Also wir haben bisher die Einheit in der Frage bewahren können, indem wir auch immer versucht haben, uns nicht von einer Meinung majorisieren zu lassen und das Spektrum der verschiedenen Möglichkeiten voll zu entwickeln und das vor allen Dingen diejenigen, die das vorschlagen, das dann auch versuchen, konkret umzusetzen. (Beifall) Der letzte Punkt vielleicht noch: Gerichtssache, also lest euch unsre Geschichten durch, da steht noch ein bißchen mehr drin. Wir sind vor Gericht gegangen aus dem Grunde, weil wir die Rodung des Waldes verhindern wollten. Wir haben in diesem Gerichtsprozeß Recht bekommen, daß es unmöglich ist, Planungsverfahren im Nachhinein zu genehmigen und vorher schon Kraftwerke zu bauen, ausgenommen vielleicht den Kühlturm und die Feuerungsanlage. Für uns ist dieses Gerichtsurteil ein Erfolg gewesen, einfach aus dem Grunde, weil wir damit unsre ganzen Möglichkeiten innerhalb der Argumentation verbreitern konnten, auch ne Klärung dessen getroffen worden ist, wie dieses Gericht in naher Zukunft über unsre weiteren Schritte, die wir auf gerichtlichem Wege machen, entscheiden wird. Denn das Gericht hat ausdrücklich gesagt, daß die Berliner in Zukunft einfach eine höhere Umweltbelastung ~~hinnehmen müssen~~ in Kauf nehmen müssen, eine größere Luft- und Wasserverpestung, einfach um industriell weiter bestehen zu können und das wird unsre BI nicht zulassen. (Beifall)

(): Vielleicht ist es möglich, die Beiträge noch etwas zu straffen. Jetzt Delmenhorst.

Redner aus ^{Wedel} ~~Delmenhorst~~: Ich bin der Delegierte der BI der Umweltschutz Unterelbe / Wedel. Wir haben ca. 80 Mitglieder, bei einer Stadt von 30000 Einwohnern, von denen ca. 30 bis 40 auf den wöchentlich stattfindenden Sitzungen erscheinen, das fluktuiert also ein bißchen. Ich lege also die Standpunkte dar, die in der BI vereinheitlicht sind, nicht meine private Meinung, es sieht also so aus, daß wir keine Minderheitsfraktion haben sondern weitgehend alle an einem Strang ziehen. Die BI wedel gründete sich im Januar 77 als Ergebnis der Demonstration 1 und 2 im Vorjahr im Bauplatz Brokdorf. Unsere BI rief am 9. Februar ursprünglich nach Brokdorf auf und an dieser Frage haben wir also gelernt, was Machtpolitik heißt. Eine Woche vorher, als wir die Demonstration konkret vorbereiten wollten, rückte die DKP mit 25 Mitgliedern an, um die Beschlüsse zu Fall zu kriegen. Sie haben dann mit 27 Stimmen, also noch 2 recht Sozialdemokraten, eine Mehrheit gehabt dafür, nach Itzeho zu gehen, worauf wir uns entschlossen haben, als Teilgruppe separat vorzubereiten für die Demonstration in Brokdorf oder bei Brokdorf (Beifall) und da auch einen großen Bus zusammengekriegt haben, und die Demonstration, so wie sie abgelaufen ist, auch nachträglich als großen Erfolg eingeschätzt haben (Beifall), was sich also auch konkret ausgewirkt hat auf unsere Arbeit in der BI, wir haben also neuen Zulauf nach dieser Aktion bekommen. Mittlerweile ist überhaupt kein DKP-ler mehr in unserer BI vertreten (Beifall) Nach diesem Versuchen uns zu majorisieren, wo sie also ziemlich isoliert wurden, dabei, haben sie gesehen, daß sie überhaupt keinen Fuß mehr auf den Boden kriegen, und da sie überhaupt keine Interessen hatten an einer konkreten Arbeit im Kampf gegen KKW sind sie dann gleich weggeblieben. Wir machen ungefähr jedes Wochenende in der Bahnhofstraße, das ist unsere Haupteinkaufsstraße, einen Infertationstisch, wo wir also auch immer aktuelle Flug-

blätter verteilen, entwickeln in gewissem Umfang Pressesarbeit. soweit also unsere KOKalzeitungen Informationen an die Bevölkerung weitergeben. Wir haben eine recht große Veranstaltung mit den BI'Elmshorn, Pinneberg, Uetersen und einigen Frauengruppen aus dem Landkreis zusammen gemacht. Die Veranstaltung war mit 600 Leuten gut besucht (Beifall). Es wurden einige Musikgruppen, wir haben also auch 2 Sänger in unserer BI, die also selber Sieder spielen, und da sind also auch verschiedene Stücke vorgebracht worden, Theaterstücke, die einen großen Anklang fanden, darüberhinaus konnten die BI en und Frauengruppen des Landkreises ihre Arbeit an Infoständen und Wandzeitungen darstellen. Insgesamt haben wir auch dadurch weiteren Zulauf bekommen. In der Marschenkonferenz, in der es jetzt mittlerweile ~~le~~ auch möglich ist, ordentlich zu diskutieren, ohne Hickhack, ist also jetzt eine solidarische Arbeit möglich, wird jetzt also auch diskutiert, also auch ähnliche Veranstaltungen im Kreis um Brokdorf in der Wilstermarsch, durchzuführen, wovon wir uns auch weitere Stärkung in der Region erhoffen. (beifall) Diesen Kongreß hier haben wir eingeschätzt als einen notwendigen Schritt zum Bundesweiten Aufbau, dem natürlich am Anfang mit großen Schwierigkeiten entgegengeblickt werden muß, logisch, aber die muß man halt überwinden, denn es ist nötig, dem Wüstenhagen also nicht das Feld überlassen, und sich also als Vertreter der BI's farzustellen, und wir haben eine konkrete Resolution eingebracht, die einstimmig angenommen wurde, ohne Enthaltung und ohne Gegenstimme, die ich also vortragen möchte, und zwar zu den bundesweiten Aktionen.

(^{Wedel}): Sag mal, ist die im Antragspaket drin bereits (Redner aus ~~Delmenhorst~~: Ja, aber ich würd sie gern vorlesen, weil sie inden Ergänzungsbeitragen bei ist, und daß ist ein Stapel von 50 Papieren, und ich geh davon aus, daß praktisch keiner das gelesen hat (Zwischenruf : .. hier nicht vorlesen, geh doch nach Hause..)

(^{Wedel}): Hör mal, ich bin wirklich dafür, der Meinung, daß.. R. aus ~~Delmenhorst~~: Ich find es schon wichtig, die vorzulesen, es ist ne Resolution, die in der Marschenregion von den Inhalten her diskutiert worden ist von allen Marschengruppen einer Meinung ist insofern (Zwischenrufe, Unterbrechung) diese Resolution hier nicht individuell von mir eingebracht ist (Beifall).

(^{Wedel}): Paß mal auf, mir geht es doch überhaupt nicht um die inhaltliche Abwürgung dieser Resolution, ihr scheint mich falsch zu verstehen, diese Resolution ist in den Papieren und wenn das jetzt durchgeht, dann werden die nächsten auch kommen und werden ihre Anträge hier einzeln vorlesen und das bedeutet nichts anderes, als daß wir insgesamt noch mal 2 Stunden mit Verlesen von Anträgen hier verbringen. Ich bitte euch das zu bedenken (Beifall).

R. aus ~~Delmenhorst~~: Ich mein, es ist nicht nur notwendig, allgemeine Resolutionen vorzulesen, sondern ich möchte meine nachfolgenden Redner auffordern, darauf einzugehen und das ist nicht möglich, weil jetzt nicht die Möglichkeit gegeben ist, daß die Leute sich die Resolution raussuchen, das wird also nicht gemacht.

(^{Wedel}): Dann bitte ich dich aber, das ganz kurz zusammenzufassen und nicht einzeln vorzulesen, sonst, das kostet uns zu viel Zeit und ist ein Präzedenzfall, der uns in der weiteren Arbeit dann behindert. (Zwischenrufe)

R. aus ~~Delmenhorst~~: Die Landeskongferenz der BUU vom 3.4. in Kiel hat eine Entschließung verabschiedet, in der behauptet wird, daß es notwendig sei, noch in diesem Sommer, Juni, Juli, August eine bundesweite Aktion aller AKW-Gegner durchzuführen. Dies sei notwendig, so wird behauptet, um der Gefahr der Zersplitterung unsrer Bewegung zu begggen und einen neuen Höhepunkt zusetzen. (Zwischenruf: Welche Nummer hat euer Antrag) Ist keine Nummer. (Zwischenruf: 738, weitere Zwischenrufe) Bereits auf der Landeskongferenz selbst wurde von verschiedenen BIs

(^{Wedel}): Hör mal, faß das kurz zusammen..

Redner aus ~~Delmenhorst~~: Das kann ich jetzt nicht, daß ist ein (Tumult, Zwischenrufe)

(^{Wedel}): Das gehört auf einen anderen TOP. Vier, Vier Uhr ist die

Sache fällig. Wedel

R. aus Delmenhorst: In der Zeit, wo hier so lange debattiert wird, hätte ich das schon längst vorlesen können (Beifall) Also: Bereits auf der Landeskonzferenz selbst wurde von verschiedenen BI-Vertretern Bedenken gegen diesen Vorschlag vorgebracht. Auch wir, die unterzeichneten BUU-Gruppen aus dem Marschengebiet halten die in der Resolution geforderte Festlegung von Ort und Zeitpunkt für die auch von uns notwendig gehaltene bundesweite Großkundgebung aller AKW-Gegner für falsch und zwar aus folgenden Gründen. Die Gefahr der Zersplitterung unserer Bewegung sehen wir vor allem dann, wenn wir, ohne die äusseren Bedingungen zu beachten, d.h. einzuschätzen, wann, wo und wie die Bundesregierung und die Atomindustrie die nächsten Schritte bei der Verwirklichung ihres Atomprogramms tun werden, Ort und Zeitpunkt für die nächste bundesweite Aktion heute festlegen. Bei einem solchen Herangehen an unsere Aufgaben besteht die konkrete Gefahr, daß unsere Anstrengungen ins Leere stoßen und es kann schon heute mit ziemlicher Sicherheit gesagt werden, daß wir bei einem solchen Herangehen nicht mehr, sondern weniger Menschen mobilisieren werden, weil der mobilisierende äussere Anlaß, z. B. die Aufhebung eines Baustopps, die Baugenehmigung für die WAA usw. fehlen wird. Zweitens: die Gefahr der Zersplitterung unserer Bewegung besteht unserer Einschätzung vor allem dann, wenn wir heute Ort und Zeitpunkt für die nächste nationale Großkundgebung festlegen, ohne uns über den Zustand innerhalb der Anti-AKW-Bewegung Rechenschaft zu geben und eine Auseinandersetzung mit denjenigen Kräften unter den AKW-Gegnern zu führen, die einer solchen Aktion skeptisch bis ablehnend gegenüber stehen. Bei diesen Kräften handelt es sich unserer Einschätzung nach keineswegs um eine bedeutungslose Minderheit, sondern um eine relativ starke Gruppe von AKW-Gegnern, die aus den unterschiedlichsten politischen und weltanschaulichen Richtungen besteht. Dazu gehören sowohl gewaltfreie, verschiedene Gruppen der Spontiszene, die sich an so einflussreiche Zeitungen wie Informationsdienst-Blatt und andere orientieren. Und dazugerechnet werden müssen mit Sicherheit auch viele derjenigen, die am 19. Februar in Itzehoe demonstriert haben. Bereits die Großkundgebung am 19. März in Grohnde hat, trotz des unbestreitbaren Mobilisierungserfolgs und trotz der wichtigen Kampferfahrungen, die dort gesammelt werden konnten, gezeigt, daß wir unsere Bewegung nach Brokdorf und Itzehoe nicht haben verbreitern können. Drittens: die nächste nationale Großkundgebung, die auch von uns befürwortet und getragen werden wird, muß eine neue Qualität in unserem Kampf gegen die Menschen- und Umweltfeindlichen Atomanlagen erreichen. Wir müssen weit mehr sein als bei den vorausgegangenen Aktionen wenn wir unsere gerechten Forderungen selbst praktisch verwirklichen wollen (Beifall) Dieser Zielsetzung wir schlagen deshalb vor, das auf dem bevorstehenden Kongreß der AKW-Gegner am 13. und 14. Mai in Hannover für Anfang September bundesebene Aktionstage über 2 Wochen vereinbart werden, in deren Verlauf Aktivitäten verschiedenster Art stattfinden sollen, lokale und regionale Demonstrationen eingeschlossen. Wir schlagen weiterhin vor das für Anfang September ein weiterer Bundeskongreß eiberufen wird, auf dem über die nächsten Schritte unseres Kampfes beraten und entschieden wird. (Beifall)

() Ich möchte nochmals darauf hinweisen, daß wir nachher einen TOP- Weitere Arbeit- haben, und daß wir und daß entsprechende Anträge auch unter diesem TOP den wir gegenwärtig haben, überhaupt nicht diskutiert und abgestimmt werden, d. h. natürlich kann jeder Redner darauf eingehen, aber wir auch hier keine Abstimmung. sondern wir hören jetzt erst mal als Grundlage, für die Arbeit, die wir nachher zu leisten haben, Berichte aus den Regionen. Jetzt kommt. (Redner ~~aus Delmenhorst~~): Warte mal, ich wollte zum weiteren Verlauf noch eben sagen, wir versuchen im Moment gerade die schriftlichen Anträge zur weiteren Arbeit zusammenzufassen, und ich schlage schreib mir mit, was hier mündlich vorgeschlagen wird zur weiteren Arbeit, Wir versuchen daß dann nachher zu strukturieren und daß

dann noch einigermaßen zu diskutieren. Um drei erzählt dann der Rechtshilfeausschuß noch was und dann versuchen wir das ein bißchen zu koordinieren. Und um vier gehts dann weiter mit der 'Weiteren Arbeit'. (Delmenhorst)

Redner aus Delmenhorst: Ich möchte berichten über die Aktivitäten, die wir als BI Umweltschutz in Delmenhorst zum 1. Mai unternommen haben. Wir haben in Delmenhorst, was eine Stadt von 70 000 Einwohnern ist ein Flugblatt verteilt in 4 000 facher Auflage vor allen wichtigen Betrieben und in allen Stadtteilen, es ist dann so gelaufen, daß der sozialdemokratische DGB-Vorstand schon vor dem 1. Mai einen Aufruf in der Zeitung veröffentlicht hat, daß bei dieser 1. Mai-Veranstaltung keine Transparente aufgehängt werden dürfen und keine Flugblätter verteilt werden dürfen usw. In der BI ist eine Debatte darum gelaufen, wie wir jetzt da auftreten, beschlossen worden ist,

daß wir vor der 1. Mai-Veranstaltung einen Stand aufbauen und die wichtigsten Parolen auf Transparenten dort hineintragen, also vor dieser Halle aufbauen. Es hat eine breite Debatte hier gegeben mit den Kollegen und auch mit den Polizisten, die die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung herangekarrt hatte, um die Veranstaltung zu schützen; von den Polizisten hat sich keiner für dieses Kernenergie-Programm ausgesprochen und auch die Polizeioffiziere (Beifall) und Lachen) - der KB-Nord lacht darüber, weil er verhöhnt und macht es unmöglich, daß ~~es~~ wirklich ne Zersetzung unter den Polizisten möglich ist, es wird möglich sein (verstärktes Lachen); Ohne die Zersetzung der Polizei und des Bundesgrenzschutzes werden wir überhaupt gar keine großen Siege erzielen in nächster Zeit, das muß uns vollständig klar sein (Tumult, Lachen, teilweise Beifall, Pfeifen, Zwischenruf: Dann können wir ja aufhören) und hör doch auf) Auf Grundlage der Erfahrungen, die wir dort gemacht haben, hat die BI Umweltschutz Delmenhorst einen Plattform-Vorschlag ausgearbeitet, den ich jetzt in den wesentlichen Punkten hier verlesen möchte, weil er die Erfahrungen zusammenfaßt und auch die geeignete Grundlage ist, wie wir den Kampf weiterführen können gegen die KKWs.. (währenddessen anhaltende Unruhe im Saal und Unmutsäusserungen).

(): Grundlagen der Arbeit kommt nachher, ja

Delmenhorst: Wir wissen, trotz Verschleierung der Wahrheit durch Staat und Kernindustrie sind die heutigen KKWs unsicher, besonders das Problem der Wiederaufbereitung und Endlagerung....

(): Hör mal, kannst du mal bitte nen Bericht machen..

Delmenhorst:...radioaktiven Mülls.....

(): Jetzt tritt nämlich genau das ein, was ich eben befürchtet hatte, indem man hier anfängt, Resolutionen und Erklärungen vorzulesen. Ich bin der Meinung, daß wir auf Grundlage dieser beiden Erfahrungen jetzt noch mal beschliessen, daß hier jetzt keine Resolutionen usw. vorgetragen werden, sondern daß berichtet wird über die Arbeit an den einzelnen Orten (Beifall) . Ich bitte nicht nur um Klatschen, sondern um kurze Abstimmung über diesen Punkt; wer ist dafür (Zwischenruf: wir brauchen hier wirklich keine Zensoren) - Gut. Wer ist dagegen. Niemand. Also, die Sache ist klar: unter diesem TOP werden keine Anträge verlesen und keine Resolutionen.

Delmenhorst: Also nun werde ich weiter fortfahren und zwar so, daß ich darlege, welche Position wir in diese Bewegung hineintragen und ich denke auch, daß diese Position notwendig ist, um wirklich Siege gegenüber dem Kernenergieprogramm der Bundesregierung und der Kapitalisten zu erzielen (währenddessen anhaltende Unruhe im Saal) Wir gehen davon aus, daß durch dieses Kernenergieprogramm ~~der Mensch~~ Mensch und Natur zugrunde gerichtet wird, daß dieser Bau der KKWs nur mächtigen Industriekonzernen und den Banken nützt, denn diese (Lachen, Unruhe) erhalten niedrige Stromtarife bzw. hohe Zinsen; bezahlen soll es die Bevölkerung durch Erhöhung der Strompreise bzw. der Stromgebühren; die Situation ist die (Unruhe, Tumult, Tröten) die Situation gegenwärtig im Weser-Ems-Gebiet ist die, daß die NWK auf Spaltung gehen; was machen sie? Sie planen Stromgebühren und begründen das damit, daß das KKW in ... (Unruhe)

(): Geduld, Leute (Ein anderer: Sag doch erst mal, die sollen

erst mal ruhiger sein) .Jetzt hör* doch mal bitte auf, es geht doch jetzt wieder genau dasselbe Chaos los wie vorher ; ist es denn nicht möglich, das mal zu ertragen (Lachen) Nein; ich bin dagegen, daß wir jetzt darüber abstimmen, ob er weiterredet, das ist doch Käse, natürlich redet er genauso wie die anderen auch und jetzt laßt mal auch ausreden. Alles andere führt jetzt nicht dazu, daß wir hier weiterkommen (Zwischenrufe). Natürlich soll er zum Thema reden, er muß überhaupt erst mal reden können; wenn er das nicht tut, na gut. ...Ruhe jetzt. (Zwischenrufe)

Delmenhorst: Die Situation ist die, daß die NWK auf Spaltung gehen, und die Stromgebühren begründen damit, daß das KKW in Esensham, was sie nen schlafenden Riesen nennen, pro Tag 600 000 bis 1 Mio DM den Kapitalisten kostet, und das soll abgewälzt werden durch die Erhöhung der Stromgebühren auf die Massen. Was eingeleitet werden soll ist damit einzig und allein ne allgemeine Strompreiserhöhung, denn es ist ja so ,daß die Verbände der Elektrizitätswerke schon einen Gesetzesentwurf bei der Bundesregierung eingereicht haben, wonach sie eine durchschnittliche Stromerhöhung von 4% durchsetzen wollen. Durchschnittliche Stromerhöhung, das bedeutet tatsächlich, daß die Gebühren für die Kapitalisten und (ständige Unruhe, Redner mehrfach unterbrochen, nicht verständlich) für die Kapitalisten.. wirklich um.. ein Weniges erhöht werden und die bezahlen gegenwärtig 3 bis 4 Pf. pro Kilowatt/Std. wohingegen die Massen im Durchschnitt 16 % Pf.....

(): Moment mal bitte. Seid mal bitte nen Moment ruhig. Ich fordere ihn jetzt auf, zu berichten über die Arbeit der BI, über die Differenzen, über die Erfahrungen (Beifall) Wir geben ihm eine Minute ,um das genau zu versuchen, wenn das nicht der Fall ist, wird das Mikrofön abgedreht (Anhaltender Beifall, Bravo-Rufe) Voraussetzung ist aber dafür, daß hier wirklich Ruhe herrscht.

Delmenhorst: Unserer Auffassung nach ist es falsch, einzig und allein darauf abzuheben, daß wir gegen das Kernenergieprogramm kämpfen müssen; weil, jeder Mensch hat erkannt, daß es gefährlich ist, dieses Kernenergieprogramm wird unter Profitgesichtspunkten durchgezogen- und wir haben festgehalten, daß dieses Kernenergieprogramm nicht der Stromversorgung der Bevölkerung dient, sondern einzig und allein den Zweck hat, den Bau- Stahl-und Chemie- Atomindustriekonzerne (Zwischenrufe, Redner unterbrochen durch rhythmisches Klatschen) höhere Gewinne und bessere Export....

(): Ja hör mal, bist du nicht bereit ,dich daran zu halten oder was.

Delmenhorst: ich möcht jetzt nen abschließenden, ich denke, daß diese Gesichtspunkte, die ich hier herausgearbeitet hab, auf die Grundlage..(Unruhe, Tröten, Zwischenrufe)

(): He,komm, laß dem das Mikrofön, so geht das auch nicht hier. Sag mal, ist das für dich unbegreiflich, kannst du überhaupt nicht verstehen, warum hier so ein Widerwille dagegen existiert, daß du weiterredest. Du mußt dir doch mal Gedanken dadrüber machen, offenbar liegst du doch neben dem Thema (Beifall) (Mehrere Zwischenrufe) Einen Satz noch, seid mal bitte jetzt still.. Seid mal bitte still, Hameln kommt gleich (Zwischenrufe: Hameln, Hameln) Einen Satz noch - und dann wird abgedreht und dann ist Feierabend.

Delmenhorst: Diesen Plattformvorschlag, den wir hier eingebracht haben hat in ähnlicher Weise die BI Kiel, Eckernförde und Kassel eingebracht und ich denke, daß wir so einen Plattformvorschlag hier unbedingt verabschieden müssen, dann können wir den Kampf gegen das Kernenergieprogramm wirklich siegreich beenden. (Buhrufe im Saal)

(): Gut. Satz zuende. Bitte Ruhe, damit es weitergeht. Die BI Hameln ist dran. (Beifall) Bitte Ruhe.

Redner aus Hameln: Hameln. Es gibt in Hameln mehrere Stadtteilgruppen und ich spreche nur für einige, das will ich nur voranstellen, damit es keine Mißverständnisse gibt. Wir haben den Bundeskongress vorbereitet, also die Diskussion im Hinblick auf die Frage der Einheit der Bewegung und der nächsten Ziele und Aufgaben und deswegen will ich jetzt dazu auch einiges sagen. Nach dem 19.3. hat

sich die Situation bei uns so dargestellt, daß insgesamt eine Polarisierung der unterschiedlichen Meinungen stattgefunden hat; und zwar hat die Zahl der Leute, die bereit sind, praktisch etwas zu tun gegen den Bau von Atomanlagen ungeheuer zugenommen, die BI Hameln ist also um das Dreifache angewachsen (Beifall) Es war z.B. konkret so, daß etwa zehn Leute aus dem Ort Grohnde nach Hameln gekommen sind, weil sie gerne was tun wollten. Auf der anderen Seite haben bestehende Initiativen z. B. Kirchhosen, -die also vorher sich von der Demonstration distanziert hatten - sich jetzt mittlerweile umbenannt in 'Gewaltfreie Aktionen Umweltschutz', d.h. also, daß ist wahrscheinlich eine Entwicklung, die in vielen anderen Orten stattfindet - und sonst hat sich die Frage der Einheit nicht mehr theoretisch gestellt, sondern praktisch: nämlich ganz genau auf welcher Grundlage können wir mit den unterschiedlichen Meinungen die in Hameln existieren und mit den unterschiedlichen Initiativen in der Umgegend zusammenarbeiten, zumal wir in Hameln z.B. auch Leute hatten, also ungefähr 40 bis 70 honorierte Bürger, die also selbst auch gegen AKWs arbeiten wollen, allerdings auch meinten, sie müßten sich selbst einen Grundsatzpapier geben, das ausdrücklich auf Gewaltfreiheit verpflichtet. Wir sind dazu gekommen, uns so zu organisieren, daß wir sagen, wir bilden autonome Stadtteilgruppen, die für sich ihre eignen Prinzipien entwickeln können; es gibt allerdings eine Verbiidlichkeit, daß die Initiativen zusammenarbeiten, daß sie sich gegenüber den Kriminalisierungsversuchen des Staates nicht funktionalisieren lassen, sich also gegenseitig zu distanzieren oder bestimmte Formen des Widerstandes zu diffamieren das ist die eine Sache. Wir haben allerdings auch eins gemerkt; beispielsweise in der Auseinandersetzung um die Frage der Gewaltfreiheit, daß es überhaupt nichts gebracht hat sich hinzusetzen und lange über irgendwelche Grundsatzpapiere zu debattieren, sondern wir haben einfach angefangen, beispielsweise im Ort Grohnde mit der Bevölkerung Öffentlichkeitsarbeit zu machen. Das hat sehr gute Erfolge gehabt, also daß z.B. die Leute aus dem Ort Grohnde selber angefangen haben, Bauarbeitern auf der Baustelle 50 Grohnde-Dokumentationen zu verkaufen. (Beifall) Wir haben darüberhinaus beispielsweise auch einen Bauwagen installiert gegenüber dem Gelände, wo man sich jetzt regelmäßig trifft; der Schluß daraus ist aber sehr interessant, daß nämlich die 'Gewaltfreie Aktion' Grohnde daraufhin versucht hat, selbst die Leute, die aktiv geworden sind in Grohnde für ihre Mitarbeit zu gewinnen - das ist ihnen nicht gelungen, es war keiner bereit, sich auf diesen Grundsatz zu verpflichten, deswegen sind sie jetzt dabei, ihren Grundsatz noch mal neu zu überdenken (Beifall). Sie sind auch, wenn wir konkret am Bauwagen gewesen sind, zu uns rübergekommen - wo sie uns vorher oft diffamiert haben - haben gesagt, können wir mit euch zusammenarbeiten. Wir können eins feststellen - und ich würde auch sagen, wir sollten das auch bei anderen Beiträgen versuchen zu verallgemeinern, daß die Frage der Grundlage, auf der man zusammenarbeiten kann, die Frage der Einheit, allemal ne Frage ist, nachzuprüfen, was diejenigen, die beispielsweise ganz bestimmte Formen vorschreiben, wirklich wollen. Wenn sie bereit sind, wirklich energisch gegen Atomanlagen zu kämpfen, dann müssen sie das praktisch entwickeln und praktisch zeigen; dann können wir sie an der Frage aber auch genau ansprechen, Aktionsformen überlegen, ne Linie entwickeln, an der wir z.B. das Weserbergland wirklich zum Feindesland machen wollen - hingehen zu den Initiativen und sagen: wir haben das vor, macht ihr mit - und wir können an diesen konkreten Aktionen entwickeln, wo wir zusammenarbeiten können und wie wir uns gemeinsam auch zu den unterschiedlichen Vorstellungen verhalten. Wir können meiner Meinung nach aus unseren Erfahrungen auch wirklich ziehen, daß eine abgebotene Diskussion über ganz bestimmte allgemeine Plattformen bestimmt nicht in der Lage ist, zu einer Einheit zu führen, - das würde nichts anderes, bedeuten, als daß man fern von der praktischen Entwicklung von aktivem Widerstand in der Lage wäre, sozudagen administrativ und über einen Papierkrieg oder über Thesen

eine Einheit herzustellen. (Beifall) Ich kritisiere.. (Beifall)
 Unter diesem Aspekt haben wir uns natürlich auch auseinandersetzen müssen mit der Kriminalisierung, die gerade deshalb besonders die BI Hameln ungeheuer betrifft, weil Albrecht ja bekanntermaßen sich gezielt gegenüber der BI Hameln so geäußert hat, daß er sagte, es sei eine 'sogenannte' BI, das seien alles sowieso nur Kommunisten - die Sache ist aufgegriffen worden bekanntermaßen auch vom DGB, als wir am 1. Mai teilnehmen wollten an der Kundgebung, hat er vorher in einem langen Artikel bekanntgegeben: da wollten einige Radikale die Kundgebung umfunktionieren und hat uns auch angedroht, Ordnungskräfte bereitzustellen, die in der Lage wären, genau solches zu verhindern. Wir haben dann daraufhin meiner Meinung nach sehr gute Flugblätter verteilt dazu und sind hingegangen auf die Demonstration und es hat sich herausgestellt, daß die Hälfte des gesamten Zuges AKW-Gegner waren (Beifall) und das sogar die Ordner uns aktiv unterstützt haben. Wir haben allerdings den Fehler gemacht, viel zu spät uns die Frage zu stellen, wie wir die Bewegung verbreitern können; wir haben erst zum 1. Mai überhaupt angefangen, uns zu überlegen: wie können wir Arbeiter ansprechen, und sind jetzt insgesamt in der Diskussion so ungefähr in den Stand gekommen, daß Kriminalisierung nicht ne Sache ist, die sich durch Inaktivitäten innerhalb der Linken beispielsweise lösen lassen - was ich auch z.B. zu kritisieren habe an der Praxis in einigen Orten - , sondern daß wir nur dadurch überhaupt in der Lage sein werden, uns aktiv gegen die massiven Kriminalisierungsversuche zu wehren, indem es uns tatsächlich gelingt die Bewegung zu verbreitern und irgendwie in den Gewerkschaften und mit den Arbeitern zusammen zu arbeiten. (Beifall) Unter diesem Aspekt möchte ich noch mal begründen, weswegen ich nicht mehr bereit gewesen bin, auf dem Podium hier mitzuarbeiten. Wir haben gemeint, der Bundeskongreß würde die Aufgabe haben, genau diese Dialektik von der Entwicklung von praktischem Widerstand und politischer Einheit herzustellen. Womit wir hier konfrontiert worden sind teilweise - so würde ich das z.B. einschätzen und das ist jetzt meine persönliche Meinung - ist der Versuch, daß ganz bestimmte politische Parteien sich in der abstrakten Diskussion zuszusagen administrativ zum Verwalter oder zum Programmierer politischer Einheit zu machen, ohne auch nur (Beifall) bereit zu sein, dort, wo es wirklich darum gegangen ist, beispielsweise in der Vorbereitung und Durchführung des 19.2. und auch an anderen Stellen nachzuweisen, daß wo sie Fehler gemacht haben, ohne wirklich bereit zu sein sich selbstkritisch damit auseinanderzusetzen und daß manche Leute sogar in ihrer politischen Selbstdarstellung wichtiger gewesen ist, so wichtig gewesen ist, daß sie bereit gewesen sind sogar Leute, die sich bekanntermaßen immer sehr eingesetzt haben für die Entwicklung des praktischen Widerstandes zu diffamieren. Aus diesem Grunde bin ich nicht mehr bereit gewesen, mich weiterhin als Sachverwalter von irgendwelchen administrativen Entscheidungen per Stimmkarten hier zu betätigen. (Beifall)

(): Biblis

(Aktionssgem. Darmst.): Ja, also unter dem Punkt Biblis bekommen jetzt zwei Redner.. weil es dort vorhan offensichtlich bei der Diskussionsleitund da ein Mißverständnis gegeben hat, weil wir auf unseren Zettel geschrieben haben AKW Biblis, um das klarzustellen, wo wir her sind, weil in Darmstadt selbst gibt es ja keins, und es ist offensichtlich mißverstanden worden mit der BI Mannheim - Kirchstadthausen. Wenn Ihr also nichts dagegen habt werden ich erst am Anfang was sagen und dann der BI-Vertreter aus Mannheim - Kirchstadthausen. Das ist vielleicht am günstigsten, bevor es jetzt da wieder irgendwelche Keilerei gibt, wer jetzt dran kommt. (Beifall). Also ich komm von der Aktionsgemeinschaft Umweltschutz in Darmstadt und wir haben also den traurigen Ruf, daß wir das größte KKW der Welt direkt neben der Tür stehen haben. Wir sind eigentlich hier nicht als offizielle Vertreter, sondern haben hier eigentlich mehr einen Beobachterstatus und zwar aus dem Grund, weil wir im BBU organisiert sind. Also in dem Verband dem der Wüstenhagen vorsteht, über den hier in den letzten Tagen nicht

QUICKYS-Schnellschreib-Kopiersätze

gerade angenehme Sachen gesagt worden sind. Was mich allerdings etwas verwundert, ist, daß es den BBU bereits seit mehreren Jahren gibt, und daß von den Leuten, die alle hier sind, von den 251 oder was weiß ich, wivvielen BI's, es anscheinend bisher die wenigsten für notwendig gehalten haben, sich innerhalb von diesem Verband einmal mit der Politik vom Wüstenhagen auseinanderzusetzen. (Geringer Beifall) Es ist meiner Meinung nach ein Fehler sich außerhalb von so einem Verband zu stellen, genauso wie es ein Fehler ist, aus der Gewerkschaft rauszugehen, bloß weil man gegen den Loderer ist. (Unmutsäußerungen und einzelner Beifall). Gut, ich wollte da jetzt keine grundsätzlichen Debatte einleiten, das war nur mal so eine Frage oder ein Gedanke, den wir hatten. Für uns war also die Situation vorm 19.2., vor Brokdorf so, daß wir von Norddeutschland eigentlich gar keine Informationen erhielten, was da läuft, wie die Bevölkerung darauf reagiert, wie groß der Widerstand in Norddtschl. ist, und die Diskussionen bei uns sind auch dementsprechend chaotisch gelaufen. Es gab also Meinungen, daß wir nach Itzehoe fahren sollten, es gab Meinungen, daß wir nach Brokdorf fahren sollten, es gab Meinungen, daß wir in Biblis selbst was machen sollten. Und das muß ich den Leuten hier zum Teil auch zum Vorwurf machen, daß man sich keine Mühe gemacht hat, mal in den süddtsch. Raum entsprechende Informationen zu liefern über Brokdorf. Ich glaube, daß so ziemlich jede BI südlich vom Main total auf dem Schlauch gestanden hat und auch nicht gewußt hat, wie sie sich jetzt speziell in dem Fall Brokdorf zu verhalten hat. Wir sind also dahin gefahren, aufgrund von der Presseberichterstattung auch mit dem Gefühl, daß wir da jetzt in so einen kleinen Bürgerkrieg fahren, und ich kann da, auch von meinen Arbeitskollegen so sagen, die haben also alle gemeint, daß ich da jetzt so als Halbleiche wieder zurückkomme. Der Erfolg für uns von Brokdorf war eigentlich nur der, daß die Presse, die Werbung, die Stellungnahmen der Bundesregierung u.s.w. einfach ad absurdum geführt worden sind. Ich glaube, wenn man hier so Einschätzungen gewinnt, inwieweit man hier für die Bewegung in der BRD sprechen will oder kann, sollte man da auch den Süddtsch. Raum da nicht ganz vernachlässigen. (Beifall, mäßig) Und da ist der Erfolg von Brokdorf halt nur der, daß jeder gesehen hat, daß die Zeitungen gelogen haben, und nicht mehr und nicht weniger (Einige Pfiffe und einzelner Beifall) (nicht zu verstehende Einwände)... Unsere BI besteht aus etwa sechzig Personen und hat sich organisatorisch so aufgeteilt, daß eine Gruppe speziell Informationsarbeit in Darmstadt selbst macht, eine Gruppe so ein Wissenschaftlerkreis, der eng mit der TH in Darmstadt verknüpft ist, Volkshochschulkurse macht, Kurse in verschiedenen Orten, und sich auch überall ähnlich wie nach dem Tübinger Konzept da anbietet, wo das Thema AKW oder Atom in irgendeinem Zusammenhang zur Sprache kommt. Die 3. Gruppe hat es sich zur Aufgabe gemacht speziell in dem Orten um Biblis herum Informationsarbeit zu leisten, Veranstaltungen zu organisieren und vor allen Dingen den Trend, der in letzter Zeit bei uns zu verzeichnen ist, daß nämlich BI's für AKWs gegründet & werden irgendwie Einhalt zu gebieten. Es ist so, daß die KWU in Offenbach ne große gelegte Kampagne für BI's für AKWs gestartet hat. Wir versuchen da etwas dagegen zu unternehmen. (Beifall). Unsere letzte Aktion war so gewesen, daß wir in Biblis einen Osterspaziergang organisiert hatten, und der ist auch relativ gut verlaufen, es waren 3-4000 Leute da. Wir haben gegen den Block C 60 000 Einsprüche gesammelt. Dabei muß .. (Beifall) .. man bedenken, daß für Block A und B kein einziger Widerspruch erhoben worden ist. Jetzt noch so einige Termine, was bei uns so in nächster Zeit anliegt. Da ist also der Erörterungstermin für Block C am 28.6., das Wochenende vorher gedenken wir eine Art Zeltlager durchzuführen, mit Demo, am 25./26. war das und wir fänden es auch ganz gut, wenn ein paar Leute, die vielleicht hier sitzen da mal vorbeifahren und sich das anguckten. Das Wars. (Beifall)

(BI Mannheim-Kirchgartshausen): Ich komme also aus der BI "Kein KKW in Mannheim - Kirchgartshausen und möchte jetzt über die Erfahrungen, die wir in den über zwei Jahren gesammelt haben, gegen das BASF-KKW, die sich dann auch niedergeschlagen haben in der neuen Diskussion um eine neue Plattform. Die Berichte über Biblis, die spare ich mir jetzt aus, weil da schon der Kollege aus Darmstadt drüber gesprochen hat. Es geht darum, daß bei uns die BASF ein KKW direkt in der Stadt bauen will,

weil sie sich ausgerechnet hat, daß sie über das KKW viele..... bekommt und weil sie ausgerechnet hat, daß sie dort über 200 Mill. Kosten einsparen kann, daß sie, wie sie selbst sagt, bessere Bedingungen schafft, um auf dem Weltmarkt gegenüber ihren Konkurrenten sich durchzusetzen. In der Zwischenzeit ist es aber so, daß sich die BASF ausgerechnet hat, daß die Kosten für KKW's (Zwischenruf)... Ich muß das kurz vorherbringen, die Information, weil es um diese Frage Auseinandersetzungen gegeben hat, wie diese Sache einzuschätzen ist..... daß die Kosten für KKW's, ihr zu hoch sind, weil das konstante Kapital, was sie da einsetzen muß, ihr zu stark auf die Profitrate drückt. So hat sie beschlossen, daß sie selber das KKW jetzt nicht baut. Mit dieser Meldung, die der BASF-Vorstand rausgebracht hat, hat es innerhalb der BI in dem Raum Auseinandersetzungen gegeben, die einen haben das so eingeschätzt, daß sie gesagt haben, das ist ein Erfolg, das ist ein Rückzieher der BASF und haben gemeint, daß es zurückzuführen ist auf die breite Bewegung, die dort ist. Die Anderen..... beanspruchen, ob man sich nur festlegt in der Plattform und auch in der Argumentation auf die Gefährlichkeit der KKW's und nicht weitergeht und fragt, wem nützt's und wer hat die Zeche zu bezahlen. Und in dieser Frage ist es dann so gewesen, daß in der neuen Plattform bei uns die Frage wer die KKW's zu zahlen hat, und wer den Strom zu zahlen hat, und wie das aussieht über die Ausplünderung über einerseits die Steuern worüber ja schon gestern berichtet worden ist, und zum anderen auch über die Strompreiserhöhung ist es die Sache, die in der Plattform aufgenommen worden, ich mein, vorhin ist allos Buh gerufen worden, als diese Frage vom Vertreter von Delmenhorst angesprochen worden ist; ich glaub, daß das überhaupt kein Grund ist, Buh zurufen, weil bei uns eben grad das Badewerk hergegangen ist, und im Mannheimer Morgen eine große Zeitungsannonce aufgesetzt hat, wo sie ungefähr folgendes geschrieben hat: daß es ihnen leidtut, daß sie zum 1.6. jetzt die Strompreise um 6 % erhöhen müssen, und der Grund dafür wär, daß billiger Strom von KKW's momentan nicht vorhanden sei, weil eben radikale und gewisse Leute aus Kirchumsdenke heraus etc. den Bau von KKW's verhindern. Und ich mein, daß diese Frage, wer hat diese Zeche zu zahlen, hier nicht diskutieren und verschiedenlich auch versucht worden ist, das zu unterdrücken, dann kann man diese Frage überhaupt nicht in der Auseinandersetzung mit den Menschen, mit den Arbeitern und den Bauern eben zusammenzuschließen, und diese Frage überhaupt nicht beantworten, denn es ist doch so, das haben wir in unserer BI festgestellt, und auch im Statut, im neuen Statut ist es so, daß das Kernenergieprogramm eben finanziell auch nicht abgesichert ist in der Frage, und nur abgesichert werden kann, wenn es eben ne breitere....

() : Kannst du dich nicht mal nen bißchen kürzer fassen.

(BI Mannheim-Kirchgartenhausen) :..Aufklärung der Haushalte über Strompreise und Steuern passiert. Nen weiteren Punkt in der Auseinandersetzung gings um die Frage der Bauern. In der Plattform da war es so, daß die Argumentation zu so läuf, daß bei uns Z (Zwischenruf) .. da komm ich jetzt grad hin, weil wir daß als wichtige Frage gesehen haben, die Spaltung zwischen Arbeiter und Bauern. Und zwar war das (Zwischenruf : schon zu lange)

() : Noch 2 Minuten

(BI Mannheim-Kirchgartenhausen) : 2 Minuten. (Pfiiffe und Unruhe) Ich soll, daß in Mannheim-Kirchgartenhausen, wo daß KKW gebaut werden soll, und im Stadtteil Sandhofen ist es so, daß hier ziemlich Bauern sind in den BI's ist dann so diskutiert worden, daß eigentlich die Ruinierung der Bauern als Triebkraft mit zu nennen, daß es eigentlich nicht so wichtig ist bei uns in Mannheim als Zustände in Whyl oder in Brokdorf usw. und aber gemeint, daß in Mannheim, weil die Zahlenmäßigkeit der Bauern dort geringer ist, daß man das nicht nicht erwähnen muß. Und zwar ist die Abstimmung dann mitten durchgelaufen in den BI'n mit einer Stimme Mehrheit ist es zwar nicht explicid aufgenommen worden, hat aber niemand gesagt, daß es keine Rolle spielt in der Auseinandersetzung. Wir haben jetzt in unserer BI uns aufgeteilt in 3 Stadtteile, und grad

im Mannheimer Norden, was ein Arbeiter, wo die Farbiken zusammengefaßt sind und wo gerade daß KKW gebaut werden soll, wo auch der Flächennutzungsplan so ausgeschrieben worden ist, von der Stadt, daß eben die Bauern die dort (Zwischenruf), ich glaub, daß das ne wichtige Frage ist, und das die hier behandelt werden muß

() : Aber faß das doch ein bißchen zusammen, und komm mal zum Ende. (Beifall)

(BI Mannheim-Kirchgartenhausen) : ..daß es so ist, daß diese Ausschreibung von Industriegebiet eben so festgelegt worden ist, daß diese Bauern in der Umgebung dort ihre Existenz vernichtet wird, und argumentiert wird, die Bauern, und das sagt auch der DGB-Vorsitzende, dei Bauern haben hier nichts verloren, im Gegenteil, die stehen gegenüber den ~~Presse~~ Inte resse von den Arbeitern, weil sie hier nicht ihr Eigentum aufgeben wollen, weil das wichtig wär, weil die BASF oder sonstige Fabriken dort eben Arbeitsplätze schaffen wolle. Und genau diese Spaltung, die hier reingetrieben wird, die haben wir in Mannheim-Norden diskutiert, in der Stadtteilgruppe, und da hab ich jetzt beschlossen, daß wir ~~hier~~ hier ein Flugblatt rausbringen, wo wor die Bauern in Sandhofen-Tiergartenhausen und im Saarhof aufsuchen, könnt ihr mal ein bißchen ruhiger sein, (Zwischenrufe)

() : Paß auf, du verwechselst Ursache und Wirkung hier. (Beifall)

(BI Mannheim-Kirchgartenhausen) : Ich will dieses noch kurz fertig machen. Mit der Aktions-... (Zwischenruf) bitte, das sind keine 2 Sätze, ja, und zwar ist es so, daß wir ein Flugblatt da jetzt rausbringen, wo mir nächste Woche das verteilen, und die Bauern aufsuchen, was zum Teil auch schon mehrere Aktionen passiert sind, wo mir gemeinsam die Interesse der Bauern und Arbeiter gegen das KKW in Kirchstadthausen herausarbeiten und gerade die Spaltungsversuche, die dort gemacht werden, damit man denen entgegenwirkt.

(7) : Gut, Ende jetzt. (Beifall) Hör mal, wir sind jetzt seit 5 Minuten mit unserem Zeitplan außer der Reihe, und du hast bereits jetzt 10 Minuten gesprochen. (Zwischenrufe). Gut, noch 2 Sätze, aber wirklich Schluß dann.

(BI Mannheim-Kirchgartenhausen) : Ich mein, daß die anderen BI'n auch ausgesprochen haben über die praktische Arbeit, und ich glaub, daß das ein wichtiges Problem ist, daß eben jetzt hier auch in der BRD so ist, daß unmittelbar in der Stadt eben KKW gebaut wird (Zwischenruf), und daß diese Brage hier behandelt werden muß. Wir haben deshalb...

() : Komm, die 2 Sätze sind jetzt vorbei, jetzt ist Schluß, aus. (Beifall). Wir kommen jetzt, jetzt laßt mich einige Erklärungen hier zur Tagesordnung machen. So, wir hatten vorher einen Antrag, daß nach einer Stunde, bzw. wenn die Rednerliste heir abgeschlossen ist, Schluß mit diesen Berichten sein soll, das ist auch notwendig, weil wir jetzt 1. die Frage der Kriminalisierung behandeln müssen, das ist eine sehr wichtige Frage. (Beifall und Zwischenrufe) Das zweite ist daß wir nachher zu der Grundlage kommen, und um 16 Uhr noch Beschluß von vorher zur Frage der weiteren Arbeit kommen müssen. Jetzt ist es so, die Diskussionsleitung schlägt vor, daß die Antragsteller von Anträgen zu dem Punkt Grundlagen underes Widerstandes und weitere Arbeit sich jetzt hier hinten, hinter der Mauertreffen, und versuchen ihre Anträge also daraufhin durchzuforsten, ob es dort Überschneidungen gibt, und was man behandelt und was nicht. Vielleicht kriegen wir keine große Klarheit dabei heraus, aber vielleicht tut sich auch was dabei, ansonsten haben wir nämlich ein Wust von Anträgen, den wir praktisch nachher mit einer Abstimmungsmaschenerie durchziehen müssen, und das wird das ganze Bild ein bischen erschweren. Also, die Antragsteller versammeln sich hier hinten, nicht die gesamten BI's und die gesamten Delegationen, sondern am besten ein Vertreter jeweils, oder 2 versammeln sich hier hinten, auf der Rückseit des Audi-Max, und der Ermittlungsausschuß fängt jetzt an mit seinem Bericht zu der Frage der Kriminalisierung. Unter dem Punkt, moment, moment, unter dem Punkt Kriminalisierung wird es weiterhin, unter dem Punkt Kriminalisierung gibt es dann 2 Resulotionen, die wir dann ebenfalls verabschieden werden. Ermittlungsausschuß hat das Wort. (Moment, eine Sache aus Hamburg noch vorziehen....und Zwischenruf) Nein, es wird jetzt nichts vorgezogen, wir ziehen jetzt, wir gehen jetzt in der Tagesordnung entsprchend den vorher modifizierten Beschlüssen weiter. Die Rednerliste ist jetzt weg,

und wir werden nachher am Punkt Grundlagen unseres Widerstandes eine neue Rdenerliste eröffnen. (Zwischenrufe... Warte mal...Nein...) Aber anhand natürlich der konkreten Anträge, völlig klar, die nachher hier vorgestellt werden. Ermittlungsausschuß.

(? Redner aus Hamburg ?) : Also, ich wollte kurz noch mal vorziehen, ganz kurz ne aktuelle Situation zu Stand der Auseinandersetzung dar in Hamburg ums Kurio-Haus, (Nein)

() : Hör mal, mach das bitte am Ende nachher, das geht jetzt (Proteste), war das aktuelle oder nur allgemeine, ja gut okay!

(Redner aus Hamburg) : Das sind wirklich nur 2 Sätze, daß ist ja allen bekannt, daß gestern morgen besetzt worden ist mit 150, gestern Abend ~~mit~~ waren es also etwa 700 Menschen im Kurio-Haus (Beifall) , daß ist also so weitergegangen, daß heute vormittag der Biallas, 2. Bürgermeister Hamburgs, FDP, im Kurio-Haus gewesen ist, und da mit den Besetzern diskutiert hat, er hat also sehr liberal geredet, und so weiter, er hat aber auf der andern Seite auch aufgefordert, die Besetzung also sein zu lassen, und man müßte das auf dem Rechtswege durchsetzen usw. Die Besetzer sind darauf also nicht eingegangen, waren weiter drin geblieben (Beifall), sind konkret so weiter gegangen, nach meinen bisherigen Informationen, daß also so etwa um 12 Uhr die Faschisten da angerückt sind im Kurio-Haus, bzw. vorm Kurio-Haus, etwa 80 Leute, junge Nationaldemokraten und wie sie alle heißen, teilweise mit Hitlergruß daaufmaschiert sind, und daß die Polizei Absperrungen gemacht hat, ums Kurio-Haus rum, und die Faschisten da nicht ran gelassen haben.

(Beifall) Dieser Erfolg ist meines Erachtens darauf zurückzuführen, daß insgesamt ne ziemlich breite Bekanntmachung dieser Sache gekommen ist, unter anderem hat sich die GEW, insgesamt der GEW, dem diese Räume hier gehören, das Kurio-Haus, noch mal ausdrücklich solidarisch erklärt mit der Aktion (Beifall), und was vielleicht noch dazu kommt, daß also die Friedrich-Ebert-Halle in Harburg, wo die Faschisten ein Ausweichquartier haben sollten, nach meinen Informationen heute vormittag von ungefähr 200 Leuten besetzt worden ist (Beifall) Als letztes wollte ich noch ne kurze Information über die Kräfte, die das im wesentlichen tragen, daß ist also so, daß mittlerweile im Kurio-Haus so wir mir das so gegen halb eins, eins dargestellt worden ist, also praktisch ein Fest stattgefunden, da also gesungen wird, getanzt wird usw. also High-Life ist, und das also im Wesentlichen das vom KB getragen worden ist, aber daß insgesamt auch eine sehr breite Mobilisierung auch in der Hamburgern Spontiszene und also auch in Teilen der von VVN stattgefunden hat. (Beifall)

() : Ich bitte jetzt um Aufmerksamkeit für die Ausführungen des Ermittlungsausschusses.

(Ermittlungsausschuß) : Ja, ich möchte meinen Bericht für alle die, die es noch nicht mitbekommen haben, sollten, mit ner Wiederholung beginnen, die beiden Haftbefehle von Grohnde sind aufgehoben; die Tot-Schlagsvorwürfe sind zurückgenommen worden (Beifall). Das bleiben aber und damit zeigt sich auch ein erster Erfolg, aber ein Anfangserfolg nur ist, die Vorwürfe und damit die Anklagen wegen ^{schweren} Landfriedensbruch, wo es ~~also~~ immerhin um 6 Monate Mindeststrafe Gefängnis geht. (Pfiffe) Seit der ersten großen Demonstration in Brokdorf am 30. Oktober ist die Zahl der Strafverfahren, von Berufsverbotsanträgen und Gewerkschaftsausschlüssen, politischen Entlassungen oder Versuchen dazu, sprunghaft angewachsen. Insgesamt laufen heute nach unseren Unterlagen der Ermittlungsausschüsse insgesamt ca. 350 Strafverfahren, alleine wegen der Demonstrationen. Beginnt bei den Vorwürfen Hausfriedensbruch, Brokdorf, 30. Oktober, und eskaliert sich dann zu schweren Landfriedensbruch und eben was jetzt zurückgenommen worden ist, versuchter Totschlag am 19. 3. in Grohnde. Am kommenden Dienstag wird in Itzehoe der erste Prozeß gegen einen derjenigen, die in Brokdorf am 30.10. festgenommen worden sind, fortgesetzt, der ist am Donnerstag begonnen worden, Vorwurf Hausfriedensbruch, jetzt soll er ausgeweitet werden in schweren Hausfriedensbruch. Zu diesem Prozeß wird in der anschließenden Diskussion sicher noch einiges zu sagen sein. Bei den Beschuldigungen, um die Reihe jetzt fortzusetzen, vom 13.11., kamen dann insgesamt in dem Rahmen dieser 350 Strafverfahren die Beschuldigung schwerer Landfriedensbruch hinzu, die ja auch jetzt in Grohnde fortgesetzt wurde. Weiter gibt es

zahlreiche Verfahren gegen Flugblattverteiler, plakate kleben und Parolen malen. Davon sind aber den Ermittlungsausschüssen außerordentlich wenige, genaue Berichte bekannt. Ich möchte hier noch mal hervorheben, an dieser Stelle, daß auch diese kleinen Sachen, in Anführungsstrichen, zur Verfolgung unserer Bewegung gehört, und es unbedingt erforderlich ist, daß wir gegen jede Personalienfeststellung vorgehen, und auch die einbeziehen, und dafür muß man Berichte verfassen, und das bekannt geben, und in dem Kampf gegen die Kriminalisierung unserer Bewegung. (Beifall) Besonders hervorheben muß man in diesem Bereich, die Verfahren gegen diejenigen AKW-Gegner, die vor dem 19.2. den Aufruf des Bundeskongresses zur Demonstration in Brokdorf verteilt haben, und die deswegen festgenommen worden sind, weil sie, in Anführungszeichen, zu einer verbotenen Demonstration aufgerufen haben. Wegen eines Flugblattes des KB wird dann am 26. Mai in Itzehoe der Prozeß gegen den Presserechtlich Verantwortlichen des KB, Kai Ehlers, stattfinden, dem Strafbefehl wegen dieses Flugblattes, Strafbefehl wegen Beleidigung, weil nämlich der Polizeiterrror am 30. Oktober angegriffen worden ist, sind 60 Tagessätze, d.h., wenn er die Geldstrafe nicht bezahlt, 60 Tage Haft, 2 Monate verkündet worden. Ich möchte jetzt auf diejenigen bekannteren, einzelnen AKW-Gegner eingehen, die als Rädelsführer herausgegriffen und stellvertretend für uns alle verfolgt werden. Das ist einmal Fritz Storim, gegen den das Hamburger Landgericht vor dem 19. 2. diese Einstweilige Verfügung, von der ihr sicherlich alle gehört habt, mit der 500000.-DM Geldstrafe für den Fall, daß er weiterhin aufruft zur Besetzung oder daß er selber sich daran beteiligt, verhängt hat, eine Einstweilige Verfügung, die im übrigen immer noch gilt, d.h. Fritz Storim bis heute verboten ist, den Zielen der BE'n zum Kampf gegen das AKW in Brokdorf konkret selber zu vertreten, in Worten und Taten. Außerdem laufen gegen Fritz ein Strafverfahren, das hervorgehoben werden muß, er ist presserechtlich Verantwortlicher gewesen des Aufrufs des letzten Bundeskongresses zum 19.2., deswegen wird er wegen Aufrufs zur strafbaren Handlung verfolgt. Ein zweiter, wichtiger Prozeß, etwa auf der selben Linie, oder Prozesse, werden vorbereitet gegen Jens Scheer aus Bremen, ein Strafprozeß, der von der Staatsanwaltschaft Bremen selbst als Mammutprozeß bezeichnet wird, mit etwa den gleichen Vorwürfen, einmal Aufruf zu strafbaren Handlungen, Anstiftung zu schweren Landfriedensbrüchen, wobei man sich stützt auf das Spiegel-Interview, daß der Jens vor dem 19.2. gegeben hat. Und unmittelbar bevor steht der Berufsverbotsprozeß gegen Jens Scheer, sicherlich auch aus Anlaß dieser erfolgreichen Aktionen, es steht unmittelbar bevor, daß das Hauptverfahren, und damit der Versuch, Jens rauszuschmeißen, als Professor von der Bremer Universität in allernächster Zeit beginnt. Hinzu kommen zahlreiche Bußgeldverfahren, und sonstige so kleinere Sachen, also kleiner immer so in Anführungszeichen, es ist sehr ernst zu nehmen, wegen unangemeldeten Büchertisch aufstellen, Flugblatt verteilen usw. usf. Wegen des unverhüllt gewalttätigen Vorgehens der Polizei und des Bundesgrenzschutzes am 30.10. und 13.11. haben sich besonders innerhalb der Bi'n Umweltschutz Unterelbe, jetzt aber auch in Hamburg, Hannover, Kassel, Hameln mittlerweile auch in Nürnberg, Landshut, Berlin, die Städte kann man alle gar nicht mehr aufzählen, Ermittlungsausschüsse gegen diese Verfolgungen gegründet. Ich glaube, das ist ein guter Schritt, gegen diese Kriminalisierung vorzugehen. (Beifall) Wir haben uns nicht nur das Ziel gesetzt, die Überfälle der Polizei zu registrieren, und Material für die Rechtsanwälte zusammenzustellen. In den 350 Strafverfahren, die jetzt zu erwarten sind, in den Berufsverbotsanträgen usw., sehen wir vielmehr den Versuch, systematisch unsere Bewegung zu kriminalisieren, und so neben den Spaltungsversuchen mundtot zu machen. Wir haben uns in Göttinge, nicht so wie die Polizei das über Lautsprecher verkündet hat, die Verbrecher am Zaun und die friedlichen Demonstranten spalten lassen, weil wir unseren Widerstand für berechtigt und notwendig halten. Die Gewalt ist nicht von uns ausgegangen, sondern von der Atomindustrie und die Regierung, die ihr Atomprogramm gewaltsam durchsetzen wollen. Deswegen ist unser Widerstand gerecht, und deswegen lassen wir es nicht zu, daß unsere ganze Bewegung, durch, wie die Regierung es sagt, Einzelne zu Kriminellen, zu

einer Bewegung von Kriminellen erklärt wird. (Beifall). Deswegen haben wir uns in Hamburg und in Hannover, als die Haftbefehle noch bestanden, zu praktischen Aktionen gegen die Haftbefehle gegen Bernd Löwe, Hamburg und Christian Gehrke eingesetzt. ES Die beiden mußten sich, als die Haftbefehle ausgesprochen waren, nach Grohnde, jede Woche bei der Polizei melden. Sie sind daraufhin, B. Löwe in Hamburg anfangs von 70-80 und 7000 zum Schluß AKW-Gegnern zur Polizeiwache jede Woche begleitet worden. (Beifall) Und selbst dabei ist in Hamburg beim 2. Mal dieser Zug, der B. Löwe begleitet hat, überfallen worden, neun AKW-Gegner die ihn begleitet haben, sind festgenommen worden, gegen die läuft jetzt wiederum ein Verfahren wegen Landfriedensbruch. Aber dennoch glaube ich, daß der Erfolg, den wir damit erreicht haben, daß die Haftbefehle nämlich weg sind und die Anklage wegen versuchten Totschlags, ganz klar zeigt, daß es richtig ist, offensiv gegen diese Kriminalisierungsversuche vorzugehen. (Beifall) Und ebenso muß es uns, glaube ich, gelingen, z.B. bei Jens Scheer dieses Berufsverbot zurückzukämpfen, wofür wir uns auch praktische Aktionen ausdenken müssen, wofür alle AKW-Gegner sich einsetzen müssen. (Beifall) Insgesamt kommt es jetzt darauf an, daß wir, und dafür sollte auch dieser BuKo ganz klar Positionen beziehen, uns einsetzen für die Einstellung aller Strafverfahren gegen AKW-Gegner, die sich an diesen Demonstrationen in Brokdorf und Grohnde beteiligt haben, und diejenigen, die sich ansonsten wegen ihres Eintretens gegen die AKWs verfolgt werden. (Beifall) Wie notwendig es ist gegen die Kriminalisierung vorzugehen, liegt auch der Hand, auch davon hängt die Verbreiterung unserer Bewegung mit ab. Außer dem haben wir gerade am 13. II. erfahren, daß sich uns viele Menschen, aus Empörung über das brutale Vorgehen der Polizei, sich uns angeschlossen haben, und deswegen am 19.2. auch sicherlich mit uns gegangen sind.

(): Darf ich dich mal ganz kurz unterbrechen. Die Leute, die die Anträge absprechen, sind im Raum H 14, das ist der Raum, in dem heute morgen die Sani-ausschüsse getagt haben, in dem das hinter H632 dadrüben in dem Flügel. Dankeschön.

(Ermittlungsausschuß): Die Mühlen der Justiz laufen langsam, aber stetig. Der aktuelle Anlaß eines Prozesses, das müssen wir uns auch vor Augen führen, ist weit weg, wenn er stattfindet. Wir müssen deswegen über die Verfolgung der AKW-Gegner intensiver informieren, und es wird notwendig sein, daß der BuKo selbst ganz klare Positionen dazu bezieht, daß wir es nicht zulassen, daß auch nur ein einziger Prozeß gegen AKW 'Gegner in der Weise stattfindet, daß am Ende herauskommt, "da ist ein Krimineller verurteilt worden". (Beifall) Das ist deshalb auch besonders notwendig, weil wir einen massiven bundesweit koordinierten Pressehetze gegenüberstehen, die so etwas natürlich besonders begierig aufnimmt. Mit offenen oder versteckten Verfolgungsmaßnahmen sind Redakteure, die sich bemüht hatten, wenigstens objektiv über Brokdorf am 19.2. zu berichten, oder auch Grohnde am 19.3., eingeschüchtert, versetzt oder rausgeschmissen worden. Am bekanntesten ist das Vorgehen beim NDR in Hamburg, dessen Verwaltungsrat, von dem das besonders intensiv betrieben worden ist, z.B. ein führender Beamter des Hamburger Verfassungsschutzes sitzt. Wir müssen unbedingt bundesweit und möglichst auch international erklären, was es heißt, wenn die 35 000, die am 19.2. in der Wilster Marsch demonstriert haben, mit einer konstanten Frechheit als 6000 Radikale in der Presse wieder dargestellt werden. Unsere besondere Solidarität muß deswegen auch den zensierten Journalisten gelten, die darüber berichten wollen, &- was wir tatsächlich machen, und die sich dagegen wehren, daß das Blaue vom Himmel heruntergelogen wird. (Beifall) Ein zweiter Aspekt ist sehr wichtig für unseren Kampf gegen die Kriminalisierung. Seit Jahren sind die gesetzlichen Maßnahmen in der BRD, die Ausrüstung der Polizei und des BGS verschärft worden um den massenhaften Widerstand zu unterdrücken. Wer von uns hätte z.B. gedacht und viele wissen es tatsächlich nicht, daß das BGS-gesetz von 1972 auch die Anti-AKW Bewegung angewendet werden kann. Nach diesem

Gesetz hat der Maihofer dem Einsatz des BGS in Brokdorf und Grohnde zu gestimmt. Darin heißt es, daß der BGS dann eingesetzt werden kann, wenn die FDGO gefährdet ist im Bund oder im Land. Wer also gegen Atomanlagen kämpft, der ist ein Staatsfeind, das ist die Konsequenz daraus, der ist gegen die FDGO. Die Regierung geht also nicht nur uns gegenüber aufs Ganze. Was sie nicht ohne Widerstand durchsetzen kann, will sie also mit Gewalt erreichen, und dafür schafft sie sich die Mittel. Das ist auch der Grund dafür für das laute Nachdenken der Politiker der SPD, der CDU und auch der DKP, die davon gesprochen haben, daß in Grohnde Neonazis demonstriert haben, über weitere gesetzliche Maßnahmen. Das Demonstrationsstrafrecht soll verschärft werden. In Hessen wurde der Vorschlag gemacht, daß in Zukunft das, was in Ohu schon praktiziert worden ist, Gesetz werden soll, keine Gasmasken, keine Schutzhelme, kein medizinischer Schutz mehr soll auf Demos mitgeführt werden. Außerdem ein zweiter wichtiger Punkt, 1969 ist aufgehoben worden im Strafgesetzbuch, daß jeder, der sich an einer gewalttätigen Demo, und das entscheidet die Polizei, was gewalttätig ist, nicht der Demonstrant, beteiligt, auch wenn er selber nicht ausübt Gewalt ausübt, bestraft werden kann. Auch das soll wieder eingeführt werden. Absoluter Höhepunkt all dieser Gesetzesvorschläge ist der Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz der Länder, herausgegeben im Juni '76. Vom gezielten auch gegen Kinder unter 14 Jahren, den Einsatz von Maschinengewehren und Handgranaten gegen Menschenmengen, also z.B. unsere Demo in Brokdorf und Grohnde, außerdem den Freibrief jeden Menschen aus jedem Anlaß, wenn der Polizist nur meint, daß er sich verdächtig macht, an jedem Ort, zu jeder Zeit, kontrollieren, festnehmen, Personalien feststellen, überprüfen, Sachen und Personen durchsuchen zu können. Die Polizei bekommt mit diesem Gesetz einen Freibrief, der es ihr erlauben würde, mit unbegrenzten Möglichkeiten gegen den Widerstand vorzugehen. Wir sind von diesen Maßnahmen direkt betroffen, die Erprobungen und den Vorgriffen auf diesen Gesetzgebungsvorschlag sind wir in Brokdorf und Grohnde entgegengetreten und deswegen, meine ich, daß es erforderlich ist und auch richtig ist, wenn wir intensiv gegen diese Gesetzgebungsvorschläge, auch als Anti-AKW Bewegung vorgehen, denn sie würden unseren Bewegungsspielraum weiter einengen. (Beifall)

Die Ermittlungsausschüsse haben zusammen bisher mit den Betroffenen jeden einzelnen Fall, der bekannt geworden, ist registriert. Über die wichtigsten Aufgaben der Ermittlungsausschüsse habe ich eben berichtet. Ich möchte noch einmal hervorheben, daß wir es für unbedingt erforderlich halten, gerade wenn wir versuchen, die Lage, wie ich sie eben dargestellt habe, uns zu vergegenwärtigen, gegen jeden einzelnen Prozeß gegen AKW-Gegner so breit, wie nur irgend möglich vorzugehen. Wir werden es nicht dulden, daß dieser Prozeß von dem ich berichtet habe, am nächsten Dienstag, wieder gegen den Kieler AKW-Gegner wieder nur, wie am vergangenen Donnerstag, mit der Teilnahme von etwa 20-30 AKW-Gegnern stattfindet, da muß sich das Gericht schon einen wesentlich größeren Raum suchen. (Beifall) Solange wie wir das Ziel der sofortigen Einstellung aller Strafverfahren noch nicht erreicht haben, müssen wir alle Prozesse gegen AKW-Gegner zu Tribunalen gegen Atomanlagen machen. Auch vor Gericht hört unser Widerstand nicht auf.

Zur Vorbereitung der Prozesse ist es aber unbedingt erforderlich, daß alle Erfahrungen mit Polizeiübergriffen bei Demos zur Verfügung stehen. Dafür brauchen wir insbesondere die Berichte über die großen Demos. Besonders zu Grohnde gibt es im Moment noch sehr wenig Berichte und ich möchte euch auch an dieser Stelle noch einmal auffordern, damit zur Vorbereitung der Prozesse, aber auch zur Vorbereitung des weiteren Widerstandes, damit wir bekanntmachen können, noch weiter bekannt machen können, wie brutal die Polizei gegen uns vorgegangen ist, und wie wir uns dagegen wehren, daß diese Berichte an die Ermittlungsausschüsse, die es ja nun fast überall gibt, schnellstens gemacht werden. Aus allem ergibt sich, unser Kampf gegen die Kriminalisierung der AKW-Gegner wird jetzt auch ernst im Bezug auf die Gerichte. Wir sollten, und das wird auch Ausdruck der Resolution, die wir nachher vorschlagen, sein, diesen Aspekt nicht aus den Augen verlieren. Die BIs in

Schleswig-Holstein, an der Ostküste insbesondere, aber auch in B Hamburg sollten sich verpflichten, die wegen Brokdoerf, 13.10., 13.11. und 19.2. stattfinden und zwar alle in Itzehoe, gemeinsam zu mobilisieren und ich halte es auch für richtig, wenn wir an diesen Prozeßtagen, die wir allen bekanntgeben werden, im ganzen Bundesgebiet mit Kundgebungen oder je nachdem wie die BIs das machen können, gegen diese Prozesse protestieren. (Beifall) Wir fordern die sofortige Einstellung aller Strafverfahren, keine Berufsverbote, Gewerkschaftsausschlüsse, Entlassungen gegen AKW-Hegner, Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht! (Beifall)

(): Jetzt zur weiteren Verfahrensweise in diesem Punkt.

Die Ermittlungsausschüsse haben eine Resolution vorgelegt, die wir dann verabschieden & werden, die wird dann noch vorgelesen oder ist & die allgemein bekannt? Nee, ne. Ist die ausgeteilt? In wenigen Exemplaren, gut die muß dann vorgelesen & werden. Ansonsten gibts noch Beiträge zu diesem Punkt von der BBA, zu Jens Scheer, von Kurt & aus Bremen bisher, - und wer sonst noch Beiträge zu diesem Punkt hier machen will, der soll sich jetzt hier melden. Wir müssen darauf achten, daß wir das zuspitzen auf die wichtigsten Fragen. Jetzt BBA

(BBA): Ich bin Mitglied im Arbeitskreis Umweltschutz an der Uni Bremen und damit der BBA. Und möchte kurz deutlich machen an zwei Punkten, wie der Kampf gegen das drohende Berufsverbot von Jens Scheer geführt wird, und warum es notwendig ist deutlich zu machen, warum sich auch dieser BuKo eine klare Solidaritätsadresse gegen das Berufsverbot von Scheer verabschiedet. Der praktische Kampf gegen das drohende Berufsverbot vollzieht sich im wesentlichen auf drei Ebenen: mit der vorläufigen Suspendierung von Scheer als Hochschullehrer soll versucht werden, seine wissenschaftliche Arbeit zu unterbinden. Diese Versuche sind nicht neu. Bereits damals, als von einem Autorenkollektiv fortschrittlicher Haa Hochschullehrer, unter Mitarbeit von Jens Scheer das auch sicherlich bekannte Buch des SAU-Projektes veröffentlicht worden ist, ist von seiten der Bremer Uni-Leitung gegen die Verfasser Repressionsmaßnahmen angekündigt und durchgeführt worden. Bisher ist es aufgrund der breiten Solidarität fortschrittlicher Hochschullehrer, vor allen Dingen am naturwissenschaftlichen Bereich und vieler Studenten, nicht gelungen, die wissenschaftliche Arbeit von Jens Scheer zu unterdrücken, d.h. erfüllt seine Seminare wie bisher durch. (Beifall) Das zweite, die zweite Aufgabe besteht darin, der schleichenden Kriminalisierung, wie sie vor allen Dingen durch die ungeheure Anzahl von Strafverfahren und Gerichtsurteilen vorgenommen wird, öffentlich und breit entgegenzutreten. Das geht nur so, daß hier die Öffentlichkeit hergestellt & wird und bei jedem einzelnen Prozeßtermin, bei jeder einzelnen Vorladung, alle Kräfte, die gegen das Berufsverbot eingestellt sind, zu den entsprechenden Gerichten zu den Entsprechenden Polizeistationen hingehen und erklären: Wir sind gegen dieses Berufsverbot, wir sind gegen die Kriminalisierung von Jens Scheer, das hat in einem Fall zu dem Erfolg geführt, das im sogenannten RCDS-Prozeß, wo Jens Scheer angeklagt wird zusammen mit zwei anderen Studenten, die Gründungsveranstaltung des RCDS an der Bremer Uni verhindert zu haben (Beifall) - eine solche Öffentlichkeit hergestellt zu haben, daß mittlerweile der Staatsanwalt beantragen mußte, daß der Richter, der das Urteil sprechen sollte, als befangen zu gelten hat. Und das, als der Richter für befangen erklärt war, sich momentan in Bremen kein anderer Richter findet, weil alle aussagen, daß sie befangen seien. (Beifall) Das dritte ist, daß jede Gelegenheit dazu genutzt wird, eine breite Öffentlichkeit gegen diese drohende Berufsverbot durchzuführen. Heute, just zur gleichen Zeit findet an der Bremer Uni der Sogenannte Tag der Offenen Tür statt. Dieser Tag der offenen Tür soll dazu dienen, daß der Bremer Senat und die Universitätsspitze das Bremer Modell als besonders Demokratisch und Fortschrittlich preisen. Vorher haben sich verschiedene Studentengruppierungen zusammengeschlossen, haben gemeinsam mit dem Arbeitskreis Umweltschutz ein Flugblatt verfaßt, was sie heute am Tag der Offenen Tür verbreiten werden, und an dem Höhepunkt, wom nämlich um 17.30 Uhr an der Uni eine Veranstaltung:

"Bremer Bürger fragen" und die SPD und Universitätsspitze antworten," entschlossen, in diese Farcedahingehend aufzutreten, daß in dem Moment, wo die Fragen gestellt werden, die Bürger auch die richtigen Antworten enthalten, d.h. es wird hinter dem Präsidium, um 17.30, wenn diese Veranstaltung beginnt, ein Transparent entfaltet werden, "Kein Berufsverbot gegen Professor Jens Scheer". (Beifall). Ich möchte, um zum Schluß zu kommen, im folgenden, die Protesterklärung Nr. 99, die in Materialielien abgedruckt ist, hier zur Abstimmung stellen. Ich stell sie als einen besonderen Punkt, weil ich der Auffassung bin, daß mit dem drohenden Berufsverbot gegen Jens Scheer in besonderer Art und Weise ein exponierter Vertreter, ein exponierter Gegner des Atomenergieprogramms getroffen werden soll. So ist vor 2 Wochen in der Bremer Ausgabe der Bild-Zeitung auf Seite 3 ein einseitiger Hetzartikel erschienen, wo Jens Scheer abgebildet ist, mit der fetten Überschrift: "Der bestbezahlteste Arbeitslose Bremens". Damit wird angespielt auf die Suspendierung, und unmittelbar und direkt dazu aufgefordert, Jens Scheer endgültig aus der Universität herauszuschmeißen. Diese Protesterklärung, die ich jetzt vorlesen werde, und zur Abstimmung stelle, ist bereits unterzeichnet worden vom Bundeskongreß des Deutschen Jugendbundes für Naturbeobachtung und Naturschutz auf ihrer Versammlung Ostern 77 in Herford, von der Landeskonferenz Umweltschutz Unterelbe (BI's), und einer Reihe anderer bedeutender Persönlichkeiten. Sie lautet: Wir fordern die Einstellung des Disziplinarverfahrens gegen einen der bekanntesten Gegner der AKW's, Prof. Dr. Jens Scheer. Er muß uneingeschränkt seine Lehrtätigkeit ausüben können. Jens Scheer muß Hochschullehrer bleiben. Wir verurteilen den Versuch, mit diesem Wissenschaftler die gesamte Bewegung gegen AKW's treffen zu wollen. Wir protestieren auf's Schärfste gegen dieses geplante Berufsverbot. (Beifall) Ich möchte euch bitten, mit eurer Zustimmung zu dieser Resolution auch gleichzeitig als Bundeskongreß der BI als Unterzeichner dieser Protesterklärung sich hier in die breite Front der Gegner gegen das Berufsverbot einzureihen, weil es klar ist, welche große Bedeutung es hat in der Sammlung weiterer Unterschriften, wenn hier der erste Bundeskongreß sich positiv zu dieser Protesterklärung äußert. Danke. (Beifall)

() : Wir haben jetzt 3 Resolutionen hier, einmal die der Ermittlungsausschüsse, dann die Solidaritätsresolution Jens Scheer, zum 3. eine Solidaritätsresolution mit dem ASTA-Göttingen, die gestern hier verteilt worden ist, ich bitte euch, sich die noch mal anzugucken, falls sie nicht mehr bekannt ist; und ich würde vorschlagen, daß wir sofort erst mal über diese 3 Resolutionen abstimmen, und daß wir dann noch weitere Wortmeldungen, evtl. auch noch kleinere Resolutionen, falls das geplant ist, unter diesem TOP behandeln können. Aber (Zwischenbemerkung), bitte, (Zwischenbemerkung) kann ich mal gerade, ach so, die vom Vermittlungsausschuß, ja gut, die muß vorgelesen werden, ist korrekt.

(Diskussionsleitung) : Ich schlag vor, daß wir erst mal die vom Jens Scheer abstimmen, und dann die vom Vermittlungsausschuß.

() : Die ist jetzt konkret im Gedächtnis, stimmen wir erst über die ab, dann die vom Ermittlungsausschuß und dann die vom ASTA-Göttingen. (Zwischenrufe) Die Ermittlungsausschußresolution ist doch keine Alternativresolution zu der Solidaritätsresolution mit Jens Scheer. (Zwischenrufe) Wir, wer ist dagegen, daß wir (abstimmen) okay. Wir stimmen darüber ab, über diese Resolution, der Solidaritätsresolution mit Jens Scheer. Wer stimmt dieser Solidaritätsresolution zu? Dann bitte ich um das Handzeichen. Gegenstimmen? (Beifall) Das ist eindeutig die Mehrheit. (Beifall) Eine Gegenstimme, war das ne Gegenstimme? Gibts überhaupt Gegenstimmen, noch mal. Keine Gegenstimme, also einstimmig angenommen. (Beifall) Ich bitte jetzt darum, daß die Resolution des Ermittlungsausschusses, bzw. der Ermittlungsausschüsse, hier vorgetragen wird, und bin auch der Meinung, daß wir auch darüber sofort abstimmen sollten, wenn dem also nicht äußerst widersprochen wird. Willst du die vorlesen? Gut.

(Ermittlungsausschußvertreter) : Bevor ich das vorlese, muß ich noch ein Satz sagen, daß sich heute morgen die Ermittlungsausschüsse noch mal getroffen haben, und die verschiedenen Resolutionen, die zu diesem Punkt vorgelassen haben, zusammengeworfen haben, und zusammen diskutiert haben, zu dieser Diskussion, für diese Vorlage, die da einstimmig ist, und was bedeutet, daß jedenfalls in diesen Fragen gegen des Kampfes gegen die Kriminalisierung eine solidarische Atmosphäre in der Diskussion geherrscht hat, und auch von den Ermittlungsausschüssen ein Antrieb kommen soll, für die Einheit der Bewegung. Das soll vorher noch gesagt werden. (Beifall) : Die Bundeskonferenz erklärt ihre Solidarität mit denjenigen, die wegen ihrer Aktivitäten gegen das geplante AKW in Brokdorf und Grohnde mit Ermittlungs- Straf- und Berufsverbotsverfahren verfolgt werden. Wir werden es nicht zulassen, daß einzelne AKW-Gegner, die ja auf der Grundlage unserer Beschlüsse gehandelt haben, hinter denen eine große Zahl von BI's steht, herausgegriffen und kriminalisiert werden. Wir sehen in der Aufhebung der Haftbefehle gegen Bernd Löwe und Christian Dirke einen Erfolg unserer Solidarität, und gleichzeitig eine Bestätigung, daß die Vorwürfe von Anfang an haltlos und darauf ausgerichtet waren, mit dem Vorwurf des versuchten Totschlages an den Betroffenen die gesamte ANTI-AKW-Bewegung zu kriminalisieren. Gegen Heinz Brand läuft ein Gewerkschaftsausschlußverfahren. Gegen den Atomphysiker Jens Scheer versucht der Bremer Senat das Berufsverbot durchzusetzen. Dr. Fritz Storim, Physiklehrer in Hamburg, wird mit Strafprozessen und Berufsverbotsbedrohungen verfolgt. Dem Ingenieur Jens Pommerenke ist vom TÜV gekündigt worden. Peter Haß, ebenfalls Hamburg, soll aus dem Betriebsrat der Dresdener Bank ausgeschlossen werden. In dieser Reihe stehen Verfahren, gegen Flugblattverteiler, Plakatkleber, Berichterstatter usw. Während die offizielle Presse, Rundfunk und Fernsehen ungezügelt über die Anti-AKW-Bewegung Greuelmärchen austreuen können, erhält der presserechtlich Verantwortliche eines Flugblattes, daß über den Polizeieinsatz vom 30.10. in Brokdorf berichtet, einen Strafbefehl, wegen Beleidigung von Polizeibeamten. Wir solidarisieren uns mit den Mitarbeitern in Presse, Rundfunk und Fernsehen, insbesondere beim NDR, die sich, zum Teil unter besonderen Gefahren für ihren Arbeitsplatz gegen den zunehmenden Druck auflehnen, Regierungskonform und Wahrheitswidrig über den Kampf gegen Atomanlagen berichten zu müssen. (Beifall) Mit horrenden Schadensersatzforderungen der Kraftwerksbetreiber soll die Existenz einzelner AKW-Gegner vernichtet werden. Wir sehen diese, dies alles einen Angriff auf die Anti-AKW-Bewegung. Denn betroffen sind von diesen Maßnahmen nicht nur diejenigen, die jetzt zufällig herausgegriffen werden, sondern wir alle, die gegen den Bau von AKW's auftreten, und uns das Mittel der praktischen Verhinderung nicht aus der Hand nehmen lassen. Die BUKO fordert deshalb, alle Initiativen auf, die Verfolgten öffentlich durch Resolutionen materielle Hilfe, es gehen Sammelbüchsen rum, und besonders durch öffentliche Aktionen an den Verhandlungstagen gegen AKW-gegner in und um die Gerichte zu unterstützen. Und wir erklären ausdrücklich, jedes Gerichtsurteil, daß sich gegen AKW-Gegner richtet, wird kein Urteil im Namen des Volkes, sondern eines in deren Namens sein, die mit allen Mitteln das Volksfeindliche Atomprogramm durchsetzen wollen. (Beifall). Die BUKO vom 14. und 15. Mai weist alle Versuche der Regierung zurück, die Bewegung in Kriminelle und Gemäßigte zu spalten. Sie wendet sich in diesem Zusammenhang gegen jeden Versuch, kommunistische Organisationen zu verbieten, die sich am Kampf gegen AKW'S und dem gesamten Atomprogramm beteiligen. Wenn solche Organisationen unseren Kampf unterstützen, dann werden wir mit ihnen zusammenarbeiten. (Beifall) In diesem Zusammenhang, in diesem Sinne lehnt die BUKO jeden Versuch ab, der Anti-AKW-Bewegung Abgrenzungsbeschlüsse und Radikalerlasse aufzuzwingen. (Beifall) Der Kampf gegen das mörderische Atomprogramm wird nur dann erfolgreich sein, wenn er sich zugleich richtet gegen die Einschüchterungs- und Verfolgungsmaßnahmen seitens der staatlichen Organe, der Polizei und Justiz. Aus unseren Erfahrungen mit den Polizeieinsätzen von Brokdorf und Grohnde wissen wir, was es

bedeuten kann, wenn der Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz Gesetz wird. Wenn es also der Polizei unter anderem erlaubt sein soll, an gewalttätige Menschenmengen und gezielt auf einzelne schießen zu dürfen. Wir wagen nicht uns vorzustellen, was passiert, wenn die MEK's, die am 19.2. in Wilster abziehende Demonstranten mit Maschinenpistolen überfallen haben, Schwarz auf Weiß bescheinigt bekommen, daß sie ihre Waffen auch benutzen dürfen. Ebenso wird durch die geplante Verschärfung des Demonstrationsrechts von staatlicher Seite die Auseinandersetzung mit der Bevölkerung auf eine Stufe gehoben, die man nur als staatliche Bürgerkriegsplanung bezeichnen kann. Deshalb ist es geradezu zynisch, daß den Demonstranten von Ohu in einer 30-Seiten starken Verfügung jeder passive Schutz, wie Zitronensaft, Helmen und Gasmasken untersagt wurde. Gleiches gilt für die jüngstens veröffentlichte Gesetzesinitiative, der Hessischen Landesregierung, Wir wissen, daß diese Gesetzesmaßnahmen nicht nur AKW-Gegnern gelten, sondern sich einfügen in eine politische Entwicklung, die allen Bevölkerungsgruppen zunehmend die Wahrnehmung demokratischer Rechte beschneidet, und unmöglich machen soll. Gerade deswegen ist es unbedingt notwendig, zu betonen, daß Widerstand dann zur Pflicht wird, wenn Recht zu Unrecht wird. (Beifall) Sofortige Einstellung aller Straf- Ermittlungs- und Berufsverbotsverfahren gegen AKW-Gegner. Weg mit dem Entwurf über ein einheitliches Polizeigesetz, freies Demonstrationsrecht. Kein AKW in Brokdorf und auch nicht anderswo. Weg mit dem Atomprogramm. (Beifall) Ich möchte in dem Zusammenhang noch einer Bitte der Sanitätsausschüsse nachkommen, die eine Strafanzeige wegen des Einsatzes von Chemical-Mase bei den verschiedenen Demonstrationen gemacht haben, und auch von ihrer Position aus, von den Sanitätsausschüssen aus, eine Kampagne gegen das Verbot von Chemical-Mase einleiten wollen, Sie haben da eine Resolution, die ist 5 Sätze lang, die möchte ich vorlegen, und gleichzeitig mit dieser ersten Resolution abstimmen lassen, wenn ihr damit einverstanden seid. Wir fordern das sofortige Verbot der aus Polizeiwaffen eingesetzten Kampfgase CN und CS, und insbesondere das Verbot der sogenannten Chemischen Keule, die diese Kampfstoffe konzentriert enthält. Diese Kampfstoffe sind nach Aussagen vieler Wissenschaftler äußerst gefährlich. Ihre Möglichen Folgen sind: Augenschäden bis zur Erblindung, Hautschäden, allergische Reaktionen, Krebserzeugungen und Todesfälle. Mit diesen Waffen sind in letzter Zeit insbesondere viele hundert AKW-Gegner schwer verletzt worden. Nach der Genfer Konvention dürfen diese Stoffe als Giftstoffe der Gruppe Weißkreuz als Kriegswaffen nicht angewandt werden, während ihr Gebrauch als Polizeiwaffe immer mehr ausgeweitet wird. Wir begrüßen es daher, daß gegen die Innenminister des Landes Schleswig-Holstein und Niedersachsen wegen Anwendung dieser Waffen in Brokdorf und Grohnde Anzeige wegen schwerer Körperverletzung erstattet wird. (Beifall) Sofortiges Verbot von CN und CS und der S Chem. Keule als Polizeiwaffen! (Beifall)

(): Gut, dann kommen wir zur Abstimmung über Diese beiden Anträge. Wer stimmt diesen beiden Anträgen zu, den bitte ich um das Handzeichen. .. Gegenstimmen Keine. Damit sind diese beiden Anträge einstimmig angenommen. (Beifall) Dann bin ich der Meinung behandeln wir auch gleich diesen Antrag des ASTA Göttingen. Hat den jetzt jeder gelesen? ... Soll ich ihn schnell vorlesen? ... Wieviel Ja? Gut, ich glaube die Mehrheit hat ihn gelesen. (Zwischenrufe: "Vorlesen") Gut ich lese ihn schnell vor: Antrag des Göttinger ASTA an die Buko Die Buko möge dem ASTA ihre Solidarität erklären. Begründung: Der ASTA hat sich an der Vorbereitung und Durchführung der Demonstrationen zwei und drei in Brokdorf und Grohnde am 19. 3. beteiligt. Wie wir aus sicherer Quelle wissen haben Verfassungsschutz und die Sonderkommission der Staatsschutzabteilung des niedersächsischen Innenministeriums Ermittlungen gegen den ASTA angestellt und in diesem Zusammenhang das Telefon des ASTA abgehört. Es sollte in Erfahrung gebracht werden, ob der ASTA die Vorbereitung der Brokdorf und Grohnde Demonstration koordiniert, Busse organisiert und schweres Gerät besorgt hat. Der ASTA bedauert zu diesen Vorwürfen nicht Stellung nehmen zu können.

Die AKW-Gegner allerdings brauchen keine Ermittlungen anzustellen, um in Erfahrung zu bringen, daß der ASTA in jeder erdenklichen Weise den Kampf gegen die KKWs unterstützt hat. (Beifall) Auch von seiten des Rektorats und der CDU Studentenorganisation RCDS wegen der Beteiligung an den Demonstrationen in Brokdorf und Grohnde unter Beschuss genommen. (Begründung: Wahrnehmung des Allgemeinpolitischen Mandats und Mißbrauch von Geldern der Studentenschaft.) Als Aufhänger der Mittlerweise bundesweiten Kampagne gegen den ASTA dient ein Artikel im ASTA-Organ Göttinger Nachrichten, der sich kritisch mit der Person des erschossenen Generalbundesanwalts Buback auseinandersetzt und dem Attentat auf ihn. Der ASTA der Uni Göttingen erklärt, daß er auch weiterhin fortgeschrittliche Bewegungen und Initiativen unterstützen wird. (Beifall) Um diese Aufgabe wahrnehmen und der bundesweiten Diffamierungskampagne begegnen zu können, benötigen wir auch die Solidarität der Anti AKW Bewegung und ihres Bundeskongresses. Der Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie hat bereits mit einem Beitrag auf der Uni-Vollversammlung am 11.5. vor 4000 Studenten zum Ausdruck gebracht, daß sich die Angriffe gegen den ASTA auch gegen die Anti-KKW Bewegung richten. Die Buko der BIS gegen KKWs erklärt sich mit dem ASTA der Uni Göttingen Solidarisch, und fordert alle BIS auf den ASTA zu unterstützen. (Beifall) Ich glaube, daß auf diesen letzten Satz die Zustimmung sich beziehen sollte, ich bitte um Handzeichen für die Zustimmung zu diesem letzten Satz... Gibt es Gegenstimmen? ... Das ist nicht der Fall, damit ist auch diese Resolution einstimmig angenommen. (Beifall) Da kommt noch eine Resolution von den Saniausschüssen, ist das richtig, oder? +++... Ja. Gut

(Saniausschuss): Heute morgen haben sich Vertreter aus 13 Städten getroffen und besprochen, wie die ganze Saniarbeit verbessert werden kann. In einigen Städten bestehen bereits Sanitätsinitiativen, in Kollegengruppen und anfangs der Demonstrationen in Brokdorf und Grohnde. Wir haben in diesem Rahmen unserer Sanitätsarbeit festgestellt, daß zunehmend der Selbstschutz der AKW-Gegner kriminalisiert werden soll. Besonders hervorzuheben hat sich da die Leitung des Roten Kreuzes, die bereits bei den Brokdorf-Demos der BUU mit Strafantrag gedroht hat. Jetzt nach der Grohnde-Demo hat sich das weiter verschärft, es sind Ermittlungsverfahren eingeleitet worden - dazu haben wir folgende Resolution beschlossen: Wir wenden uns gegen alle Versuche, der Leitung des Deutschen Roten Kreuzes, den Sanitätsdienst der AKW-Gegner zu kriminalisieren. Wir protestieren entschieden gegen die partei-liche Zusammenarbeit der DRK-Leitung, mit der Polizei, sei es bei der Einsatzplanung, der Einsatzleitung der Polizei und des DRKs in Brokdorf war ein und derselbe, nämlich der legendäre Landrat Brümmer - oder sogar zur erkennungsdienstlichen Erfassung von verletzten Demonstranten. Vor der Brokdorf-Demo am 19.2. drohte die Verwaltung des DRK der BUU mit einer Strafanzeige, falls der selbstorganisierte Sanitätsdienst der BUU als Kennzeichen das "gesetzlich geschützte Zeichen des Roten Kreuzes" benutzen würde. (Pfeifen) Am 19.3 in Grohnde wurde einer unserer Sani-VW-Busse von Polizisten gestoppt und die Sanis gezwungen, das Rote Kreuzzeichen von ihrem Wagen zu entfernen. (Pfeifen, Buhrufe) Außerdem hielten die Polizisten die Personalien des Fahrers fest. Nach der Demonstration in Grohnde wurden die Fahrer von Sanitätsfahrzeugen von Kripo-Beamten in Göttingen aufgesucht mit der Begründung, daß die Staatsanwaltschaft gegen sie wegen Mißbrauchs des Roten Kreuz-Zeichens ermittelte. Offensichtlich wollte man sie auch über die Organisationsstrukturen unseres Sani-Dienstes aushorchen. Am 19.4. erschien dann in Springers "Welt" ein Artikel, in dem die Ausrüstung der Sanitäter mit dem schmerzstillenden Mittel Novalgin von der Polizei in Hannover als Beweis für vorhandene Waffen der AKW-Demonstranten vorgelegt wurde. Es wurde in diesem Rahmen behauptet, Demonstranten hätten versucht, Polizeibeamten Rauschgift zu injizieren (Lachen) allerdings wurde dann weiter hinzugefügt, dieser Angriff, also die Demonstranten haben von hinten

haben von hinten versucht die Polizeibeamten anzugreifen, während andere sie von vorne ablenken, - dieser Angriff konnte von der Polizei mit Erfolg abgewehrt werden. (Lachen) Zum einen versucht man uns die Möglichkeit zu nehmen, uns weithin erkennbar mit dem Zeichen des Roten Kreuzes zu kennzeichnen - dieses ist eben das einzige Zeichen, mit dem jeder die Sanitätsversorgung verbindet. Nicht genug, daß das DRK trotz des geplanten Bülenterrors nicht selbst für eine ausreichende Versorgung der AKW-Gegner einsteht. Das DRK beansprucht sogar noch allein für sich, daß Symbol für medizinische Hilfeleistung als eingetragenes Warenzeichen. Angesichts der offenen Zusammenarbeit der DRK-Leitung mit der Polizei stellen wir fest: es ist die DRK-Führung, die im Gegensatz zu dem immer wieder von ihr beschworenen Geist der Genfer Konvention steht und parteilich gegen die AKW-Gegner arbeitet, indem sie durch namentliche Denunzierung die Kriminalisierung der AKW-Gegner unterstützt. Zum anderen wird auch noch unsere notwendige medizinische Ausrüstung als Bewaffnung kriminalisiert. Mit dem zuletzt bei der Demonstration in Ohu eingeführten Begriff der Defensiv-Waffen soll in Zukunft für Demonstranten jeder Selbstschutz verboten werden, also Helme, Gasmasken, Verbandstoff, Zitronenfläschchen usw. Gegenüber diesen Maßnahmen der DRK-Führung steht, daß die Rot-Kreuz-Helfer und Ambulanzfahrer verletzten Demonstranten freundlich und gut versorgt haben. Die Zusammenarbeit mit der Polizei findet vor allem auf höherer Ebene statt und spiegelt sich nicht im Verhalten der Rot-Kreuz-Sanis wider. Gegen die Kriminalisierung des Sanitätsdienstes durch die Rote-Kreuz-Führung! (Beifall)

(): Wir stimmen sofort über diesen Antrag ab. Ich bitte um die Ja-Stimmen für diesen Antrag - die Ja-Stimmen für diesen Antrag bitte (anhaltender Beifall). Die Gegenstimmen bitte. Keine. Damit ist er einstimmig angenommen (Beifall). Ich bin der Meinung daß wir jetzt die wesentlichen Punkte unter diesem Punkt Kriminalisierung abgehandelt haben - es gibt - Moment - Resolution zum NDR - gut, die muß man noch raussuchen - sucht die mal jemand raus - bitte - ist im Ermittlungsausschuß drin - o.k. Es gibt mit Sicherheit noch ne ganze Reihe von Dingen, die man hier berichten könnte zur Frage der Kriminalisierung - ich würde dennoch vorschlagen, daß wir das jetzt nicht tun weil wir sonst erstens nicht mit dem Plan hinkommen um vier Uhr mit der Diskussion über die weitere Arbeit zu Beginnen und zum zweiten die Frage der Grundlagen und die Antzäge, die dazu von den einzelnen Bld gestellt worden sind und die hier behandelt werden müssen hier auch nicht mehr ansprechen können. Deswegen - mittlerweile hat es hinter den Kulissen halbwegs ne Vereinheitlichung gegeben zu den Anträgen, die jetzt noch zur Diskussion stehen - deswegen schlage ich vor, daß die Leute, die das dort besprochen haben, ganz kurz dazu Stellung nehmen und daß wir dann in die Abstimmung dieser Anträge kommen, in dem vielleicht es zu jedem Antrag es vielleicht ne Rede und ne Gegenrede - zu den Anträgen, die noch existieren - gibt. Wir müssen mal sehen, wie wir damit hinkommen. Seid ihr damit einverstanden daß wir jetzt zu den Anträgen über die Grundlagen unseres Widerstandes kommen. Ich faß das als ne Zustimmung auf - dann bitte ich jetzt - (Zwischenruf: Ich bin dagegen) Moment - Ja, da ist ne Gegenrede, bitte. (Gegenredner): Also - ich will das nicht chaotisieren; du hast mich vorhin auch erwähnt und dadurch daß du diese Resolutionen vorgezogen hast ist natürlich die Sachlage jetzt entstanden, daß ~~man~~ du das für abgeschlossen hältst. Vorhin habt ihr es anders eingeplant gehabt und habt meinen Redebeitrag berücksichtigen wollen. Ich find das nicht in Ordnung, aber ihr solltet jetzt ruhig so weiter machen, weil es wirklich jetzt aus dem Fluß rausgeht.

(): Entschuldige, das hat sich nicht gegen dich gerichtet (Beifall) Es sind noch ein paar andere auf der Rednerliste, deswegen habe ich vorgeschlagen, daß wir jetzt die einzelnen Sachen trotzdem nicht mehr behandeln. Gut, dann kommen die Antragsteller zu dem

zu dem Grundlagen.

Antragsteller: Ja, und zwar ist die Sache so, daß sich ja eben einige Vertreter von Bürgerinitiativen, die Anträge gestellt haben, zusammengesetzt haben und gewisse Vereinheitlichungen erreicht haben. Wir wollen jetzt, um das Verfahren zu vereinfachen, erst einmal die von einigen Bürgerinitiativen vereinheitlichten Vorschläge hier vortragen lassen, und dann dazu die Diskussion eröffnen. Der erste Vorschlag zur Grundlage unsrer Arbeit wird von Hanno vorgestellt, er wird sich im wesentlichen auf den Beschluß der Landeskonzferenz der BUU beziehen; der zweite Vorschlag betrifft demokratische Strukturen der Bundeskonferenz und Landeskonzferenzen wird vorgetragen von der BI Lübeck aber stellvertretend für andere, die sich darauf vereinheitlicht haben, und dann ein dritter Antrag zur Frage der Repräsentativität der Bundeskonferenz. Ich bitte also in dieser Reihenfolge, die soweit von einigen Initiativen vereinheitlichten Anträge jetzt vorzustellen.

Heino: Arbeiter gegen Atom Hannover. Die beiden Anträge sollen zunächst alternativ vorgetragen werden undwirsch lagen auch vor, daß darüber ein Meinungsbild erstellt wird. Dann gibt es zu dem Antrag der Landeskonferenz der BUU Zusatzanträge aber die werden natürlich nur für den Fall behandelt, daß dieser Antrag verabschiedet wird. Und das wird das dannach sein ggf., das sind drei Zusatzanträge, die sich auf kurze Forderungen beziehen. Ich trag jetzt kurz, also les jetzt mal zwei Abschnitte vor, aus dem Antrag der Landeskonferenz der BUU vom 3. April, das ist in dieser Mappe, falls ihr die habt Nr. 16. Ich weiß nicht, ob euch die vorliegt. Ich fang in der Mitte jetzt an von dem Antrag, obwohl der Antrag insgesamt zur Abstimmung vorgeschlagen ist. "Der 19. 2. hat gezeigt, daß die große Mehrheit der BIs und der AKW Gegner im Bundesgebiet und innerhalb - also das muß wahrscheinlich wegfallen - am entschiedenen Kampf festhält, trotz Verbot und Diffamierungs- und Spaltungskampagnen versammelten sich mehr als 30.000 Menschen, in der Wilster Marsch, und führten eine geschlossene Demonstration durch. Auch die Mehrheit der Teilnehmer in Itzehoe bekundeten ihre Solidarität mit der Demonstration in Brokdorf. Wir begrüßen insbesondere, daß sich viele Menschen in Itzehoe gegen die Diffamierungen der Brokdorfdemonstranten als Chaoten durch Bundes- und Landesregierung, SPD und DKP Parteivorstände, gewandt haben. Mehr als 6.000 Menschen machten sich noch von Itzehoe aus auf zur Teilnahme an der Demonstration in der Wilster Marsch. Dann kommt zu den Grundlagen der Einheit. Wir meinen daß die Grundlage der Einheit ⁱⁿ unserer Entschiedenen Gegnerschaft gegen alle Atomanlagen besteht, und das AKW-Befürworter, wie SPD und DKP-Parteivorstände in unserer Bewegung nichts zu suchen haben, sei es das sie AKWs in der BRD oder der DDR verteidigen. DIE BIs haben nach jahrelangem Kampf gegen die Atomanlagen erklärt, jeder Mensch, der erkannt hat, welche ungeheuren Gefahren die Atomanlagen für unser Leben und das unserer Nachkommen darstellen hat das legitime Recht und die Pflicht den Bau solcher Anlagen auch praktisch zu verhindern z. B. durch eine Bauplatzbesetzung. An diesem Recht müssen wir weiterhin festhalten und uns darauf vorbereiten. Die Frage der Kampfformen darf nicht zur Trennungslinie gemacht werden, denn wir wollen die Einheit mit allen AKW Gegnern auch über verschiedene Vorstellungen über die Formen des Widerstandes hinweg. Die BIs haben sich gegen jegliche Atomanlagen gewandt und jeden Versuch durch scheinhafte Volksbefragungen oder Mitbestimmung für Atomanlagen zu rechtfertigen abgelehnt. Durch solche Verfahren wie auch durch Gerichtsentscheide werden Atomanlagen nicht sicherer, wenngleich wir auch Prozesse gegen Atomanlagen als Unterstützung unseres Kampfes führen sollten. Der Widerstand soll durch solche Manöver in Gerichte und Gerichtskommissionen abgelenkt und gepsalten werden. Deshalb haben die BIs Forderungen wie "Kein AKW gegen den Willen der Bevölkerung" und "Kein Bau vor Gerichtsentscheid abgelehnt und ihre Forderungen eindeutig formuliert "Kein Atomkraftwerk in Brokdorf und auch nicht anderswo" "Keine Atommülldeponien und Wiederaufbereitungsanlagen". Die BIs haben erklärt, daß sie sich mit einer zeitweiligen Unterbrechung oder einem Moratorium des Atomprogramms nicht zufrieden geben werden, sondern daß sie die vollständige Aufhebung des Atomprogramms fordern, d. h. die Einstellung aller Pläne der Bautätigkeit für AKWs, die Stilllegung aller bereits in Betrieb befindlichen und die Rückführung der Baugelände in ihren vorigen Zustand. Deshalb hat die Bundeskonferenz die Forderung "Stopp mit dem Atomprogramm" abgelehnt, da damit einige Parteien, wie SPD und DKP eine nur zeitweilige Unterbrechung anstreben und mit großer Mehrheit die Forderung angenommen "Weg mit dem Atomprogramm". Gegen alle Versuche, die AKW-Gegner - Zwischenrufe - Ich finde es notwendig daß wir versuchen, diese Grundlagen zunächst mal so festzuhalten und dann die weitere Arbeit zu diskutieren. Ja ich les auch weiter jetzt. "Gegen alle Versuche, die AKW-Gegner in friedliche und Chaoten zu spalten, haben die BIs immer wieder erklärt, jeder Mensch, gleich welcher Parteizugehörigkeit und Weltanschauung kann in den Bürgerinitiativen mitarbeiten, wenn er nur ernsthaft den Kampf gegen die Atomanlagen führen will, die Arbeit praktisch unterstützt und sich den Beschlüssen der BIs unterordnet. An diesem Prinzip müssen die BIs festhalten und jegliche Unvereinbarkeitsbeschlüsse zurückweisen. - Beifall - Eine weitere gemeinsame Aufgabe für alle AKW-Gegner stellt sich durch das Verbot der Demonstration in Brokdorf am 19. 2.

und die verstärkten Verfolgungsmaßnahmen gegen einzelne, denen z. T. hohe Strafen angedroht werden. Es wurde von Regierungen und Gerichten abgesegnet, daß in Zukunft jede Demonstration und jeder direkte Widerstand am Ort der AKWs verboten werden und alle entschiedenen AKW-Gegner kriminalisiert werden können. Dagegen müssen alle AKW-Gegner ihre demokratischen Freiheiten verteidigen und feste Solidarität mit allen Verfolgten üben. Wir müssen zeigen, daß wir uns unser Recht auf Widerstand und Protest in Brokdorf und anderswo am Bauplatz nicht nehmen lassen." So, das ist die Resolution der BUU-Landeskonferenz und wir schlagen vor, das die hier verabschiedet wird um Grundlagen der Einheit der BIs zu formulieren und gleichzeitig die wichtigsten Lehren, die sich aus den Spaltungsversuchen und kriminalisierungsversuchen für unsere Arbeit ergeben, gemeinsam festzuhalten. Daneben schlagen wir vor, daß die Forderungen des letzten Bundeskongresses verabschiedet werden, die heißen "Kein AKW in Brokdorf und auch nicht anderswo" und "Keine Wiederaufbereitungsanlagen, weg mit dem Atomprogramm der Bundesregierung" "Schluß mit den Bürgerkriegsmanövern der Polizei und des BGS" "Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren." Und wir meinen, daß dies eine wirkliche Grundlage für die minimale Einheit der AKW-Gegner ist, die uns gegen kommende Spaltungsversuche auch tatsächlich besser schützen kann, als es vor dem 19. 2. der Fall gewesen ist. -- Beifall --

Disk-Leitg.: Also das ist jetzt erst mal der weitestgehende Antrag dazu. Ich bin der Meinung, daß wir gleich dazu abstimmen sollten und dann die nächsten Anträge

- Zwischenruf: Wir haben jetzt 16. 00 Uhr und wir haben darüber abgestimmt, daß wir um 16. 00 mit dem Punkt weitere Arbeit beginnen -- Beifall --

Disk-Leitg.: Wir haben hier auch eine Uhr. Es ist schon klar, die Sache mit 16. 00 Uhr. Trotzdem stellt sich die Situation für uns, so dar, daß die Anträge zu den Grundlagen von diesem Bundeskongreß behandelt werden müssen und von daher bitte ich darum, daß ihr euch jetzt noch geduldet, bis wir diese Anträge behandelt haben. Wir werden sehr zügig dann zu dem Punkt weitere Arbeit kommen.

- Zwischenrufe: Abstimmung! --

Disk-Leitg.: Gut, jetzt ist hier die Forderung nach Abstimmung. Ist das in Ordnung, daß wir gleich über diese Anträge abstimmen? - Gut, dann stimmen wir jetzt über diesen 1. Antrag ab. - Seid mal bitte still, ich versteh hier mein eigenes Wort nicht mehr, hinter mir und vor mir geht es rund.

Antrag zur GO aus dem Plenum, der leider nicht zu verstehen ist.

Disk-Leitg.: Könnt ihr auch. - Gegenrede dazu? - Also, das war der Antrag, da alternativ zu behandeln. Gibt es eine Gegenrede dazu? - Gut, dann brauch er hier nicht gelesen werden. Ich stell jetzt die Frage, ob wir die beiden Anträge alternativ abstimmen, oder nacheinander. Ich bin der Meinung, das wir das nacheinander tun. Wer ist dafür, das wir die nacheinander Abstimmen? Den bitte ich um Handzeichen. - Wer ist dafür, die beiden alternativ abzustimmen? - Das erste war die Mehrheit. - Der wird jetzt gleich behandelt - Die Mehrheit hat sich dafür entschieden, die beiden Anträge nacheinander zu behandeln, und so gehen wir jetzt vor - wenn euch das nicht paßt (Beifall) - es war eine Gegenrede da wir stimmen jetzt ab. - Wir stimmen jetzt ab über den ersten Antrag, wie er von der Landeskonferenz der BUU hier vorgestellt worden ist. Danach kommen wir sofort zu dem Antrag von Kiel/Eckernförde. Könnt ihr jetzt mal bitte Ruhe halten, damit wir hier abstimmen können. Wir stimmen jetzt darüber ab. Ich bitte um die Ja-Stimmen für den Antrag der BUU-Landeskonferenz. - Beifall - Die Gegenstimmen bitte. 3 Gegenstimmen, 4, 5, 6, 7 - das erste war eindeutig die Mehrheit. Damit ist dieser Antrag angenommen. So, jetzt kommen wir zu dem Antrag Kiel/Eckernförde. - Da oben ist ein GO-Antrag. Leute, die Situation ist jetzt ziemlich kompliziert, deswegen fordere ich euch auf - deswegen bitte ich, daß wir hier Ruhe halten. Da oben ist ein Geschäftsordnungsantrag. - sehr viele Zwischenrufe -- Also das ist der Antrag, das die Resolution oder der Antrag von Kiel/Eckernförde nicht mehr vorgelesen wird.

Gibt es da Gegenstimmen? - Zwischenrufe - Jawohl, da spricht jemand dagegen. - Natürlich ist der zur Kenntnis, der ist gestern verteilt worden.

Antrag aus dem Plenum, der nicht zu verstehen ist.

Disk-Leitg.: Gut, das wird - dann wird der Antrag jetzt vorgelesen und dann stimmen wir darüber ab. Lest jetzt bitte den Antrag vor.

Wir von der Kieler BI haben hier einen Antrag vorgelegt, - Pfiffe, Zwischenrufe -

Disk-Leitg.: Sei doch bitte still, damit er den Antrag vorlesen kann. Dann stimmen wir darüber ab.

Ein Antrag, der sich stützt auf einen Aufruf zur Aktionseinheit auf dem

Disk-Leitg.: Du sollst den Antrag jetzt vorlesen.

Komm, ich erklär noch was zu dem Antrag. - ach hör doch auf (aus dem Plenum)--

Disk-Leitg.: Laßt den doch jetzt mal reden. Wir kommen doch so nicht weiter.

Entweder sorgst du jetzt für Ruhe oder nicht. Verflucht noch mal zu.

- Zwischenrufe, Pfiffe, lautes Gerede -

Disk-Leitg.: Also ich rufe jetzt sowohl den KB als auch den KBW zur Ordnung und fordere euch auf, ihn jetzt den Antrag hier vorlesen zu lassen. -- Beifall --

Auf diesen Antrag haben sich geeinigt Vertreter der BI aus Leer/Ostfriesland, aus Emden, Eckernförde und Delmenhorst. Und dieser Antrag stützt sich auf einen Aufruf zur Aktionseinheit, wo im Nov. in Kiel eine Demonstration zum Landeshaus stattgefunden und sich 36 Organisationen auf diesen Aufruf gestellt haben. Dieser Aufruf ist im wesentlichen Grundlage der Arbeit von vielen BIs in Schleswig-Holstein, die sich nach dieser Demonstration gegründet haben. So, jetzt will ich ihn verlesen.

Erklärung der Bundeskonferenz: Weil wir wissen, daß der Bau von KKW's nur der Industrie nützt, indem die Industrie billigen Strom erhält, die Haushalte aber über die Erhöhung der Strompreise, der Tarife und Steuern, die hohen Investitionen für Forschung und Entsorgung bezahlen, weil wir wissen, daß die KKW-Industrie riesige Profite durch den Bau und Export von KKW's macht für deren Entwicklung die Bevölkerung über 15 Milliarden Steuergelder aufbringen mußte, weil wir wissen, daß das Kernenergieprogramm nicht der Sicherung der Stromversorgung dient, sondern den Zweck hat, der Industrie höhere Gewinne und bessere Exportchancen zu bringen, um damit Konkurrenz auf dem Weltmarkt ausstechen zu können, weil wir wissen, daß das Kernenergieprogramm nur der Unabhängigkeit der BRD in der Energieversorgung dient und das anfallende Plutonium für Atombomben verwandt werden kann und damit das ganze Programm der Kriegsvorbereitung dient, weil wir wissen, daß durch den Einsatz von Kernenergie in den Betrieben Arbeiter und Angestellte durch den Einsatz von mehr Maschinen d. h. größeren Stromeinsatz auf die Straße gesetzt werden, weil wir wissen, daß trotz der Beteuerung der Kernindustrie die heutigen Kernkraftwerke unsicher sind, speziell das Problem der Wiederaufbereitung und Endlagerung der radioaktiven Mülls ungelöst ist, weil wir wissen, das schon im Normalbetrieb radioaktive Substanzen freigesetzt werden und durch die radioaktive Verseuchung des Bodens und der Produkte die Ruinierung der Bauern beschleunigt wird, weil wir wissen, daß die gesamte Bevölkerung durch Krebs und Schäden im Erbgut im höchsten Maße gefährdet ist, weil also der Bau von KKW's sich gegen die Bevölkerung richtet, deshalb sind wir gegen die Errichtung von Kernkraftwerken, Mülldeponien und Wiederaufbereitungsanlagen. Wir stellen fest, die Industrie, die Banken und

der Staat stehen auf der einen Seite, die Arbeiter, Bauern und die Volksmassen auf der anderen. -- Zwischenrufe -- Bin gleich fertig. Bis zu dem Punkt konnten wir uns einigen, diese vorgelesenen Initiativen, auf diesen einen Antrag, die anderen Initiativen haben jetzt den weiteren Antrag nicht in ihrem Antrag mit drin, darauf konnten wir uns mit 2 Initiativen einigen, nämlich aus Delmenhorst und aus Kiel. Und es geht jetzt folgendermaßen weiter aus dem Antrag der BI Delmenhorst. Dort heißt es

Mit Gewalt müssen die Konzerne und Banken mit dem Staat ihr Programm gegen die Bevölkerung durchsetzen. Jedoch nicht Gericht, Polizei, BGS, nicht Stacheldraht entscheidet, ob das Kernenergieprogramm zu Fall gebracht wird oder nicht. Dies vermag nur die Kraft der politischen Einheit von tausenden von Menschen die das Ziel haben, den Bau von KKWs und Wiederaufbereitungsanlagen, ihre Inbetriebnahme und Weiterführung, zu verhindern. Dieser Widerstand, der sich der Staatsgewalt entgegenstellt, ist gerecht und genießt deshalb große Unterstützung und wird das Kernenergieprogramm zu Fall bringen. -Beifall -

Ich meine, daß man diesen Antrag beschließen muß, weil alle Gesichtspunkte - Zwischenrufe - unter denen - Zwischenrufe - Ich kann das doch begründen, eine Begründung abgeben, also ehrlich.

Also eine Begründung muß doch noch zulässig sein. -- Zwischenrufe --

Disk-Leitg.: Paß mal auf, der Antrag ist jetzt vorgelesen. Es existiert hier der Geschäftsordnungsantrag eine Rednerliste zu diesem Tagesordnungspunkt zu eröffnen. -- Moment laßt mich doch ---Zwischenrufe: Buh... --- laßt mich doch mal ausreden. Die Alternative dazu ist, daß wir die einzelnen Anträge dazu sofort abstimmen. Wir müssen aber jetzt über diesen Geschäftsordnungsantrag abstimmen. Deswegen - wer ist für die Eröffnung einer Rednerliste? Den bitte ich um das Handzeichen. --- wer ist dafür, die Anträge sofort abzustimmen? Gut, das ist die Mehrheit. Das schließt ein, das es zu den einzelnen Anträgen keine weiteren Begründungen mehr gibt jetzt. - Die Frage ist weiter, der Antrag steht, daß jeweils eine Gegenrede zu jedem Antrag zugelassen wird. - Wer ist dafür, daß eine Gegenrede zugelassen wird? - wer ist dafür, das Gegenreden zugelassen werden? - Wer ist dagegen? Das ist die Mehrheit. Gut. Damit kommen wir zur sofortigen Abstimmung über diesen Antrag. Gut, wir kommen jetzt zur Abstimmung über diesen Antrag. Wer ist für diesen Antrag? - Gegenstimmen - das ist die Mehrheit -- Beifall -- Damit ist dieser Antrag abgelehnt. Als nächstes ein Antrag von "Arbeiter gegen Atom" Ich bitte um Ruhe für den nächsten Antrag. Moment, da kommt eine Geschäftsordnung.

Also, der Antrag kommt von der Gruppe "Arbeiter gegen Atom" und wird

Disk-Leitg.: Hör mal, da ist ein Geschäftsordnungsantrag. Laß ihn doch seinen Geschäftsordnungsantrag erst mal formulieren.

Heino: Es kommen jetzt Anträge, die bisher nicht in dieser Kongreßmappe enthalten sind. Ich bin der Meinung das es zum Verfahren auf diesem Bundeskongreß, das wir so vorgehen sollten, daß Anträge, zu den Grundlagen der Arbeit, die bisher den BIs vor dem Bundeskongreß überhaupt nicht vorgelegen haben, hier auch überhaupt nicht abgestimmt werden können. Weil das sind grundlegende Fragen und die müssen in der Tat in den BIs selbst vorher diskutiert worden sein. Deshalb bin ich der Meinung daß man diese Anträge zur Kenntnis nimmt, daß man die verschickt und das die auf dem nächsten Bundeskongreß abgestimmt werden. -- Beifall --

Disk-Leitg.: Moment, zu dem Geschäftsordnungsantrag gibt es eine Gegenrede.

Ja von mir, ich wollte ihn nämlich auch halten.

Disk-Leitg.: Moment, die Gegenrede, Ruhe. Fang an.

Dieser Antrag ist heute am Tage entstanden, weil in unserer Gewerkschaftergruppe wir uns hingesetzt haben, und versucht haben die gemeinsamen Punkte die alle, die sehr vielen Initiativen, die hier an der Tafel standen, gesagt haben, aufzunehmen. Also den kleinsten ge-

meinsamen Nenner zu finden. Und dieser kleinste gemeinsame Nenner wird in den beiden Anträgen zuletzt nach unserer Auffassung überschritten. Politisch ist das deswegen wichtig, weil meiner Auffassung nach aus diesem Antrag, den wir vorlegen, es möglich wird, einerseits von Wüstenhagen und der BBU den Abgang zu finden und sich von den Leuten, die da drin sind nicht zu spalten, sondern mit ihnen punktuell und da wo es geht zusammenzuarbeiten und deswegen bitte, möchte ich den jetzt vortragen dürfen.

Disk-Leitg.: So, das war die Gegenrede. Der Antrag steht, daß nur Anträge, die in der Kongreßmappe, Teil 1 und 2 hier abgestimmt werden, zu dem Tagesordnungspunkt, Grundlagen unseres Widerstandes. Für den nächsten Tagesordnungspunkt ist die Sache wieder anders wahrscheinlich. Wer stimmt diesem Antrag zu, den bitte ich um die Stimmkarte. Wer stimmt gegen diesen Antrag? Das ist die Mehrheit. Damit können jetzt auch andere Anträge, als die, die in diesen beiden ersten Mappen enthalten sind, hier vorgetragen werden. Wir kommen jetzt zu dem Antrag von "Arbeiter gegen Atom".

Ein Vorsatz. Der Unterschied zu dem Antrag 16 der BUU, der hier angenommen ist, besteht darin, daß das was wir gemacht haben weniger enthält. Politisch weniger. Nämlich genau den kleinsten gemeinsamen Nenner, den man mindestens fordern muß, um sich zu irgendjemand, sei es BUU, BBU, SPD, Wüstenhagen oder sonst wer. Um mit dem feststellen zu können, kann ich mit dir in einer Frage zusammenarbeiten oder nicht. Und jetzt fange ich an.

Unser Selbstverständnis läßt sich kurz so zusammenfassen: Ziele der Bewegung gegen Atomanlagen sind: Kein KKW in Brokdorf, Grohnde oder anderswo. Keine Wiederaufarbeitungsanlagen. Weg mit dem Atomenergieprogramm der Bundesregierung. Wir sind nicht bereit, an diesen Zielen irgendwelche Abstriche zu machen. Alle Mittel und Formen des Widerstandes, von Gerichten, gerichtlichen Einsprüchen bis zu Bauplatzbesetzungen halten wir für berechtigt und notwendig. Zu uns gehört jeder, der solchen Widerstand leistet. Wir haben nicht die Hoffnung, das Atomenergieprogramm über Einsprüche gegen Kernkraftwerksplanungen über Gerichte oder Parlamente zu Fall zu bringen. Wir vertrauen auf unsere eigene Kraft. Wir sind der Meinung, daß der Widerstand gegen Atomanlagen seine Kräfte an der Basis der Bevölkerung findet. In der Arbeiterbewegung, Gewerkschaften, Schulen, Universitäten, Altenheimen, Stadtteilen usw. Der Kampf gegen das Atomenergieprogramm wird auf den Straßen, Bauplätzen und in den Betrieben entschieden. Der Widerstand macht jedoch vor Gerichten und staatlichen Institutionen nicht halt. Wir müssen versuchen, zum Beispiel Gerichte zur Bühne des Widerstandes zu machen. Auch wenn wir wissen, daß Baustops, Einspruchsgewährung und anderes von unseren Gegnern dazu benutzt wird, die Bewegung zu teilen und zu schwächen. Wir wollen auch mit den Kernkraftwerksgegnern, die in den Widerstand über Gerichte und Parlamente mehr Hoffnungen setzen als wir, zusammenarbeiten und zwar auch in den Institutionen. Wir gehen davon aus, daß sich so der tatsächliche Charakter der Entscheidungen der staatlichen Institutionen für jeden sichtbar herausstellen wird. Tatsache ist, daß die unterschiedlichen Formen des Widerstandes sich gegenseitig stützen. Es ist eine unserer vordringlichen politischen Aufgaben, über alle Unterschiede unserer Bewegung hinweg, zur breitesten möglichen und kontinuierlichen praktischen Zusammenarbeit aller Teile der Bewegung für die genannten gemeinsamen Ziele zu kommen. Damit wird zugleich die Möglichkeit geschaffen, die Diskussion und Auseinandersetzung über unterschiedliche Positionen in der Bewegung sinnvoll in den Zusammenhang des Kampfes einzubringen.

Disk-Leitg.: Also ich versteh das nicht ganz, weil die Fragen vorher in dem Antrag der Landeskongferenz der BUU abgestimmt worden sind. Deswegen verstehe ich diesen Antrag überhaupt nicht. So hier ist ein Antrag, ein GO-Antrag zum weiteren Verfahren. Hier ist ein Geschäftsordnungsantrag und den nehmen wir, wie wir das bisher auch getan haben, dran. Bitte.

Freunde und Kollegen. Ich bin der Auffassung, daß wir gegenüber allen anderen Anträgen zu Grunddlagen unserer weiteren Arbeit, uns nicht damit befassen. Warum, es ist, und das wird auch jedem auffallen, es ist doch ein Unsinn einmal alternativ abzustimmen, zwei Anträge, und was angenommen ist, der Antrag der Landeskonzferenz zur Grundlage unserer Arbeit. Das ist hier mit überwältigender Mehrheit angenommen worden. Welch ein Sinn und Zweck hat aber ein solcher Beschluß, wenn er weiter gültig sein soll und die verbindende Grundlage für unser aller Arbeit sein soll, wenn dann im Nachhinein so ein Antrag zur Grundlage, so ein Antrag zur Grundlage und ein 5. oder 6. Antrag zur Grundlage. -- Beifall - Die Folge -- Kollegen, die unmittelbare Folge wird sein, daß wenn man an diesem Verfahren festhält, der erzielte Zustand der Einheit, wie es sich widerspiegelt im Mehrheitsbeschluß gegenüber der Zustimmung zu dem Beschluß der Landeskonzferenz, wieder rückgängig gemacht wird und jeweils nach eigenen politischen Auffassungen oder nach der politischen Bestimmung abgestimmt wird, nein, nicht die Landeskonzferenz ist die Grundlage, sondern der, der ist nämlich auch positiv beschrieben worden. Und das geht nicht, und zerstört die Einheit. Deshalb läuft mein Antrag darauf hinaus, keine Befassung mehr mit weiteren Anträgen zur Grundlage unserer Arbeit -- starker Beifall -- gültig bleibt der Beschluß der Landeskonzferenz. Beifall)

Disk-Leitg. : Die Gegenrede dazu.

Also das sieht so aus, daß wir uns, als wir diese Anträge vorliegen hatten, über ein paar Fragen geeinigt hatten, die - ich hab die Gegenrede dazu, zu diesem Antrag - daß wir uns über folgendes Verfahren geeinigt hatten, daß wir die Anträge, den eben verlesenen und den Antrag der Landeskonzferenz Norddeutsche BIs an und für sich alternativ stellen wollten, weil wir wohl gesehen haben, daß die beiden also durchaus alternativ abgestimmt werden können und in dem einen Antrag Positionen sind, die in dem anderen auch sind, aber jeweils doch es völlig unterschiedliche Anträge sind. Deswegen wollten wir das alternativ haben. Da hat es hier eine Panne gegeben, deswegen ist das dazu gekommen. Dann haben wir im weiteren zu dem Antrag der Landeskonzferenz noch weitere Zusatzanträge, die durchaus unterschiedliche Positionen beinhalten, die sind schnell abgehandelt, ich bitte darum, daß diese Zusatzanträge auch noch abgestimmt werden können. Dann im weiteren haben wir jetzt erst politische Grundlagen, wir wollen nochwas zu den demokratischen Strukturen der Bewegung darlegen, da liegen verschiedene Anträge aus BIs vor, hier an die Bundeskonzferenz, daß auch diese Anträge hier abgestimmt werden können und darüber ein Meinungsbild hergestellt werden kann.

Disk-Leitg. : Gut, das war die Gegenrede. Moment. Also zu dem letzten, was er gesagt hat, muß man noch kurz dazu sagen, diese Zusatzanträge beziehen sich auf die Parolen "Kein KKW in Ost und West" bzw. "Kein KKW in BRD und DDR" bzw. "Kein Export von Atomanlagen". Ich bin der Meinung, daß diese Zusatzanträge nur aufgrund von einer ausführlichen Diskussion behandelt werden können, und bin deshalb der Meinung, das wir sie deshalb heute auch nicht befassen. Gut, jetzt kommt der Antrag, der Antrag ist hiergestellt, daß es keine weiteren Anträge unter dem Tagesordnungspunkt, Grundlagen unseres Widerstandes gibt, und füge dem hinzu, daß es auch keine weiteren Zusatzanträge gibt. So jetzt bitte ich um die Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? - Wer ist dagegen? - Gut, das müssen wir abzählen. Nochmal die Ja-Stimmen. -- Moment, hier wird mir vorgeworfen, ich hätte das so nicht deutlich dargestellt. Dann wiederhole bitte deinen Antrag nochmal. Laßt die Stimmkarten nochmal runter, der Antrag wird wiederholt.

Als Antragsteller möchte ich das deutlich stellen, weil es jetzt eben nicht klar geworden ist. Mein Antrag zielt darauf ab, und es ist ein alternativer Antrag zu meinem Nachredner, jetzt wie es an dem Beispiel von Bochum oder was das gewesen ist, das es jetzt keine Abstimmung mehr über weitere Anträge zur Grundlage unserer Arbeit gibt, weil es eine alternative Abstimmung gegeben hat und hier mit großer Mehrheit der Antrag der Landeskonzferenz angenommen worden ist. Dabei muß es bleiben, und darüber wird abgestimmt.

Disk-Leitg. : Gut, wer ist für diesen Antrag? Dann bitte ich jetzt um die Ja-Stimmen. So, ich bitte darum, abzuzählen. Karl, setzt dich mal bitte auf deine 4 Buchstaben. Du bist nicht der Dünnste, mach doch mal Platz bitte Junge. Es werden nur die Karten gezählt. Ich bitte diejenigen, die keine Stimmkarte in der Hand haben, die Hände runterzunehmen, damit es hier nicht zu Verwechselungen kommt. Wir können ja für die anderen eigens abstimmen, wenn ihr das wollt. -- 77 -- So, dann die Nein-Stimmen bitte.

Was wir hier machen, ist kompletter Wahnsinn, das solltet ihr euch mal überlegen. - Beifall -

Disk-Leitg. : So, Moment. Die Ja-Stimmen waren 76, die Neinstimmen 67. -- Beifall -- Die Mehrheit war also, obwohl knapp, - ja genau -

Die anderen Anträge, zur demokratischen Struktur, wurde hier gerade Einverständnis erklärt, daß die unter Punkt 4 kommen. - Zwischenrufe -

Disk-Leitg. : Ja, natürlich, das betrifft die weitere Arbeit. Wir kommen jetzt insgesamt zu Punkt 4. Weitere Arbeit der BIs. Worauf bezieht sich dein Geschäftsordnungsantrag? Du bist hier nicht zu verstehen. - Komm runter.

Wir haben hier eben den Antrag der BUU-Landeskonferenz als Grundsatzpapier abgestimmt. Ich stelle den Antrag, daß diese Abstimmung wiederholt wird, und das -- Zwischenrufe -- Und das ausgezählt wird, wieviele dafür waren, denn angesichts dieses Verfahrens stelle ich weiter den Antrag, daß diejenigen, die mit Nein gestimmt haben, jetzt an dieser Abstimmung überhaupt nicht teilnehmen, damit klar wird, welche Linie hier wie verfährt -- Pfiffe, Zwischenrufe --

Disk-Leitg. : Gibt es eine Gegenrede zu diesem Antrag?

Ich find nicht, daß man ein Grundsatzpapier hier ohne Diskussion und so einfach durchpaukt.

-- Pfiffe, Zwischenrufe --

Disk-Leitg. : Willst du eine Gegenrede machen?

Meine Gegenrede ist, daß man noch einen weitergehenden Antrag macht, nämlich das man die Abstimmung über das Grundsatzpapier von der BUU annulliert, ich finde das zwar, aber das ist ein Unding, daß man hier ein Grundsatzpapier abstimmt, ohne das die anderen Anträge überhaupt diskutiert worden sind. -- Beifall, Pfiffe -- bzw. ohne das man die Möglichkeit gehabt hat, hier Zusatzanträge einzubringen oder das zu kritisieren. Es gibt noch eine Möglichkeit, diese Papiere in den BIs zu diskutieren und dann auf der nächsten Bundeskonferenz abzustimmen, aber nicht hier und jetzt. -- Beifall --

Disk-Leitg. : Moment bitt. Die Situation ist schwierig, aber auch das werden wir schaffen. Der weitergehende Antrag ist der, daß die Abstimmung, die wir vorher gemacht haben, daß die annulliert werden. Deshalb, wer ist für die Annullierung der vorhergehenden Abstimmung? Moment, moment, der Abstimmung über den Antrag der Landeskonferenz der BUU als der ersten Abstimmung unter diesem Tagesordnungspunkt? Wer spricht sich für deren Annullierung aus, wer ist für deren Annullierung? - Wer ist dagegen? Das ist die Mehrheit. -- Beifall -- Damit ist dieser Antrag abgelehnt. Wir kommen zu dem weiteren Antrag, daß die Abstimmung über, daß die Abstimmung darüber, daß keine weiteren Anträge unter diesem Tagesordnungspunkt mehr vorgenommen werden, das die wiederholt wird. Wer ist für die Wiederholung dieser Abstimmung? Dann bitte ich um das Handzeichen. - wer ist dagegen? Das ist die Mehrheit. Wir kommen damit zu Tagesordnungspunkt 4 "Weitere Arbeit der BIs" Und ich eröffne hiermit die Rednerliste zu diesem Tagesordnungspunkt. Gleichzeitig bitte ich die Antragsteller, hinter ihren Anträgen - hier ist der Sturm. - Zwischenrufe -- ? Moment mal bitte, eins nach dem anderen und nicht alle auf einmal und vor allen Dingen fingen hier nicht irgendwelche Leute dran rum.

Disk-Leitg. (weiter): Moment, das geht nicht mehr weiter so, ich hab hier etwa schon 10 in der Hand, laßt uns erst mal kucken, auf die Tour hier geht überhaupt nichts. Ich wollte an euch nochmal einen kurzen Apell richten, auf diese Art und Weise kommen wir hier nicht weiter, wenn jeder hier nur meint, das was er meint sei genau das allerwichtigste und ich bin nicht der Meinung, das wir auf die Art und Weise weiter vorankommen. Eh, ich hab hier schon die ersten Wortmeldungen, als erstes ist der Fritz dran.

Moment, ich muß mal dazu was sagen. Die Anträge zur weiteren Arbeit sind von Leuten, die diese Anträge innerhalb der Kongreßmappe gestellt haben, vereinheitlicht worden und diese Anträge werden zunächst mal vorgestellt.

Disk-Leitg.: Ich glaube, daß das das richtige Verfahren ist und -- Moment mal, wenn jetzt hier hinten nicht Raum gemacht wird, geht es überhaupt nicht an. Geht bitte auf eure Plätze. Die Antragsteller werden im einzelnen dann ihre Anträge begründen. Außerdem gibt es einen, der jetzt erstmal darstellt, wie die Diskussion unter den Antragstellern unten da im Hörsaal 14 oder wo das gelaufen ist. Wolltest du das machen, oder wie. Wer macht das? Machst du das? Moment, bevor sich das Chaos hier lichtet, Bernd und Volker vom Arbeitskreis Göttingen sollen sich bitte am Info-Stand draußen melden. Es geht um den Filmverleih. Der Antrag ist gestellt, die Rednerliste an die Tafel zu machen, ich glaub, da spricht nix dagegen. Wenn wir jetzt mal bitte Ruhe haben, damit angefangen wird, die Anträge zu begründen.

Ja also, hier hat sich eine Gruppe von Leuten getroffen, die Anträge zum Punkt weitere Arbeit gestellt haben, und wir haben also versucht, die Anträge zusammenzufassen, und also dann eben in einer Form hier vorzutragen, damit das ein bisschen strukturiert ist, sonst ist diskutieren unmöglich. Als erstes würde ich also einen Apell richten und zwar bei der Diskussion also wir haben nicht mehr viel Zeit, also möglichst diszipliniert vorzugehen, damit wir also die Möglichkeit hier haben den Punkt weitere Arbeit, der einer der wichtigsten Punkte überhaupt ist, vernünftig zu diskutieren und zu einigen Ergebnissen kommen können. So. Wir haben uns also auf eine Reihenfolge geeinigt, die wird gerade da hoch geschrieben. Die Reihenfolge ist also Bundesweite Aktionen als erster Punkt. Dazu liegen zwei Anträge und ein Zusatzantrag vor. Punkt 2 (Kannst du gerade nennen, welche Anträge das sind?) Ja, also da wird ein Antrag von der Gruppe Wedel gekoppelt mit einem Antrag der BUU Hohe- luft zunächst einmal gestellt und als Zusatzantrag dazu wird ein Antrag von der BI Essen zu bundesweite Aktionen gestellt und noch ein Zusatzantrag von Chemie Kollegen. Punkt 2 ist Gewerkschaft -- Zwischenruf -- was? Ja, ich meine darauf haben wir uns nicht geeinigt, den wolltest du so vortragen. Na gut, Punkt 2, das wären also die Anträge zur Gewerkschaftsarbeit, eh -- Zwischenrufe -- zur Gewerkschaftsarbeit liegen ebenfalls 2 Anträge vor. Und zwar wird ein Grundsatzantrag zunächst einmal zur Grundposition genommen. Zur Zeitung und Öffentlichkeit wird der Antrag aus Eimsbüttel zunächst einmal zum Grundsatz genommen. Der wird also aber weitgehend zurückgenommen, es wird nur eine Empfehlung an die Bundeskonferenz ausgesprochen werden. Da ist ein Antrag Strom rechnungsboykott, der also, es ist nur ein Antrag, der wird kurz vorgetragen und dann die Frage der Kandidatur, da liegt ebenfalls nur eine Empfehlung vor. Wir wollten also vor allen Dingen um eine Sache bitten, die Leute, die sich getroffen haben, und zwar, daß wir uns hier ein bisschen zusammenreißen, damit die Anträge auch wirklich kurz wenigstens andiskutiert werden können ne. Wir haben also bestimmt keine Lust, hier eine Abstimmungsmaschinerie zu machen, ne die also Anträge stellt, dann werden die abgestimmt, dann zum nächsten und so weiter ne. Die sollen also kurz diskutiert werden und dazu müssen wir uns ein bisschen disziplinieren. Ja also den ersten Antrag, den Kollegen aus Wedel.

Die Resolution aus Wedel hatte ich schon vorgelesen, ich will das also nicht nochmal machen, kurz zur Erinnerung, worum es geht. Wir wehren uns gegen den Vorschlag der Landeskongferenz, heute einen Tag und einen Ort festzulegen für die nächste bundesweite Demonstration, weil es darauf ankommt, die äußeren und inneren Bedingungen der Bewegung zu beachten.

Die äußeren Bedingungen, nämlich die Aufhebung von Gerichtsbaustops oder diesen Parlamentsentscheid darüber, daß AKWs gebaut werden und die Gerichte ausgeschaltet werden, als Beispiel, und die inneren Bedingungen, nämlich Stand der Bewegung am jeweiligen Ort, daß man also möglichst natürlich da eine Aktion macht, wo entsprechend Dampf auch von der örtlichen Bewegung ist.

Wir haben zwei Anträge zusammengefaßt, einerseits den Wedel - Antrag, der im Rumpf so bleibt und dann der letzte Absatz wird also gestrichen und dafür der Antrag von Hoheluft, das ist der Antrag genau Nr. 28 da den Schlußabschnitt eingefügt werden. Ich les den nochmal vor:

Im September finden im gesamten Bundesgebiet Aktionswochen statt mit dem Ziel, die Machenschaften der Bundesregierung beim Bau von Atomanlagen zu entlarven und dabei besonders das neue Atomgesetz. Die Aktionswochen sollen mit einer Großkundgebung an einem der Brennpunkte der Anti-AKW-Bewegung abgeschlossen werden. In der Mitte der Aktionswochen findet ein Bundeskongreß statt, der die entgeltliche Entscheidung über Ort und Art der Großaktion trifft. - Beifall -

Ich möchte kurz noch den Antrag von Wedel und Hoheluft weiter ausführen, halt, den einen Punkt, zentrale Aktion.

Disk-Leitg.: Kannst du mal ein bisschen lauter sprechen?

Und zwar inhaltlich stimmen wir voll und ganz mit Wedel und Hoheluft überein. Da haben wir ähnlich in der BI Esse. Wir haben allerdings zu dem Punkt Großveranstaltung schon einen konkreten Vorschlag und möchten den jetzt begründen: Wir die Anti-AKW-Gruppe Essen schlagen bezüglich - unserer Meinung nach ist eine Kundgebung - moment mal. Wir die Anti-AKW-Gruppe Essen schlagen bezüglich zentraler Aktionen eine Großveranstaltung am Schnellen Brüter bei Kalkar im September dieses Jahres vor. Unserer Meinung nach ist eine Kundgebung deshalb vor allem bei Clakar wichtig, da es sich bei dem schnellen Brüter um eine besonders gefährliche Form von Kraftwerk handelt. Das ein AKW nicht nur durch seine technischen Unzulänglichkeiten gefährlich ist, sondern auch zusätzlich durch tectonische Veränderungen der Umwelt, die Umwelt besonders bedroht ist zeigt sich gerade am schnellen Brüter Kalkar. Dessen Fertigstellung ist für 1981 geplant. Das Gebiet um Kalkar liegt am Rande eines Erdbebengebietes, und zwar einer der stärksten in Deutschland, mit einer Erdbebenstärke 8. Der schnelle Brüter wird im internationalen Zusammenarbeit belgischer, holländische und deutscher Firmen zusammengefaßt in Inter-Atom, gebaut. Holländer bezahlen bis Januar 1977 3 % ihrer Stromrechnung an einen Fond, dessen Aufgabe es war, den Bau des schnellen Brüters zu subventionieren. Nicht nur in Deutschland, sondern auch anderswo, Frankreich, Belgien, werden schnelle Brüter gebaut und geplant. Weiterhin läuft seit dem 30. 10. 75 wegen des schnellen Brüters ein Einspruchsverfahren. bei dem sich erstaunlicherweise nur holländische Wissenschaftler bereit erklärt, ein Gutachten zur Gefährlichkeit des schnellen Brüters den Klägern zu erstellen. Bereits auf dem Treffen der NRW-BIs am 28. 4. 77 in Mülheim Moers wurde von holländischen Delegierten eine Großkundgebung am schnellen Brüter in Kalkar angeregt. Aufgrund der genannten Tatsachen - also das kann man jetzt streichen - also bitten wir eine internationale Großkundgebung gegen den schnellen Brüter in Kalkar. Ich möchte das mal kurz weiter ausführen und zwar den Punkt internationale Mobilisierung. Es sieht so aus, daß vor allem holländische Gruppen zu einer Großkundgebung in Kalkar mobilisieren und wir meinen daß man der Internationale der KKW-Befürworter ruhig internationale Kernkraftwerksgegner entgegen setzen sollte. - Beifall -

Als zweiten Punkt für eine ev. Befürwortung sehen wir daß wir gesehen haben, daß nach der 3. Brokdorf Demonstration die AKW Bewegung in aller Welt einen unerhörten Aufschwung genommen hat. Und das wir diesen Aufschwung ev. nochmal erleben werden, wenn wir zu einer Großkundgebung in Kalkar mobilisieren. Ja, das wärs eigentlich.

Kann ich anfangen? Chemie, ja.

Ich möchte folgendes beantragen, daß wir vorweg in den Antrag, der hier von Wedel und Hoheluft vorliegt, eingefügt wird, & daß sich da der Bundeskongreß grundsätzlich dafür überhaupt ausspricht, auch weiterhin an zentralen, bundesweiten Großkundgebungen festzuhalten und dieses Mittel für unseren Kampf nicht aufzugeben. -- Beifall --

Ich möchte das kurz begründen. In der letzten Zeit haben sich auch in unseren Reihen die Stimmen gemehrt, die gesagt haben, Brokdorf, Grohnde, so geht das nicht weiter, das wären Mißerfolge gewesen, man müßte von dieser Kette wegkommen, und es ist auch immer vorgeschlagen worden, ohne weiter was dazu zu sagen, neue Aktionsformen, die würden unserer Bewegung weiterhelfen. Ich bin dafür, daß wir uns hier ganz klar und entschieden von solchen Positionen abgrenzen und eben auch auf weiterhin Großaktionen bundesweit bestehen.

Ich will diesen Abschnitt kurz vorlesen:

Die auf dem Bundeskongreß in Hannover versammelten BIs erklären, daß sie auch weiterhin an Großkundgebungen mit bundesweiter mobilisierung unbedingt festhalten werden. Die politischen Positionen einer Reihe von Initiativen die mit Argumentationen wie, ich zitiere "in Brokdorf war die Linke bereits isoliert von der normalen Bevölkerung, in Grohnde wurde diese Fehlentwicklung deutlicher sichtbar" Zitat Ende oder anstelle von Großkundgebungen "neue Phantasievolle Aktionsformen" Zitat Ende, das stand in dem Informationsdienst Nr. 175 zum Ausdruck kommen, zerren die Anti-AKW-Bewegung zurück. Im Gegenteil sind es die zentralen Großaktionen, durch die in der Nachfolge die Bedingungen für die politische Kleinarbeit der örtlichen Initiativen verbessert bzw. überhaupt erst geschaffen worden. - Beifall - Durch die Großaktionen ist die Zusammenarbeit der AKW-Gegner entscheidend gestärkt worden. Sowohl bundesweit, als auch in einzelnen Regionen. In dieser Geschlossenheit liegt unsere Stärke - Beifall -

Ich möchte etwas zu dem gerade angesprochenen Problem der Isolierung, bzw. der drohenden Isolierung sagen und beziehe mich dabei auf den Antrag Nr. 4. Ich möchte ihn nicht noch mal vorlesen. Es ist ein Antrag für eine politische Großkundgebung dieses hier versammelten Flügels der Anti-AKW-Bewegung. Ich bitte um Erlaubnis, das kurz begründen zu dürfen. Und zwar fange ich an mit einem Satz, der gestern mit großer Mehrheit hier von der Konferenz beschlossen worden ist und zwar aus dem Rechenschaftsbericht der Brokdorfer Demo-Leitg. Es heißt dort, daß es den AKW-Befürwortern nicht gelungen ist, uns durch eine Polizeischlacht zu isolieren. Ich bin der Meinung daß das ein ganz problematischer Satz ist. Das es für uns nicht darauf ankommen kann, einer drohenden und tatsächlich gefährlichen Isolierung dadurch aus dem Weg zu gehen, daß wir den Widerstand ~~zu gegen~~ gegen die Staatsgewalt aus dem Wege gehen. Worauf es für uns ankommt ist, daß wir alle politischen Mittel ergreifen, die der Bewegung zur Verfügung zu stehen, um die Einheit mit jenen AKW-Gegnern herzustellen, die noch nicht wie wir, oder wie die Mehrheit hier, davon überzeugt sind, daß das Atomprogramm der Bundesregierung nur auf den Straßen, auf den Bauplätzen und in den Fabriken zurückgeschlagen werden kann. Wenn ich sage, alle politischen Mittel ergreifen, dann meine ich damit auch ausdrücklich friedliche Kundgebungen, friedliche Massenkundgebungen. Das Problem der Vorschläge, die hier gemacht worden sind für die Demonstration besteht genau darin, daß diese Frage offen bleibt. Das weitere Problem besteht darin, daß der Zwang der Ereignisse uns sowieso zwingen wird, meinetwegen, wenn der Baustopp in Brokdorf aufgehoben wird, dort hinzugehen und eine Besetzung zu versuchen. Das sind Aktionen, die sind ~~nach notwendig~~ notwendig und sinnvoll. Was wir darüber hinaus machen müssen sind

Aktionen, die uns mit jenem Teil der Bewegung in Verbindung bringen, der von dieser Taktik noch nicht überzeugt ist, und die uns in Berührung bringen mit, insbesondere mit den Leuten, die unter dem Einfluß von Wüstenhagen stehen. Deshalb verstehe ich den Antrag für eine politische Großkundgebung in Zusammenhang mit anderen Anträgen, die genau die politischen Mittel betreffen, die für jene Leute auch plausibel sind, nämlich Anträge, die sich auf die Frage der Wahl beziehen und Anträge die sich auf die Frage des Kampfes in den Gewerkschaften beziehen. Ich bin deswegen dafür, daß diese Konferenz im Grundsatz sich dazu erklärt, daß auch solche Mittel zu ihren Kampfmitteln gehören. - Beifall -

Disk-Leitg. : Gibt es jetzt weitere ganz konkrete Anträge nur, also wenn, gut, dann fangen wir jetzt mit der Rednerliste an. Meike, Salzgitter.

- Zwischenruf: sinngemäß- bevor die Anträge alle verlesen sind, keine Wortmeldungen, man kann nicht aus dem hohlen Bauch Wortbeiträge machen.

Disk-Leitg. : Wortmeldungen können zu allen diesen Punkten, die hier da sind, Stellung nehmen. Ein anderes Verfahren würde bedeuten, daß wir zu jedem einzelnen Punkt neue Wortmeldungen und neue Streitereien und sonstwas hier haben. - Geschäftsordnungsantrag -

Ich stell den Antrag, daß also jeder Redner jetzt kommt, ganz konkret zu den Anträgen, die gestellt worden sind. Zu einer Großaktion und zu einer Aktionswoche. Stellung nehmen muß, als Teil einer BI spricht und jede Wortmeldung, die darüber hinaus geht, sofort abgebrochen werden. - Beifall -

Ich spreche für den Arbeitskreis gegen Atom-Energie Salzgitter. - Zwischenrufe -

Disk-Leitg. : Ja ich hab das als einen Appell aufgefaßt, war das ein Antrag? - Du willst darüber abstimmen lassen, Ja oder Nein. Gut. Ich versuch den Antrag noch mal zu wiederholen. Jeder der folgenden Redner soll Stellung nehmen zu den Fragen der Großkundgebung und der Demonstration - ~~sich nicht~~ Zwischenruf: Nur? - ich meine das nicht exklusiv. Ich bin auch der Meinung die sollten dazu Stellung nehmen, ich meine aber das die auch zu anderen Fragen was sagen sollten. Ich halte es für ein unpraktikables Verfahren, wenn wir jetzt die Punkte der Reihe nach einzeln abhandeln. Ich bin der Meinung, daß wir die Diskussion zu allen Punkten machen. Gut. Ich laß darüber abstimmen. Wer ist - Zwischenrufe - Wenn eh.. stimmen wir erst mal darüber ab. Wer ist für diesen Antrag? Das jetzt nur zu Bundeskonferenz und Demonstration gesprochen wird von den folgenden Rednern - entschuldigung, da ist ein Antrag gekommen, und ich hab keine Gegenrede zugelassen. Also bitte, eine Gegenrede.

Also ich kann da ja mal eine Gegenrede zu machen. Ich wollte von unserem Arbeitskreis zu den ersten 3 Punkten wie wir das diskutiert haben darstellen. Vielleicht ist das einfacher, wenn man das in einem macht.

Ich möchte kurz eine Gegenrede zu diesem Antrag halten. Das ist ein Verfahren, wie es jetzt in diesem Antrag wirklich gipfelt, die notwendigen Lehren hier aus den ganzen Diskussionen die wir aus der Bundeskonferenz gezogen haben auf zwei konkrete Punkte zu reduzieren. Das ist ein völlig unmögliches Verfahren und entspricht einer Zensur, wie wir sie in allen Formen scharf bekämpfen müssen. Es müssen wirklich die Erfahrungen in die Beratung der künftigen Arbeit einwirken können. Deswegen spreche ich mich strikt gegen diesen Antrag aus. - Beifall -

Disk-Leitg. : Gut, nochmal die Abstimmung, wer ist für diesen Antrag? - Ich bin in der Abstimmung, Moment mal. Wir stimmen jetzt ab, für den Antrag, daß nur zu den Punkten Bundeskonferenz und Demonstration Stellung genommen wird. Wir sind in der Abstimmung. D. h. zunächst, daß heißt doch nichts anderes Liebe Leute, das heißt zunächst und wahrscheinlich insgesamt. - Jetzt die Gegenprobe - Das ist die Minderheit. Gut. -- Zwischenrufe -- Wir machen jetzt weiter.

Soll ich jetzt weitermachen?

Disk-Leitg. : Ja, mach mal weiter.

Gut also wir haben im Arbeitskreis gegen Atomenergie Salzgitter den Punkt der bundesweiten Aktionen diskutiert und haben uns als Vorlage die Entschließung von der BUU genommen und haben erst mal einstimmig beschlossen, daß wir eine bundesweite Aktion in dem genannten Zeitpunkt begrüßen. - Beifall - Also weil wir gerade in Salzgitter, das ist eine Industriestadt, wir nicht konkret gegen ein Kernkraftwerk da kämpfen, aber wir kämpfen insgesamt gegen das Atomenergieprogramm und gerade die Demonstration in Brokdorf und Grohne

wo wir auch voll hinmobilisiert haben, haben also den Zusammenschluß an dem Ort gegen das Atomprogramm weitergebracht. Es hat nach Grohne sich nochmal praktisch verdoppelt, was da an Leuten mitgearbeitet hat. Wir haben dann diskutiert über die Frage, welchen Ort wir hier auf der Bundeskonferenz für eine bundesweite Aktion unterstützen sollten. Wir haben uns da nicht so ganz drauf vereinheitlichen können. Die Diskussion ging im wesentlichen um die Baustellen Grohnde und Brokdorf und wir haben jetzt einen Auftrag gekriegt, in dem Sinne über den Ort abzustimmen wie die einzelnen Initiativen Begründungen dafür liefern, wie das den Zusammenschluß der Anti-AKW-Bewegung

Disk.-Leitg.: Seid mal nen bischen Stille, das man das auch verstehen kann!

Also wir haben einen Auftrag gekriegt, so abzustimmen, wie das den Zusammenschluß der Anti-AKW-Bewegung weiterbringt; wo, an welchem Ort das gemacht wird. Ich fand das gut, daß das von der Initiative, die Kalkar vorgeschlagen hat, gemacht worden ist, ich würde aber nochmal auffordern auch die Initiativen um Brokdorf und Grohnde, also nochmal Stellung zu nehmen, inwieweit sie diese Orte eignen, weil das bei uns so Hauptpunkte der Diskussion gewesen sind. Zu den weiteren Sachen soll ich ja nichts mehr sagen ne? - Zwischenrufe - Also gut, wir haben uns dann auch an der Einladung so vorbereitet und haben zu dem Punkt Gewerkschaft unbedingt begrüßt, daß in verschiedenen Initiativen Gewerkschaftsuntergruppen gebildet worden sind. Wir selber haben das bisher noch nicht geschafft. Wir haben selber die Erfahrung gemacht, daß wir uns vorgeknöpft haben, was die Gewerkschaftsführer zu Atomprogramm sagen und das sie AKW-Befürworter praktisch sind. - Bitte? Ja ich hab eben gerade gefragt, und da meint er, ich soll weiterreden. - Zwischenrufe - Also wir haben auch die konkrete Erfahrung am 1. Mai gemacht wo wir mit AKW-Gegnern

Disk.-Leitg.: Hier wird moniert, daß du auch zu anderen Punkten was sagst. Ich find es ziemlich schlecht, daß BIs daran gehindert werden die Perspektive und Aktionen, so wie sie sie sehen, insgesamt darzustellen. - Zwischenrufe - -Zwischenruf: es ist doch eben abgestimmt! - Ja. ja natürlich gut... ja ist klar, ich bitte dich dann, dich daran zu halten, obwohl ...

Also was ist denn jetzt? Wir sind z. B. auf so einer Gewerkschaftsjugendveranstaltung aufgetreten -- Tumult -- -- rhythmisches Klatschen --

Disk.-Leitg.: Könnt ihr jetzt mal ein bischen Ruhe halten? Warst du mit deinem Beitrag fertig?

Nein das.....

Darf ich mal zwischendurch ...

Disk.-Leitg.: Ich bin jetzt erst mal dafür, daß hier die Ecken geräumt werden. Ständig ist hier hinten alles belager, und vorne steht alles in den Ecken. Auf die Weise kann man nicht weiterbeiten, weil man keinen Überblick hat, wer hier alles Anträge stellt und wer nicht. Wie war das jetzt mit dir?

Kann ich jetzt zu den weiteren Punkten Stellung nehmen oder nicht?

Disk.-Leitg.: Offiziell nicht. Das Problem ist jetzt das wir an dieser Stelle was falsches eingebrockt haben, was jetzt nämlich entsteht, ich will das nur kurz mitteilen, daß ihr das auch mitkriegt, daß jetzt immer mehr Redner kommen, die sagen, ich will dazu, ich will dazu, ich will dazu und wir im Grunde genommen 5 oder 6 Rednerlisten jetzt gleich wieder haben, deshalb bin ich der Meinung - es existiert ein Geschäftsordnungsvorschlag der das berücksichtigt, das der kurz was dazu sagt. Moment mal bitte. Ja.

Das alle jetzt noch bestehenden Anträge zu den Punkten weitere Arbeit jetzt verlesen werden, und das es dann insgesamt auch diskutiert wird. Das Verfahren ist einfacher und wird den Rednern auch die Möglichkeit geben, das auch in einen politischen Zusammenhang zu stellen.

Jetzt zu diesem Antrag eine Gegenrede. (Jen s)

Dazu ich möchte ich insofern Gegenreden, ich halte es zwar auch für sehr angebracht, dafür zu sorgen, daß alle diese Punkte die wichtig sind auf diesem Bundeskongreß behandelt werden. Und deswegen wär es doch absurd, diese ganzen lange Rednerliste, die sich gemeldet haben, für die verschiedenen Punkte, jetzt zwangsweise nur zu einem Punkt abzuarbeiten und, das wäre doch eine vollständige Chaotisierung, nochmal eine neue Rednerliste zum zweiten Punkt, dann zum Dritten usw. - Zwischenrufe - Und deswegen scheint es mir

Disk-Leitg.: Laßt ihn doch mal bitte ausreden, mein Gott nochmal.

Also der KB scheint sich anzugewöhnen, mich hier zu verwirren, indem er mir dauernd ins Wort fällt und weil er zufällig hier in der Nähe sitzt, in der Nähe des Mikrofons sitzt. Ich möchte das kritisieren und sagen, daß er das gefälligst sein lassen soll. - Beifall - So und deswegen halte ich es für ungeschickt, so sehr ich es für richtig halte, und meine daß der Beschluß kritisiert werden sollte, ich halte es auch für ungeschickt, die Diskussion dadurch zu retten, daß alle Anträge auf einmal vorgelesen werden, sondern die sollten natürlich im Rahmen der Beiträge, was die einzelnen Gruppen sich überlegt haben zu den verschiedenen Punkten jetzt hier einfließen. Mein Antrag ist also als Gegenrede, dazu hier ein Paket von Anträgen vorzulegen, wohl aber, den Beschluß von eben zu revidieren und zuzulassen, daß zum gesamten Thema hier geredet wird. -- Beifall --

Disk-Leitg.: Da stehen zwei Anträge, über die wir abstimmen müssen. Gibt es weitere Anträge zu diesem Punkt? Ich will keine Gegenrede hören, ich will weitere konkrete Anträge dazu hören. Gut, bitte, einer von euch reicht. D. h., daß ich nicht zwei gleichzeitig anhören kann - auf Zwischenruf -

Wir können doch jetzt nur so verfahren. Von daher war das von Jens eben keine Gegenrede.

Entweder wir verfahren so, daß wir sagen, entweder wir haben den Punkt bundesweite Demo und nächste zentrale Aktion dazu die Anträge vorgelesen und steigen in die Diskussion darein mit einer Rednerliste dann.

Und wir lesen dann zu den anderen Punkten die Anträge vor und eröffnen dann jeweils neu eine Rednerliste. Oder aber, - Zwischenrufe - anders geht das ... Ja gut wenn das nicht geht, dann müssen wir wirklich auf den Antrag zurückkommen daß wir sagen, wir lesen alle Anträge, die zu diesen Punkten bestehen, werden vorgestellt oder werden - und dann wird allgemein dazu eine Rednerliste nochmal neu eröffnet. Anders geht das wirklich nicht.

Meike: Gegenrede dazu. Dann kommen die Initiativen nie dazu, ihre Stellung dazu mal zu sagen.

Disk-Leitg.: Moment bitte. Also zu dem Vorschlag, daß alle Anträge hier vorgetragen werden ist erstens zu sagen, daß die meisten Anträge bekannt sind aus den Mappen, den Kongreßmappen, das sich also erübrigt, sie hier nochmal vorzutragen. Es reicht wenn die einzelnen Redner darauf eingehen und dann dieser und jener Antrag und das inhaltlich nochmal ausführen, für welche Position sie eintreten. Und der weitergehende Antrag ist einfach der jetzt, zu sagen, wir machen jetzt, wir annullieren jetzt den Beschluß von vorhin, daß nur zu einzelnen Punkten gesprochen werden darf, es darf, und machen weiter in der Rednerliste und die Redner werden aufgefordert zu sagen, auf was sie sich beziehen. Ich lasse jetzt darüber, über diesen weitergehenden Antrag abstimmen. Bitte, ich bitte um die Ja-Stimmen für diesen weitergehenden Antrag. Das wir jetzt in der Rednerliste weiterfahren und den Beschluß von vorhin annullieren. Bitte um die Ja-Stimmen, die Nein-Stimmen - das ist die Mehrheit. Gut dann müssen wir einen anderen Modus finden. Der zweite Antrag, der weniger weitgehende war der, daß die einzelnen Anträge zu diesem Tagesordnungspunkt "Weitere Arbeit der BIs" das diese Anträge jetzt nochmal hier vorgestellt werden und danach aber die Rednerliste weitergeht wie bislang und die Redemeldungen zu allen Punkten erfolgen können.

Dann frage ich, wer ist für diesen Antrag? Den bitte ich um das Handzeichen. Also um den Antrag, daß erst nochmal die Anträge vorgestellt werden von den Antragstellern und danach die Redner zu allen Punkten Stellung nehmen können. Wer ist dafür -- wer ist dagegen? Das erste war die Mehrheit. Gut, dann, damit unterbrechen wir die Rednerliste, - viele Zwischenrufe -

Wir haben jetzt einen klaren Beschluß und daran halten wir uns jetzt auch. Wir können jetzt nicht stundenlang Geschäftsordnungsdebatten hier führen. - Zwischenrufe - Moment, ich rede jetzt mal, melde dich dann wieder. Es geht um folgendes. Wir haben jetzt 17.00 Uhr und wollten um 18.30 Uhr Schluß machen. Wenn einigermaßen in den Redebeiträgen hier die Positionen klar werden sollen, dann ist es notwendig, daß dieser Vorschub, nämlich die Vorstellung der Anträge, daß das wirklich zügig geht, das heißt, das zum Beispiel man hingeht und sagt, wir stellen den Antrag Nr. soundso im Katalog, der sich da und da mit befaßt, aber das wir jetzt darauf verzichten, die einzelnen Anträge, soweit sie bekannt sind, jetzt nochmal vorzulesen. Seid ihr damit einverstanden? - Beifall - Gut o.K. Dann gibt es hier jetzt praktisch eine Reihe von Antragstellern, die kurz sagen, welche Anträge sie stellen und aber wirklich kurz.

Ich spreche für die BI Göttingen und ich will sagen, daß wir das in der BI noch nicht diskutiert haben aber z. B. Großaktionen oder sowas, ja Moment, und das wir allerdings auch ganz andere konkrete Vorschläge haben, und ich keine Lust habe, hier als Vertreter von der BI Göttingen hier als Kulisse für zu dienen für irgendwelche Anträge, die auch nicht besprochen worden sind und die hier einfach voll durchgezogen werden sollen. -- Beifall, Buhh --

Und ich will noch weiterhin dazu sagen, wenn das jetzt hier so gehandhabt wird, ohne daß man die Gelegenheit dazu hat, dazu auch noch zu reden, oder noch Vorschläge der BIs einbringen kann, die nichts schriftlich vorliegen haben, daß ich dann aus Protest die Konferenz verlasse. -- Pfiffe, Gelächter --

Disk-Leitg.: Paß mal auf, wenn das was ich vorher gesagt habe -- Klatschen -- wenn das was ich vorher gesagt habe, so verstanden worden ist, als dürften hier keine weiteren Anträge gemacht werden, dann ist das falsch, ich habe nur gesagt, daß die Anträge, die bereits gestellt sind und bekannt sind, hier bitte nicht nochmal vorgelesen werden möchten. Das war das, was ich damit implizierte. D. h. überhaupt nicht, daß keine anderen Anträge hier mehr gestellt werden dürfen. So und jetzt bin ich der Meinung, kommen zunächst die Anträge, die sich mit dem Punkt -- Zwischenrufe -- ich bitte den KBW mal kurz um Ruhe. Zunächst die Anträge, die sich mit dem Punkt bundesweite Aktionen, Großkundgebung befassen. Gibt es hier weitere Anträge, die bislang noch nicht vorgestellt worden sind. Keine Wortmeldungen dazu, sondern wirkliche Anträge. So, ihr beiden.

Also wir hatten uns doch eben geeinigt.

Moment, ich muß erst mal kurz was bekannt geben, hört mal kurz zu. Mit den Mitfahrgelegenheiten ist das noch nicht klar, das muß dann organisiert werden, daß das Info-Büro das macht. Dann möchte ich durchsagen, daß die Spendensammlung für den Ermittlungsausschuß erst 333, -- ergeben hat, das ist ziemlich schlecht. Also das muß auch noch kräftig gespendet werden. So, der nächste Antrag hier.

Jens: Gibt es noch weitere Anträge zu dem ersten Punkt? Sonst bringe ich die vor, die ich zu sagen habe. Ich kann dann gleich was dazu sagen, da ich ohnehin auf der Rednerliste stehe. Das ist offenbar nicht der Fall. Dann

Disk leitg.: Moment, welche Anträge sind noch zum 1. Tagesordnungspunkt, zusätzlich zu denen, die noch nicht vorgestellt wurden?

Um es ganz kurz zu sagen, hier geht es um den Punkt bundesweite Demo wobei ich das Wort bundesweit, man könnte es auch bundeseng sehen, es geht in diesem Beitrag darum, klarzumachen, daß die Einheit der BIs nicht nur dadurch herbeizuführen ist, daß wir sagen, wir sind alle gegen KKW's, das sind die BIs auch, die ganz bewußt heute hier ferngeblieben sind und diesen Bundeskongreß hier als Spalterkongreß sehen. Das tut mir leid, es ist leider so -- Zwischenrufe -- Die Uneinigkeit besteht darin, daß nicht jedem jedes Mittel des Widerstandes recht ist. Ich komme jetzt zu dem Punkt Demo -- Zwischenruf : anfangen -- laßt mich jetzt meinen Antrag auf folgende Formel bringen: es wird die Einheit von Ziel und Wille gefordert. Was ist das. Das ist ungefähr das Gegenteil von dem arroganten Satz "Der Zweck heiligt die Mittel" -- Zwischenrufe -- also bitte, ich bin bei Punkt 3 durch x zwischenrufe um meine Redezeit gekommen -

Du hast eben die Abstimmung mitgekriegt.

Disk-Leitg. : Laß dir nochmal erklären, es geht hier darum, konkrete Anträge, die auch zur Abstimmung kommen sollen, vorzustellen, die beiträge kommen nachher in der Rednerliste dazu. - Hör mal hast du das verstanden? Es hier darum, konkrete Anträge, die abgestimmt werden sollen, hier vorzulegen, das ist das, was jetzt im Moment up to date ist. Und nachher geht es darum - bitte -

Ich will sagen zum Punkt bundesweite Demo

Disk-Leitg. : Du hast also einen Antrag, dann lies ihn doch bitte vor, und dann ist die Sache in Ordnung.

Es wird die Einheit von Ziel und Mittel gefordert. Das ist das. Bitte ich muß doch klarmachen, was ich mit meiner Rede will. Das ist ungefähr das Gegenteil von dem arroganten Satz, Der Zweck heiligt die Mittel. -- Zwischenrufe --
Ich will das kurz an einem Gegenbeispiel belegen.

Disk-Leitg. : Du sollst den Antrag vorlesen, sag mal, ist das denn so schwer?
Die Geschichte die du hast ist doch schon abgestimmt worden mit dem 3. Tagesordnungspunkt über die Grundlagen unserer Arbeit. Da ist doch die Sache schon drin.

Nein, das ist nicht war. Das sind jedoch durch Leute, die dauernd zur Geschäftsordnung was zu sagen haben eine viertel Stunde Redezeit gestrichen worden. Und da bin ich nicht ran gekommen. Ich habe meinen ersten Antrag gestern abend hier gestellt und heute morgen wiederholt.

Disk-Leitg. : Du, das geht jetzt aber nicht, tut mir leid. Für den ersten Punkt gibt es keinen weiteren Antrag. Jens, hast du einen Antrag zur Frage mit der zentralen Demonstration?

Nein.

Disk-Leitg. : O.K. kommen wir zum 2. Punkt - hier ist noch ein Punkt - Gewerkschaft. Soweit ich weiß liegen da -- laß mich mal eben unterbrechen, ich hab noch einen Punkt, ich konnte da oben so schlecht rauskommen -- Moment, kannst du jetzt mal dahingehen und sagen, wie das nun aussieht mit den Anträgen, weil doch ziemliche Verwirrung herrscht.

Du hast eine Liste, wo das drinsteht. Stell dich da mal hin und sag mal, wieviel da jetzt anstehen. Es stehen nämlich tausend Leute da hinter dem Rednerpult, aber es sind gar nicht so viele Anträge da. Dann ziehen wir die kurz durch und dann gehen wir an die Rednerliste. Fertig. Los, mach das mal kurz.

Die Sache ist so, daß die Anträge von den Vertretern der BIs, also von den Leuten, die auch diese Anträge gestellt haben, zusammengefaßt worden sind, und das die, und zwar ist, zu dem

Punkt bundesweite Aktion nur ein Antrag, es sind die Anträge zu einem Antrag zusammengefaßt worden mit zwei Zusatzanträgen. Zu den Gewerkschaften liegen zwei Anträge an. Zur Zeitung eine Empfehlung und ein Zusatzantrag zur Öffentlichkeitsarbeit. Dann gibt es einen Antrag zum Strompreisboykott und einen Antrag zur Kandidatur der Parteien. So. Dazwischen ist noch der Punkt demokratische Strukturen. So. Und was beschlossen worden ist, das diese Anträge, die von den Vertretern der BIs zusammengefaßt worden sind, vorgestellt werden. Ja und möchte jetzt bitten, daß die Vertreter, die zum Punkt 1, bundesweite Aktionen ihren Antrag zusammengefaßt haben, die möchte ich mal bitten, hier nach vorne zu kommen, und ihren Antrag vorzutragen. -- Zwisch enrufe --

Ich hab noch einen Antrag zu bundesweite Aktionen, der konnte in die Koordinierung nicht eingehen weil ich eben mit Recht darauf wartete einen Redebeitrag zur Kriminalisierung zu halten. Ich konnte mich vorhin also nicht in den Raum begeben, wo die koordiniert wurden und mußte weil dieser Antrag gestern hier der zentralen Leitung mit der Post zugegangen sein muß - ich konnte zumindest davon ausgehen - ich weiß nicht, der ist offensichtlich in der Mappe nicht enthalten. Ich bin aber mit dem konkreten Vortrag meiner Stadteiguppe hierher geschickt worden, Stadtteilgruppe Bremen-Mitte, ich möchte ihn noch bekannt geben. Er betrifft die zentrale Großveranstaltung in Brokdorf. Ich verlese den, das ist nicht meine Privatmeinung, sondern ein konkreter Auftrag meiner Gruppe. Der lautet wie folgt:

Die in der Bundeskonferenz vom 14./15. 5. 77 vertretenen BIs erklären ihre Entschlossenheit bei Aufhebung des Baustopps, bzw. Weiterbaus des AKW Brokdorf ihre Forderungen "Kein AKW in Brokdorf, der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden" im Rahmen einer Großkundgebung am Bauplatz selber praktisch zu erfüllen. - das war der Antrag.

Dis -Leitg. : O. K. Zur Gewerkschaft liegen zwei Anträge vor, bitte mal kurz vorstellen.

Das ist ein Antrag zu Gewerkschaft, der ist verabschiedet worden, also es ist eine Zusammenfassung der BI Lüneburg, der Gewerkschafter aus Hannover, der BI Oststadt/List Hannover, der Gewerkschaftsinitiative gegen Atom und der Gruppe aus der BUU HH Hohe- luft. Achso vorher wollte ich noch eine Erklärung zu Protokoll geben von einem Satz. Ich nämlich der Meinung, daß nicht die Mehrheit der BIs die anwesend sind, vorher dieses Grundsatzpapier verabschiedet hat, und das deswegen auch die Abstimmung nicht wiederholt werden sollte, zum Zwecke der Auszählung. Das nur zum Protokoll. Man muß es festhalten, mit wieviel Mann man hier ein Grundsatzpapier verabschiedet hat. Ansonsten kann man es ja wiederholen, wenn ihr anderer Meinung seid. - Zwischenrufe -

Disk-Leitg. : Wir wiederholen es nicht zum 3. Mal.

Jetzt möchte ich den Antrag vorlesen. Da wir wissen, daß wir ohne die Gewerkschaften - ich muß den Antrag jetzt so vorlesen, da es ein zusammengestückelter ist, es gibt nicht einen einzelnen - Da wir wissen, daß wir ohne die in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter und Angestellten den Kampf gegen den Bau von Atomanlagen nicht erfolgreich führen können, daß die Gewerkschaftsführung sich eindeutig für den Bau von Atomanlagen ausgesprochen hat, fordern wir alle gewerkschaftlich organisierten AKW-Gegner auf, die Diskussion über das Thema Atomenergie auf allen betrieblichen und gewerkschaftlichen Ebenen verstärkt zu führen. Um eindeutige Stellungnahmen gegen AKWs zu bewirken. (wie dies z. B. im Antrag der Bundesjugendkonferenz der IG-Metall zum Ausdruck kommt) Es gilt vor allen Dingen der vordergründigen Parole, der AKW Betreiber und Befürworter, Atomenergie sichert Arbeitsplätze, entgegenzuwirken. Demgegenüber ist unsere begründete Argumentation das Atomenergie Arbeitsplätze wegrationalisiert stärker in das Bewußtsein der abhängig arbeitenden zu bringen. Weiter gilt es zu verdeutlichen, daß wir Arbeitsplätze um jeden Preis hier in der Todesproduktion AKWs ablehnen. Hierzu ist es erforderlich, daß von den BIs intensiver als bisher zu diesem Themenkomplex Ausarbeitungen vorgenommen werden um unsere Position zu untermauern. Besonders scharf verurteilen wir alle Versuche AKW Gegner in den Gewerkschaften durch Ausschlußverfahren mundtot

zu machen, wie dies besonders im Fall von Heinz Brandt bekannt geworden ist. Jetzt ist noch ein Zusatzantrag da, der wird anschließend verlesen. Mit dem stimmen nicht alle BIs überein.

Von der HH BI gegen Atomkraftwerke haben wir einen Zusatzantrag gestellt, der von allen BIs, die die vorgenannte Resolution unterstützt haben, ebenfalls unterstützt wird, bis auf den Vertreter, der sie eben vorgelesen hat, dem Vertreter vom KBW selber, d. h. dieser Zusatzantrag wird unterstützt von der HH Gewerkschaftsinitiative gegen Atomkraftwerke, von den Hanoveraner Gewerkschaftern, von der Hannover BI Oststadt/List und von der HH Initiative Hoheluft. Der Zusatzantrag lautet:

Unser Widerstand richtet sich aber nicht nur gegen solche Gewerkschaftsfunktionäre, die ganz unverholen und offen für AKWs werben, und sich dies als Aufsichtsrat- und Vorstandsmitglieder in Atomkraftwerken und AKW Herstellerbetrieben von der Atomindustrie nicht schlecht bezahlen lassen, wir protestieren vielmehr zugleich gegen die Kräfte, die uns ein sog. Mitbestimmtes und demokratisch kontrolliertes Atomprogramm als sicherer verkaufen wollen. - Beifall -

Ich hab hier den zweiten Antrag, und zwar spreche ich für Arbeiter gegen Atom, das ist Antrag Nr. 8 in den Unterlagen, die wir erhalten haben, im Prinzip steht darüber "Kein Ausschlußverfahren gegen Heinz Brandt" das ist eine Unterschriftenliste. Da die ja nun jeder vorliegen hat und jeder kennt, würde ich mich darauf beschränken, diesen Antrag zu begründen. - Zwischenrufe - Was? Ihr kennt nicht den Antrag oder? Na gut, dann begründe ich mal ganz kurz diesen Antrag.

Mehrere Monate früher, als der DGB-Vorsitzende Vetter angenommen hatte, sprach sich der DGB für das Atomprogramm der Bundesregierung aus. Die Ursache dafür

Disk-Leitg.: Du, hör mal. Das ist kein Antrag.

Das ist die Begründung für diesen Antrag.

Disk-Leitg.: das wollen wir nicht machen, wir haben extra gesagt

Wenn ich den Antrag vorstellen soll, lese ich ihn entweder vor, oder ich begründe diesen Antrag.

Disk-Leitg.: Du, das ist wirklich nicht nötig an dem Punkt. -- Zwischenrufe --

Na gut.

Disk-Leigt.: Der nächste Antrag bitte.

Der nächste Antrag zum Punkt Arbeit in den Gewerkschaften, Stellung zum DGB. - Bitte Ruhe - gestellt von der BI Umweltschutz an der Unterweserm mit Sitz in Nordenhamm. Der Antrag lautet: Die Bundeskonferenz möge beschließen, wir halten die Stellungnahme des DGB zur Frage des Atomprogramms der Bundesregierung für falsch und verhängnisvoll. Insbesondere die Forderung nach Fertigstellung und Inbetriebnahme der bereits im Bau befindlichen Atomkraftwerke wird von uns als kurzsichtig und verantwortungslos abgelehnt.

Disk-Leitg.: Macht mal bitte das Licht wieder an. Da hinten rechts am Ausgang das Licht anschalten. Und sorgt mal bitte dafür, daß das nicht wieder passiert.

Wir wissen, daß diese Fehlentscheidung unter dem Druck langanhaltender Massenarbeitslosigkeit sowie gezielt einseitiger Beeinflussung durch die Atomlobby zustande gekommen ist. -- Zwischenrufe --

Disk-Leitg. : Sagt mal, die Anträge sind doch in der Mappe enthalten oder nicht?

Wir halten Fehlentscheidungen -- massive Zwischenrufe --

Disk-Leitg. : Kannst du mal bitte sagen, ob die Anträge nicht in der Mappe enthalten sind?

Ich kann hier im Augenblick nichts verstehen

Disk-Leitg. : Mach weiter, lies vor.

Wir halten Fehlentscheidungen aber für korrigierbar. -- Zwischenrufe -- und suchen das Gespräch mit dem DGB auf allen Ebenen. -- Pfiffe -- Wir begrüßen den begonnenen Austausch von Argumenten und wünschen diesen Diskussionsprozeß fortzusetzen. Verstärkt fortzusetzen. -- Zwischenrufe: aufhören -- Gleichzeitig weisen wir alle Formen pauschaler und persönlich herabsetzender Anwürfe auch aus den eigenen Reihen zurück. -- Pfiffe --

Disk-Leitg. : Der nächste Antrag. Gibt es zu dem Punkt Gewerkschaften noch Anträge? Gut, der nächste Punkt. Zeitung, Öffentlichkeitsarbeit. Ja bitte.

Ich habe drei Punkte hier. 1. einen Antrag : Die Bundeskonferenz der BIs bittet alle BIs -- Zwischenrufe -- Gut, ich ziehe den Punkt 3 vorweg. Ich hatte heute morgen eine Wortmeldung eingereicht, die leider nicht berücksichtigt wurde.

Disk-Leitg. : Das haben viele. -- Zwischenrufe -- - große Unruhe im Saal --

Ich komme von einer Gruppe in HH, die sich besonders mit der amtlichen Informationspolitik auseinandersetzt. Wir wollen

Disk-Leitg. : Ist das ein Antrag oder nicht?

Wir wollen Reizworte ja möglich vermeiden aber ich hoffe, daß der Ausdruck Gewaltfreie Aktion nicht als Reizwort empfunden wird. Wir nennen uns "Gewaltfreie Aktion - Wahrheit in die Energiepolitik" Also Antrag: Die Bundeskonferenz bittet alle BIs weit stärker als bisher neben unserer eigenen Information die öffentliche Analyse amtlicher Falschinformationen zu setzen. Beispiel, ich kann es leider jetzt nicht weiter ausführen in der kurzen Zeit, Umweltprogramm der Bundesregierung vom Nov. 1971 noch 1976 in 5. Auflage nachgedruckt, zum Thema Endlagerung hochradioaktiven Atom Mülls. Dabei sollten stärker als bisher das öffentliche Auftreten von Verantwortlichen z. B. Schmidt, Matthöfer, Friedrichs auf jeden Fall ausgenutzt werden. -- Zwischenrufe --

Disk-Leitg. : Bitte den Antrag weiterlesen.

Wir werden im Laufe der nächsten Tage auch in gleichermaßen öffentlich in Erscheinung treten.

Disk-Leitg. : Lies bitte den Antrag weiter, wir machen jetzt keine inhaltliche Diskussion.

Gut, das war der Antrag 1. Ich habe für diesen Antrag eine Erweiterung, und wendet sich an die Bundesregierung - ich weiß nicht, ob das hier bei euch Unterstützung findet - Danke.

--- Bandende ---

.... in einzelnen Bürgerinitiativen Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen Kommunisten und gegen alle Teilnehmer an der Brokdorfer Demonstration am 19. 2. durchzusetzen. Sie ist der Meinung, daß Wüstenhagen zu den Unterstützern des Atomprogramms der Bundesregierung gezählt werden muß, das zeigt schon allein die bisher bekannt gewordene Summe von 80.000, -- DM Bestechungsgeldern, die die Bundesregierung an ihn gezahlt hat. Sie fordert alle BIs auf, die gegenwärtig noch Mitglied von Wüstenhagens BBU sind, diese Organisation zu verlassen. Der Kurs der Spaltung der Anti-AKW-Bewegung den Wüstenhagen gemeinsam mit SPD-Führung und DKP-Führung verfolgt, wird erfolglos bleiben. Das Atomprogramm der Schmidt-Regierung wird fallen. -- Beifall --

Disk-Leitg.: Das war eben eine Verwechslung, das war ein Antrag zu Punkt 4. Aber zu 3 hast du noch was? Gut.

Zur Zeitung, nicht? Das ist 3. Ein Antrag, der BBA-Mitte: Die in der Bundeskonferenz vertretenen BIs beschließen die Einrichtung eines 14-tägigen Informationsdienstes, nicht einer Zeitung mit Nachrichten und Informationen aus den BIs, der in Form eines Rundbriefes an die einzelnen BIs geschickt wird. Mit der Aufgabe, dort in Flugblättern oder regionalen Zeitungen abgedruckt zu werden. Dazu ist ein Koordinationsstab zu bilden, der der Bundeskonferenz Rechenschaftspflichtig ist.

Disk-Leitg.: Hast du noch Anträge zu 3? - Punkt 4.

Ja zu 4. Ich spreche für die BI Lübeck und ich hab zwei Anträge. Die sind abgedruckt in der Mappe unter Nr. 18 und unter Nr. 42. Ich les sie aber kurz der Einfachheit halber nochmal vor, denn sie begründen sich dann dabei. Das ist ein Antrag, den hat die BI Lübeck schon auf der Landeskonzferenz gestellt. Sowohl auf der BI als auch auf der Landeskonzferenz wurde der 1. Teil, den ich gleich vorlese einstimmig angenommen. Ich les nochmal vor.

Es wird vorgeschlagen, daß die Bundeskonferenz beauftragt wird, die Bildung von Regional- und Landeskonzferenzen anzuregen und soweit wie möglich durchzuführen, um die Arbeit gegen AKWs bundesweit zu effektivieren. Auf diese Weise würde weiterhin vermieden, daß Leute wie Wüstenhagen sich als Repräsentanten der Anti-AKW-Bewegung ausgeben, unbekannte Initiativen Falschmeldungen verbreiten oder wieder solche Verwirrung entsteht wie anläßlich der geplanten Aktion in Brokdorf und Itzehoe. -- Beifall -- diese Organisation von Konferenzen würde gleichzeitig eine effektivierung der Arbeit in Hinsicht auf Alarmplan und Informationsstruktur bringen, meine ich.

Der 2. Antrag heißt: - zweite Mappe. Pkt. 42, ist etwas anders gedruckt dort - Die Beschlüsse der Bundeskonferenz sind Empfehlungen. Sie müssen öffentlich bekannt gemacht werden, es soll darauf geachtet werden, Beschlüsse mit einer möglichst breiten Mehrheit zu fassen. Veröffentlichungen im Namen der Bundeskonferenz sind nur auf der Grundlage von Mehrheitsbeschlüssen auf der Bundeskonferenz möglich. Soweit.

Disk-Leitg.: Gebt bitte die Nummern der Anträge mit an.

So, ich hab dann folgenden Antrag, der sich auch mit der Bundeskonferenz selbst beschäftigt. Die Bundeskonferenz am 14./15. 5. 77 stellt fest, daß an dem Aufbau demokratischer Strukturen der AKW-Gegnerschaft festgehalten werden muß, die auf dem Delegiertenprinzip von arbeitenden Initiativen beruhen. Diese Konferenz ist ein kleiner Schritt in diese Richtung, wenn auch trotz der Teilnahme von immerhin 256 BIs einige wesentliche Regionen noch nicht repräsentiert sind. Die Bundeskonferenz wendet sich allerdings gegen die Versuche von Mitgliedern des Hamburger Montagsplenums, das Delegiertenprinzip zu durchbrechen und diese wichtige Konferenz der AKW-Gegner zu einem bloß zufälligen, nicht die anwesenden BIs repräsentierenden Zusammentreffen herabzumindern. - Zwischenrufe, Beifall - Sie verurteilt insbesondere den Versuch, durch das Verteilen von Stimmkartenduplikaten den Konferenzverlauf entgegen dem Willen der anwesenden BIs zu chaotisieren. Die Sabotage dieser Kon -- Zwischenrufe -- ich kann wohl meinen Antrag zu Ende lesen?

-- viele Zwischenrufe -- Ich glaube, das euch das nicht paßt, das glaube ich wohl.
Die Sabotage dieser Konferenz und ihrer

Disk-Leitg. : Ich bin der Meinung, daß wir den Antrag nachher zu kritisieren haben, seid doch bitte ruhig.

Die Sabotage dieser Konferenz und ihrer demokratischen Meinungsbildung dient nur dem selbsternannten Repräsentanten der Bewegung. - Pfiffe, Zwischenrufe -

Disk-Leitg. : Moment, hier ist ein Vorschlag zum Vorgehen. Trag den Vorschlag bitte vor. Moment, das ist ein Vorschlag zum Vorgehen. (Heino)

Ich habe einen Vorschlag zum Vorgehen, und zwar folgendes. Ich bin der Meinung, daß es äußerts wenig bringt, ja sogar schädlich ist und auch die Arbeit verzögert wenn wir jetzt noch sämtliche Anträge verlesen lassen, deshalb beantrage ich -- Zwischenrufe -- daß das abgebrochen wird, das den BIs die Möglichkeit gegeben wird, zu ihren Vorschlägen zur weiteren Arbeit Stellung zu nehmen, das diese Diskussion bis um 19.00 Uhr geführt wird und das wir zumindest diese 1 1/2 Stunden noch haben, um die Vorschläge der verschiedenen Initiativen zur weiteren Arbeit insgesamt zu hören und das wir uns nicht eine Zerstückelung dieser Diskussion aufzwingen lassen, das wir auffordern, das sich dabei konzentriert wird auf die Fragen der Bundesweiten Aktion, der Öffentlichkeitsarbeit und demokratische Strukturen. Das sich auf diese Fragen die Stellungnahmen konzentrieren und das wir dann um 19.00 also vielleicht ein bisschen später auch, über diese Fragen ein Meinungsbild herstellen. Anderenfalls hören wir hier nur Anträge und stimmen nur darüber ab. Das ist nicht der Sinn von einem Bundeskongreß, sondern gerade die Beratung und die Auseinandersetzung darüber, über das entscheidende, was wir noch zu tun haben. -- Beifall --

Disk-Leitg. : Das sit ein Antrag zur Geschäftsordnung, gibt es dazu eine Gegenrede? Das ist nicht der Fall. Gut, dann ist der Antrag praktisch angenommen, wenn keine Gegenrede erfolgt. - Zwischenruf - Ja gut, dann mach eine Gegenrede.

Es wurde vorhin beschlossen, daß die Anträge erst durchgezogen werden. Ich hab

Disk-Leitg. : Können wir mal sehen, wieviel Redner das überhaupt noch sind zu den Anträgen? Hier gibt es einen Antrag. Entweder es gibt jetzt eine Gegenrede, oder der Antrag ist angenommen. Das sind noch 7 Redner zu Anträgen und möglicherweise werden es noch mehr. Es waren nämlich eben schon mal nur noch 4. Also, wir stimmen jetzt über diesen Antrag ab. Wer ist dafür? Das die Anträge nicht mehr nacheinander vorgetragen werden, sondern im Rahmen von Wortbeiträgen und das wir jetzt in die Rednerliste übergehen, damit die BIs die Möglichkeit haben, zu den verschiedenen Anträgen Stellung zu nehmen. Dann bitte ich um das Handzeichen. - Gut, die Gegenprobe bitte. Das ist die Minderheit. Damit steigen wir jetzt in die Rednerliste ein und ich werden dann auch keine Änderungsanträge zu diesem Punkt mehr annehmen. So, die Rednerliste beginnt mit Jens. Die anderen Anträge, die jtz noch nicht vorgetragen worden sind bitte ich hier vorne abzugeben und wir werden darauf hinweisen, was das noch für Anträge sind. Hier wird der Antrag auf Redezeitbegrenzung gestellt. Gibt es eine Gegenrede? Auf 3 Min, dann 4 Min, 5. Gut, wer ist für eine Redezeitbeschränkung? Erst global. Das stellt die Mehrheit dar. Wer ist für 5 Min? Wer für 4? Wer für 3? Die Mehrheit. Gut. 3 Min. Redezeitbeschränkung.

Jens: Gut, dann bitte ich euch auch, mich nicht dauernd zu unterbrechen, damit ich die 3 Min. ausnutzen kann.

Disk-Leitg. : Gut, dann bitte ich jetzt um äußerste Ruhe, wenn die Redner unterbrochen werden, heißt das, das sich ihre Redezeit entsprechend verlängert. Wir werden das dann berücksichtigen. Und ich bitte das Chaos hier das Chaos hinter mir zu beenden.

Jens: Schwerpunktmäßig zur zentralen Aktion. Ich meine, unsere Hauptaufgaben sind:

1. Dafür zu sorgen, daß die Umgebung von jedem einzelnen Atomkraftwerk zum Feindesland für die Betreiber wird. 2. In den Städten die großen Massen der Arbeiter in diesen Kampf miteinzubeziehen und das heißt vor allem, in den Gewerkschaften oppositionelle Arbeit zu leisten und miteinschließen, die oppositionellen Kollegen, die ohnehin schon gegen die Gewerkschaftsführung in Opposition stehen um sie vertraut zu machen mit unseren Anti-Atom-Prinzipien und damit andererseits die Atombewegung von den Forderungen der oppositionellen Kollegen lernt. Die gemeinsame Forderung muß natürlich sein, gegen den Ausschlußterror der Gewerkschaftsführung.

Zur Frage der Großkundgebung als einer 3. Kampfform muß sein eine Zusammenfassung aller Kräfte und nicht irgendwann, sondern zu einem festen Termin, damit die Arbeit darauf orientiert wird zum Zusammenschluß aller Kräfte gegen das schwächste Glied. Hierfür meine ich ist eine angemessene Zeit am Ende September, wobei zur Diskussion steht die Schwerpunkte Brokdorf, insbesondere wenn dort weitergebaut wird, Grohnde, weil dort schon gebaut wird, Kalkar, weil dort eine internationale Demonstration angesetzt wird und der schnelle Brüter die besondere Absurdität des Atomprogramms und ein besonderer Schwachpunkt ist und 4. Grundremmingen, als ein Angriffspunkt, wo ein bereits funktionierendes Atomkraftwerk stillgelegt werden müßte. Welches dieser Schwerpunkte in Betracht gezogen werden muß und welches der konkrete Angriffspunkt sein wird, sollte diskutiert werden auf einer nächsten Bundeskonferenz, welche Ende August oder Anfang September stattfinden sollte. Zur Vorbereitung dieser Bundeskonferenz sollte hier und heute ein Vorbereitungsausschuß gewählt werden. Ich meine das weitergehende Strkturen dem Stand der Bewegung nicht gemäß sind, andererseits aber die konkrete Vorbereitung der nächsten Bundeskonferenz und der nächsten Großaktion heute hier getroffen werden müßte in Form von einem Vorbereitungsausschuß, der ebenfalls die Aufgabe hätte, wie schon gesagt wurde, einen internen Informationsdienst zu organisieren. Ich meine, die Hauptseite müßte also sein, und da sind wohl die Differenzen, aber ich meine ganz klar, wir können uns nicht leisten, nur zu sagen, wir treffen uns irgendwann einmal wieder und diskutieren dann, wie es mal weitergehen soll, d. h. die Losung der Atempause jetzt halte ich für falsch, sondern wir müssen jetzt einen festen Termin für die nächste Großaktion Ende September benennen und offenhalten, wohin sie gehen soll und zur Vorbereitung dessen und das ist mein Antrag, einen Vorbereitungsausschuß heute hier zu benennen, ich meine das insbesondere deswegen für notwendig, weil unsere ganze Öffentlichkeitsarbeit und auch gerade die Arbeit konkret in den betroffenen Gebieten sie zum Feindesland zu machen, nicht auf einen irgendwie gearteten Sankt Nimmerleinstag sondern auf eine konkret geplante Aktion orientiert werden muß. Ich bin fertig, danke schön. -- Beifall --

Disk-leitg.: Zwischendurch eine Ansage. Mitfahrgelegenheiten werden am Info-Tisch ausgelegt.

BI Mannheim. Ich möchte sprechen zu den Punkten Gewerkschaft, zu den Punkten Wahlen und zu den Punkten Bundesweite Organisationen. Zunächst mal muß ich eine kurze Erklärung abgeben, dazu, wie ich zu den folgenden Punkten komme, ich werde nicht länger insgesamt als die vorgeschriebene Redezeit brauchen, wenn ihr mich aussprechen laßt.

Ich gehe davon aus, und das hat auch der Kongreß gezeigt, daß die Intentionen der Organisatoren der Veranstaltung des Kongresses nicht nicht die Einheit aller BIs war, sondern die Durchsetzung einer politischen, bestimmten Linie. Was soll diese bestimmte politische Linie -- Zwischenrufe -- 1. die Durchsetzung und die Rechtfertigung einer stark reduzierten politischen Position und daraus folgende Handlungen, wie etwa in der Resolution zu Brokdorf, die gestern hier abgestimmt worden ist. 2. Isolierung politischer Gegner und nicht Einheit politischer Organisationen, sondern wirklich die Isolierung politischer Gegner. Dies war ebenfalls in dieser Brokdorf-Resolution gestern hinsichtlich des KBW. 3. Festlegung der Bewegung auf das bisher bestehende, d. h. die Verbreiterung der Bewegung unter den jetzt bestehenden Bedingungen soll festgeschrieben werden und es soll verhindert werden, daß die Bewegung vorwärtskommt und das bedeutet ganz konkret, das so wie es ist, es bleiben soll, daß man sagt, wir müssen ganz einfach mehr werden unter den Bedingungen, wie sie jetzt vorhanden sind. -- Zwischenrufe, Beifall -- Damit schließt man, und das ist unsere Erfahrung, ich komme gleich auf das was wir zu unserer Arbeit zu sagen haben, damit schließt man Arbeiter, Angestellte und Bauern in ihrer Beteiligung an unserer Bewegung aus. -- Zwischenrufe --

Die Bewegung wird sich aber nicht festlegen lassen. Ich werde in dieser Form, wie ich es eben gesagt habe, in der BI Mannheim Berichterstaten. Wir werden in unserer Region und im Rhein-Main-Neckar Gebiet, es geht um Biblis, Mannheim - Kirschgartshausen, werden wir folgendermaßen vorgehen. 1. Die Widersprüche in der Gewerkschaft selber aufgreifen. Die Forderung wird bei uns gestellt und wird z. T. auch schon von Gewerkschaftsgremien getragen, nach einer öffentlichen Veranstaltung des deutschen Gewerkschaftsbundes, über die Frage der Kernenergie. 2. Wir werden die Stadtteilarbeit und die Betriebsarbeit verstärken und werden unsere Arbeit an den Schulen, in den Vertrauensleutekörpern und überall dort, wo fortschrittliche Menschen sind, verstärken. 3. Planung gemeinsamer Aktionen gegen Biblis und Mannheim-Kirschgartshausen. Jedenfalls kommt es uns darauf an, daß wir uns unter den Arbeitern, Angestellten und Bauern mehr als bisher verankern können. -- Zwischenrufe --

Disk-Leitg. : Deine Redezeit ist zuende ja?

Wir lassen uns jedenfalls nicht durch Meinungen vieler auch hier anwesender beirren, genau diese Schritte hinsichtlich der Arbeiter, Angestellten und Bauern anzustreben. Vielleicht haben auch viele, die hier sind, einfach Angst davor, das Arbeiter, Angestellte und Bauern in ihren BIs mitarbeiten, weil sonst ganz schnell was anderes passieren wird --- Pfiffe ---

Disk-Leitg. : Der nächste Redner ist der Fritz. -- Zwischenrufe -- Dir ist dreimal angekündigt worden, daß deine Redezeit zu Ende geht, du hast dich nicht daran gehalten, - Zwischenruf: die Anträge - Die kann jemand anders von euch auch noch sagen, der Fritz ist jetzt dran.

Ich möchte zunächst etwas zum Charakter dieser Bundeskonferenz sagen und möchte mich anschließen an das, an Äußerungen, die Rainer hier gemacht hat, vom Podium, die Siggi vom Podium gemacht hat und die von Tübingen und Köln gemacht worden sind.

Wenn wir hierher sind, dann hatten wir ganz konkrete Vorstellungen. Wir hatten die Vorstellungen, wir stellen unsere politischen Positionen und Einschätzungen dar, wir beraten, welche Praktischen Aktionen momentan möglich sind, wir versuchen, diese praktischen Aktionen hier zu koordinieren und Menschen zu finden, die sich daran beteiligen. Das ist leider hier so nicht möglich gewesen. Ich möchte, wir hatten sehr viele Beiträge hier angemeldet und wenn ich von wir rede meine ich von dem Koordinationstreffen u. a. der autonomen Gruppe in HH. Leider sind 5 Beiträge den Streichungen hier an der Tagesordnung zum Opfer gefallen. Wir bedauern das außerordentlich, denn wir waren beauftragt, zu berichten über den Punkt, welche Erfolge haben wir bisher errungen, wie werden sich die Regierungen in Zukunft verhalten, wo sind die Gefahren in den eigenen Reihen und unsere nächsten Aufgaben. Wir hatten ein Programm, um ganz klar hier vorzustellen, wie unsere nächsten praktischen Aufgaben auszusehen haben wo wir Unterstützung brauchen und wo wir andere Menschen unterstützen können. Ich möchte mich aber wenden gegen 2 Anträge, die von der KB-Fraktion hier gekommen sind, der eine Antrag ist dieser Antrag gegen die Diffamierungen, der die Diffamierungen gegen die autonomen Gruppen in HH enthält -- Beifall -- Ich meine, daß in diesem Bundeskongreß mit diesem Antrag sehr klar wird, daß es in HH notwendig war, so ein Koordinationstreffen durchzuführen. -- Beifall -- Wir haben dieses Koordinationstreffen durchgeführt weil es ähnlich wie hier, den selben Charakter wie diese Versammlung hier, verläuft das Plenum in HH. Wir haben keine Möglichkeit mehr gesehen, unsere Ideen zu entwickeln und unsere praktische Arbeit zu koordinieren und Auseinandersetzungen mit diesem Vorgehen zu führen. Wir haben deshalb gesagt, es steht hier zur Alternative, entweder kleinbürgerliche Machtstrukturen und die Initiativen verwalten, und das haben wir dem KB vorgeworfen, damit werden wir eine Auseinandersetzung führen, oder die politische Autonomie der Gruppen zu stärken und die Arbeit zu koordinieren und Informationssysteme zu schaffen. Dieses, deshalb wollte ich gegen diesen Antrag sprechen, einmal, weil hinter diesem Antrag nicht nur die autonomen Gruppen aus HH stehen, sondern inzwischen an die 60 BIs, die sich hier versammelt haben. Wenn der KB - Beifall -

Disk-Leitg. : Kommst du bitte dann zum Ende?

Ja, ich bin gleich fertig. Wenn der KB, wenn die KB-Fraktion diesen Antrag stellt, dann würden wir ihn auffordern, all die Initiativen namentlich bekannt zu geben, dort mitzuführen. Zum anderen würde ich mich gegen den Antrag wenden, ~~f~~ darüber abzustimmen, ob wir für Großkundgebungen sind oder nicht. Genau an diesem Beispiel kann man das ~~K~~ Vorgehen des KB studieren, wir halten das für eine Irreführung und für ein militantes Fäusteschütteln. Wir haben genau diese Frage sehr ausführlich diskutiert, und wir haben gemeint, man kann diese Frage nur diskutieren, wenn man fragt, wo sind die Grundlagen -- Zwischenrufe -- für eine Großkundgebung, wie schaffen wir die Grundlagen für eine Großkundgebung. Ich möchte die KB-Fraktion -- Beifall -- Ich möchte die KB-Fraktion hier auffordern, über diese Grundlagen und was sie da praktisch tun, hier darzustellen.

Zum anderen möchte ich sagen, - ich hab jetzt keine Zeit mehr - das wir sehr wohl über diese Grundlagen und wie wir die Grundlagen zu schaffen haben, ein Programm aufgestellt haben und jeder, der ~~d~~ sich mit uns in Verbindung setzt, kann dieses Programm diskutieren. Wir haben Vorstellungen, wie wir das Gebiet um Brokdorf zum Feindesland machen können, wie wir den Prozeß benutzen können, um als Hebel für den praktischen Widerstand und solche Großkundgebungen in Zukunft wieder durchführbar zu machen, weil wie davon ausgehen, daß eine Kundgebung wie in Grohne oder Brokdorf 3 so nicht wiederholt werden kann, sondern, daß wir eine größere Einheit brauchen, nicht nur unter den linken Gruppen, um das nächste Mal unsere Forderungen praktisch erfüllen zu können. -- Pfiffe, Zwischenrufe -- Beifall --

Also ich bin Ulli von der BI Barmbeck in HH. Wir haben uns wesentlich unterhalten vorhin über die Punkte der Großaktion und auch über den Punkt der demokratischen Strukturen. Ich will kurz was zum Punkt der Großaktion sagen. Wir haben in unserer Arbeit festgestellt, daß wir im letzten halben Jahr eine wesentliche Klimaveränderung haben unter den Kollegen, auf den Märkten usw. daß also breit die Bewegung gegen AKWs vorangekommen ist, daß überall Aufkleber zu sehen sind, daß überall Möglichkeiten zu sehen sind, zu diskutieren mit den Kollegen zu diskutieren, diese Sachen sind im wesentlichen zustande gekommen durch die beiden zentralen und großen Aktionen, die gemacht worden sind und die diese Frage in den Mittelpunkt gerückt haben. M. E. ist das ein Punkt, den wir unbedingt festhalten müssen, auf den wir niemals verzichten dürfen, weil wir so uns die Waffe aus der Hand schlagen lassen würden, die notwendig ist, nämlich an bestimmten Punkten Aktionen zusammen durchzuführen. Und zwar national. Ich will kurz was dazu sagen, was Fritz dazu gesagt hat. Ich finde das sehr erstaunlich, daß Fritz gerade an dem Punkt der zentralen Aktionen, wo er die beiden anderen zentralen Aktionen ja wirklich voll mitgetragen hat, hier nicht mehr bereit ist, darüber grundsätzlich abzustimmen. -- Zwischenrufe -- Ich seh das eng im Zusammenhang damit, daß in HH auf dem letzten Treffen der sog. Unorganisierten auch Diskussionen stattgefunden haben mit Lars Hennings, dem abgewählten Sprecher der Marscheninitiative der auf dieses sog. Unorganisiertentreffen gekommen ist, um dort einzufallen in die Hetze gegen die organisierte Linke und auch seine Standpunkte zur Frage der nationalen Aktionen deutlich zu machen. -- Zwischenrufe -- Beifall -- Pfiffe -- Ich wollte noch kurz was zu dem anderen Punkt sagen, zur Frage der demokratischen Strukturen. M. E. ist heute für alle Delegierten und leider auch für etwa 100 Delegierte, die schon abgezogen sind, deutlich geworden -- Zwischenrufe -- deutlich geworden, -- Zwischenrufe: aufhören -- Also könnt ihr mal bitte etwas ruhiger sein, es ist sehr schwierig zu verstehen, daß ihr von demokratischen Strukturen redet und auf der anderen Seite hier rumbrabbelt. Also ich wollt nochmal - ich möchte darum bitten, daß hier in der rechten Ecke mal ein bisschen Ruhe ist.

Disk-Leitg.: Das hättest du dir auch sparen können.

Ich wollte zu dem Punkt demokratische Strukturen sagen, daß wir heute hier erlebt haben, das insgesamt natürlich hier die Bewegung nicht repräsentiert ist, das ist klar, das sehen wir alle.

Das aber auf der anderen Seite, das was hier repräsentiert ist, Möglichkeit haben muß, die Sachen untereinander abzustimmen und zu diskutieren. Das die einzigen Leute, die sich praktisch gegen Repräsentation der Basis ausgesprochen haben, diejenigen Leute sind, die soviel von Demokratie und Unorganisierten usw. reden und im Grunde genommen nur sich selbst und ihre eigene kleine Clique meinen. -- Beifall --

Disk-Leitg. : Hör mal, deine Redezeit ist abgelaufen. - Heino.

Ich möchte zu der Frage was sagen, die Fritz angesprochen hat, also zum Charakter und Verlauf des Bundeskongresses und den Konsequenzen. Ich meine das vor Beginn des Bundeskongresses klar war, daß es äußerst schwerwiegende politische Differenzen gibt, sowohl über die Einschätzung der bisherigen Arbeit, wie auch über das weitere Vorgehen. Ich meine, daß es ein großer Fehler wäre, wenn wir jetzt diese politischen Differenzen in der Weise austragen, daß es zu einer Spaltung -- Zwischenrufe -- also, der KBW kann sich die Zwischenrufe schenken und du auch Kalli. Wir haben erlebt, wie hier am 1. Tag und das in der Tat auch das, was wir in HH erlebt haben, mit organisatorischen Mitteln politische Differenzen unterdrückt werden. Das so ist ein Verfahren, das dazu führen muß, daß es zu einer Spaltung kommt. -- Zwischenrufe -- und man kann in der Tat den KB nur warnen, wenn er meint, das bundesweit durchsetzen zu wollen, weil er es nicht schaffen wird, und das ist hier auch deutlich geworden. -- Beifall -- Es ist hier auch deutlich geworden, daß es so nicht geht. Das diese politische Auseinandersetzung offen geführt werden muß und das wir dafür Foren und auch Bundeskongresse und Konferenzen brauchen die diese Auseinandersetzung bundesweit führen. Und ich halte es für sehr bedauerlich und für einen Fehler, wenn der Fritz sagt, daß das jetzt zur Kapitulation führen müßte, das wir jetzt aufgeben sollten, den Kampf um die Einheit der Bewegung zu führen. Deshalb bin ich ganz entschieden dagegen -- Zwischenrufe -- du kannst gleich dazu was sagen, bin ich ganz entschieden dagegen, daß jetzt diejenigen, die darüber enttäuscht sind, über bestimmte Teile oder auch über den gesamten Verlauf des Bundeskongresses abziehen oder sonst etwas. Wir haben eine politische Grundlage zur Einheit der Bewegung verabschiedet, und das ist in der Tat - darüber können jetzt vielleicht viele lachen - um diese Grundlage haben wir momtelang gekämpft und die kommt nicht irgendwo vom Himmel, das wißt ihr genauso gut wie wir. Die beruht auf vielen Erfahrungen und dahinter stehen sehr viele BIs. Deshalb bin ich der Meinung, daß man auch nicht davor kapitulieren darf, eine neue Großkundgebung ins Auge zu fassen, d. h. sei es in Kalkar oder sei es in Brokdorf. Und das nicht wegen der Spaltungsmanöver und der Machtpolitik, die vom KB ausgeht, wir jetzt darauf verzichten, diese Großkundgebung vorzubereiten. -- Beifall --

Dik.-Leitg. : Volker

Von den Leuten, von denen hier in dem Sinne, daß sie sich eh an keinen Beschluß dieser Bundeskonferenz halten wollen und das auch von vornherein erklärt haben, hier vom Fehlen der Repräsentanz sprechen, da kann man sagen, hier ist in der Tat die Gruppe um Fritz Storim erheblich überrepräsentiert, wir denken da nur, ich möchte da nur an das Abstimmungsergebnis von gestern abend erinnern, wo Fritz Storims Gruppe einschließlich dem KBW auch insgesamt auf 125 zu 25 Stimmen gekommen ist. -- Beifall --

Disk-Leitg. / So kann man das überhaupt nicht sagen, da haben die überhaupt nicht mitgestimmt, da haben nur Delegierte mitgestimmt. Es geht auch hier m. E. auch nicht darum unter diesem Tagesordnungspunkt -- Zwischenrufe -- die Diskussionsleitung hat die Möglichkeit, auch zum Stand der Diskussion was zu sagen. Es geht nicht, man kann nicht hier sagen, man kann nicht aus dem Beschluß von gestern abend ableiten, das die Fritz Storim Gruppe also 25 Leute nur seien. Das habe ich klar gestellt und kann jetzt hier weitermachen. Diese unheilige Koalition heißt es mal ein bischen zu bremsen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang die Fritz Storim Gruppe keineswegs gleichsetzen mit der Anzahl von Unorganisierten, die über den Verlauf der letzten beiden Tage enttäuscht waren. M. E. hat Fritz, der sich hier anmaßt, im Namen der Unorganisierten gegen die K Gruppen

nicht die Berechtigung, im Namen der Unorganisierten zu sprechen. Fritz - Zwischenrufe - Fritz stellt sich hier hin wie der Biedermann und sagt hier wir sind zur Konferenz gekommen, um unseren Standpunkt darzulegen und wir wollen über unsere nächsten praktischen und politischen Aufgaben diskutieren. Fritz wirft dem KB Vor, er würde eine Diffamierung der autonomen Gruppen in HH vornehmen. Er bezieht sich dabei auf eine Resolution, die das konkrete Vorgehen um Fritz auf dieser Bundeskonferenz dargestellt hat, nämlich mit undemokratischen Methoden, der Vorfall mißt den roten Stimmkarten, jegliches Prinzip, jedes Grundprinzip, das Delegiertenprinzip in der Bundeskonferenz zu unterlaufen und damit den Kongreß in seinem Sinne zu chaotisieren. -- Beifall, Pfiffe -- Danke.

Disk-Leitung: Es ist unmöglich, hier die Redezeit einigermaßen zu kontrollieren, wenn die Redner ständig unterbrochen werden. Entweder ihr seid für eine Redezeitbeschränkung, dann ermöglicht das auch bitte, daß die durchgehalten wird, oder aber wir schaffen die Redezeitbeschränkung ab. Aber nicht so. So, und du komm dann zum Ende.

Wenn Fritz also aus der Verurteilung dieses Undemokratischen Manövers hier in Hannover Schlußfolgert und sagt, genau aus diesem Grunde haben wir uns in HH voneinander gespalten einen eigenen Verband zu gründen. Wenn wir die Spaltung an diesem Punkt provoziert haben, dann kann ich das nur begrüßen. Allerdings -- Pfiffe, Zwischenrufe -- allerdings entspricht das m. E. nicht dem Interesse der Unorganisierten, die nämlich ein Interesse an Einheit der Bewegung haben, die Fritz nicht repräsentiert. -- Beifall, Gelächter, Pfiffe --

Disk-Leitg.: Moment, hier oben war ein Geschäftsordnungsantrag. -- nicht zu verstehen -- bitte, ich auch. Die nächsten Redner werden gebeten, wirklich zu den Punkten, die wir beschlossen hatten einmal bundesweite Aktion, bzw. Demonstration, Öffentlichkeitsarbeit und demokratische Strukturen hier zu reden. So, der nächste Redner ist, bitte.

Ich spreche hier für die Fraueninitiative gegen Atomkraftwerke aus HH, außerdem werden meine Vorschläge unterstützt von den BIs aus Landshuth und aus Nürnberg. In der letzten Zeit haben sich verstärkt Frauen mit eigenen Initiativen an der AKW-Bewegung beteiligt. Besonders deutlich hat sich das gezeigt an den Demonstrationen in Brokdorf und Grohnde. Frauen aus Hannover und HH haben dort eigene Frauenblöcke organisiert. Ich meine auch, daß gerade diese Großaktionen für uns einen großen Aufschwung gebracht haben. Denn allein die Beteiligung - (auf Zwischenruf) dazu kann ich gleich noch was sagen - denn die organisierung des Frauenblocks auf der Demonstration in Brokdorf hat dazu geführt, daß sich mehr Frauen an der Demonstration beteiligt haben, als es sonst möglich gewesen wäre. Denn gerade das dort -- Zwischenrufe -- den gerade das dort -- Zwischenrufe -- könnt ihr mal ein bisschen leise sein?

Disk-Leitg.: Du hör mal, wenn du ein bisschen ruhiger sprechen könntest, dann können wir dich auch besser aussteuern.

Das meine ich zum Einen, das unsere Beteiligung an den Demonstrationen in Brokdorf und Grohnde dazu geführt haben, daß wir mehr Frauen an die AKW-Bewegung angezogen haben. Auf der anderen Seite meine ich, daß es eine wichtige Sache ist, daß sich gerade Frauen an solchen Großaktionen beteiligen denn bisher sieht es leider immer noch so aus, -- Zwischenruf: du sollst zu Großaktionen was sagen-- ich spreche doch gerade zu Großaktionen, du kannst ja ruhig mal zuhören, ich meine daß zur Zeit in der AKW Bewegung es leider noch so aussieht, daß wir nicht all die Frauen einbezogen haben, die bisher gegen AKWs sind. Und das wir in Zukunft verstärkt unser Augenmerk darauf lenken müssen. D. h. daß wir speziell zu dieser Frage arbeiten müssen. Deswegen haben wir ausgehend von der Initiative der Frauengruppe in HH, schlagen wir vor in Zusammenarbeit mit den Frauengruppen aus Hannover, Bremen, Landshuth, ein Frauentreffen zu machen und zwar Mitte Juni, um einen Erfahrungsaustausch zu organisieren, von allen Frauen, die bisher zu dieser Frage arbeiten. - BEIFALL

Ich will noch kurz was dazu sagen. Ich schreib jetzt gleich mal meine Adresse an, damit alle die Frauen, die ein Interesse daran haben, ein solches Treffen mit vorzubereiten und durchzuführen, sich bei uns melden können und wir dann in die konkrete Planung gehen können.

-- Beifall --

Der KB hat im Verlauf dieser Diskussion einen Antrag gestellt auf Verurteilung des Montagsplenums, deswegen muß man in zwei Sätzen auf diese Sache nochmal eingehen. Ich mach das kurz in 2 Sätzen. Ich bin der Auffassung, das das Haupthindernis dafür, daß diese Diskussion am ersten Tag tatsächlich zu den entscheidenden politischen Fragen durchgedrungen ist, nicht das Montagsplenum gewesen ist, sondern der KB-Nord auf der einen und der KBW auf der anderen Seite. -- Pfiffe, Buhh, Klatschen --

Es kommt tatsächlich darauf an, und das ist ja gerade das entscheidende, genau der entscheidende Vorteil und Fortschritt, den wir mit weiteren Konferenzen erreichen müssen, daß auf diesen Konferenzen die Auseinandersetzung über die Erfahrungen über den bisherigen Weg dieser Bewegung geführt werden muß und das auf diesen Konferenzen festgelegt werden muß, wo geht es weiter, was sind unsere nächsten Aufgaben und was sind unsere Ziele und das muß nach ausführlicher Auseinandersetzung und Beratung geschehen und nicht auf Grundlage von Beschlüssen, die ohne solche Beratungen stattgefunden haben. - Beifall - Moment noch eins. Zu dieser Frage noch eine Anmerkung

Disk-Leitg.: Werner, einen Moment bitte. Ich möchte euch bitten, die Zwischenrufe jetzt endlich mal einzustellen.

Zu dieser Frage noch eine Anmerkung. Es ist keine zufällige Angelegenheit, daß der KB in seiner Vorbesprechung, die er vorgestern hier durchgeführt hat, überlegt hat, ob er nicht dann, wenn er sich mit seiner Linie hier nicht durchsetzt, nicht ausziehen will. Und genau vom selben Geist ist seine Resolution gekennzeichnet, sie muß zurückgewiesen werden.

-- Beifall, Pfiffe --

Jetzt zu den nächsten entscheidenden Aufgaben die anstehen und über die wir hier sprechen müssen. Die entscheidendste Aufgabe, die sich für uns alle stellt, ist das wir es erreichen, eine möglichst breite und geschlossene Front gegen das gesamte Atomprogramm der Bundesregierung zu erreichen, zu errichten und zu erhalten. Das ist die entscheidende Aufgabe, die sich uns stellt. Und angesichts dieser Aufgabe müssen wir allerdings allen Versuchen entgegenzutreten, die auf Zersplitterung der Bewegung hinauslaufen und nicht die Frage aufwerfen, die aufgeworfen werden muß, wo sind die schwachen Kettenglieder, im Atomprogramm der Bundesregierung, wo sind die Konzentrationspunkte unserer Bewegung, worauf müssen wir unsere nächsten Schritte konzentrieren. Und da müssen wir allerdings im Unterschied zu dem was Fritz gesagt hat, auch die Frage weiterer zentraler Aktionen aufwerfen und es ist gar nicht ein abstrakter Widerspruch zwischen zentralen und dezentralen Aktionen die überall stattfinden müssen. Es gibt zwei Seiten, die diese, bzw. 3 Punkte, die wir anpacken müssen, um dieser Hauptaufgabe gerecht zu werden. Das eine ist die dezentrale Seite, nämlich die, der Umkreis jedes einzelnen Atomkraftwerkes in der BRD muß zum Feindesland für die Bundesregierung werden, muß zum Feindesland werden für die AKW-Befürworter. Es muß uns gelingen, die Werktätigen und die Bauernmassen aus der umliegenden Gegend der AKWs gewinnen und es muß uns gelingen in anderem Maß die Arbeiterklasse aktiv in diesen Kampf hineinzuziehen und an diesem Kampf zu beteiligen. Die zweite Seite ist aber die, daß wir Konzentrationspunkte setzen müssen -- Zwischenrufe -- daß wir uns Ziele stecken müssen, an denen sich die ganze Bewegung ausrichtet und auf die sie sich in ihrem nächsten Schritt konzentriert und wir sind der Meinung, daß die Kettenglieder des Atomprogramms die am schwächsten sind und die Konzentrationspunkte der Bewegung auf der einen Seite nach wie vor die Atomkraftwerke in Brokdorf, Wyl und in Grohnde sind und das ist die eine Sache. Die zweite Sache, auf die es ankommt, die Frage der Wiederaufbereitungsanlagen, die dritte Sache ist der schnelle Brüter in Kalkar und die 4. Frage, auf die es ankommt daß wir endlich den Kampf an, gegen Atomkraftwerke aufnehmen müssen, die bereits in Betrieb sind. Und das wir da ansetzen müssen, um die weitere Inbetriebnahme dieser AKWs zu verhindern, d. h. wir schlagen vor, -- Zwischenrufe -- Rdezeitbeschränkung -- Moment, ich sage noch zwei Sätze zu unserem konkreten Vorschlag den wir unterbreiten. Der besteht darin -- Zwischenrufe -- unser Vorschlag besteht 1. darin, Ende August, Anfang September eine weitere Bundeskonferenz abzuhalten auf dieser soll über die Durchführung einer zentralen Aktion Ende September, Anfang Oktober beraten werden. Und zwar unter den Gesichtspunkten, wie ich sie eben genannt habe. 2. Schlagen wir vor, ein Vorbereitungsgremium für diese

Konferenz zu bilden, das einen Informationsdienst herausgibt, und zwar einen internen und nicht eine Zeitung nach außen, einen internen Informationsdienst, der die Aufgabe hat, eine Verbindung zwischen den einzelnen BIs herzustellen, die Diskussion zu entfalten und bessere Vorbereitung zu gewährleisten, als es dieses Mal der Fall gewesen ist. Auch durch das Vor-gehen verschiedener, die in dieser Vorbereitungsgruppe gearbeitet haben. -- Klatschen --

Disk-Leitg. : Du, es ist keine Redezeit mehr.

Ich kann jetzt einige weitere Punkte -- Pfiffe, Geheul --

Zu einigen weiteren Punkten kann ich jetzt nichts mehr sagen aus Zeitgründen

Disk-Leitg. : Ergänzungsantrag zu den vorhergehenden Anträgen? Gut.

Ich spreche hier als Mitglied einer der Hamburger autonomen Gruppen und ich möchte trotz allem hier noch einmal darstellen, wie unsere Vorstellungen und wie unsere praktische Weiterarbeit aussehen soll, insbesondere zu dem Punkt bundesweite Demonstration. Ich möchte aber vorweg eines sagen, daß wir schon aus den Gründen, die Fritz genannt hat, uns an den Abstimmungen über diese Anträge nicht beteiligen wollen, und das wir zum Punkt demokratische Strukturen möchte ich noch sagen, daß wir unsere Vorstellungen dazu schon mehrfach hier eingebracht haben und das wir bereits begonnen haben, sie praktisch zu verwirklichen auf dem Treffen hier in der Kornstraße. Zur -- Zwischenrufe -- Zur Großkundgebung meinen wir auch, das es sehr wichtig ist, das Gebiet, wenn wir eine Großkundgebung machen, dort zum Feindesland zu machen und es gibt z. Zt. die Initiative, daß dort der Prozeß gegen das AKW Brokdorf vorbereitet wird. Das soll so geschehen, das dort mit den Klägern zusammengearbeitet wird, mit den Wissenschaftlern, das dort die Ergebnisse veröffentlicht werden, die wir haben und regelmäßig in den Zeitungen und das dort Veranstaltungen in der Gegeng gemacht werden und vor allen Dingen, daß in HH demnächst eine Schulung von dieser Gruppe organisiert wird, um den Bewußtseinsstand dieser Leute über die Gefahren und Probleme der Atomenergie auf politische Art zu erhöhen. Sowas ähnliches haben die Sanitäter vor, die versuchen langfristig die Aufgaben des medizinischen Schutzes noch besser zu organisieren, die in HH Erste-Hilfe-Kurse einrichten werden für Mitglieder der BIs um sich besser praktisch auf die Großkundgebungen vorzubereiten. Ich möchte jetzt noch was zu dem Punkt sagen, Feind in den eigenen Reihen. Wir haben, es ist uns ja gelungen, zu verhindern, daß am 1. Mai der Matthöfer seine Rede dort beenden konnte -- Beifall -- und das gegen den Widerstand des KB, der mit allen Tricks versucht hat -- Pfiffe -- der mit allen Tricks versucht hat, zu verhindern, daß wir das selbst organisieren und versucht hat, bevor der Matthöfer überhaupt redete, den Abzu von der Kundgebung zu organisieren. -- Zwischenrufe --

Disk-Leitg. : Also das ganze Chaos führt nur dazu, daß seine Redezeit sich verlängert. Ich bitte euch, das nochmal zu bedenken.

Ich möchte jetzt auch zu dem Antrag vorhin, der hier gestellt worden ist, diese Diffamierungen des Montagsplenums, beziehen, doch an diesem Punkt kann man deutlich erkennen, daß es hier nicht mehr um solidarische Auseinandersetzung geht, sondern das Menschen, die hier versucht haben zu demonstrieren, daß sie nicht zufrieden waren mit dem Ablauf auf eine schier menschenverachtende Weise hier runtergeputzt werden sollen, auch das zeigt, daß der KB offenbar nicht mehr solidarisch auf unserer Seite steht. Und deshalb auch halten wir es für notwendig, uns selbst zu organisieren und tun das deshalb in HH auf dem Plenum und wir würden das auch für andere Gruppen, die ähnliche Probleme haben, langfristig empfehlen. -- Pfiffe --

So, ich wollte mal kurz was zu 5 sagen, und zwar zum Stromrechnungsboykott.

Disk-Leitg. : Bevor du anfängst, um halb 7 ist die Pressekonferenz im Hörsaal 14, die Leute, die das betrifft, möchten dahingehen. Das ist natürlich eine öffentliche Pressekonferenz.

Peter: Die Pressekonferenz ist für die Presse entlang des Tagesordnungsablaufes, der eigentlich geplant war, für 18.30 Uhr angekündigt worden, wir meinen, das man die in jedem Fall durchführen sollte und zwar indem man die Anzahl der Teilnehmer, die verabschiedeten Resolutionen, den Demonstrationsleitungsbericht, ja das jemand der Presse das gibt und auf Fragen dazu antwortet. Dazu wäre zu sagen, das ist selbstverständlich öffentlich und wenn auch noch Teilnehmer der Konferenz, die nicht Delegierte sind, daran teilnehmen würden.

Disk-Leig.: Weiter ist hier ein Schlüssel gefunden worden, kuckt mal, ob ihr eure Schlüssel noch habt. Von - du wolltest eine Durchsage machen?

Also, die Unorganisierten treffen sich hier danach in der Kornstraße. -- Zwischenrufe --

Disk-Leitg.: Also, wir machen jetzt weiter in der Diskussion. Du hast das Wort - bitte Ruhe jetzt.

Ich bin Jens und komm von der BI Blankeneese Nienstedten in der BUU HH. Wir befassen und zur Zeit mit dem Stromrechnungsboykott. Ich will das mal kurz erläutern. Wir wollen 10 % unserer Stromrechnung einbehalten weil wir nicht bereit sind, mit unseren Stromrechnungen auch weiterhin Atomkraftwerke zu finanzieren. Wir sehen darin eine weitere Möglichkeit, gegen Atomanlagen vorzugehen und ein gewisse Konsequenz in unser Handeln zu legen. -- Zwischenrufe -- Einaml kurz zum Ablauf, wie es geplant ist. In HH sieht es so aus, wir sammeln mindestens 1.000 Bereiterklärungen von Leuten, die sich daran beteiligen wollen, und dann soll der Stromrechnungsboykott gestartet werden. Das sieht dann so aus, daß die Leute, die etwa 2 Monate die Pauschale bezahlen, davon 90 % nur bezahlen und 10 % auf ein Treuhandkonto überweisen. Das zum Inhalt. Wir planen, oder wir stellen hiermit den Antrag, daß die Initiativen diesen Stromrechnungsboykott zurücktragen in ihre einzelnen Gruppierungen und ihn dort diskutieren. Und wenn möglich, in ihren einzelnen Regionen auch zu einem Boykott zu kommen. Es sieht so aus, daß in jeder Region immer dort wo ein Elektrizitätsunternehmen ist, ein dezentraler Boykott aufgenommen werden muß. Das kann man nicht national machen, sondern muß regional geschehen. Die Ausführung des Boykotts sollte regional von den Gruppen entschieden werden. Das heißt nicht, das das bedeutet, das nicht alles so unheimlich einheitlich sein muß. Es wäre nur gut, wenn man sich an die 10 % halten würde, d. h. daß jeweils 10 % boykottiert wird. Als eine bundesweite Koordination würde ich vorschlagen, daß es erstmal die Hamburger Gruppe übernimmt weil sie bisher am weitesten in der Planung ist. Die Adresse könnt ihr erfahren, da unten am Stand, bzw. die steht auch auf den Flugblättern drauf, die ich vorhin verteilt habe. Wenn die Aktion dann weiter fortgeschritten ist, wird es direkte Treffen von diesen BIs geben, so stellen wir uns das vor, die dann auch die weitere Organisation auf nationaler Ebene dann planen und koordinieren. Das waren einige kurze Anmerkungen zum Stromrechnungsboykott, ich wollte dann noch was sagen zum Punkt 1, bundesweite Aktion. Da stelle ich mir vor, daß es zu diesem Zeitpunkt falsch wäre, einen festen Ort und einen festen Termin vorzuschlagen oder überhaupt abzustimmen, weil das ist abhängig von der jeweiligen Situation, an welchen Orten zu dem Zeitpunkt es wichtig ist zu demonstrieren und das kann auch an mehreren Orten zugleich sein. Je nachdem ob dort ein Baustopp aufgehoben wird oder ob mit dem Bau begonnen wird usw. Von daher finde ich es falsch, jetzt in dieser Situation darüber abzustimmen. Das wärs.

Ich glaube, daß dieser Kongreß u. a. gezeigt hat die Wichtigkeit der Vorschläge von Wedel und Hoheluft, im September, Mitte September eine Aktionswoche gegen AKWs zu veranstalten. Ich meine das deswegen, und nach Hälfte dieser Woche, also nach einer Woche, einen Bundeskongreß durchzuführen, der dann beschließen müßte, welche Großaktion sinnvoll und von der Bewegung tragbar ist. Ich halte dieses Vorgehen, ich meine, daß der Kongreß dieses Vorgehen als richtig bewiesen hat, aus folgendem Grund: Wenn wir so vorgehen, werden im September nach einer Woche der Aktionswochen sichtbar sein, wer tatsächlich noch mobilisiert, und wer tatsächlich noch bereit ist, für eine zentrale ggf. militante Aktion einzutreten. Was wir hier erlebt haben, an chaotisierung des Kongresses ist nämlich, das muß man in aller Klarheit sehen, und insbesondere auch das furchtbar wilde Gemache gegen den KB ist im Grunde nur bei einigen nichts anderes als pure Schminke, um zu übertünchen, daß Zentralaktionen gestrichen werden sollen um zu übertünchen, daß Unvereinbarkeitsbeschlüsse gefaßt werden sollen und um zu

übertünchen, daß einige mit Lars Hennings und Wüstenhagen ins Geschäft kommen wollen.

-- Beifall -- Pfeife -- rhythmisches klatschen --

Diese Geister werden besser zu erkennen sein, wenn wir uns darauf einigen, nach einer Aktionswoche festzustellen, wer tatsächlich bereit ist, an einer zentralen und nationalen Aktion gegen, eh an einer entsprechenden Stelle aufzutreten. Ich würde deswegen bitten, daß diese Frage auch, wenn hier abgestimmt werden sollte, auch vorrangig behandelt wird.

-- Beifall --

Ich wollt auch noch was von den Großaktionen sagen. Ich bin der Meinung, daß die .. ich meine, daß wir uns nochmal überlegen sollten, wie es mit den Vorbedingungen für eine Großaktion überhaupt aussieht. Ich wundere mich, daß vorhin zwar vielfach davon gesprochen wurde, z. B. dem KB vorgeworfen wurde, er würde keine Vorbedingungen schaffen wollen für Großaktionen in Wirklichkeit aber z. B. in dem Redebeitrag von Chris in dieser Hinsicht nichts gesagt worden ist. Gerade die demokratischen Strukturen, die im Grunde die Erfolge der letzten Aktionen gewährleistet haben, denen wir es zu verdanken haben, sprechen m. E. hier Bände. Zweitens bin ich der Meinung, daß ein Alternativplenum, wie es in HH passiert, oder eine Alternativorganisierung wie sie hier angekündigt worden ist, von Leuten, die in keiner politischen Organisation organisiert sind, bzw. ein Teil dieser Menschen, die nicht organisiert sind, die sich jetzt aber selbst organisieren wollen, daß hier m. E. ein Schritt getan wird in eine Richtung, die ähnlich aussieht wie die des Wüstenhagenverbandes. Denn die Ähnlichkeit macht sich daran fest, daß beide Projekte sich ganz bewußt der öffentlichen Kontrolle entziehen. Die planen ihre Aktion neben dem Bundeskongreß, neben der öffentlichen Kontrolle und das müssen wir m. E. scharf verurteilen -- Beifall -- -- Zwischenrufe -- für die Vorbereitung der weiteren Großaktionen meine ich, daß wir ganz klar daran festhalten sollen, die politische Auseinandersetzung mit der Öffentlichkeit zu suchen denn nur mit dieser politischen Auseinandersetzung, die sehr oft auf dieser Konferenz diffamiert worden ist als Parteienhikhack, nur mit dieser Auseinandersetzung können überhaupt wirksame Aktionen, militante Aktionen an Bauplätzen durchgeführt werden, Ich unterstütze daß, was in einigen Zusammenhängen vorhin gesagt worden ist, in der Richtung auf Feindesland, ich unterstütze durchaus die Förderung, durch 2 3 viele Brokdorf, 2, 3, viele Feindesländer Aktionen in der BRD zu planen, meine aber, daß wir an den Voraussetzungen, wie sie vorhin genannt worden sind, festhalten sollten, d. h. durch ein ganz klare Öffentlichkeitsarbeit n und Propaganda in dieser Zeit jetzt im Sommer 1. . 2. in dem Zusammenhang was von seiten des Atomprogramms auf uns zu kommt und 3. mit den Aktionswochen im September hier eine Entscheidung zu treffen. (Beifall)

Disk-Leitung: Da sind jetzt zwei Geschäftsordnungsanträge.

Ich stelle den Antrag an diesem Punkt abgebrochen wird, (Zwischenrufe) um zumindestens von der Bundeskonferenz noch zu verschiedenen Fragen Empfehlungen aussprechen zu können.

Mein Antrag lautete (Zwischenrufe): Jetztgabbruch der Diskussion. Anschließend Abstimmung über eine Empfehlung der Bundeskonferenz über den Punkt der hier eben vorgeschlagen worden ist in Form von zwei Aktionswochen oder der Alternativvorschlag der hier vorgelegen hat, daß es aber jetzt hier zu einer Empfehlung über diesen für alle Initiativen wichtigen Punkt per Abstimmung kommt.

Disk-Leitung: Ich bin der Meinung, daß wir vorher festgelegt haben, bis 7.00 Uhr die Diskussion hier weiterzuführen. Ich verstehe überhaupt nicht warum hier eine bestimmte Gruppierung jetzt nach dem ein paar Redner darüber gesprochen haben, unbedingt diesen Antrag stellen. (Zwischenrufe)

Ich habe eine Gegenrede

Disk.leit. : Hier kommt eine Gegenrede. Bitte.

- Da kann ich doch nichts für. Ich habe mich hier für eine Gegenrede gemeldet und möchte die auch gerne halten. Ich bin gegen diesen Antrag und bin der Meinung, daß die Rednerliste weitergeführt werden sollte und zwar aus folgendem Grund: Wenn nicht heute ein Beschluß über eine nächste Bundeskonferenz Ende August, die sich mit dem Thema Großkundgebung befaßt gefällt wird und wenn nicht heute klare Empfehlungen an die Bürgerinitiativen und klare Alternativen für eine neue Großkundgebung gegeben werden, dann wird es in diesem Jahr eine solche Groß-

Kundgebung nicht geben

und dann haben wir die Denkpause von der Schmidt seit einem halben Jahr redet und ich glaube, daß das auch das Ziel dieses Antrages ist, daß ihr diese Großkundgebung gar nicht wollt. Die Diskussion muß weitergeführt werden. (Beifall, Zwischenrufe)

Disk.-Leitung: Moment, da kommt noch ein weitergehender Antrag, angeblich.
(Zwischenrufe)

Aus dem Plenum (teilweise unverständlich): Ich beantrage, daß abgestimmt wird.

Disk.-Leitung: Gut, dann stimmen wir erst über diesen Antrag ab. Wer ist dafür, an dieser Stelle die Rednerliste abzuschließen, d. h. nicht die Rednerliste abzuschließen, sondern die Debatte? Wer ist dagegen? (Zwischenrufe) Gut, damit ist der Antrag angenommen. Ja, hier ein weiterer Antrag.

Aus dem Plenum (teilweise unverständlich): Ich stelle den Antrag, daß diese Konferenz hier beendet wird ... (nicht zu verstehen, Zwischenrufe), weil die inhaltlichen Sachen hier nicht diskutiert worden sind und ich bin nicht der Meinung, daß diese Konferenz zu einer Abstimmungsmaschinerie des KB-Nord wird. Die meisten Delegierten sind hier ausgezogen (Pfiffe, Zwischenrufe). Die inhaltliche Debatte ist hier unterdrückt worden, es wird sich hier auf dieser Konferenz nichts mehr klären. Ich meine, daß man die Konferenz hier abbrechen muß und die inhaltliche Debatte in den Initiativen weiterführen muß. (Zwischenrufe)

Dazwischen: Es ist Gegenrede angemeldet.

Wieder der obige (KBW): Ja, ich bin noch nicht fertig, laß mich. Wenn die Konferenz dagegen ist und meint, hier wäre alles geklärt und man könne jetzt über diese Sachen abstimmen, dann kann ich nur sagen, daß nichts geklärt ist und diese Beschlüsse auch keinen Boden haben, wenn sie nicht beraten werden. Also es muß eine Diskussion stattfinden. (Zwischenrufe: Jetzt ist aus... Schluß.)

Diskussionsleitung: Formuliere deinen Antrag, fertig.

Weiter KBW: Ich bin dafür, daß die Konferenz abgebrochen wird und daß die Anträge verwiesen werden in die Bürgerinitiativen. Die Konferenz repräsentiert nicht mehr (Zwischenrufe ... Gegenrede)...

Gegenrede: Ich stelle zu beiden Anträgen, die formuliert worden sind Gegenantrag. Es geht meiner Ansicht nach, nicht an, daß erstens der KB nachdem mehrere von ihm gesprochen haben einen Antrag nach Ende der Debatte stellt und nicht mehr die Möglichkeit läßt, daß eine Reihe von Anträgen, die am Anfang hier verlesen worden sind, jetzt auch begründet werden. Man kann keine Abstimmung machen, ohne daß die Anträge, die hier vorgelegt werden auch begründet werden können (Zwischenrufe)

Disk.-Leitung: Das ist eine Gegenrede. Jetzt halt mal die Klappe. Die Gegenrede wird jetzt hier ausformuliert. Das ist eine Gegenrede zum Antrag vom KBW.

Weiterführung der Gegenrede: D. h. der erste Antrag besteht darin, daß die hier vorgelegten Anträge begründet werden können. Zweitens muß in der Tat hier noch über einige Fragen gesprochen und abgestimmt werden. Und jetzt der Versuch des KBW, sein eigenes Urteil zum Urteil der gesamten Konferenz zu machen ist einfach lächerlich. (Zwischenrufe von KBW, Beifall)

- Versuche von KBW, sich über Mikro Gehör zu verschaffen...

Disk.-Leit.: Du bist jetzt nicht dran, Ton ab. (Beifall)

Ruhe jetzt. Wir kommen jetzt zur Abstimmung -

Auszug des KBW

Disk.-Leit.: Wenn der KBW weg ist brauchen wir über seinen Punkt nicht mehr abzustimmen. Alles klar. (Beifall, Zwischenrufe von KBW) Wir brauchen über diesen Antrag vom KBW nicht mehr abzustimmen, wenn der KBW geht.

Zwischenrufe: Kein KBW in Brokdorf und auch nicht anderswo. Wehrt euch leistet Widerstand. Klatschen, Rufe ...

Disk.-Leit.: Lassen wir den KBW ersteinmal ausziehen.

Disk.-Leit.: Da der Antrag von anderen Leuten aufrecht erhalten wird, müssen wir über diesen Antrag abstimmen, ob wir die Anträge, die hier der Bundeskonferenz vorliegen, ob wir darüber

jetzt noch abstimmen auf Grundlage der Diskussion, die bereits in den Bürgerinitiativen stattgefunden haben und auf Grundlage der Tatsache, daß wir hier nicht ohne Meinungsbild, ohne Ergebnisse auseinandergehen können oder ob wir dem KBW hier folgen und aufhören sollen. Wer ist für den Antrag des KBW? - Niemand.

Wer ist dagegen? (Zwischenrufe) - Entschuldigung, nicht niemand, sondern ein paar Leute. Dagegen ist auf jeden Fall die Mehrheit. Damit ist klar, daß wir über die Anträge noch abstimmen. Weiter ist der Antrag gestellt worden, daß noch Begründungen zu den Anträgen zugelassen werden. (Zwischenruf: Auszählen)

Disk.-Leit.: Das brauchte man nicht auszuzählen, weil das war die Mehrheit (Beifall). (Mehrere Zwischenrufe - es wird verlangt festzustellen, wieviele BIs noch anwesend sind)

Disk.-Leit.: Das sehen wir doch dann bei der Abstimmung. Jetzt stand der Antrag, daß Begründungen zu den Anträgen noch zugelassen werden. (Zwischenrufe, unverständlich - Beifall)

Disk.-Leit.: Ja Moment, wir haben jetzt verschiedene Anträge. Erst einmal diesen Antrag, daß Begründungen zu den Anträgen noch zu gelassen werden. Zweitens ist der Antrag hier eingegangen, daß mindestens hier ein Beschluß gefaßt wird über die Einberufung einer nächsten Bundeskonferenz und daß, wenn möglich, der Antrag gegen den Wüstenhagen-Verband hier abgestimmt wird, weil das eine politische Waffe ist, die wir unbedingt handhaben müssen. (Zwischenrufe)

Disk.-Leit.: Weiter ist dann hier der Antrag die Beschlußfähigkeit festzustellen. Da über die Beschlußfähigkeit überhaupt keinerlei Aussagen getroffen worden sind, da wir über kein Statut verfügen ist dieser Antrag hinfällig. (Zischenrufe, Pfliffe. Zwischenruf: Das ist doch unmöglich)

Disk.-Leit.: Wir werden die Stimmen abzählen lassen bei den entsprechenden Anträgen, bei den inhaltlichen Anträgen. (Zwischenrufe: Da sind doch keine Leute mehr) Wir werden die Stimmen abzählen bei den inhaltlichen Anträgen und nicht vorher. So, wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag, daß erstens, die Anträge, die wir noch behandeln noch begründet werden können und zweitens zu dem Antrag, daß mindestens die Sachen - nächste Bundeskonferenz und Wüstenhagenverband - hier abgestimmt werden. Ich bitte um die Ja - Stimmen für diese beiden Anträge. Also, entschuldigung, erst um die Ja-Stimmen dafür, daß die Anträge, die jetzt noch zur Diskussion stehen noch begründet werden können von den Antragstellern.

Ja-Stimmen.

Die Nein-Stimmen bitte. - Das ist die Mehrheit.

Dann kommen wir also zu dem Antrag - ich mach es jetzt der Reihe nach die Anträge. - Termin festzulegen für die nächste Bundeskonferenz.

Wer ist dafür? daß wir diesen Antrag jetzt noch behandeln, den bitte ich um das Handzeichen.

Die Gegenstimmen. Es geht um die Festlegung eines Termins für die nächste Bundeskonferenz.

Wer ist dagegen? Gut ich wiederhole. Wer ist dafür, daß wir jetzt hier noch den Termin für die nächste Bundeskonferenz festlegen? Ich bitte um das Handzeichen. (Zwischenrufe) Ja, gut, dann wird eben ausgezählt.

107 Ja-Stimmen. Ich bitte um die Gegenprobe. Keine? Versteh ich nicht, gerade waren doch noch welche. Es sind über 120 Stimmen dafür gezählt worden. Es ist eines klar, wir haben über 100 Stimmen und da wir überhaupt nicht festgelegt haben, ab wann wir beschlußfähig sind spielt diese Frage hier keine Rolle. Wir können auf jeden Fall und das ist völlig richtig hier bestimmen, wann wir zu der nächsten Bundeskonferenz aufrufen. (Zwischenrufe, Beifall) Alles andere würde bedeuten, daß der Aufruf zur nächsten Bundeskonferenz wieder nur von einigen wenigen Initiativen gemacht wird und dann ist das doch hier eine bessere Grundlage. (stärkerer Beifall) Im übrigen sind dies höchstwahrscheinlich über 50% der Bürgerinitiativen, die gestern bereits als stimmberechtigt hier waren. Nicht alle, die draußen stehen hatten Stimmrecht bzw. Delegierte mit Stimmrecht geschickt. So, jetzt ist hier ein Antrag genau zu dieser Frage, zur nächsten Bundeskonferenz. Bitte.

Ich schlage vor, daß mit der Vorbereitung dieser Bundeskonferenz, um sicher zu stellen, daß diese nächste Bundeskonferenz gründlicher und besser vorbereitet werden kann in den einzelnen Initiativen, daß zur Vorbereitung dieser Bundeskonferenz die Landeskonferenz der Bürgerinitiativen in Nordrhein-Westfalen damit beauftragt wird. (Zwischenrufe) Ich meine, daß das deswegen auch sinnvoll ist, weil hier sehr stark in die Diskussion gekommen ist, ob eine nächste Großkundgebung

nicht in diesem Jahr am Schnellen Brüter in Kalkar stattfinden sollte. Das zur Begründung deswegen, daß NRW die Vorbereitung der Bundeskonferenz durchführen sollte. Ich lege aber äußersten Wert darauf, daß hier bestimmt wird, daß eine solche Vorbereitung stattfindet und daß auch bestimmt wird, wer das tut, damit die nächste Bundeskonferenz tatsächlich besser durchgeführt werden kann als diese Konferenz. (Beifall)

Ja, ich meine, wir haben vorhin den Vorschlag gehabt, daß wir gesagt haben, der Termin für die nächste Bundeskonferenz als Vorschlag verbunden wird mit den Aktionswochen und in der Mitte der Aktionswochen zusammenkommt. Das ist das eine. Dann zu der Frage, wie dieser Bundeskongreß zusammenkommt. Bedauerlicherweise ist es hier so, daß viele Initiativen gegangen sind (Zwischenrufe) und man muß ganz klar feststellen, daß wir hier durchaus nicht repräsentativ sind, sondern, daß wir nur Empfehlungen aussprechen können, mehr nicht (Zwischenrufe) Es... Ihr habt genug dazu beigetragen, daß dieser Zustand jetzt so aussieht. Das tut mir wirklich leid (Zwischenrufe, Beifall). Deswegen meine ich, daß wir als Empfehlung folgendes aussprechen: Daß in den einzelnen Regionen bestimmt wird, Menschen bestimmt werden, auf Regionalkonferenzen oder Plena usw. (Zwischenrufe) zur Vorbereitung der Bundeskonferenz, nachdem darüber debattiert worden ist (Zwischenrufe), daß wir uns dieses hier nicht anmaßen und daß auch von dort her Vorschläge über Zeit, Ort usw. gemacht werden. (Beifall)

Disk.-Leit.: Gut, das ist jetzt erstmal die Frage, wer mit der Vorbereitung der Bundeskonferenz beauftragt wird. - Direkt dazu? - Gut.

Ich meine, daß es falsch ist, NRW damit zu beauftragen, weil es bisher noch keine Landeskonferenz gibt und am 22. 5. die erstmals zusammentreten (Zwischenruf) und da es unsinnig ist (Zwischenruf) - ich komme aus Bielefeld, und kann es wirklich beurteilen - und es unsinnig ist in einer Region, die im Aufbau (Zwischenruf), wo die Strukturen im Aufbau begriffen sind, daranzugehen, die mit der Vorbereitung der Bundeskonferenz zu beauftragen. (Beifall, Zwischenrufe)

Disk.-Leitung: Man kann auch mit den Aufgaben wachsen.

Du solltest nicht kommentieren, du bist hier Diskussionsleiter.

Disk.-Leit.: Richtig, korrekt. Deswegen stehen jetzt die beiden Anträge alternativ. Entweder die Vorbereitung der Bundeskonferenz dem Landesverband NRW, der in der nächsten Woche gegründet wird, zu übertragen oder aber das zu delegieren an die einzelnen Regionen, was bedeuten würde, daß die einzelnen Regionen untereinander irgendwie zusammenkommen müssen, wer das dann in der Hand haben soll ist völlig unklar jetzt. (Zwischenrufe) Gut, diese beiden Anträge stehen zur Diskussion. Wer ist dafür, daß die Bundeskonferenz, daß die Vorbereitung der Bundeskonferenz an NRW delegiert wird, den bitte ich um das Handzeichen. (Zwischenrufe) Moment.

Entschuldige mal, du kannst doch nicht, wenn NRW zunächst als einziger Vorschlag da ist, dann sagen, dazu gibt es keine Alternative.

Disk.-Leit.: Doch, ich hab doch gesagt, daß es eine Alternative gibt. Er hat die doch formuliert, das ist doch keine Alternative, daß hast du doch selbst kommentierend dargestellt.

Disk.-Leit.: Er hat doch eine Alternative formuliert. Er hat gesagt, daß die einzelnen BIs und die Regionen darüber das machen sollen.

Nein, ich bin der Meinung, also dann stelle ich auch einen Antrag dazu. Ich bin der Meinung, daß der selbe Kreis, der diese Konferenz vorbereitet hat, daß also das Scheitern dieser Konferenz, der Ablauf hier, nicht an dem Vorbereitungsausschuß liegt. Von daher bin ich der Meinung, daß der selbe Kreis auch die kommende Bundeskonferenz vorbereiten soll. (Zwischenruf: Nein. Weitere Zwischenrufe, Pfiffe)

Disk.-Leit.: Moment. Also es gibt jetzt eine Gegenrede gegen diesen neuen Vorschlag.

Eine Möglichkeit wäre doch, weil es doch tatsächlich sinnvoll ist, daß mit dem Schnellen Brüter in Kalkar zu verbinden, daß wenn der Landesverband NRW bisher noch nicht besteht, daß man hier frag BI Dortmund war da, Bochum war da, Essen war da, daß man die fragt, ob sie es übernehmen können, daß zu organisieren. Weil ich in der Tat der Meinung bin, daß man nicht ohne weiteres sagen kann, daß der Auftrag an die selben BIs, die das bisher vorbereitet haben so ohne weiteres

über die Bühne geht. Sie werden das z. T. ablehnen, nehme ich an, daß noch einmal zu machen. (Zwischenrufe) Deshalb der Antrag, daß man die fragt, wie Dortmund, Bochum, Essen, die sind hier und die haben auch berichtet von den Vorbereitungen für die Demonstration und daß man dann klärt, ob die das machen können. (Zwischenrufe)

Disk.-Leit.: Moment, keine Geschäftsordnungsanträge mehr, sondern nur noch wo oder wer bereitet die nächste Bundeskonferenz vor. Willst du dazu nicht Stellung nehmen?

Natürlich (Zwischenruf). Natürlich werde ich dazu auch Stellung nehmen. (Zwischenruf)

Disk.-Leit.: Ja, aber bitte nur dazu, damit wir diesen Punkt abschließen können. Andernfalls geht der Saft weg. Wir müssen uns daran mal ein bißchen halten.

Ich hoffe, daß das nicht noch so laufen muß, daß wir die Neutralität der Diskussionsleitung festgestellt wird. (Zwischenrufe: Hör auf...) Deswegen rate ich dir, dich zurückzuhalten (Zwischenrufe, ein Klatscher). Der Kern von dem Gedanken von meinem Antrag, der meines erachtens, ziemlich weitgehend unterstützt wurde, ist der und deswegen muß das zuerst abgestimmt werden, weil die Frage wer einlädt in diesem Kontext zweitrangig ist. Der Kern des Gedankens ist gewesen, eine Bundeskonferenz zu veranstalten, die eingebettet ist in zwei Aktionswochen und die in der Mitte von zwei Aktionswochen gegen KKW's liegt, und um in diesem Kontext, in dem man feststellen kann, wer mobilisiert mit welcher Kraft, wer hat sich inzwischen mit wem verbündet usw. usw., das Projekt einer zentralen Großkundgebung einer zentralen Großkundgebung besprechen zu können. Deswegen muß der Antrag so abgestimmt werden und so befaßt werden, daß zunächst gefragt wird, wer tritt für diesen Plan ein, die Bundeskonferenz in die Mitte von zwei Aktionswochen zu legen und auf dieser Grundlage und wenn dieser Vorschlag eine Mehrheit finden sollte, kann dann besprochen werden, wer in diesem Rahmen einlädt, weil dann die Aufgabenstellung der einladenden BIs oder Landesverbände wesentlich klarer wird. So muß verfahren werden. (Zwischenrufe, Beifall)

Disk.-Leit.: Gibt es weitere Wortmeldungen zu dieser Frage?

Ja, ich bin hier von der Fachschaft Mathe/Physik, eine der Gruppen des hannoverschen Plenums und ich gehöre zu den Gruppen, die vorher diskutiert haben, was wir eigentlich erwarten von dieser Konferenz und ich möchte einiges als Indiz sagen, weswegen das mit Sicherheit hier nicht mehr machen würden. Wir haben nämlich erwartet, daß wir objektbezogen bestimmte konkrete Sachen hier diskutieren würden. Und wenn das nicht möglich ist, beispielsweise, daß es möglich ist in Grobnde eine Großaktion zu machen (Zwischenrufe), unter solch einer Voraussetzung (Zwischenruf), unter solch einer Voraussetzung, würden wir es unter Umständen wieder neu diskutieren müssen. Aber, ich muß jetzt feststellen, ich habe vorher die Zwischenfrage gestellt, wer hier im Raum ist, es war keine Aktion, die abgesprochen war, daß die Hannoveraner alle den Saal verlassen haben. Und ich muß feststellen, alle unsere Leute, die das vorher diskutiert haben, diejenigen sein mußten, die diesen Kongreß auch irgendwo politisch vorbereiteten, sind weg. Und wenn wir heute hier diskutieren wo das stattfindet, dann kann ich aus der Erfahrung, die ich ja hier schließlich machen muß nur feststellen, wenn das nicht objektbezogen ist, d.h. was wir konkret machen wollen und da erschien mit ein guter Vorschlag zu sein, die Diskussion um die Aktion des Schnellen Bräters in Mittelpunkt zu stellen, dann keinen Bundeskongreß hier festzulegen, da es ein erneutes Torso werden muß wie es hier geworden ist. Ich meine, das ganz konstruktiv, wir haben bisher in Hannover mit dem KB zusammenarbeiten können und ich sehe schwarz für weitere Zusammenarbeit, ich sehe ganz schwarz. (Beifall) Ehrlich, das ist meine ernsthafte Meinung, ich hatte keine Ahnung davon, was in Hamburg alles vorgefallen ist vorher. (Beifall) Aber ich sehe ganz schwarz, ob wir diese Zusammenarbeit, wie sie bisher zwar kritisch aber durchaus gut gelaufen ist (Zwischenrufe) und ich glaube der KB, der sich darüber informiert hat, die durchaus kritisch gelaufen ist, aber gut gelaufen ist (Zwischenrufe), wird Schwierigkeiten haben und wenn wir das nicht schaffen, den nächsten Veranstaltungsort in Zusammenhang mit einem konkreten Ziel was wir diskutieren wollen, eine Großveranstaltung oder so etwas festzulegen, dann wird das in Bach gehen. Und ich möchte deshalb den Antrag stellen, daß nur solche Veranstaltungsorte benannt werden, zu denen auch klar ist zu welcher

konkreten, zu welcher konkreten Handlung dort diskutiert werden soll und alle anderen Orte abzulehnen, dabei vorher zu klären, welche Gruppen dann eine solche Vorbereitung tragen. Wenn das nicht zu klären ist, dann muß das zu einem Chaos führen. D.h. der Antrag, um ihn noch einmal zu wiederholen, auch für die Tagesleitung, nur zu einer konkreten Aktion und nur nachdem man vorher festgestellt hat, welche Gruppen, denn diesen Kongreß tragen können. Das ist mein Ausdruck zu den Erfahrungen, die wir hier auf diesem Kongreß haben sammeln können. (einzelnes Klatschen)

(Zwischenruf)

Disk.-Leit.: Ja, ist klar. Jetzt müssen wir ersteinmal die Anträge sammeln. Es gibt mehrere, bzw. verschiedene. Zum einen den Antrag Landeskonferenz NRW, zum zweiten gibt es den Antrag, daß die Organisatoren des heutigen Kongresses den nächsten Bundeskongreß ebenfalls vorbereiten und es gibt zu Dritten einen Antrag, der jetzt nicht die Vorbereitung direkt benennt, sondern den Bundeskongreß verknüpft mit Aktionstagen(wochen). Diese beiden Anträge haben zunächst nichts miteinander zu tun, deswegen klären wir erst die Frage, von wem die nächste Bundeskonferenz vorbereitet wird. (Zwischenrufe: Nein) Bitte? Die Bindung des Bundeskongresses an Aktionswochen oder an sonst was ist doch eine zweite Sache. Zunächst mal muß man sich klar darüber werden, daß ein Bundeskongreß stattfindet und von wem er vorbereitet wird. Das ist erstmal das Minimum. (Zwischenrufe: Nein. Du kannst doch nicht einfach einen Antrag uminterpretieren) Ich habe keinen Antrag uminterpretiert. (Zwischenrufe) Ja eben, darüber werde ich auch abstimmen, aber erst kann ich über die Frage abstimmen, von wem dieser Bundeskongreß vorbereitet werden soll, weil das mit dem zweiten überhaupt nichts zu tun hat. (Zwischenrufe) So, wir stimmen jetzt darüber ab, von wem diese Bundeskonferenz vorbereitet wird. Es stehen bislang zur Debatte: der Landesverband NRW (Zwischenrufe: Nein. Esst muß geklärt werden, in welchem Rahmen er stattfindet und dann wer es macht) Zwischenruf: wenn man nicht weiß wer es machen soll, - kann man nicht über den Rahmen abstimmen) Wir sind im Moment in der Abstimmung darüber, wer den nächsten Bundeskongreß vorbereitet. (Zwischenrufe, Pfiffe, "völliger Blödsinn") Natürlich, wir können doch nicht...

Das kannst du doch nicht so machen, ich melde mich hier, ich will dir das noch einmal erläutern, (Zwischenrufe) wenn du das nicht verstanden hast. (Zwischenrufe) Kann ich jetzt reden dazu?

Du mußt Anträge abstimmen lassen, die hier gestellt werden.

Disk.-Leit.: Tu ich auch. Die Anträge sind gestellt, natürlich muß die Diskussionsleitung sich darüber im klaren werden, in welcher Reihenfolge sie vorgeht.

Du kann ich dazu mal Stellung nehmen, ich melde mich auch entsprechend?

Disk.-Leit.: Sag aber bitte was der Fall ist, von euch aus gesehen, wenn hier nicht der Beschluß durchkommt, daß die Bundeskonferenz an Aktionswochen gekoppelt ist. Mach das bitte vollständig klar hier.

Paß mal auf, das geht einfach nicht an, daß du als Diskussionsleiter ständig versuchst, deine politische Positionen dahineinzutragen (Beifall Zwischenrufe) und damit versuchst noch eine Abstimmung über hier vorgetragene Positionen zu verhindern und zu sabotieren. Du kannst allenfalls, wenn du meinst, daß du Unklarheiten hast, dann kannst du noch einmal zur Abstimmung stellen, das Abstimmungsverfahren selbst. Verstehst du, du kannst aber nicht diesen Versuch von Manipulation machen und zwar ist hier...

Disk.-Lei.: Das hat nichts mit Manipulation zu tun, das sind zwei getrennte Fragen. Stell mal deinen Antrag.

Und zwar ist hier beantragt worden, daß hier zunächstmal die Frage der Bundeskonferenz verbunden wird dem Vorschlag von zwei Aktionswochen und das ist

was in erster Linie abgestimmt werden muß, wenn man dieser Idee folgt und erst dann kann man darüber beraten, wie und von wem diese Bundeskonferenz organisiert wird. Und wenn du darüber keine Klarheit hast, dann kannst du zur Debatte stellen, ob wir so abstimmen oder deinem Vorschlag gemäß. Dann kannst du uns auch das abstimmen lassen, aber nichts anderes.

Disk.-Leit.: Kannst du bitte dazu Stellung nehmen, was sein soll; wenn hier der Antrag auf Verbindung von Aktionswochen und Bundeskonferenz nicht durchkommt (Zwischentufe).

Warum weigerst du dich denn, darüber abzustimmen.

Disk.-Leit.: Ich bin deshalb der Meinung, daß das klar sein muß, weil dies beiden Sachen sonst nicht in dieser Reihenfolge abgestimmt werden können. Weil wir vorher darüber befunden haben, daß wir festlegen, wer die nächste Bundeskonferenz vorbereiten soll. Das ist vorher hier mit Mehrheit beschlossen worden und deshalb muß man doch dazu was sagen.

Dann interpretiere nicht allein, sondern laß über das Verfahren abstimmen.

Disk.-Leit.: Gut, stimmen wir darüber ab, welche Frage wir zuerst abstimmen. Wer ist dafür, daß wir zuerst die Frage klären, von welchem Verband bzw. von welcher Institution der nächste Bundeskongreß vorbereitet wird. Ich bitte um das Handzeichen. Wer ist dagegen? Das ist die Mehrheit. (Beifall)
Gut, dann kommen wir zuerst zur Abstimmung darüber, ob der Bundeskongreß im Zusammenhang mit Aktionswochen - ist das der Antrag? - durchgeführt wird? Wer ist für diesen Antrag? Das ist die Mehrheit. Wer ist dagegen? Gut. Da ist der Antrag auf Auszählung gestellt. Ich bitte noch einmal die Ja-Stimmen. - Es sind ungefähr 100 - Die Nein-Stimmen? 18. Die Enthaltungen? 12. Gut. Damit haben wir noch nicht geklärt, wann und von wem der Kongreß, bzw. die Aktionswochen vorbereitet werden. Ich bitte um Wortmeldungen dazu. (Zwischenruf - Nachfrage nach Stimmenverhältnis)

Mein Vorschlag wäre folgender. Da wir diese Vorgehensweise, unsere eben gefasste Empfehlung als Vorschlag an die Anti-AKW-Bewegung begreifen, schlagen wir auch gleichzeitig vor, daß dieser Vorschlag....

Bandende ca 19.15 Uhr

... Ablehnung entsteht.

Redner: Deshalb schlagen wir vor...

Diskussionsleiter(DL): Kannst Du mal sagen, für wen Du sprichst ?

Redner: ... deswegen schlagen wir vor, das Vorbereitungsgremium in den Landesverbänden bestimmen zu lassen.

Zusatzfrage: Für wen hast Du denn gesprochen?

DL: Kannst Du die Frage beantworten noch ?

Zwischenrufe

DL: So, was hast Du? Geschäftsordnungsantrag ? .. Ja gut, sprich.

Rednerin: Also .. also einmal zu dem Antrag, der vorhin gestellt wurde; und zwar es jetzt zu verschieben und in die einzelnen Regionen zu verlegen und jetzt zu beschließen, wer das vorbereitet, das finde ich schlecht. Und zwar deshalb: also wir haben bei der Bundeskonferenz gesehen, daß die auch nicht ausreichend vorbereitet wurde und ich bin der Meinung, wenn wir jetzt einer Region den Auftrag geben, die Bundeskonferenz vorzubereiten, und den Auftrag an alle Bürgerinitiativen auch geben, daß sie eben dasin ihren BIs diskutieren, also Vorschläge für die Bundeskonferenz da diskutiert werden, und diese Vorschläge an diese Region weitergegeben werden, .. also weil das einmal heißt, daß das schon mal jemand in der Hand hat, und daß nicht unheimlich zerfleddert und damit unheimlich viele Sachen in den BIs diskutiert werden, sondern da ist ein zentraler Punkt, wo wir alles hinschicken können und daß es auch wirklich heißt, daß die BIs die Diskussion darüber führen können und die Beschlüsse und Vorschläge, die sie für den Bundeskongress haben, an diese Region schicken.

DL: das war ein konkreter Antrag, ja?

Zwischenruf: Gegenrede zu dem Antrag

DL: Gegenrede zu dem anderen Antrag .. also, Moment, das ist jetzt schwierig, diese Anträge zu formulieren. Kannst Du noch mal Deinen Antrag präzisieren... in einem Satz...

Zwischenruf: Ich habe noch eine Gegenrede

Redner: Mein Gegenantrag ist der, daß wir denjenigen, die wir versuchen, mit unserem Vorschlag zu überzeugen, auch die Zusammensetzung des Vorbereitungsausschusses mit tragen lassen.

DL: Also das ist der Antrag, daß hier jetzt kein Vorbereitungsausschuss gewählt wird.

(Zwischenrufe)

DL: Gegenrede zu dem Antrag, daß jetzt hier kein Vorbereitungskomitee oder Landesverband bestimmt wird, der diese Bundeskonferenz vorbereitet ? Da gibt es eine Gegenrede , hätte.

Zu diesem konkreten Antrag ist noch keine Gegenrede gehalten worden.

Bitte Ruhe!

Redner: Ich bin dafür, daß wir einen der Landesverbände auffordern, die neue Bundeskonferenz vorzubereiten und zwar durchaus unter Mitwirkung der anderen Landeskonferenzen und der anderen Gruppen. Da gibt es bestimmt einen Modus, auf den man sich einigen kann. Ich bin anber wohl dagegen, einen dezentralen Vorbereitungstreff oder Vorbereitungsgruppe zu machen, die niemals funktionieren kann.

DL: Gut. Hier jetzt also zwei Anträge, die wir alternativ abstimmen.

Der eine Antrag ist der, daß wir jetzt hier über die Frage, wer die

nächste Bundeskonferenz vorbereitet, keinem Festlegungentreffen, und dieser zweite alternative Antrag,, der alternative Antrag ist, daß wir hier z.B. Landeskongressen bestimmen, oder irgendwelche anderen, nur Landesverband alle klar, also bestimmte Landeskongressen die Bundeskonferenz vorzubereiten.. Wer ist dafür, daß keine Festlegungen getroffen werden, den bitte ich um das Handzeichen.Wer ist dafür, daß hier keine Festlegungen getroffen werden? M (abstimmung)

Wer ist dafür, daß Landeskongressen damit beauftragt werden ? (Handzeichen)
 Das ist die Mehrheit.

Zwischenrufe : Auszählen.

DL: Gut, okay, dann zählen wir aus. Ja wenn es unklar war, okay, dann machen wir es nochmal mit auszählen. Wer ist dafür, daß hier keine Festlegungen gemacht werden ? Hm, habt ihr Euch vereinheitlicht? (Bemerkung des DL) Ja, wieso einmal auszählen einmal nicht auszählen, ja was denn nuh? Gut, machen wir die Gegenprobe. Ja , das ist die Minderheit. Gut, damit werden hier keine Festlegungen gemacht. Ich bin jetzt der Meinung, daß dieser Komplex jetzt erstmal abgeschlossen ist, oder gibt es zu diesem Punkt noch Wortmeldungen?

Ansonsten haben wir noch den Antrag zum Wüstenhagenverband, zum selbsternannten Repräsentanten der Bewegung. Ich bin der Meinung, daß wir diesen Antrag erst noch behandeln sollten,.

(Zwischenrufe)

Bitte, Du kannst ja dann noch etwas dazu sagen, ich lese noch einmal kurz die Resolution vor und wenn es dazu noch Wortmeldungen gibt, dann können wir die noch behandeln, dann stimmen wir das ab. Bist Du damit einverstanden ?

(Zwischenrufe)

DL: Na gut, ja dann sag doch.

Redner: Ich wollte sagen, daß das so einfach nicht geht, weil da noch ein Antrag war, das in die BIs mitzugeben und dann auf den Landeskongressen dazu diskutieren und darüber muß noch abgestimmt werden, meiner Meinung nach. Weil wir können nicht hier weggehen, ohne da einen Beschluß gefaßt zu haben wann der nächste Bundeskongress stattfindet und wie.

(Zwischenruf)

Nein , es ist nicht vorbei.

DL:Also kommen wir jetzt zu diesem Wüstenhaganantrag.

Antrag :

Die Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen gegen AKWs verurteilt die Politik des sogenannten Vorsitzenden des Bundesvorstandes der Bürgerinitiativen Umweltschutz Wüstenhagen, sich als selbsternannten Sprecher der Anti AKW-Bewegung aufzuspielen . Sie verurteilt besonders seinen Versuch, in einzelnen Bürgerinitiativen Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen Kommunisten und gegen alle Teilnehmer an der Demonstration in "rokdorf am 19.2.77 durchzusetzen. Sie ist der Meinung, daß Wüstenhagen zu den Unterstützern des Atomprogramms

der Bundesregierung gezählt werden muß. Das zeigt schon alleine die bisher bekannt gewordene Summe von 80.000 DM^{xxx} Bestechungsgeldern, die die Bundesregierung an ihn gezahlt hat. Der Kurs der Spaltung der Anti AKW Bewegung, den Wüstenhagen gemeinsam mit SPD - Führung und DKP-Führung verfolgt, wird erfolglos bleiben. Das Atomprogramm der Schmidt-Regierung wird fallen.

DL: Der Passus, der hier noch drin war, der fordert, alle aus dem BBU auszutreten, ist rausgenommen worden, auf ~~xxxxx~~ Antrag einzelner BI's, die gemeint haben, daß sie darin noch fraktionell arbeiten wollten. Der Antragsteller hat sich diesen Überlegungen angeschlossen und das rausgenommen. Gut, kommen wir zur Abstimmung über diese Resolution. Seit ihr einverstanden ? Okay, wer ist für diese Resolution ? Bitte !

Redner: Ich bin der Meinung, daß wir jetzt hierüber nicht mehr abstimmen können, weil über die Hälfte der Bürgerinitiativen schon....

(Lausstarker Protest)

DL.: Gerade eben ging es doch auch noch. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wir sind in der Abstimmung. Wenn wir jetzt anfangen schon wieder, daß geht hier von einer Sekunde auf die andere, wird hier die Beschlußfähigkeit angezweifelt, nachdem vorher überhaupt nichts dazu gesagt worden ist, bei den ganzen letzten Abstimmungen. Wir stimmen jetzt darüber ab...

(ZwischenruF)

DL.: Wer ist der Meinung , daß wir jetzt darüber abstimmen ?

(Abstimmung)

DL.: Wer ist dagegen?

(Abstimmung)

DL: Das ist die Minderheit. Also stimmen wir jetzt darüber ab. Wer ist für diese Resolution, den bitte ich um das Handzeichen. Wer ist dagegen ?

Das ist die Minderheit. Damit ist diese Resolution angenommen.

- Beifall-

DL: Gibt es jetzt hier noch Anträge, darauf weitere Anträge hier zu verabschieden? ~~Könnst ihr noch mal~~

Redner: Könnt ihr noch mal nen Augenblick zuhören, ich habe jetzt in dem Sinne keinen Antrag. Ich habe mich eben mit einigen Bremer Delegierten, die jetzt noch hier sind verständigt, und wir sind der Meinung, daß die BBA nachdem wir das dort noch mal im Delegiertenrat diskutiert haben, bereit ist, oder wahrscheinlich bereit ist, die nächste Bundeskonferenz vorzubereiten. Das schlagen wir vor und das soll in den verschiedenen Landeskonferenzen und BI's diskutiert werden, und dazu sollte eine Meinung erfolgen und sollte dann nach Bremen kommen, und wir werden darüber beraten. Wir sind aber grundsätzlich bereit, sowie wir hier heute zusammengesetzt waren, diese Bundeskonferenz vorzubereiten. - Beifall -

DL.: So, bevor jetzt alles auseinandergeht haben wir noch eine Reihe von Ansagen zu machen.

.....

Schluß der Bundeskonferenz